Demokratie braucht Meinungsfreiheit

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Nr. 11 / 24
8. 3. 2024
39. Jahrgang
EUR 6,00 (D)

Fortuna
Wenig Fortune bei der Taurus-Affäre: Individuelle Anwendungsfehler als Offenbarungseid
POLITIK, Seite 4

Eintracht
Statt Eintracht herrscht zwischen dem Rassemblement National und der AfD eher Zwietracht
AUSLAND, Seite 9

Energie
Mit phantasievoller Energie tauchten drei Ex-RAF-Terroristen in der Bundesrepublik unter
HINTERGRUND, Seite 12

Dynamo
Wenn Journalistenlegende Peter Scholl-Latour zur Hochform auflief, mußte sich mancher Experte ducken
GESCHICHTE, Seite 20

KOLUMNE
VON
DIETER STEIN

Taurus-Leak

Blick in den Spiegel

Mehrfach in den vergangenen Tagen wurde uns empfindlich vor Augen geführt, wie schwach unser Staat politisch und militärisch dasteht. Trotz widriger Realitäten wohnt der deutschen politischen Klasse jedoch eigenartigerweise eine weltweit verblüffende Überheblichkeit inne. Diese speist sich dialektisch aus stolz zelebrierter historischer Dauerzerknirschung und gleichzeitig ungetrübt um so größerem moralischem Größenwahn.

Die von russischen Nachrichtendiensten abgehörte und in Moskaus Propagandakanälen punktgenau publizierte Unterredung hochrangiger deutscher Luftwaffenoffiziere zur Frage des Marschflugkörpers Taurus stößt uns mit der Nase darauf: Wir haben nicht nur sicherheitsrelevante Kommunikation nicht im Griff, nehmen die militärische Abwehr nicht ernst, unterschätzen unsere Gegner – unsere politische Führung ist vor allem durch diese peinliche Enthüllung erkennbar leicht unter Druck zu setzen. Der glücklosen Ampel-Regierung, ohnehin demoskopisch im freien Fall, schwindet der Rückhalt für die Unterstützung der Ukraine. Putin muß nur noch den Finger in die offene Wunde legen.

> Uns wird empfindlich vor Augen geführt, wie schwach unser Staat politisch und militärisch dasteht.

Wenige Tage zuvor demonstrierten Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident Macron, wie führungslos die Europäische Union ist und welche gefährliche Unwucht die Achse Paris-Berlin hat. Während Scholz glaubt, Pluspunkte zu sammeln, indem er den Franzosen kleinkariert öffentlich vorrechnet, Deutschland überweise mehr Geld und Rüstungsgüter an die Ukraine als Frankreich, revanchierte sich Macron aus ähnlichem innenpolitischen Kalkül damit, die ängstlichen Deutschen mit Gedankenspielen über den Einsatz von Truppen in der Ukraine zu piesacken. Eine blamable Bloßstellung europäischer Uneinigkeit – den interessierte Dritte ebenfalls auszunutzen und zu verstärken wissen.

Auch bei diesem Disput tritt in alarmierender Weise Unvermögen und Unwillen der deutschen Politik zutage, Führung in Europa gemeinsam zu organisieren. Jenseits der Frage, wie weit die militärische Unterstützung der Ukraine reichen und wann eine diplomatische Lösung einsetzen soll: Im Zentrum Europas liegt anstelle eines souveränen Stabilitätsankers ein politisch-militärisches Vakuum: ein Staat, dessen Eliten glauben, sich unverändert weigern zu können, eine Nation zu sein, nationale Interessen zu formulieren und vor allem ernstzunehmende militärische Macht zu organisieren – Deutschland.

Solange deutsche Politik nicht mit der ernsten Anstrengung untersetzt ist, militärisch wieder Gewicht in die Waagschale zu bringen, breite Wehrbereitschaft zu aktivieren – und übrigens auch robust Grenzen zu schützen, bleiben wir erpreßbar. Durch jeden, der uns seinen Willen aufzwingen will.

4 194147 906007 11

Europäische Union EUR 6,50
Schweiz CHF 7,25

Die Correctiv-Affäre

Was in Potsdam wirklich geschah: Gespräch mit Martin Sellner, dem wichtigsten Kronzeugen eines Medienskandals

Seiten 2, 3, 7 und 17

ILLUSTRATION: JF-MONTAGE

Der Schoß ist fruchtbar noch

Linksextremismus: Nicht nur RAF-Rentner können auf ein staatlich geduldetes Unterstützermilieu zählen

ULRICH CLAUß

Es schien zunächst wie eine Flaschenpost aus der Vergangenheit. Als die Nachricht von der Festnahme der mutmaßlichen RAF-Terroristin Daniela Klette (65) die Runde machte, mag mancher gestutzt haben. Daniela wer? Ach ja, die RAF, die „Rote Armee Fraktion“ – aber hat die sich nicht schon im vorigen Jahrhundert aufgelöst? Neben das uralte Fahndungsfoto aus Klettes Jugendzeit Ende der 1970er Jahre trat das Gegenwartsbild einer älteren Frau mit müden Augen, das ergraute Haar nachlässig dunkel gefärbt – eine Ikonographie der Tragik dieses weggeworfenen Lebens.

So also sieht eine Staatsfeindin im Ruhestand aus, nach mehr als drei Jahrzehnten im Untergrund? Von Jugend an in utopische Gewaltphantasien verstrickt, nun alt und gescheitert, wurde sie aus einem prekären Quartier gezerrt. Aber was hat das noch mit uns zu tun? Sind nicht alle Taten aus RAF-Zeiten, die Klette zur Last gelegt werden, längst verjährt? Fehlen nicht stichhaltige Beweise für ihre Beteiligung an auch nur einem der Dutzenden von RAF-Morden? Das fragten sich viele. Und manche spitzten solche Fragen sogar zum Vorwurf zu. Die *taz* beklagt staatliche „Härte statt Vernunft“ und „Hysterie“ im Umgang mit Klette.

Die Realität dementierte solche Verirrungen bald: Hinweise auf jüngste Treffen mit ebenfalls lang gesuchten Kampfgenossen aus Klettes dritter RAF-Generation kamen ans Licht. Sie war also wohl doch bis zuletzt im Unruhestand. Dann trugen die Ermittler Munition, Sprengstoff, Schnellfeuergewehre und eine Panzerfaust aus ihrer Kreuzberger Behausung. Schwere Kriegswaffen, wie sie bei Raubüberfällen zwischen 1999 und 2016 zum Einsatz kamen, an denen Klette beteiligt gewesen sein soll. Wie konnte all das so lange unentdeckt bleiben, wundert sich nun das ganze Land. Ohne ein Netzwerk, ein wohlwollendes Milieu in ihrem Umfeld, ist dies in der Tat nicht denkbar. Dieses Milieu hat sich dann auch postwendend zu Wort gemeldet und nicht nur im Berliner Stadtbild Spuren hinterlassen. Schien die Causa Klette zunächst wie aus einer Zeitkapsel geholt, rückte sie binnen weniger Tage mitten in unsere Gegenwart.

> Die nächste Generation linksautonomer Gewalttäter ist bereits am Werk, wie jüngst erfolgte Anschläge zeigen.

Einschlägige Graffiti tauchten auf. „Viel Kraft Daniela – und viel Glück Burghard & Volker“, in Anspielung auf Burkhard Garweg und Ernst-Volker Staub, die ebenfalls als RAF-Komplizen seit Jahrzehnten gesucht werden. Journalisten berichten von unverblümten Sympathiebekundungen. „Da habe ich jahrelang neben der Genossin gewohnt, das gibt's ja nicht“, so wird ein Passant vor Klettes ausgehobenem Unterschlupf zitiert, der sich anschließend mit „Rotfront“ verabschiedete.

Dabei bedarf es dieser anekdotischen Evidenz für die Existenz terroroffener Subkulturen in unserem Land gar nicht. Schließlich gibt es ein seit langem polizeibekanntes offizielles Netzwerk dieser Biotope. Es heißt „Rote Hilfe“ und ist als eingetragener Verein mit über 14.000 Mitgliedern die derzeit am schnellsten wachsende linksextremistische Organisation in Deutschland. So sieht es der Verfassungsschutz. Nun sagen Verfassungsschützer derzeit viel, wenn der Tag lang ist und vor allem, seit Bundesinnenministerin Nancy Faeser sie als Wahlhelfer gegen die parlamentarische Opposition losschickt. Es ist eben jene Bundesinnenministerin, die neuerdings gegen „Haß und Hetze“ schon „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ das Bundeskriminalamt in Marsch setzen will, „gegen Rechts“ versteht sich. Was nichts anderes heißt, als daß die Verfassungsministerin in einem Anfall kreativer Rechtsschöpfung gleich zweigleisig exekutiv und judikativ vorgehen will.

Die Extremisten von der „Roten Hilfe“ haben derartiges von Faeser offenbar nicht zu befürchten, obwohl kein vernünftiger Zweifel daran besteht, daß der Verein zur terroraffinen, linksextremistischen Sympathisantenkultur gehört. Aber diese Genossen sind gut vernetzt mit anderen Genossen. 2018 sprach sich ein Juso-Bundeskongreß mehrheitlich gegen das damals diskutierte Verbot der „Roten Hilfe“ aus. Mit Franziska Drohsel gehörte dieser sogar eine Juso-Vorsitzende an. Die mutmaßliche RAF-Terroristin Daniela Klette begann in den 1970ern als noch nicht volljährige Jugendliche ihre Radikalisierung genau dort.

Aus ihrer staatsfeindlichen Verachtung für „das System“ hat die „Rote Hilfe“ nie einen Hehl gemacht. Nur wer auf jegliche Zusammenarbeit mit Staat und Ermittlungsbehörden verzichtet, wird von ihr unterstützt. Zur Festnahme von Daniela Klette schrieb die „Rote Hilfe“ auf ihrer Homepage: Diese Festnahme sei „das Ergebnis einer jahrzehntelangen Verfolgungswut und dem staatlichen Rachebedürfnis gegen ehemalige Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppen“. Zu erwarten sei „ein politisch motivierter Gesinnungsprozeß“, wie er auch gegen „antifaschistische Gruppen“ Praxis sei.

Mit „antifaschistischen Gruppen“ ist zum Beispiel die Leipziger „Hammerbande“ gemeint. Vier ihrer Mitglieder wurden im Mai 2023 wegen gefährlicher Körperverletzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung unter Obhut der „Roten Hilfe“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Unter anderem sollen sie mit Zimmermannshämmern auf ihre Opfer losgegangen sein. Das mag angesichts technologisch hochprofessioneller Terrorpraktiken der dritten RAF-Generation geradezu archaisch erscheinen. Gleichwohl fühlen sich die jüngeren Links-Desperados mit den Altvorderen aus den RAF-Generationen I bis III in gegenseitiger Solidarität eng verbunden.

An der nächsten Generation wird bereits gearbeitet. Wie die gewaltsamen Waldbesetzungen und Pipeline-Sabotagen selbsternannter Weltenretter gezeigt haben, ist es Linksautonomen gelungen, Teile der „Klimaschutz“-Bewegung zu unterwandern. Als Brückenorganisation fungiert dabei die „Interventionistische Linke“, die angesichts der „Klimakrise“ den „Fluchtpunkt einer anderen Gesellschaftsordnung“ propagiert. Wo Menschen in die Frustration unerfüllbarer Utopien getrieben werden, suchen einige dann immer nach eigenen Fluchtpunkten. Das ist heute nicht anders als zur Zeit der ersten RAF-Generation. Am Ende liegt die Panzerfaust im Keller und es heißt, wie damals, als alles begann: „… und natürlich kann geschossen werden“ (Ulrike Meinhof, 1970). Aber solche Flaschenpost aus der Vergangenheit braucht es gar nicht. Diese Tradition ist sehr lebendig, wie offenbar jüngste linksterroristische Anschläge auf die Bahn oder Anfang dieser Woche auf die Stromversorgung der Tesla-Fabrik in Brandenburg zeigen. Oder um es mit Bertolt Brecht zu sagen: „Daß keiner uns zu früh da triumphiert. Der Schoß ist fruchtbar noch ...“

Redaktion & Verlag: JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin | Fax: 030 / 86 49 53 - 14 | Telefon: 030 / 86 49 53 - 0 | www.jungefreiheit.de | E-Mail: verlag@jungefreiheit.de

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Sorge um Immobilienmangel

Der Elefant im Wohnraum

Von **Marc Brandstetter**

In Deutschland fehlen eine Million Wohnungen, es herrscht Mangel. Das sagen die Immobilienweisen, das sagt die „Tagesschau“, und Kanzler Scholz sagt es auch. Also muß es stimmen. Aber woran liegt das? Die Gründe, die üblicherweise angeführt werden, lauten: Die hohen Baupreise, die hohen Zinsen, und natürlich die Lieferkettenprobleme, die irgendwie an allem schuld sind.

Die wahren Gründe sind andere. Ja, die Bauzinsen sind gestiegen, aber mit 3,2 Prozent sind sie im langjährigen Vergleich absolut normal. Daß die Bauzinsen überhaupt so wichtig sind, liegt daran, daß nach zehn Jahren Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank jede minimale Zinserhöhung auf Spitz und Knopf gerechnete Bauvorhaben über Nacht unrentabel macht.

Die Preise für Baumaterial sind stark gestiegen, aber da spielen Nachwirkungen der hausgemachten Corona-Misere hinein. Die wahren Gründe liegen also tiefer.

Da hätten wir die Mietpreisbremse, die den Bau von Mietwohnungen seit Jahren unattraktiv macht. Dann wären da (Umwelt-)Vorschriften wie das Heizungsgesetz, die jeden Bau viel teurer machen. Und dann hätten wir noch den einen Grund, von dem in der öffentlichen Diskussion nicht die Rede ist: die Masseneinwanderung. Zwischen 2010 und 2023 sind netto 2,6 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert – die alle Wohnungen wollen. Das ist die Hauptursache für die Wohnungsnot, und sie läßt sich nicht über Nacht beheben.

Streit zwischen Le Pen und Weidel

Präsidiale Distanzierung

Von **Albrecht Rothacher**

Marine Le Pen liegt in Frankreich in allen Umfragen für die Nachfolge Macrons im Jahr 2027 vorn und tut nach dem Vorbild Giorgia Melonis von den Fratelli d'Italia alles, um Kreide essend gesellschaftsfähig zu werden. Die Wahlen von 2022 hatte sie noch mit unausgegorenen Thesen zum französischen Euro-Austritt vermasselt.

Das soll nicht wieder passieren. Die manipulierten Correctiv-Berichte des Potsdamer Treffens wurden natürlich auch in den Pariser Leitmedien, die meist von den deutschen abschreiben, verzerrt dargestellt. Massendeportationen von Immigranten klingen in französischen Ohren sehr schlecht. Denn Deportationen erinnern an die deutsche Besatzungszeit.

Und die Korrekturen der AfD, es sei nur an selektive „Remigrationen“ gedacht, passen Le Pen auch nicht. Denn das ist die Forderung ihres rechten Erzrivalen Eric Zemmour von Reconquete.

Auch ein Besuch von Alice Weidel in Paris und ein folgender Brief konnten das Mißverständnis anscheinend noch nicht klären. Für die präsidial geprägte französische Politik ist das Europaparlament – ebenso wie die eigene Nationalversammlung – ziemlich uninteressant. Da wechselt man einen mißlich gewordenen Bundesgenossen wie das Hemd. Für die künftigen Machtverhältnisse in Brüssel und Straßburg wäre kurz vor den wahrscheinlich siegreichen Wahlen im Juni ein Schisma in der rechten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) fatal. Oder bleibt es doch nur ein Sturm im Wasserglas?

Massiv steigende Bundestagsgehälter

Es fehlt der Anstand

Von **Henning Hoffgaard**

Nichts können deutsche Politiker besser, als sich zu schämen. Meistens für die eigenen Bürger oder die Geschichte. Daß dies allerdings nicht gleichzeitig auch ein Schamgefühl voraussetzt, zeigt die jüngst bekanntgewordene kräftige Erhöhung der Bundestagsdiäten. Sechs Prozent mehr für die ohnehin schon nicht am Hungertuch nagenden Abgeordneten.

Mit allerlei Zulagen verdient Bundestagspräsidentin Bärbel Bas dann mit mehr als 22.000 Euro immerhin annähernd soviel wie der US-Präsident, der auf umgerechnet rund 30.000 Euro kommt. Letzterer hat die Hand an der Bombe, kann einen Weltkrieg entfachen und trägt mittelbar Verantwortung für das Schicksal von Milliarden. Bärbel Bas ist höchstens eine bombastische Fehlbesetzung. Nur in Italien kassieren die Abgeordneten noch mehr als in Deutschland.

Seit 2021 werden die Diätenerhöhungen nicht mehr jährlich vom Bundestag beschlossen. Seitdem versteckt man sich hinter einem Automatismus, der die Bundestagsgehälter an die allgemeine Lohnentwicklung koppelt. Eigentlich fair, oder? Eben nicht: Die hart arbeitenden Bürger verdienen sich ihre höheren Löhne, weil sie dieses Land am Laufen halten. Daß im Bundestag ein volkswirtschaftlicher Mehrwert erarbeitet wird, glaubt kein Mensch. In Zeiten von Krise, Altersarmut und Inflation hätte den Abgeordneten gut zu Gesicht gestanden, mal ein Vorbild zu sein. Und den Automatismus abzuschaffen. Dafür hätte es übrigens nicht einmal ein Schamgefühl gebraucht. Nur ein wenig Anstand.

„Herr Generall, der Chat is safe, Sie können zum Call!“

Eine Lüge weiterspinnen

Die Propaganda zu den widerlegten „Deportationsenthüllungen“ von „Correctiv“

Ein Prozeß ist kein Fußballspiel und auch kein Wahlabend. In der ersten juristischen Schlacht zwischen dem Desinformationsportal „Correctiv“ und dem von ihm bösartig verleumdeten Staatsrechtler Ulrich Vosgerau haben die Erfinder des Mythos von einer zweiten „Wannsee-Konferenz“ eine krachende Niederlage erlitten.

Vor der eigentlichen Gerichtsentscheidung mußten die Correctivisten faktisch alle Kernaussagen ihres als „Recherche“ deklarierten „Geheimplan“-Märchens – in Potsdam sei angeführt von „Identitären“-Vordenker Martin Sellner und unter maßgeblicher AfD-Beteiligung die millionenfache „Deportation“ und „Vertreibung“ von Migranten, auch von deutschen Staatsbürgern, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft besprochen worden – zurücknehmen und zu bloßen Meinungen und Wertungen erklären. Zudem wurden sie verdonnert, eine der drei übriggebliebenen Behauptungen zu löschen.

Dennoch erklärten sich die Faktenerfinder nach Art gescheiterter Fußballtrainer oder abgewatschter Parteiführer im nachhinein zum Sieger, phantasierten von einem „Zwei-zu-eins“-Sieg und setzten auf die alten Lügen eine neue obendrauf: Das Landgericht Hamburg habe „die Inhalte der Geheimplan-Recherche“ damit „bestätigt“ – obwohl das Gericht schwarz auf weiß schreibt, diese seien „nicht Gegenstand der Entscheidung“ gewesen.

Das Groteske daran: Sie kommen damit auch weiterhin durch, fürs erste zumindest. Den Zusammenbruch des „Correctiv“-Lügengebäudes dürfte eine breitere Öffentlichkeit noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben. Zwar sind die in die Defensive geratenen Correctivisten durchaus nervös geworden; Geschäftsführer David Schraven witterte gar eine noch größere Verschwörung, die neben den freien Medien, die seine Machenschaften aufgedeckt haben, auch die Rechtsbeistände der von ihm Diffamierten mit einschließt. Auch einzelne etablierte Redaktionen gehen auf Distanz; dem bekannten Medienjournalisten Stefan Niggemeier platzte angesichts der fortgesetzten dreisten Lügen regelrecht der Kragen.

Aber es finden sich nach wie vor genügend Medien, die auch die neueste Falschdarstellung des Desinformationsportals kritiklos weiterverbreiten. Die Zwangsgebührensender von ARD, ZDF und Deutschlandfunk sowie die regierungsfrommen Leitmedien weigern sich ohnehin, das Platzen der Deportationslüge überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen.

Als „Investigativjournalisten“, die sie gern sein möchten, haben die Correctiv-Aktivisten sich mit dieser Scharade zwar desavouiert. Als Propaganda-Handwerker und politische Auftragstäter sind sie dafür um so erfolgreicher. Der manipulative Kunstgriff, eine mit viel Mutmaßung, Geraune und Drehbuchautorenkreativität zusammengenagelte Verschwörungserzählung literarisch so zu verpacken, daß sie als subjektive Einschätzung juristisch schwer angegriffen

VON **KURT ZACH**

„Die regierungsfrommen Leitmedien weigern sich, das Platzen der Deportationslüge überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen.“

werden kann, aber zugleich vom anvisierten Zielpublikum als Bestätigung tief verinnerlichter Geglaubtheiten für bare Münze genommen wird, erweist sich als äußerst wirksam.

Nicht wenige, die da seit nunmehr zwei Monaten in den Redaktionen und auf den allwöchentlichen Straßenkundgebungen der höheren Moral „gegen Rechts“ kämpfen, glauben vermutlich tatsächlich, daß hinter der erstarkenden Opposition gegen die grün-linke Regierung finstere Mächte steckten, die den netten ausländischen Arbeitskollegen und den türkischen Gemüsehändler nebenan vom Fleck weg verhaften und außer Landes schaffen würden, wenn sie nur könnten. Die anderen haben ein handfestes Interesse daran, die Propagandaschraube ohne Rücksicht auf die Fakten weiter zu drehen.

Denn es ist natürlich kein Zufall, daß die bereits reichlich abgehangene Gruselgeschichte um ein auf November datierendes „Geheimtreffen“ ausgerechnet Anfang Januar auf die Titelseiten kam, auf dem Höhepunkt der Bauern- und Mittelstandsproteste und zum Auftakt eines Wahljahres mit desaströsen Perspektiven für die Regierungsparteien.

Beim drohenden Verlust der links-grünen Vormachtstellung in Politik und Gesellschaft geht es nämlich um sehr viel Geld. Keineswegs nur um Posten und Mandate in Parlamenten, Verwaltungen und Ministerien, sondern auch um den reichen Steuergeldsagen, der sich in stetig breiter werdendem Strom über die „zivilgesellschaftlichen“ Hilfstruppen ergießt, die sich für die Propagierung von „Kampf gegen Rechts“, „Klimaschutz“-, Multikulturalismus-, Gender- und sonstige Grünen-Propaganda üppig von der Regierung bezahlen lassen und sich trotzdem „Nichtregierungsorganisationen“ nennen.

Geld nicht zuletzt für „Correctiv“ selbst, das sich, entstanden im NRW-typischen SPD-Filz- und Stiftungssumpf, aus Bundes- und Länderkassen komfortabel finanzieren und von Milliardärssozialisten großzügig bedenken läßt. Ein hochprofitables Geschäftsmodell, dessen Repräsentanten mit den Spitzen von Staat, Grünen und SPD auf vertraulichstem Fuße stehen und sich vor großen Aktionen wie dem Potsdam-Coup auch mal zu tatsächlichen Geheimtreffen in Kanzleramt und Ministerien einfinden.

Was mit dem ähnlich verlogenen rot-grünen „Aufstand der Anständigen“ vor rund einem Vierteljahrhundert begann, wollen SPD-Innenministerin Nancy Faeser und ihre Grünen-Kollegin Lisa Paus jetzt vollenden: die dauerhafte und sorgenfreie Durchfinanzierung des linientreuen „zweiten öffentlichen Dienstes“ (Vosgerau dixit) aus NGO-Aktivisten über das zynisch so genannte „Demokratiefördergesetz“. Von aufgeflogenen Lügen wollen sie sich dabei nicht aufhalten lassen. Also wird weiter getrommelt für Partei- und Berufsverbote, Ausgrenzungen und Einheitsfronten mit Bekenntniszwang „gegen Rechts“ und für mehr Subventionen – immer in der vagen Hoffnung, damit die Umfragewerte der dämonisierten Schwefelpartei doch noch signifikant nach unten drücken zu können.

Nur: Die ganz realen Probleme eines Landes, das durch Größenwahn und Mißwirtschaft auf allen Ebenen in den Abgrund rauscht, gehen davon nicht weg. Und auch die Aufarbeitung des wohl größten Medien- und Politikskandals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wird dadurch höchstens aufgeschoben. Der spätere Knall wird um so lauter werden.

Bild der Woche

Nationaler Volkskongreß

China: Staatspräsident und KP-Chef Xi Jinping nimmt am 5. März 2024 an dem Kongreß in der Großen Halle des Volkes in Peking teil. Hinter den Kulissen soll es ein ziemliches Gerangel um die Verteilung von Machtbefugnissen mit der Regierung unter Ministerpräsident Li Qiang geben.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS

ZITATE

„Kann es sein, daß Politiker ihre Wähler für beschränkt halten? Sonst würden sie nicht versuchen, das Volk mit Halbwahrheiten und Wortbeschönigungen für dumm zu verkaufen. Jüngster Aufreger ist die 'Dieselsubvention' für Landwirte. Eine Subvention ist eine Hilfeleistung, also etwas, das man vom Staat bekommt. Als ob den Bauern der Treibstoff geschenkt würde. Tatsächlich werden sie nur weniger geschröpft. (...) Hauptsache, der plakative Plan beschert der Stadt Einnahmen.“
Lukas Weber, *Technikjournalist, in der „FAZ“ am 2. März*

„Den anfänglich winzigen und machtlosen 'Judenstaat' als Kolonialmacht anzuprangern ist historisch absurd. Es waren die militärischen Niederlagen seiner Gegner, die unfreiwillig das Land und dessen Bewohner, die sie vertreiben und vernichten wollten, stark gemacht haben. Nicht ohne Hilfe, anfänglich auch der Sowjetunion und später vor allem der USA. Im Gefolge dieser Konflikte haben nicht nur viele Palästinenser ihre Heimat verloren, sondern auch viele Juden in Nordafrika und in den Ländern des Nahen Ostens.“
Wolfgang Müller-Funk, *Herausgeber der ausgewählten Werke von Manès Sperber, im Wiener „Standard“ am 3. März*

„Die liberale Mitte, insbesondere wenn sie akademisch gebildet ist, neigt zu autoritär-repressivem Verhalten. (…) Mein Vertrauen in bezug auf die Verfassungstreue der Ampel-Regierung hält sich deshalb in Grenzen, zumal die Innenministerin dieser Regierung, Nancy Faeser, regelmäßig 'Demokratie' mit 'Regierung' und 'Eliten' verwechselt. Aus diesem Grund verdanken wir ihr eine neue Kategorie im Verfassungsschutzbericht. Dort gibt es jetzt ein Kapitel über 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates'.“
Udo Brandes, *Politologe und Absolvent des Otto-Suhr-Instituts, auf dem altlinken Blog „Nachdenkseiten.de“ am 3. März*

„Die freiheitliche demokratische Grundordnung verlangt von ihren Staatsbürgern keinen Gesinnungsgehorsam, sondern hat umgekehrt die freie Willensbildung des Souveräns zu garantieren. Das Grundgesetz schließt sogar das Recht auf verfassungsfeindliches Denken ein. Der deutsche Inlandsgeheimdienst darf sich nicht dafür interessieren, was die Menschen denken. Er darf erst dort aktiv werden, wo aus dem Denken eine 'Bestrebung', ein Handeln gegen die Staatsordnung wird. So jedenfalls steht es im Gesetz. Indem der Verfassungsschutz stattdessen bereits bloße Kritik als verfassungswidrig brandmarkt, greift er rechtswidrig in den freien Meinungsbildungsprozeß des Souveräns ein.“
Mathias Brodkorb, *früherer SPD-Minister in Mecklenburg-Vorpommern, im Cicero 3/24*

„Die Pressefreiheit ist ein Grundrecht, in Deutschland wird sie durch das Grundgesetz garantiert. Dort heißt es: 'Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.' Der Fall Assange ist ein Test, wie ernst es dem Westen mit dieser Freiheit ist. Wer die Publikations-Tätigkeiten von Wikileaks kriminalisiert oder eine Kriminalisierung durch Auslieferung Assanges an die USA begünstigt, versündigt sich an einem fundamentalen Wert unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Assange muß freigelassen werden – jetzt, sofort, unmittelbar! “
Malte Lehming, *im Berliner „Tagesspiegel“ am 5. März*

Aufgeschnappt

*Zwei Afrikanist*innen „deep in Africa“*

Von **Matthias Bäkermann**

In Brühl bei Köln gibt es den Freizeitpark Phantasialand. Der ist jetzt wegen seiner Themenwelt „Deep in Africa“ ins strenge Visier zweier Dozentinnen vom Institut der Afrikanistik der Uni Köln geraten. Im *Kölner Stadtanzeiger* klagen Angelika Mietzner und Anne Storch vergangene Woche die Parkbetreiber an, „Klischees darzustellen, die eine lange rassistische Geschichte haben“. So rufe die Darstellung von „Lehmhütten als typische Behausung von den sogenannten Afrikaner*innen“ eine Assoziation „unzivilisiert vs. zivilisiert“ hervor und nähre damit „rassistische Weltbilder“, beklagen die engagierten Wissenschaftlerinnen. Überhaupt seien Themenparks mit Inszenierungen von Klischees und Steroetypen wie Palmwedeln, Bananenpflanzen und Tiergeräuschen, die „eine als 'exotisch' betrachtete Welt vor die eigene Haustür holen, (...) tief verwurzelt in einer kolonialistischen Denkweise, die in diesem Fall Afrika zum 'Anderen' macht“. Damit offenbare sich das rassistische „Othering durch eine weiße Perspektive“. Vom *Kölner Stadtanzeiger* zur Rede gestellt, können die Parkbetreiber den Rassimus-Vorwurf „nicht nachvollziehen“. Im Gegenteil binde man „unterschiedlichste Kulturen stets in wertschätzender und respektvoller Weise ein“.

„Von ‘Correctiv’ umgelogen“

Interview: Will er Millionen Menschen „deportieren“? Nun ist Martin Sellners Buch „Remigration“ erschienen und er erklärt, was er in Potsdam wirklich gesagt hat

FOTO: MARTIN SELLNER/FLICKR

Sellner: „Remigration ist eine historische Korrektur, die rechtsstaatlich und human sein muß“

Herr Sellner, haben Sie „Correctiv“ schon einen Geschenkkorb mit Schleife geschickt?

Martin Sellner: Für ihre Werbung für mein Buch „Remigration“ hätten sie es verdient, aber dazu durchringen konnte ich mich dennoch nicht.

Ganz schön undankbar.

Sellner: Immerhin haben ihre Lügen viel Schaden angerichtet. Aber wenn es Sie beruhigt, ich habe mich öffentlich mehrfach bei „Correctiv“ bedankt.

Wegen des Banns gegen Sie liefen Ihre Bücher bisher praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nun sind Sie ein deutschlandweit bekannter Bestsellerautor.

Sellner: Mit Goethe gesagt: „Correctiv“ ist Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Denn ich habe weder das Geld noch die öffentliche Plattform für eine große Werbekampagne. Beide Hindernisse hat „Correctiv“ freundlicherweise für mich überbrückt. Während wir ursprünglich mit dem Absatz einiger tausend Exemplare gerechnet haben, werden es nun, nachdem das Buch per Vorbestellungen Platz eins der Kategorie meistverkaufte deutschsprachige Titel bei Amazon gestürmt hat, viel mehr sein. Natürlich sind darunter auch Besteller, die nur „Feindbeobachtung“ im Sinn haben. Da aber solche Leute meine Bücher selten kaufen, um mich nicht zu fördern, sind die allermeisten Besteller wohl Interessenten, die selbst lesen wollen, was Remigration meint. Daß ein Teil davon sehr kritisch an die Lektüre gehen wird, stört nicht, gerade für sie habe ich das Buch im Grunde ja geschrieben: für Leute, die noch nicht überzeugt sind, die aber nüchternen, fundierten Argumentationen eine Chance geben.

Seit Jahren unternimmt man alles, um eben das zu unterbinden, indem man Sie gesellschaftlich „unsichtbar“ macht. Kaum irgendwo bekommen Sie ein Forum, sind bei allen großen sozialen Medien gesperrt. Warum aber schenkt man Ihnen dann einen solchen Erfolg, der einen großen Teil dieser Mühen zunichte macht?

Sellner: Weil das wahre Ziel nicht ich bin, sondern, über Bande, die AfD. Und ja, mit Potsdam war ihr Aufstieg in den Umfragen erstmal gestoppt, sie verlor sogar ein paar Prozent. Wobei aber unklar ist, wieviel davon auf die zeitgleiche Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht zurückgeht. Doch selbst wenn diese massive Lügenkampagne – in dieser Hinsicht vergleichbar sogar mit der Dreyfus-Affäre – Wählerstimmen kostet, könnte „Correctiv“ langfristig mit ihr zum Erfolg der AfD beitragen.

Wieso das?

Sellner: Es ist ein Irrtum, zu glauben, die politische Wende kommt allein, wenn man möglichst viele Stimmen sammelt und Wahlen gewinnt. Lange hatten rechte, konservative Parteien in Europa satte Mehrheiten, und doch drifteten die Gesellschaften nach links. Der entscheidende politische Kampf findet auf dem Feld der Ideen statt. Wer dort siegt und die Institutionen erobert, wird sich langfristig durchsetzen, unabhängig von einer volatilen Protestwählerschaft. Deshalb ist wichtiger als temporäre Umfrageschwankungen, die eigenen Ideen in der Gesellschaft zu verbreiten und den Diskurs zu prägen.

„Zuvor war er recht unbekannt, nun kennen den Begriff Millionen“

Aber genau das – auch wenn Ihr Buch nun ungleich mehr Erfolg hat – haben Sie doch nicht erreicht, denn Ihr „Remigrations“-Konzept ist nun „verbrannt“.

Sellner: Im Gegenteil, dank „Correctiv“ sind die Chancen auf einen Durchbruch größer. Der Begriff war zuvor einer breiten Öffentlichkeit recht unbekannt, jetzt aber kennen ihn Millionen.

Ja, doch die Deutungshoheit über ihn haben Politik und Medien, die ihn umfunktionieren: Künftig transportiert er nicht mehr Ihre Einwanderungskritik in die Gesellschaft, sondern tabuisiert diese weiter.

Sellner: Um Begriffe muß man kämpfen, und die Deutungshoheit der Gegner schwächelt bereits allerorts, Beispiel „Einzelfall“ oder „Bereicherung“: Beides wurde von links eingeführt, um multikulturelle Realitäten zu beschönigen. Doch inzwischen sind die Begriffe für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zur ironischen Chiffre für Kritik an Einwanderung und den Etablierten geworden. Es stimmt aber, noch beansprucht der Mainstream die Deutungshoheit und Normalbürger verstehen unter Remigration derzeit wohl eine vielleicht „übertrieben scharfe“ Reaktion auf Migrationsmißstände.

Wie bitte? Laut Infratest Dimap haben 72 Prozent Verständnis für die Anti-Rechts-Demonstrationen, deren Motto „gegen den Faschismus“ ist. Remigration scheint also für Otto Normalbürger nicht nur „übertrieb scharf“, sondern etwas Nazistisches zu sein.

Sellner: Zu Remigration gibt es noch keine konkreten Umfragen. Die Demos richteten sich ja gegen angebliche „Deportationen“. Ein negatives Bild kann sich aber durch gezielte Aufklärung und die allgemeine Verschärfung der Lage ändern.

Natürlich, aber die Mehrheit glaubt heute noch etwa an die „Hetzjagd“ von Chemnitz oder viele der inzwischen sogar offiziell widerlegten Corona-Lügen. Warum sollte das ausgerechnet nun hier anders sein?

Sellner: Die Corona-Periode gilt leider für viele einfach bereits als abgehakt. Auch der Vorfall in Chemnitz ist längst aus dem Fokus verschwunden. Weil die katastrophalen Folgen der Migrationspolitik aber nicht verschwinden und die ungelöste Frage immer brennender wird, wird die politische Prämie für eine überzeugende Antwort immer höher. Vermittelt man sie richtig, dann könnte ein Millionenpublikum erkennen, daß Remigration keine übertriebene, sondern eine angemessene Reaktion ist. In meinem Buch beschreibe ich das als die Wirkung „ethnischer Schocks“, also der Verwerfungen durch den Multikulturalismus, die immer häufiger und intensiver werden. Gerade daß Remigration derzeit als Maximalposition gegen die bisherige Migrationspolitik etabliert wird, könnte sich als Grundstein für eine große Begriffskarriere erweisen. Denn immer mehr sehnen sich verzweifelt nach etwas, das im Gegensatz zu den leeren Ankündigungen der Etablierten verspricht, wirksam zu sein.

Hängt das nicht vielmehr mit der sogenannten Problemlösungskompetenz zusammen, die Wähler Parteien zurechnen, als mit einzelnen Schlagworten?

Sellner: Ja, hier bauen FPÖ und AfD bereits ihre politische Marke aus. Aber es braucht zudem auch eine patriotische Vision, einen Gegenbegriff zu Schlagworten wie „Energiewende“ und „Agenda 2030“. Es geht darum, den Debattenraum zu erweitern: Wenn etwa nur eine „Obergrenze“ die Maximalforderung der rechten Seite ist, dann wäre ein Kompromiß in der Mitte noch weniger als das. Ist dagegen Remigration die einhellige Forderung von rechts, dann rückt bereits die Obergrenze in die Mitte. Dabei handelt es sich um eine seit langem erfolgreiche Strategie der Linken: um etwas durchzusetzen wird stets etwas viel Radikaleres gefordert, so daß das, was man eigentlich durchsetzen will, als der Kompromiß erscheint. Also drei Schritte nach vorne stürmen, dann zähneknirschend zwei zurück, um unterm Strich einen Schritt weitergekommen zu sein. Von wo aus man dann erneut drei Schritt vorstürmt etc. So hat die Linke mit der Zeit die Mitte weit nach links verschoben, was die wahre Mitte als rechts und Rechts als rechtsextrem dastehen läßt.

„Remigration hat ein Ziel – den Erhalt der Mehrheitsgesellschaft“

Remigration ist also keine Politik, sondern nur eine Strategie?

Sellner: Nein, was ich nur sagen will: Bereits die Ankündigung dieses Ziels kann die Debatte zu unseren Gunsten verändern und nützt allen rechten Positionen. Aber natürlich ist sie auf jeden Fall auch Ziel wirkungsvoller rechter Migrationspolitik.

Dann erklären Sie nun bitte mal, was sich eigentlich dahinter verbirgt.

Sellner: Remigration ist ein Überbegriff für eine alternative Migrations-, Grenz- und Staatsbürgerschaftspolitik, die anders als die bisherige, ziellose Migrationspolitik eine klare Forderung hat: nämlich, daß die Mehrheitsgesellschaft eines Landes erhalten bleibt und daß sie dort, wo sie nicht mehr besteht, Stück für Stück wiederhergestellt wird.

Und dazu wollen Sie „Millionen Menschen, auch solche mit deutscher Staatsbürgerschaft, deportieren“?

Sellner: Das hat „Correctiv“ zusammengelogen. Tatsächlich habe ich weder in Potsdam noch sonstwo endgültige Zahlen genannt. Und von Deportationen, worunter ich gewaltsame, willkürliche Vertreibungen verstehe, wurde auch nie gesprochen.

Sondern?

Sellner: Remigration war in Potsdam gar nicht das Thema! Sondern das, womit sich mein vorheriges Buch „Regime Change von rechts“ befaßt, also die Frage, wie Konservative den „Kulturkampf“ gewinnen. Die Migrationskrise kam in meinem Vortrag nur am Rande vor. Ich nannte drei historische Beispiele für Remigration, und das war's.

Aber haben Sie keinen „‘Masterplan’ zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern“ vorgestellt?

Sellner: Nein, und die Behauptung hat „Correctiv“ auch aus dem Artikel gelöscht. Erstens „Masterplan“, und das erwähnt „Correctiv“ auch, stammt nicht von mir, sondern war nur eine eher humorvoll gemeinte Ankündigung im Text der Einladung zur Veranstaltung. Zweitens bezog er sich vor allem auf „Regime Change von rechts“, nicht auf Migrationspolitik.

Woher kommt dann die Verbindung von Masterplan und Remigration?

Sellner: Die hat erst „Correctiv“ erfunden.

Da vom Veranstalter nicht aufgezeichnet, haben Sie Ihren Potsdamer Vortrag anhand Ihrer Erinnerungen, Notizen und verwendeten Grafiken rekonstruiert und auf der Social-Media-Plattform Rumble veröffentlicht, wo ihn jeder frei sehen kann. Dort ist in der Tat alles so, wie Sie es hier beschreiben. Nur was beweist das, denn Sie könnten heikle Stellen nun weggelassen haben?

Sellner: Wären solche gefallen, würden diese im „Correctiv“-Artikel stehen. Das aber ist nicht der Fall, wovon sich jeder überzeugen kann, da dieser auf der „Correctiv“-Internetseite frei zu lesen ist.

Woher stammen dann die Zitate, die der Artikel nennt, wenn nicht aus Ihrem Vortrag?

Sellner: Aus der Fragerunde nach meinem Vortrag, als zwei, drei Gäste bezüglich der erwähnten Remigration nachhakten.

Die „zweite Wannseekonferenz“, das „Geheimtreffen“, bei dem über einen „Masterplan“ zur „Vertreibung von Millionen Menschen“ „beraten“ wurde – besteht also aus der Beantwortung einiger Zuhörerfragen?

Sellner: Ja, sowie Anmerkungen weiterer Zuhörer, die sich daraufhin noch zu Wort meldeten. Insgesamt wurde nicht viel mehr als 15 Minuten darüber gesprochen. Von „Planung“ oder gar „Konferenz“ zur Remigration aber nicht die geringste Spur! Hätten die Zuhörer nicht nachgefragt, wäre wohl gar kein weiteres Wort dazu gefallen.

Laut „Correctiv“ haben Sie drei Gruppen vorgestellt, die Deutschland verlassen sollen: Asylbewerber, hier lebende Ausländer und deutsche Doppelstaatler.

Sellner: Ja, in meiner Antwort. Was „Correctiv“ aber verschweigt: Es geht nicht um Asylanten an sich, sondern um die, die ausreisepflichtig sind, derzeit immerhin 304.000. Langfristig müssen aber natürlich auch Kriegsflüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren. Es geht zudem nicht um alle Ausländer an sich, sondern explizit um jene, die der Gesellschaft zur Last fallen, vor allem durch Kriminalität, Clanbildung und Sozialmißbrauch. Und es geht auch nicht um jeden Staatsbürger mit Migrationshintergrund, sondern ich spreche von jenen, denen man durch die linke Einbürgerungsstrategie den Paß gleichsam nachgeworfen hat, die sich aber weder integrieren noch mit dem Land identifizieren. Nancy Faeser ging hier sogar weiter als ich in Potsdam und forderte Kollektivausbürgerung für Clankriminelle. Ich erwähnte dagegen eine Umkehrung der Push- und Pull-Faktoren, Anpassungsdruck und freiwillige Anreize zur Rückkehr.

Zum Beispiel?

Sellner: Da habe ich sehr viele Ideen, die ich im Buch aufliste, etwa politischen Druck gegen den radikalen Islam, Mindestverdienst für Verlängerung des Aufenthaltsrechts, Streichen von Sozialleistungen für Angehörige im Ausland etc. Dänemark etwa macht da viel vor. Mit Remigration gäbe es keine Fälle mehr, wie den des „Mr. Money Cash“, so der Spitzname eines deutschen Staatsbürgers in seiner Heimat Nigeria. Dort hat er 24 Kinder und kassiert für diese 22.545 Euro pro Monat. Damit hat er sich in Afrika einen Fuhrpark angelegt und protzt in den sozialen Medien. Seine Videos sind ein „Pullfaktor“, da sie Hunderttausende Migranten anlocken.

„Masseneinwanderung bedeutet die Zerstörung unserer Demokratie“

In „Remigration. Ein Vorschlag“ beschreiben Sie Ihre Lösungen ausführlich. Nirgendwo fordern Sie aber etwas Rechtswidriges oder gar Gewaltsames. Im Gegenteil, Sie stellen nicht nur klar, daß Sie das prinzipiell ablehnen, sondern versuchen, den Leser mit Argumenten davon zu überzeugen. Aber ist das nicht nur Tarnung?

Sellner: Nein, Remigration ist die historische Korrektur einer teils gewollt fehlgeleiteten Masseneinwanderung: Sie braucht Zeit und muß rechtsstaatlich und würdevoll vonstatten gehen, Menschen-, Eigentums- und Persönlichkeitsrechte sind dabei natürlich zu achten. Das ist keine Tarnung, sondern meine Überzeugung! Remigration wird nur als seriöses und humanes Konzept umsetzbar sein. Mir ist aber klar, daß man es als rechtswidrig und unmenschlich darstellt, um politische Mehrheiten dafür zu verhindern. Auch setzt sie wo möglich auf Kooperation mit den Betroffenen. Und anders als „Correctiv“ behauptet, diskriminiert Remigration niemanden nach ethnischen Kriterien. Ich stelle immer wieder klar: kein Paß wird auf kultureller, religiöser oder ethnischer Basis entzogen und es gibt keine Staatsbürger erster und zweiter Klasse! Das ist nicht nur grundgesetzlich untragbar, es würde auch das Vertrauen in die Isonomie, die Gleichheit vor dem Gesetz, zerstören. Diese Tür darf man nicht öffnen! Auch weil dann bei nächster Gelegenheit Linke AfD-Wählern die Staatsbürgerschaft entzögen. Das wäre das Ende der Demokratie und ein Schritt in den Bürgerkrieg. Demokratie beruht auf Vertrauen, das ist die Basis für den Austrag und Ausgleich gesellschaftlicher Unterschiede. Masseneinwanderung aber zerstört die kulturelle Gemeinsamkeit und damit das Fundament der Demokratie. Folge ist, daß sich die Gesellschaft retribalisiert und die „ethnische Wahl“, also die Wahlentscheidung nach Volksgruppenzugehörigkeit, Einzug hält. Der moderne Rechtsstaat, in dem das Gemeinwohl über partikularen Stammesinteressen steht, wird rückabgewickelt. Am Ende sehen wir aus wie der Libanon oder Südafrika. Genau das aber soll Remigration verhindern. Sie ist die einzige Rettung für Rechtsstaat, sozialen Frieden und Demokratie!

MORITZ SCHWARZ

Martin Sellner

Geboren 1989 in Wien, studierte er Philosophie und gründete die Identitäre Bewegung im deutschsprachigen Raum. Er veröffentlichte mehrere Bücher, darunter „Identitär! Geschichte eines Aufbruchs“, „Bevölkerungsaustausch und Great Reset“, „Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze“ und „Remigration. Ein Vorschlag“.

▸ www.martinsellner.info

Oleksandr Syrskyj soll die Wende im Ukraine-Krieg bringen. Doch viele seiner Soldaten fürchten ihn fast wie den Feind.

Selenskyjs neuer Mann

FERDINAND VOGEL

Erstmals hat die Ukraine nun die Zahl ihrer Gefallenen benannt: 31.000 Soldaten sollen, so Präsident Selenskyj, seit dem 24. Februar 2022 ihr Leben gelassen haben. Doch ist, wie die Kriegsgeschichte lehrt, diese meist geschönt. Die USA schätzten die Verluste Kiews bereits im Sommer auf 70.000 Mann, sowie ein Vielfaches an Verkrüppelten, Traumatisierten und Vermißten.

Diese Zahlen könnten bald drastisch steigen, nicht nur wegen des seit dem Fall von Awdijiwka Mitte Februar befürchteten russischen Durchbruchs der ukrainischen Front: Manche Kiewer Kämpfer ängstigt ihr neuer Armeechef fast so sehr wie der Feind: „Er wird uns alle umbringen“, zitiert das Magazin *Politico* einen von ihnen. Gemeint ist Oleksandr Syrskyj, der den Spitznamen „Schlächter“ nicht dem Gegner, sondern Teilen der eigenen Truppe verdankt.

Denn deren Gefallenenzahl stieg schon einmal rasant, als sich die Schlacht um Bachmut 2022/3 zur „Hölle von Bachmut“ (angelehnt an die „Hölle von Verdun“ 1916) entwickelte, auch der „Fleischwolf“ genannt. In den, obwohl die USA rieten, den völlig vernichteten Ort bei Donezk aufzugeben, General Syrskyj immer neue Männer stopfte.

In Oleksandr Syrskyj sieht der Präsident den General, der seiner Parole Krieg bis zum Sieg bis zum Ende folgt.

Ausgebildet wurde der 1965 in Zentralrußland geborene neue Chef der ukrainischen Streitkräfte noch in der Sowjetarmee, was manchem eine Erklärung für dessen rücksichtslosen Einsatz der eigenen Soldaten ist. Syrskyjs Ernennung gilt als Zeichen, denn er ersetzt den bei Volk und Armee populären Walerij Saluschnyj (JF 2/24), der im Ruf steht, seine Männer geschont und sehr überlegt gehandelt zu haben. Eine Haltung, die diesen immer wieder in Konflikt mit Selenskyj brachte, mit dem er schon seit Ende 2022 wegen der Schlacht um Bachmut massive Meinungsunterschiede gehabt haben soll. Während Saluschnyj das verlustreiche Festhalten an der Stadt verurteilte und lieber das Momentum der Siege von Cherson und Charkiw nutzen wollte, erklärte der Präsident Bachmut zum Symbol des ukrainischen Widerstands, das um jeden Preis zu halten sei.

Kritiker werfen ihm und Syrskyj nicht nur vor, in Bachmut sinnlos Soldaten geopfert zu haben, sondern auch gutausgebildete Truppen, während die Russen, auch wenn ihre Verluste ein Vielfaches betrugen, vor allem militärisch minderwertige Einheiten verloren. Doch kann Syrskyj auch Erfolge vorweisen, er hat an der Rettung Kiews und dem großen Sieg in Charkiw maßgeblich Anteil.

So fiel die Wahl auf ihn, nachdem Saluschnyj, der die voraussichtliche Undurchführbarkeit erkannte, die groß angekündigte ukrainische Sommeroffensive 2023 nur widerwillig vorantrieb und, als sie deutlich hinter den Erwartungen Kiews zurückblieb, wagte, öffentlich von einem „Patt“ zu sprechen. In Syrskyj sieht der Präsident den Mann, der der Parole Krieg bis zum Sieg folgt, statt zu versuchen, eigenmächtig die politischen Ziele des Landes entlang der militärischen Lage neu auszurichten. Und auch für seine Neigung, sich in Militärisches bis hinab auf die taktische Ebene einzumischen, erhofft sich Selenskyj wohl mehr Akzeptanz.

Ob er mit all dem bei Syrskyj richtigliegt, muß sich zeigen. Der ist dem Ruf nur widerwillig gefolgt, da er weiß, der Präsident erwartet eine Wiederholung seiner Erfolge, um den Westen und das Volk zu überzeugen, ein Sieg sei möglich. Aber auch Oleksandr Syrskyj kann die dazu nötigen Waffen und Divisionen nicht aus dem Ärmel zaubern.

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Bürgermeister tritt wegen Streit um Asylheim zurück

MARKT SCHWABEN. Der Bürgermeister von Markt Schwaben, Michael Stolze (parteilos), hat am Freitag seinen Rücktritt angekündigt. Dem vorausgegangen war ein Streit um ein geplantes Asylheim. „Ich habe falsch eingeschätzt, daß es Menschen gibt, die Probleme mit Asylbewerbern in ihrer Nähe haben“, sagte der 53jährige dem *Münchner Merkur*. Gegen die vom Landkreis geforderte Unterkunft hatte die Initiative „Burgerfeld wird Bürgerfeld“ ein erfolgloses Bürgerbegehren mit mehr als 1.900 Unterschriften eingereicht. Stolze hatte hingegen für seine Marktgemeinde als Standort geworben. „Ich habe meinen Wertekanon über die Interessen der Bürger gestellt“, erklärte der Lokalpolitiker selbstkritisch. Dennoch wolle er sein Wertebild nicht aufgeben. Zudem beklagte er, die Proteste hätten die politische Lage vor Ort stark verändert: „Die aktuelle Sitzungskultur im Gemeinderat hat mich entsetzt und ratlos gemacht.“ Sascha Hertel, Fraktionsvorsitzender der örtlichen Wählergemeinschaft „Zukunft Markt Schwaben“ im Gemeinderat warf Stolze unterdessen vor, nicht ausreichend auf einen Dialog mit den Bürgern gesetzt zu haben. Zudem seien keine persönlichen Angriffe der Asylheim-Gegner gegen den Bürgermeister bekannt. Stolze war 2020 als gemeinsamer Kandidat der SPD und der Freien Wähler mit 67,3 Prozent ins Amt gewählt worden. Kommende Woche soll er offiziell vom Gemeinderat entlassen werden. (kuk)

Sachsen: AfD-Kandidat wird Bürgermeister

GROSSSCHIRMA. Der AfD-Landtagsabgeordnete Rolf Weigand hat die Bürgermeisterwahl in der sächsischen Stadt Großschirma gewonnen. Mit 59,4 Prozent konnte er sich bereits im ersten Wahlgang deutlich gegen den Bewerber der Unabhängigen Bürgervereinigung (UBV), André Erler (22,3 Prozent), und den CDU-Kandidaten Gunther Zschommler (18,2) durchsetzen. „Ich versichere auch denen, die mich nicht gewählt haben, daß ich mein Amt wie angekündigt überparteilich ausüben werde“, erklärte er nach seiner Wahl. Gegenüber der JUNGEN FREIHEIT kündigte Weigand an, die Bürger verstärkt in kommunale Entscheidungen einzubinden. Beispielsweise plane er eine Abstimmung darüber, ob ein Windpark im Gemeindegebiet entstehen soll. Die vorgezogene Neuwahl war nötig geworden, weil Volkmar Schreiter (FDP), der das Amt 19 Jahre lang ausgeübt hatte, im Oktober vergangenen Jahres Suizid beging. Die Tageszeitung *Freie Presse* unterstellte der AfD, die im Gemeinderat die stärkste Fraktion bildet, eine Mitschuld daran. Konkret wirft die Zeitung der Partei vor, sie habe Schreiter schikaniert und unter Druck gesetzt, bis dieser sich letztlich das Leben nahm. Weigand, der seit Oktober bereits als Bürgermeister amtiert, nannte die Vorwürfe „pietät- und haltlos“. In der Vergangenheit habe man immer konstruktiv zusammengearbeitet und auch Anträgen anderer Parteien zugestimmt, betonte er im Gespräch mit der JF. Der 39jährige promovierte Ingenieur ist nach Tim Lochner in Pirna der zweite Politiker in Sachsen, der für die AfD oder von ihr unterstützt zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt wurde. Weigand hat sechs Jahre lang für die Partei im Sächsischen Landtag gesessen und war zuletzt deren bildungspolitischer Sprecher. Durch seinen Abgang schrumpft die AfD-Landtagsfraktion auf 33 Abgeordnete. Weil nach einem Urteil des Verfassungsgerichts in Leipzig die AfD-Landesliste wegen formaler Mängel gekürzt wurde, wird es keinen Nachrücker geben. (fh/sv)

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ABACA

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

Eurofighter mit Taurus-Marschflugkörpern, Verteidigungsminister Boris Pistorius: Bundesregierung bewußt bloßgestellt

Fort, Taurus

Affäre: Nach dem abgehörten Gespräch der Luftwaffen-Offiziere steht Berlin ziemlich blöd da

PETER MÖLLER

Es war für Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) das mit Abstand intensivste Wochenende seiner bisherigen Amtszeit. Am Freitag vergangener Woche schlug die Nachricht, daß russische Medien den Mitschnitt eines knapp 38 Minuten langen Gespräches des Inspekteurs der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, mit drei Offizieren veröffentlicht hat, buchstäblich wie ein Marschflugkörper im Berliner Bendlerblock ein. Denn der Inhalt des Gespräches drehte sich um die vieldiskutierte Lieferung von Marschflugkörpern des Typs Taurus.

Detailliert besprachen die Luftwaffenoffiziere die praktische Umsetzung einer möglichen Lieferung und, besonders brisant, potentielle Ziele für die Marschflugkörper im Krieg Rußlands mit der Ukraine, wie etwa die für die Versorgung der russischen Invasionstruppen wichtige Krim-Brücke. Für die Bundesregierung ist die Abhöraffäre ein Desaster, dessen außen- und bündnispolitische Folgen noch gar nicht absehbar sind. Für Bundeskanzler Olaf Scholz, der von einer „sehr ernsten Angelegenheit“ sprach, ist die Veröffentlichung besonders pikant, da er erst in der vergangenen Woche die Lieferung von Taurus an die Ukraine abgelehnt hatte – unter anderem mit dem Hinweis, daß für die Bedienung des Marschflugkörpers der Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine notwendig sei. Ausgerechnet diese Begründung wird durch das abgehörte Gespräch in Zweifel gezogen.

Doch wie ist es den Russen überhaupt gelungen, das brisante Gespräch mitzuschneiden? Nach Angaben von Pistorius wurde die Telefonkonferenz über die Videokonferenzsoftware WebEx des amerikanischen Softwareunternehmens Cisco geführt. Das Programm, das bei der Bundeswehr und anderen Regierungsbehörden durchaus üblich ist und vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geprüft wurde, darf bei der Bundeswehr nur für die niedrigste Geheimstufe „Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingesetzt werden. Das BSI hatte in der Vergangenheit vor Schwachstellen in der WebEx-Software gewarnt.

„Es muß endlich Schluß sein mit unserer Naivität“

Möglicherweise spielt bei der Abhöraffäre die Tatsache eine Rolle, daß sich ein Brigadegeneral aus einem Hotel in Singapur über einen unsicheren Zugang eingewählt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, Roderich Kiesewetter (CDU), brachte ein mögliches Szenario ins Spiel: „Es verdichten sich leider Hinweise, daß offensichtlich ein russischer Teilnehmer sich in die Webex eingewählt hat und daß offensichtlich nicht auffiel, daß dort eine weitere Zuwahlnummer war“, sagte er in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ und stellte grundsätzlich die Frage nach Kommunikation innerhalb der Bundeswehr: „Warum wird so ein sensibles Thema überhaupt über Webex behandelt? Warum hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nicht niedrigschwellige Zugänge zu entsprechenden geschützten Informations- und Videokonferenzsystemen?“

Von einer „Mangelsituation der Kommunikationsmittel“ in der Bundeswehr sprach in diesem Zusammenhang der Vorsitzende der Politisch-Militärischen Gesellschaft, Ralph Thiele. „Wie sollen denn die Leute miteinander kommunizieren, wenn der Bund ihnen die Mittel dazu nicht gibt?“, sagte er dem Magazin *Cicero*. Es werde im Grunde davon ausgegangen, daß die Beamten und Offiziere Sicherheitsvorschriften biegen oder sogar brechen, um vernünftig miteinander arbeiten zu können. „Das heißt natürlich nicht, daß die Generäle nicht trotzdem etwas falsch gemacht haben“, sagte Thiele. Wobei der ehemalige Luftwaffen-Oberst einräumte, daß alles, was die Militärs zum Marschflugkörper Taurus besprochen hätten, für Experten – auch gegnerische – „vermutlich keinen wirklichen Neuigkeitswert“ habe. Wer auch immer an einer Veröffentlichung interessiert gewesen sei, wollte wohl in erster Linie die Bundesregierung bloßstellen.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), nahm unterdessen die Spionageabwehr in den Blick. „Es muß endlich Schluß sein mit unserer Naivität“, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Cyberangriffe, Spionage und Desinformation seien massiv angestiegen. „Wir müssen dringend unsere Sicherheit und Spionageabwehr erhöhen, denn wir sind auf diesem Gebiet offensichtlich vulnerabel.“

Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen, kritisierte den Militärischen Abschirmdienst (MAD): Dieser habe zum wiederholten Mal versagt. „Weder ist der MAD in der Lage, Gespräche auf höchster Ebene der Bundeswehr zu schützen, noch ist es der Behörde offenbar gelungen, Soldaten der Führungsebene im Umgang mit sensiblen Informationen ausreichend zu schulen und zu sensibilisieren“, sagte Lucassen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die durch ihre fachliche Zuständigkeit für das BSI mittelbar von der russischen Lauschattacke betroffen ist, hat dagegen die Abwehrbereitschaft der deutschen Geheimdienste bekräftigt. „Putins Propaganda-Apparat will unseren Staat diskreditieren, die Meinungsbildung manipulieren und unsere Gesellschaft spalten“, sagte sie der Funke-Mediengruppe. „Wir haben unsere Schutzmaßnahmen gegen Spionage und Desinformation weiter hochgefahren und reagieren laufend auf aktuelle Entwicklungen.“ Die Spionageabwehr beim Bundesamt für Verfassungsschutz sei personell und technisch deutlich verstärkt worden. Die Bekämpfung der Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste bleibe ein wesentlicher Schwerpunkt der Spionageabwehr.

Unterdessen werden die Rufe nach Konsequenzen aus der Abhöraffäre immer lauter. Die AfD-Bundestagsfraktion beantragte am Wochenende eine zeitnahe Unterrichtung durch das Verteidigungsministerium und brachte eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses ins Gespräch. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, ging noch einen Schritt weiter und brachte einen Untersuchungsausschuß des Bundestages ins Spiel. Boris Pistorius stärkte den betroffenen Offizieren zumindest vorerst den Rücken: „Wenn nicht doch noch Schlimmeres herauskommt, werde ich sicher nicht meine besten Offiziere für Putins Spielchen opfern“, sagte er am Dienstag.

■ Beitrag Seite 1

Mit angezogener Handbremse ermittelt?

Attacke auf AfD-Chef: Der Anwalt von Tino Chrupalla geht gegen die Einstellung des Verfahrens vor / Politiker spricht von einem „Justizskandal“

FRANK HAUKE

Daß die Ermittlungen bezüglich des mutmaßlichen Anschlags während einer Wahlkampfveranstaltung in Ingolstadt eingestellt wurden, will AfD-Chef Tino Chrupalla nicht hinnehmen. Der Politiker hat nun über den bekannten Berliner Strafverteidiger Khubaib-Ali Mohammed, der auch als Nebenklage-Anwalt Opfer des NSU-Terrors vertrat, Beschwerde eingelegt. In seinem Schreiben an den in München zuständigen Oberstaatsanwalt Maximilian Laubmeier, das der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, heißt es: „Die von der Staatsanwaltschaft Ingolstadt geführten Ermittlungen sind stark lückenhaft. Der Fall kann unter keinem denkbaren Gesichtspunkt als ausermittelt betrachtet werden.“ Auch aufgrund der „Stellung des Verletzten als Verfassungsorgan“ hätte eine „bestmögliche Sachverhaltsaufklärung“ erfolgen müssen. Doch dieser Maßstab sei „bei weitem nicht erreicht“ worden.

Chrupalla sagte der JUNGEN FREIHEIT: „Wenn man alle Versäumnisse zusammen betrachtet, handelt es sich hier um einen Justizskandal.“ Der Angriff auf einen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und damit ein Verfassungsorgan sei „nicht als politisch motiviert, sondern wie eine Rummelschlägerei behandelt“ worden. Die Ermittlungen zum 2015 verübten Messer-Anschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker habe damals dagegen sofort die Generalbundesanwaltschaft an sich gezogen.

Kritik an Rolle des Verfassungsschutzes

Ob er vermutet, die Staatsanwaltschaft könnte aufgrund der Weisungsgebundenheit durch das bayerische Justizministerium so lückenhaft ermittelt haben? Chrupalla: „Jeder Jurist sagt mir, daß ein Anschlag auf einen Fraktionsvorsitzenden sofort über die höchsten Tische geht. So etwas hat Priorität. So etwas macht keine örtliche Staatsanwaltschaft mit sich selbst aus.“

Auch ein medizinisches Gutachten des Städtischen Klinikums Dresden, in dem sich der verletzte Politiker nachversorgen ließ, fand keinen Eingang in die Ermittlungsakte. Dies hatte eine Einstichverletzung und einen „Stichkanal“ bestätigt. Eine wichtige Rolle bei der Beschwerde Chrupallas bei der Generalstaatsanwaltschaft in München spielt auch der Inlandsgeheimdienst. Anwalt Mohammed hatte im November angeregt, bei den Landesämtern für Verfassungsschutz Bayern und Sachsen Anfragen zu stellen, „die zur Sachverhaltsaufklärung beitragen könnten“. Denn es sei „mehr als naheliegend“, so heißt es nun in der Beschwerde, „daß der Bundesvorsitzende einer Partei, die für den Verfassungsschutz ein ‘Beobachtungsfall’ ist, auch tatsächlich bei öffentlichen Veranstaltungen und Auftritten beobachtet wird“. Diese Mitarbeiter hätten den Angriff auf Chrupalla gesehen haben können und, so meint es der Anwalt, als Zeugen befragt werden müssen.

Dem gab der ermittelnde Staatsanwalt zunächst auch statt. Doch als nach drei Wochen keine Antwort der Geheimdienstbehörden einging, verfügten die Ermittler am 15. Dezember 2023, daß es final keine Reaktion gebe, damit auch nicht mehr zu rechnen sei, und verfolgten die Spur nicht weiter. Vier Tage später stellten sie das gesamte Verfahren ein. Die Verfassungsschutzämter seien jedoch „gesetzlich verpflichtet“ gewesen zu antworten, stellt Mohammed klar: „Eine Rücknahme eines Ermittlungsauftrags drei Wochen nach Erteilung wegen vermuteter Erfolglosigkeit ist mit dem gesetzlich normierten Amtsaufklärungsgrundsatz nicht vereinbar.“

Ein weiterer Teil der Beschwerde betrifft die beiden Männer, die ein Selfie mit Chrupalla machten. Unmittelbar danach war der AfD-Politiker zusammengebrochen. Sein Personenschützer fand kurz darauf auf dem Boden eine Nadel, die möglicherweise als Waffe benutzt worden war. Die beiden hatten sich laut Zeugen unmittelbar danach mit einem polizeibekannten Linksextremisten unterhalten. In der Beschwerde heißt es: „Bereits der räumlich-zeitliche Zusammenhang des Tatortes mit der Selfiesituation und zum Auffindeort der möglichen Tatwaffe ist nach kriminalistischer Erfahrung ausreichend zur Bejahung eines Anfangsverdachts.“ Ihm seien „als Opfer eines Anschlags in einem Rechtsstaat Grundrechte verwehrt“ worden, monierte Chrupalla.

Parteien, Verbände, Personen

Alternative für Deutschland

FOTO: ABGEORDNETENWATCH.DE

Sayn-Wittgenstein

Die frühere Schleswig-Holsteinische AfD-Landesvorsitzende **Doris von Sayn-Wittgenstein** bleibt Parteimitglied. Der Bundesvorstand der Partei hat seine Berufung gegen ein Urteil des Landgerichts Berlin zurückgezogen. Die 69jährige hatte gegen ihren Parteiausschluß durch das AfD-Bundesschiedsgericht geklagt. Im Dezember 2018 hatte die AfD-Spitze ein Parteiausschlußverfahren gegen Sayn-Wittgenstein wegen „parteischädigenden Verhaltens“ eingeleitet. Hintergrund war unter anderem ihr Verhältnis zum Verein „Gedächtnisstätte“, der auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht. 2017 hatte es bei der Wahl der AfD-Bundesvorsitzenden ein Patt zwischen **Sayn-Wittgenstein** und **Georg Pazderski** gegeben, das schließlich durch die Wahl des jetzigen Ehrenvorsitzenden **Alexander Gauland** aufgelöst wurde. Mittlerweile gehört die Ex-Landesvorsitzende einem Kreisverband in Baden-Württemberg an.

▶ www.afd.de

Bündnis90/ Die Grünen

Vergangenes Jahr noch haben die bayerischen Grünen den Europaabgeordneten **Malte Lenz Gallée** gemeinsam mit **Henrike Hahn** zum Spitzenkandidaten für die EU-Wahl im Juni gekürt. Nun hat der bisher jüngste deutsche Brüsseler Parlamentarier sein Mandat niedergelegt. Hintergrund sind Belästigungsvorwürfe gegen Gallé. Mitarbeiter sollen sich über grenzüberschreitendes Verhalten, unerwünschte Berührungen, ungebetenes Betreten von Büros, aber auch Mobbing beschwert haben. Der Rücktritt als Abgeordneter falle ihm sehr schwer, schrieb der 30jährige in einer persönlichen Erklärung. Gallé hatte bei der Wahl 2019 den Einzug ins EU-Parlament verpaßt, war aber 2022 für **Sven Giegold** nachgerückt, der als Staatssekretär ins Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von **Robert Habeck** wechselte.

▶ www.gruene-europa.de

Zentralrat der Muslime in Deutschland

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), **Aiman Mazyek**, hat seinen Rückzug vom Amt angekündigt. Im Juni werde er nach 13 Jahren an der Spitze der Organisation zurücktreten, teilte der 55jährige mit. Es sei an der Zeit, „daß andere das Ruder übernehmen“. Mazyek war bis 2010 Mitglied der FDP. Der ZMD, dem etwa 300 Moscheegemeinden angehören, vertritt in erster Linie nicht-türkische Moslems in Deutschland.

▶ www.zentralrat.de

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an:
redaktion@jungefreiheit.de

Ländersache: Nordrhein-Westfalen

Dem Wald Zeit lassen

CHRISTIAN SCHREIBER

Daß Papier geduldig ist, müssen nun auch CDU und Grüne in Nordrhein-Westfalen wieder feststellen. Beide Parteien hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, neben der Eifel einen zweiten Nationalpark im größten Flächenland der Republik einzurichten. Doch am „Wo“ scheiden sich die Geister, vor allem weil sich die Begeisterung vor Ort in engen Grenzen hält.

Zu den von Schwarz-Grün favorisierten Stellen zählten der Naturpark Egge in Ostwestfalen und der Reichswald am Niederrhein. Doch dort lehnen die Kreistagsfraktionen das Vorhaben ab. Auch in vier weiteren Regionen, die die Landesregierung avisiert hatte, regte sich Protest. Hinzu kommt, daß die beiden Koalitionäre das Projekt nicht mit gleicher Vehemenz vorbringen. Der Nationalpark ist ein grünes Prestige-Projekt, das steht außer Frage. Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) wird dagegen nicht müde auf die Skepsis, Sorgen und Fragen zum Verfahren hinzuweisen. Die Grünen und die ihr nahestehenden Naturschutzverbände sehen mit einem Nationalpark einen Gewinn für die Artenvielfalt und Tourismus für die Region. Die Kritiker, die im Zweifel etwas lautstärker sind, fürchten in erster Linie mehr Bürokratie.

Vor allem die Landwirte haben es auf dieses Thema abgesehen – und mit denen ist derzeit ohnehin nicht gut Kirschen essen. Es gebe keine sachlich überzeugende Notwendigkeit, den Naturpark als Nationalpark auszuweisen. Das Gebiet habe sich unter den bestehenden Schutzvorkehrungen, trotz hohem Besucherdruck und außergewöhnlicher Verkehrsbelastung, herausragend entwickelt. Flora und Fauna seien für die Erholungssuchenden erlebbar, heißt es in einer Stellungnahme eines regionalen Arbeitskreises.

Die oppositionelle FDP im Düsseldorfer Landtag spricht von einem möglichen „Bürokratiemonster“, das entstehen könnte, wenn es zu einem weiteren Nationalpark kommt. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) versucht sich als Moderator. Ein Nationalpark sei „nur im Konsens“ mit einer Region möglich, sagte er und formuliert es deutlich: „Wir drücken nicht von oben aus Düsseldorf einen Nationalpark rein.“

Offenbar setzt die Landesregierung mittlerweile auf den Faktor Zeit. Ursprünglich sollten sich interessierte Regionen bis zum Ende des ersten Quartals melden. Mittlerweile wird darüber diskutiert, ob man auch eine Verlängerung dieser Frist anbieten solle. „Es gibt landesweit in vielen Regionen eine große Diskussion über Nationalparke und den Naturschutz“, meinte Umweltminister Oliver Krischer von den Grünen, der ein deutlicher Befürworter ist. Er müsse den Menschen oft erklären, was der Unterschied zwischen einem Natur- und einem Nationalpark ist. Denn in einem Nationalpark hat der Naturschutz eindeutig Vorrang. So wird beispielsweise auf eine forstwirtschaftliche Nutzung wie etwa die Holzernte verzichtet. Auch deshalb sind viele Waldbesitzer strikt gegen eine Umwidmung vorhandener Gebiete. „Natur sein lassen“, lautet dagegen ein Motto der Nationalpark-Unterstützer. Man müsse die Natur einfach ihren eigenen Gesetzen überlassen.

Münster kündet

AfD gegen Verfassungsschutz: Nächste Woche entscheidet sich, ob die Partei „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ bleibt

JÖRG KÜRSCHNER/CHRISTIAN VOLLRADT

Angeheizt von einem beispiellosen Sperrfeuer der Politik, des Bundespräsidenten, der Medien, der Kirchen und verschiedener Verbände gegen die AfD wird das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster am kommenden Dienstag und Mittwoch verhandeln und entscheiden, ob die Partei weiterhin als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ eingestuft werden darf. Dann geht es um entsprechende Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), dessen Präsident Thomas Haldenwang (CDU) es in den Augen seiner Kritiker an der gebotenen politischen Neutralität seines Amtes fehlen läßt. „Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken“, bekannte Haldenwang im vergangenen Sommer freimütig.

Die Bundes-AfD hat sich also in der kommenden Woche auf harte Verhandlungen unter der Leitung des Vorsitzenden Richters Gerald Buck einzustellen. Denn juristisch steht einiges auf dem Spiel. Entscheidet das Gericht im Sinne Haldenwangs, darf die AfD weiter als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ eingestuft werden. Das bedeutet, der Inlandsgeheimdienst darf Vertrauensleute (V-Leute) in die Partei einschleusen, Telefone abhören und E-Mails mitlesen. Diese einschneidenden Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte sind allerdings nur zulässig bei Anhaltspunkten für schwere Straftaten wie Hochverrat, Bildung einer terroristischen Vereinigung oder Volksverhetzung.

Gerade dieser Tatbestand könnte dem Verfassungsschutz als entscheidender Hebel dienen, die ungeliebte AfD auszuspähen. Verstieg sich doch die zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kürzlich zu einer Drohung, der es am Verständnis für eine pluralistische Demokratie mangelt: „Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen“. Kabinettskollegin Lisa Paus (Grüne), der die amtliche, etwas schwergängige Bezeichnung ihres Ministeriums (für Familie, Senioren, Frauen, Jugend) mißfällt und die deshalb seit kurzem von ihrem „Gesellschaftsministerium“ spricht, formulierte noch einen Zacken schärfer. „Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, daß Haß im Netz auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt“, so die Grünen-Politikerin. Mit anderen Worten, Meinungsfreiheit, ein Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat, soll es nur noch im Rahmen der Politischen Korrektheit geben.

Es gibt weitere gesetzliche Einschränkungen, die AfD auszuhorchen. Parlamentarier und deren Mitarbeiter dürfen nicht angeworben werden; eine Folge der Beobachtung des Linken-Politikers Bodo Ramelow aus dem Jahr 2013. Die AfD will natürlich eine endgültige Einstufung als „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ verhindern“. Ob ihr das gelingt?

Vor dem Verwaltungsgericht (VG) Köln war die Partei 2022 gescheitert. Es gebe ausreichend tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen, befanden die Richter. Die AfD darf also bereits ausgespäht werden, obwohl das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Was auch geschieht. Kürzlich brüstete sich Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) mit einer „zweistelligen“ Zahl an Spitzeln in der AfD. Aber Vorsicht. Stellt sich in der Hauptverhandlung heraus, daß die V-Leute „steuernden Einfluß“ auf die Partei haben, kann Haldenwang einpacken. Daran war 2003 das erste NPD-Verbotsverfahren gescheitert.

Richterspruch wird die Verbotsdebatte neu beleben

Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Stephan Brandner ist überzeugt, daß er ständig abgehört wird. „Ich glaube, daß meine Büros und mein Zuhause verwanzt sind. Aber sollen sie uns den ganzen Tag abhören: wir sagen nichts, was mit den Grundwerten unserer Verfassung nicht vereinbar ist“, betonte der Thüringer Bundestagsabgeordnete gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Ärgerlich sei allerdings, „daß der politische Gegner durch diese Spitzelmaßnahmen stets über unser politisches Wirken informiert ist. Dadurch hat er einen erheblichen Wettbewerbsvorteil“, so Brandner.

Sollte die Berufung gegen das Kölner Urteil in Münster scheitern, dürfte es für die AfD noch schwerer werden, neue Mitglieder unter Staatsdienern zu gewinnen. Aber auch Parteimitglieder müßten um ihren Job fürchten. Haldenwang hat mehrfach mit Einzelfallprüfungen gedroht, „ob diese Personen im Öffentlichen Dienst verbleiben können“. Und der Verfassungsschutz hat bereits die nächste Rakete auf die Startrampe geschoben. Nach der Einstufung als „Prüffall“ (2019), der Hochstufung als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ (2022) bereitet der Verfassungsschutz die bundesweite Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ vor,

FOTO: IMAGO/CHRISTIAN OHDE

Partei unter die Lupe genommen: Zweistellige Zahl an Spitzeln in der AfD?

schrieb jüngst die *Süddeutsche Zeitung*. Das Kölner Bundesamt lehnt eine Stellungnahme zu diesen Berichten ab, widerspricht aber auch nicht. Das neue Gutachten soll erstmals auch die Position der AfD zu Rußland beleuchten.

Voraussetzung wäre zunächst, daß das Oberverwaltungsgericht das Urteil als „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ bestätigt. Die Landesverbände Sachsen-Anhalt, Sachsen (beide seit 2023) und Thüringen (2021) haben die Hochstufung bereits hinter sich. Ebenso traf es die Junge Alternative Anfang Februar. In der Verhandlung dürfte es darum gehen, ob fragwürdige Äußerungen etwa zur Migrationspolitik als Einzelmeinungen aus der zweiten Reihe zu bewerten sind oder Führungsfiguren wie Thüringens Landesvorsitzendem Björn Höcke zugerechnet werden können.

In seinem ersten Gutachten vor fünf Jahren hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 470 Meinungsäußerungen von Mitgliedern der AfD ausgewertet und 400 davon als unvereinbar mit mindestens einem Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingestuft. Der von der Partei beauftragte Staats- und Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek kam in einer von der AfD offiziell unter Verschluß gehaltenen Untersuchung der Vorwürfe des BfV zu dem Ergebnis, daß „weniger als 20 Prozent der vom Verfassungsschutz als relevant“ eingestuften Aussagen tatsächlich „verfassungsschutzrechtlich relevant“ zu bewerten seien. „Über 80 Prozent der Bewertungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz halte ich für falsch“, so der emeritierte Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg damals. Die meisten der auch Murswiek zufolge mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbaren Aussagen stammten von Höcke, an zweiter Stelle rangierte im von der AfD beauftragten Gutachten der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt.

Unterdessen bezeichnete Bundesvorstandsmitglied Brandner aktuelle Berichte als „völlig absurd“, denen zufolge die AfD Migranten in ihren Reihen mobilisiere, um dem Vorwurf völkischen Denkens zu begegnen: „Wir beurteilen Menschen nicht nach ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Abstammung, sondern nach ihren Kompetenzen.“

Innenministerin Faeser scheint der ungebremste Verfolgungseifer ihres Untergebenen Haldenwang recht zu sein. Beide präsentieren sich stets in bestem Einvernehmen und gut gelaunt im Kampf gegen die AfD. Etwa in der Bundespressekonferenz. In gequälte Gesichter blickt man nur, wenn man fragt, warum die Einstufung des Inlandsnachrichtendiensts potentielle Wähler, insbesondere in Ostdeutschland, nicht abschreckt. Im Gegenteil.

So mehren sich die Stimmen, die die Dauer-Diskussion über die AfD am liebsten abbrechen würden. „Es hat sich eine Art Verbotskakophonie entwickelt, die von der AfD ausgenutzt wird, um sich als politisches Opfer zu inszenieren“, befürchtet Brandenburgs Ressortchef Stübgen, derzeit auch Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Unterliegt die Partei in Münster, dürfte sie vor die „Superrevisionsinstanz“, das Bundesverfassungsgericht, ziehen.

Auf jeden Fall wird der Richterspruch die Debatte über ein mögliches AfD-Verbot neu beleben. Nur der Bundestag, die Bundesregierung oder der Bundesrat können vor dem Bundesverfassungsgericht ein entsprechendes Verfahren beantragen. Unterdessen haben mehr als 147.600 Menschen die Petition der JUNGEN FREIHEIT „Nein zu einem AfD-Verbot! Zurück zu demokratischen Prinzipien“ unterzeichnet, die vergangene Woche abgelaufen ist.

Demokratiefördergesetz wohl verfassungswidrig

BERLIN. Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags ist zum Ergebnis gekommen, daß das geplante Demokratiefördergesetz verfassungswidrig sein könnte. Ziel dieses Gesetzes soll es laut Bundesregierung sein, „zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen, verläßlich zu fördern“. Es liege in der Verantwortung des Staates, „aktiv für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten“. Die Bundestagsjuristen bezweifeln jedoch eine Zuständigkeit des Bundes für solche Maßnahmen. Es bestehe die Gefahr eines Eingriffs in die gesetzgeberischen Kompetenzen der Länder. Politische Bildung als Teil der im Artikel 74 des Grundgesetzes definierten öffentlichen Fürsorge beziehe sich nur auf Jugendliche. „Das Gutachten bestätigt meine von Anfang an vorgetragenen Bedenken“, sagte die FDP-Rechtspolitikerin Linda Teuteberg der *Bild*-Zeitung. Der freiheitliche Rechtsstaat respektiere die Vielfalt, die er vorfindet und wolle „die Gesellschaft nicht gestalten“. Zudem würde „statt Vielfalt linkslastige Einfalt gefördert“, monierte Teuteberg. Unterdessen hat Bundesfamilienministerin Lisa Paus erneut die Verabschiedung des geplanten Demokratiefördergesetzes gefordert. Notwendig seien stabile Unterstützungsstrukturen für Vereine, „die sich vor Ort für ein demokratisches Miteinander und Vielfalt“ einsetzten, sagte die Grünen-Politikerin auf dem brandenburgischen Landesparteitag in Cottbus. (kuk)

Diäten für Mitglieder des Bundestages steigen

BERLIN. Die Abgeordneten des Bundestages können sich auf kräftig steigende Diäten freuen. Ab 1. Juli legen die Diäten der Parlamentarier um sechs Prozent zu, berichtete zuerst die *Bild*-Zeitung. Ein normaler Bundestagsabgeordneter erhält dann mindestens 11.226 Euro im Monat. Hinzu kommen steuerfreie Kostenpauschalen von mehreren tausend Euro im Monat, deren Verwendung nicht geprüft wird. Zuletzt stiegen die Diäten 1996 so stark an. Über das größte Plus kann sich Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) freuen. Sie erhält künftig 22.454 Euro, was einem Zuwachs von 1.271 Euro entspricht. Zum Vergleich: US-Präsident Joe Biden verdient mit umgerechnet rund 30.000 Euro im Monat nicht viel mehr. Die Vizepräsidenten des Bundestags erhalten künftig 16.840 Euro und die zahlreichen Ausschußvorsitzenden 12.911 Euro. Nimmt man nur die Grundpauschale, kosten die Abgeordneten den Steuerzahler damit mehr als 8,2 Millionen Euro im Monat. Doch nicht nur die Diäten steigen, auch die späteren Pensionen ziehen kräftig an. Künftig erhält jeder Bundestagsabgeordnete für ein Jahr im Bundestag eine garantierte Pension von 280,68 Euro. Wer als Abgeordneter die kommenden acht Jahre im Parlament sitzt, bekommt später mindestens 2.240 Euro. Die Durchschnittsrente in Deutschland nach 45 Versicherungsjahren beträgt etwa 1.500 Euro. Eine gesonderte Abstimmung über die Diätenerhöhung wird nicht stattfinden. Der Bundestag beschloß 2021, daß eine jährliche automatische Anpassung auf Basis der Lohndaten des Statistischen Bundesamts vorgenommen wird. Der Bund der Steuerzahler kritisierte das Verfahren. „Mit diesem Vollautomatismus findet keine Diskussion, keine Aussprache oder Erklärung der Abgeordneten im Bundestag gegenüber der Bevölkerung statt“, monierte dessen Präsident Reiner Holznagel gegenüber der dpa. (ho)

■ Kommentar Seite 2

Namen tilgen, um Haltung zu zeigen

Umbenennungen: In Berlin und Hamburg fallen traditionsreiche Straßennamen der „Cancel Culture“ zum Opfer / „Fischstäbchenplatz“ scheidet aus

PETER MÖLLER

Der Verteidiger von Kolberg muß weichen. Deshalb wird nun ein neuer Name für den Nettelbeckplatz in Berlin gesucht. Seit 1884 trägt der Platz im Stadtteil Wedding den Namen des 1738 in Kolberg in Pommern geborenen Seefahrers Joachim Nettelbeck, um an dessen Verdienste bei der Verteidigung seiner Heimatstadt gegen die französischen Truppen Napoleons 1807 zu erinnern. Doch damit ist nach dem Willen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte bald Schluß.

Denn Nettelbeck war als Seefahrer am transatlantischen Sklavenhandel beteiligt, ein Umstand, der schwerer wiege als seine Verdienste um die Verteidigung seiner Heimatstadt, wie die BVV bereits 2021 befand. Ziel der Umbenennung sei es, „die Dekolonialisierung des öffentlichen Raumes in Berlin-Mitte konsequent weiterzuverfolgen“, sagte Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne) der *B.Z.* Derzeit läuft die Suche nach einem neuen Namen. Ein dafür eingesetztes Gremium wählt aus 500 Vorschlägen, die Bürger eingereicht haben, drei Namen aus. Einige Vorschläge, die über ein Online-Portal eingereicht werden konnten, wurden schon vorher aussortiert, darunter „Fischstäbchenplatz“, „Platz der bösen Gänse“ und „Hundi-Wau-Wau-Platz“. Geht es nach Tahir Della von der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“, die Mitglied des Auswahlgremiums ist, sollte der Platz statt an „Verbrecher oder Profiteure“ zu erinnern, künftig Personen „aus dem Widerstand“ gewidmet sein, sagte sie dem Sender RBB.

Auch in Hamburg wird derzeit ein neuer Name für eine Straße gesucht, die an eine mittlerweile politisch unliebsame Person erinnert. Nach jahrzehntelanger Diskussion hat die Bezirksversammlung Hamburg-Nord am 25. Januar beschlossen, die Hindenburgstraße umzubenennen. Auch hier sind die Bürger nun aufgefordert, Namensvorschläge einzureichen. Bereits 2013 war der Teil der Straße, der durch den Stadtpark führt, nach dem SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels benannt worden.

„Ein Wegbereiter der Nazis kann nicht als Vorbild dienen“

Angestoßen haben die Umbenennung die Grünen, die bereits 1988 einen ersten Versuch gestartet hatten. „Wer den Nazis den Weg bereitet hat, kann nicht als Vorbild dienen“, begründeten die Grünen im zuständigen Bezirk Hamburg-Nord in Anspielung auf die 1933 durch Reichspräsidenten Paul von Hindenburg erfolgte Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler den jüngsten Vorstoß, der dank der Unterstützung durch SPD und Linkspartei zum Erfolg führte. Lange hatte sich die Hamburger SPD gegen eine Tilgung Hindenburgs aus dem Stadtbild gesträubt, da sie fürchteten, dadurch Namen führender Nationalsozialisten zu relativieren.

Doch davon ist nun keine Rede mehr: „Die Zeiten haben sich so gravierend geändert, daß der Name Hindenburgstraße keinen Platz mehr in unserer Stadt hat“, sagte die SPD-Bezirksabgeordnete Martina Schenkewitz der *Welt*. Gerade in der aktuellen Situation, in der Angriffe auf die Demokratie massiv zunähmen, sei es wichtig, Stellung für Freiheit und Solidarität zu beziehen, meinte sie mit Verweis auf die Berichterstattung über das angebliche „Geheimtreffen“ in Potsdam. „Das hat etwas mit Haltung zu tun und unsere ist da ganz klar“ – sei es bei Demonstrationen, im Alltag oder auch bei Straßenbenennungen.

Zwischen Reichstag und Kanzleramt

Wenig bestechend

PAUL ROSEN

Das Ausmaß an Korruption im Bundestag durch die Maskenaffäre hat Deutschland erschüttert. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein hatte eine Provision von 600.000 Euro für die Vermittlung eines Geschäfts mit Corona-Schutzmasken kassiert, der CDU-Abgeordnete Nikolas Röbel 250.000 Euro. Verurteilt werden konnte Nüßlein ebenso wie andere Mandatsträger, die Provisionen kassiert hatten, nicht.

Denn nach dem bisherigen Bestechungsparagraphen im Strafgesetzbuch muß bei Abgeordneten ein Zusammenhang zwischen einer Zahlung und dem Verhalten bei einer Abstimmung nachgewiesen werden. Die Vermittlung von Kontakten und dafür erhaltene Provisionen gelten bisher nicht als Korruption. Daher sprach der Bundesgerichtshof Nüßlein 2022 vom Vorwurf der Bestechung frei. Ungeschoren davon kam auch der bayerische CSU-Landtagsabgeordnete Alfred Sauter, während die Tochter des früheren CSU-Politikers Gerold Tandler, Andrea Tandler, für rund viereinhalb Jahre ins Gefängnis muß; weil sie ihre Millionen-Provisionen nicht richtig versteuerte.

Fast eineinhalb Jahre dauerte es nach den Freisprüchen, bis der Bundestag endlich aktiv wurde. Weit nach Mitternacht fand im Februar die erste Debatte über einen Gesetzentwurf der Ampel-Koalition zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung statt. Damit demonstrierte die Koalition bereits, daß in diesem Fall keine Transparenz angestrebt ist, sondern lieber im Schutze der Dunkelheit eine Debatte geführt wird, von der kaum jemand Notiz nimmt.

Johannes Fechner (SPD) verlangte hartes Vorgehen gegen Korruption: „Denn es muß für die Bürgerinnen und Bürger immer klar sein: Wir Abgeordnete, wir arbeiten für das Allgemeinwohl und nicht für den eigenen Geldbeutel.“ Volker Ullrich (CSU) verstieg sich sogar zu der Behauptung: „Der Kampf gegen Korruption gehört zu unserer DNA“ – eine Aussage, die angesichts der Vorfälle gerade in seiner Partei doch sehr wundert. Der Gesetzentwurf der Ampel sieht vor, daß ein Abgeordneter mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden kann, wenn er einen „ungerechtfertigten Vermögensvorteil“ annimmt oder sich versprechen läßt, um Interessen des Vorteilsgebers oder eines Dritten „während seines Mandates“ durch Handeln oder Unterlassen wahrzunehmen. Gemeint ist damit etwa die Einflußnahme auf Bundesministerien und Behörden.

Das hört sich hart an, ist es aber nicht, wie der Abgeordnete Thomas Seitz (AfD) in der Debatte darlegte. Der Koalitions-Vorschlag der Ahndung als Vergehen mit einem Strafrahmen bis drei Jahre ermögliche es, „Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch Einstellung mit oder auch ohne Auflage oder per Strafbefehl mit einer geringen Geld- oder Freiheitsstrafe zu erledigen – also: weder Transparenz für die Bürger noch Abschreckung für korrupte Abgeordnete“. Seine Fraktion will Politiker-Korruption als Verbrechen mit einer Mindeststrafe von einem Jahr einstufen und damit die „Selbstprivilegierung der Abgeordneten“ beenden.

Konsumkritik der Woche

Ohne Leckerbissen

CHRISTIAN VOLLRADT

Gegessen wird, was auf den Tisch kommt, lautet eine etwas altmodische elterliche Weise, wenn der Nachwuchs mal wieder allzu wählerisch am Nahrungsangebot herummäkelt. Neumodisch dagegen ist die (Un-)Sitte, seitens der Politik bestimmen zu wollen, was bei den Bevölkernden überhaupt auf den Tisch kommen soll. Schon die Braunen zogen einst namens der vermeintlichen Volksgemeinschaftsgesundheit gegen die Salzkartoffel und für das Vollkornbrot zu Felde; später übernahmen die Grünen solch moralmüslisierende Bevormundung ins Polit-Portfolio. Aber nicht nur sie. Den Alleinvertretungsanspruch durchkreuzte nun Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU). „Wir haben die höchsten Durchschnittslöhne, aber geben am wenigsten für Lebensmittel aus“, entrüstete sie sich im „Sonntags-Stammtisch“ des BR-Fernsehens. „In Ländern wie Frankreich, Italien oder Kroatien, da fährt man mit dem Fiat 500 zum Markt und kauft beste Ware zu gutem Preis. Die Deutschen fahren mit dem Porsche Cayenne oder mit dem Audi A8 zu Aldi und kaufen das Billigste.“ Nun sehen wir einmal davon ab, auf welchen repräsentativen Fakten die Aussagen der freistaatlichen Politkerin zum Konsumverhalten basieren. Auch was auf dem Tisch und im Bauch der Frau Kaniber – Dienstwagen ist ein BMW 740Ld, Listenpreis 107.500 Euro – landet, geht den Steuerzahler nichts an. Die Aufregung derer, die eher mit dem „Hacken-Porsche“ als mit einem Cayenne zum Discounter juckeln, mag nachvollziehbar sein. Gelassenheit ist dennoch das Gebot der Stunde. Denn schon der olle Tacitus berichtete über unsere germanischen Ahnen: „Die Speisen sind einfach (...) ohne Aufwand, ohne Leckerbissen begnügen sie sich den Hunger zu stillen.“ Weniger bescheiden seien sie nur „dem Durste gegenüber“. Manches bleibt halt, wie es war.

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Asylanten: Landkreis will Arbeitspflicht einführen

SCHLEIZ. Als erster deutscher Landkreis will der Saale-Orla-Kreis in Thüringen eine Arbeitspflicht für Asylbewerber einführen. Das kündigte Landrat Christian Herrgott (CDU) an und berief sich dabei auf einen Kreistagsbeschluß vom September vergangenen Jahres. Künftig sollen Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte gemeinnützige Arbeiten für 80 Cent pro Stunde erledigen. Verweigerern soll das Geld aus den Asylleistungen um 180 Euro gekürzt werden. „Menschen, die mit Steuergeld bezahlt werden, müssen etwas an die Gesellschaft zurückgeben“, betonte Herrgott im Gespräch mit der *Bild*-Zeitung. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann lobte die Idee: „Alles, was das Prinzip des Förderns und Forderns wieder stärkt, ist zu begrüßen.“ Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nannte das Vorhaben sinnvoll: „Daß die Kommunen Asylbewerber, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten können, ist geltendes Recht.“ Dagegen plädierte SPD-Chefin Saskia Esken dafür, Asylbewerber schneller in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen. „Wir wollen die Menschen weiterqualifizieren und in den ersten Arbeitsmarkt bringen“, verteidigte Herrgott die Entscheidung im Deutschlandfunk. Vor allem für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, die dauerhaft nicht arbeiten dürften, sei das ein wichtiges Angebot. (fh/kuk)

Frankfurt erstrahlt zum islamischen Fastenmonat

FRANKFURT/MAIN. Als erste Stadt in Deutschland hat Frankfurt am Main begonnen, Dekorationen für das islamische Ramadan-Fest aufzuhängen. Zu Wochenbeginn starteten die Arbeiten, berichtete die *Bild*-Zeitung. Mittlerweile hängen Sterne und Halbmonde über den Straßen um die Alte Oper nahe der Frankfurter Innenstadt. Der Fastenmonat Ramadan, das höchste muslimische Fest, beginnt am Sonntag und endet am 9. April. Die Entscheidung zur Beleuchtung trafen Grüne und SPD sowie das Grünen-geführte Dezernat für Diversität und Antidiskriminierung bereits 2023 gegen die Stimmen der CDU. Das Argument der grün-roten Koalition: „In Frankfurt am Main leben zwischen 100.000 und 150.000 Muslime, diese machen fast 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.“ Aus dem Antrag der Grünen heißt es: „Mit der Schmückung während des Ramadans setzt die Stadt Frankfurt ein wichtiges Zeichen für muslimisches Leben und wertschätzt dabei die Menschen muslimischen Glaubens in dieser Stadt.“ Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) verteidigte gegenüber der *Bild* die Installation der Beleuchtung: „Es sind Lichter des Miteinanders, gegen Vorbehalte, gegen Diskriminierungen, gegen antimuslimischen Rassismus und auch gegen Antisemitismus.“ Den Steuerzahler kostet die Beleuchtung zwischen 50.000 und 100.000 Euro, berichtet das Blatt. Das entspricht in etwa den Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Mainmetropole, die sich auf 75.000 Euro belaufen. (sv)

Um ein Haar

Terroristin verhaftet: Über die dritte Generation der RAF um Daniela Klette ist kaum etwas bekannt / Über 20 Gewalttaten

PETER FREITAG

In einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, dem Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) ist sie der weiße Fleck: die sogenannte dritte Generation der RAF. Allein schon weil sie medial wesentlich weniger im Fokus stand als ihre Vorgänger. Nun könnte die Verhaftung von Daniela Klette *(siehe Beitrag Seite 12)* Aufklärung über die Strukturen dieser Restbestände der Terrorgruppe liefern, die nach der 1998 verkündeten Selbstauflösung das Dasein einer unpolitischen kriminellen Bande fristeten. Die bewaffneten Überfälle auf Geldtransporter und Supermärkte dienten wohl allein dem Lebensunterhalt der im Untergrund Verbliebenen.

Neun Mordopfer und über zwei Dutzend Verletzte

Als erste Generation (1970 bis 1972) der RAF gelten die Gründer Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe, um nur die bekanntesten zu nennen. Mit der zweiten Generation (1972 bis 1982) sind die Terroristen gemeint, die vor allem in der „Offensive 77“, auch als „Deutscher Herbst“ bezeichnet, mit Anschlägen und Morden (Opfer waren unter anderem Siegfried Buback, Jürgen Ponto, Hanns-Martin Schleyer sowie Fahrer und Polizisten) ihre bereits kurz nach der Gründung inhaftierten Gesinnungsgenossen gewaltsam freipressen wollten. Spätestens mit den Verhaftungen von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt 1982 saß deren harter Kern im Gefängnis.

Zur Kommandoebene der dritten Generation (1982 bis 1998) sollen maximal 15 bis 20 Personen gezählt haben, vermuteten die Ermittlungsbehörden. Bekannt waren dem Bundeskriminalamt gegen Ende der Periode fünf: Wolfgang Grams, Birgit Hogefeld, Daniela Klette, Ernst-Volker Staub und Burkhard Garweg. Die beiden Erstgenannten wurden Ende Juni 1993 während der „Aktion Weinlese“ in Bad Kleinen gestellt. Während Hogefeld verhaftet werden konnte und später zu lebenslanger Haft verurteilt wurde (2011 wurde sie als bis dahin letztes RAF-Mitglied aus dem Gefängnis entlassen), erschoß Grams den GSG-9-Beamten Michael Newrzella, bevor er sich mit seiner eigenen Waffe richtete (JF 27/13).

Dieser Mord an dem Elitepolizisten sowie ein weiterer Mordversuch im Zusammenhang mit Bad Kleinen sind die einzigen vollständig aufgeklärten Taten der dritten Generation. „Alle übrigen neun Morde und sonstigen Taten mit 29 zum Teil schwer Verletzten – versuchte Morde, Raubüberfälle und Sprengstoffanschläge – sind bis heute unaufgeklärt“, resümierte der Publizist und Experte Butz Peters, Autor mehrerer Standardwerke zum Thema RAF-Terror.

Zu diesen Verbrechen gehören die Ermordung des Chefs des Rüstungskonzerns MTU, Ernst Zimmermann im Jahr 1985; genau wie die des Siemens-Managers Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler ein Jahr später. Ermordet hat die dritte RAF-Generation auch den erst 20 Jahre alten amerikanischen Soldaten Edward Pimental 1985 – nur um sich mit dem dadurch erbeuteten Dienstausweis Zutritt auf die Rhein-Main-Airbase zu verschaffen. Der Sprengstoffanschlag dort forderte zwei Tote und 23 Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE / DPA

Durch die Bombe zerstörtes Auto Herrhausens: Noch nicht aufgeklärt

1986 erschoß die RAF den Diplomaten im Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl, und 1989 tötete sie mittels einer ferngezündeten Bombe Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen. 1991 dann wurde Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder in seinem Haus in Düsseldorf von einem Scharfschützen der RAF erschossen. Zwei Jahre später sprengte ein Kommando der Terrorgruppe die noch nicht in Betrieb genommene Justizvollzuganstalt im hessischen Weiterstadt in die Luft.

Im Gepäck, das Grams und Hogefeld 1993 in Bad Kleinen dabeihatten, entdeckten die Ermittler „Spurenträger“ mit Fingerabdrücken von Ernst-Volker Staub und Daniela Klette. Von ihr stammte auch ein Haar, das man in einem beim Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Bonn 1991 benutzten Fluchtauto fand.

Das Trio Klette, Staub und Garweg soll Ende 1989/Anfang 1990 in die Illegalität abgetaucht sein. Staub wurde seit 1991, Klette seit 1993 und Garweg seit 1998 immer wieder mal von Zielfahndern der Bundesbehörden gesucht. Weil ihre späteren bewaffneten Raubüberfälle keine aktuelle politische Tatmotivation aufwiesen, übernahmen Staatsanwaltschaften und das Landeskriminalamt aus Niedersachsen die Ermittlungen bzw. Fahndung nach den dreien.

„Offenbar sind viele zufrieden mit mir“

Gewerkschaft in Aufregung: Ein AfD-Politiker wird in den Personalrat eines großen kommunalen Betriebs gewählt – mit den meisten Stimmen

CHRISTIAN VOLLRADT

Die Sache hat das Zeug zum Präzedenzfall. Denn normalerweise wäre die Wahl des Personalrats eines kommunalen Entsorgungsunternehmens kaum eine Schlagzeile wert. Doch daß es Jens Keller in die Arbeitnehmervertretung des Zweckverbands Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) geschafft hat, wird landläufig nicht als Normalfall verbucht. Denn Keller ist nicht nur Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, sondern auch der AfD. Und für die sitzt er als Fraktionschef im Stadtrat der niedersächischen Landeshauptstadt.

Dort sind seitdem einige in Alarmstimmung. Denn mit rund 2.000 Beschäftigten zählt aha zu den größten Arbeitgebern in der Region. Ausgerechnet dort sitzt nun ein AfD-Mitglied im Personalrat. Und zu allem Überfluß, so mußte man in der grün-regierten Metropole feststellen, erzielte Keller das beste Ergebnis aller Kandidaten. 626 Mitarbeiter stimmten für ihn – mehr als für den amtierenden Personalratsvorsitzenden.

„Die Leute kennen mich, und offenbar sind viele Kollegen zufrieden mit meiner Arbeit als Vertrauensperson“, sagt Keller im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT. Sieben Jahre übt er dieses Ehrenamt in seinem Betrieb schon aus. Wie die rund 50 anderen Kandidaten habe er sich ganz normal in einer Versammlung vor etwa 300 anwesenden Kollegen vorgestellt. „Ich bin offen und ehrlich. Deswegen habe ich vor der Personalratswahl nicht verheimlicht, daß ich für die AfD im Stadtrat sitze.“

„Dies war eine demokratische Wahl“

Bei der Gewerkschaft ist man gar nicht amüsiert. Man habe die Wahl Kellers zur Kenntnis genommen, teilte Verdi mit. „Nach wie vor sind wir der Überzeugung, daß die Ausübung einer aktiven Funktion bei der AfD nicht einhergehen kann, mit einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Verdi“, teilte die Leiterin des Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, Andrea Wemheuer, mit. Denn dort trete man „seit langem auch für Vielfalt, Solidarität und Antirassismus ein“. Daher prüfe die Dienstleistungsgewerkschaft noch, ein Ausschlußverfahren gegen Keller einzuleiten.

Daß die Gewerkschaft nun ein Ausschlußverfahren prüft, nimmt der 49jährige betont gelassen. „Wenn es soweit kommen sollte, ziehen wir das durch alle Instanzen durch“, kündigte Keller schon einmal an. Ohnehin werde in seiner Firma das Ganze gar nicht so hochgekocht, wie derzeit in der medialen Berichterstattung der Eindruck erweckt wird. „Dies war eine demokratische Wahl. Alle Versuche, sie im Vorfeld zu beeinflussen, blieben erfolglos“, zeigt sich das Personalratsmitglied überzeugt. Und so ganz überraschend ist das Ergebnis vielleicht auch gar nicht. Bereits 2017, als die AfD erstmals in den Bundestag einzog, fiel die Zustimmung für die Partei unter Gewerkschaftern mit 15 Prozent erkennbar besser aus als in der Gesamtwählerschaft (12,6 Prozent).

Mittlerweile meldete sich sogar der Präsident der Region Hannover, Steffen Krach (SPD), zu Wort und forderte angesichts der Keller-Wahl, „Rechtsextremismus in Unternehmen“ zum Thema zu machen. Der oberste Repräsentant und Verwaltungschef des Umlands der Landeshauptstadt ist quasi Mit-Dienstherr des Entsorgungsbetriebs. Auch die aha-Geschäftsführung betonte, alle Führungskräfte stünden für eine offene Gesellschaft, zu der Rechtsextremismus nicht passe.

„Als Gewerkschafter vertritt man die Interessen aller Angestellten“, stellt Keller gegenüber der JUNGEN FREIHEIT klar. „Da kommt es nicht auf Herkunft oder Hautfarbe und auch nicht auf die parteipolitische Einstellung des einzelnen an“, betont der gelernte Schlosser. „Ich bin zum Beispiel auf dem Lastwagen mit Kollegen gefahren, die aus Tunesien stammen, da gab es nie Probleme zwischen uns.“ Deswegen sieht vor Ort offenbar alles etwas entspannter aus. „Die Rückmeldungen im Betrieb, die ich nach meiner Wahl bekommen habe, waren positiv; sowohl von seiten der Arbeiter als auch aus den Reihen der Verwaltungsangestellten“, schilderte der frischgebackene Personalrat seine Eindrücke.

Der werde in dem Gremium, das sich kommende Woche konstituiert, wahrscheinlich „isoliert“, zitierte die *Hannoversche Allgemeine* eine aha-Mitarbeiterin. Fraglich, ob das angebracht ist; gegenüber jemandem, für den fast die Hälfte der Wähler stimmte.

AUSLAND, Seite 8
Parlamentswahl in Portugal: die rechte Chega lehrt die Etablierten das Fürchten

WIRTSCHAFT, Seite 10
Trotz zunehmender Wohnungsnot hat die Ampel-Politik nur den teuren Neubau im Blick

JUNGE FREIHEIT | Nr. 11/24 | 8. März 2024

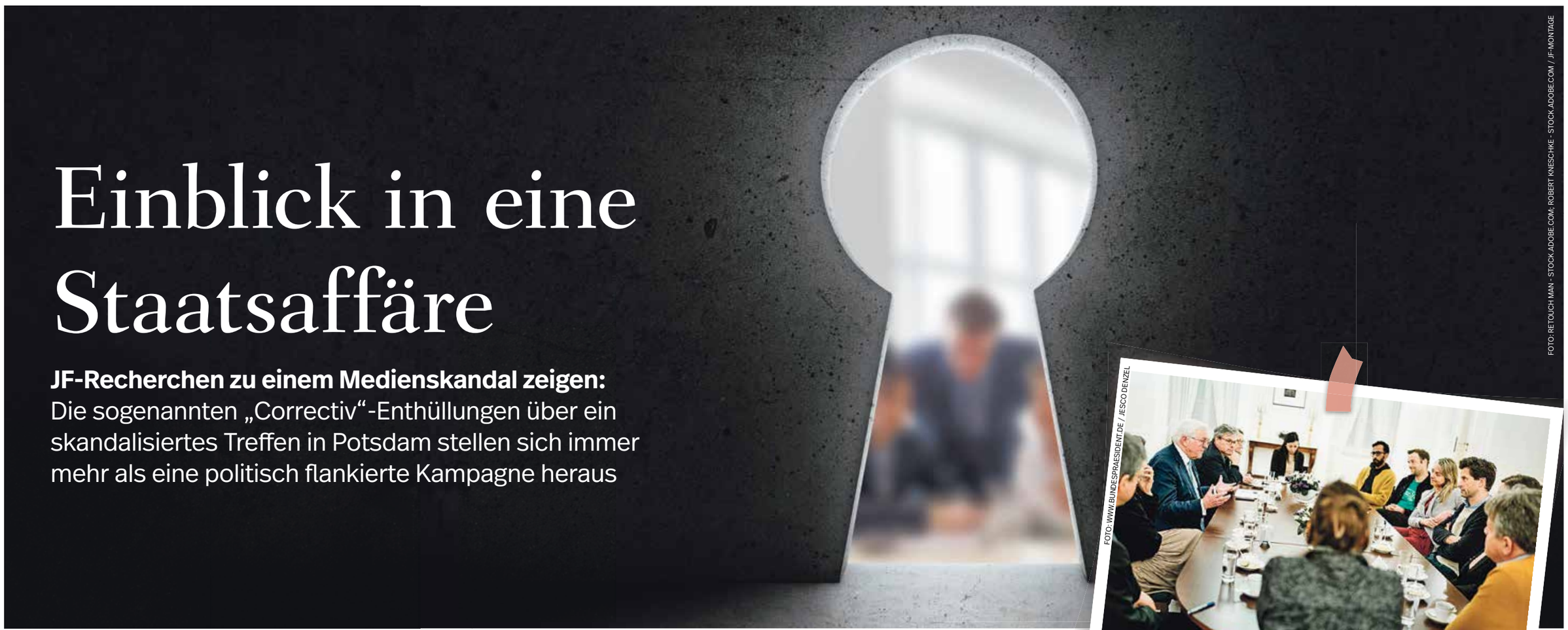


FOTO: RETOUCH MAN - STOCK.ADOBE.COM; ROBERT KNESCHKE - STOCK.ADOBE.COM / JF-MONTAGE

Einblick in eine Staatsaffäre

JF-Recherchen zu einem Medienskandal zeigen: Die sogenannten „Correctiv"-Enthüllungen über ein skandalisiertes Treffen in Potsdam stellen sich immer mehr als eine politisch flankierte Kampagne heraus

FOTO: WWW.BUNDESPRAESIDENT.DE / JESCO DENZEL

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfängt „Correctiv"-Mitglieder am 16. Januar 2024 in Berlin (r.): „Unser Land aufgerüttelt"

FRANK HAUKE

Das Bild, das der Bundespräsident auf seiner Internetseite verbreitet, zeigt Ungewöhnliches: Da sitzt das deutsche Staatsoberhaupt mit zwölf Journalisten in einem vornehmen Zimmer von Schloß Bellevue und verteilt großes Lob. Eine in demokratischen Staaten mit unabhängiger Presse nicht unbedingt übliche Geste. Bei den Gästen handelt es sich um Mitarbeiter von „Correctiv", die sich die Anerkennung Frank-Walter Steinmeiers für ihre Berichterstattung über das Potsdamer Treffen von CDU- sowie AfD-Mitgliedern mit Unternehmern und dem Kopf der Identitären Bewegung, Martin Sellner, abholen.

Auch wenn die Geschichte derzeit auf dem Weg ist, zu einem der größten Medienskandale der Geschichte zu werden, hat der Bundespräsident in einem Punkt recht: Der „Correctiv"-Beitrag hat „unser Land aufgerüttelt". Er bedankte sich ausdrücklich bei den „Zehntausenden Menschen", die danach demonstriert haben. Da dürfen sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Ministerpräsidenten angesprochen fühlen, die mit auf die Straße gingen.

Hinter „Correctiv" stecken auch Politiker von Grünen und SPD

Doch auf welcher Grundlage findet diese offen demonstrierte Einheit von Staatsführung und schreibender Zunft statt? Stimmt denn auch, was das mit Steuergeldern und Spenden von Staatsorganen und Landeskassen finanzierte „Recherchenetzwerk" da verkündet hat? Ist in Potsdam wirklich über die „Deportation" Hunderttausender deutscher Staatsbürger gesprochen worden? Gibt es den Grund für die Massendemonstrationen überhaupt? Die Antwort lautet: Nein. Und die Quelle hierfür ist kein Geringerer als „Correctiv" selbst. Vor Gericht räumte es jetzt schriftlich ein: „Eine derartige Tatsachenbehauptung, die dem Beweise oder der Glaubhaftmachung zugänglich wäre, wird in dem streitgegenständlichen Artikel nicht erhoben. Im Gegenteil: Die deutsche Staatsbürgerschaft hat Sellner in seinen Ausführungen ausdrücklich als juristische Sperre für eine Ausweisung anerkannt." Im Klartext: Die Urheber ziehen ihre Behauptung zurück.

Bei dem Verfahren ging es um Anträge des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau (CDU), der sich als Teilnehmer gegen Behauptungen wehrte, die ihn und seinen dort gehaltenen Vortrag zur Briefwahl betrafen. Er landete mit seinem Anwalt Carsten Brennecke, übrigens Mitglied der Grünen, einen Teilerfolg. Um den zentralen Vorwurf, obwohl ihn „Correctiv" fast unbemerkt zurücknahm, ging es dabei ausdrücklich nicht. Und der ist presserechtlich auch schwer angreifbar, da er in Meinungsäußerungen und Mutmaßungen verpackt ist. Nur Tatsachenbehauptungen sind im Sinne der Pressefreiheit justitiabel.

Obwohl Vosgeraus Begehren daher nichts mit dem Kern der „Correctiv"-Geschichte zu tun haben konnte, behauptete das Netzwerk im Nachklapp zu dem Verfahren: „Was besonders wichtig ist: Die Entscheidung des Gerichts bestätigt damit die Inhalte der Geheimplan-Recherche." Eine glatte Lüge, die das üppig ausgestattete Netzwerk mit seinen 85 Mitarbeitern und vier verschiedenen Standorten in Deutschland verbreitete. Das Landgericht Hamburg hatte ausdrücklich verkündet: „Alle weiteren Inhalte der 'Correctiv'-Berichterstattung, insbesondere ob, durch wen und in welchem Umfang die in dem Artikel thematisierte 'Remigration' von Menschen mit Migrationshintergrund, die einen Aufenthaltsstatus oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben, auf der Veranstaltung in Potsdam diskutiert wurde, sind nicht Gegenstand der Entscheidung."

Für eine gemeinnützige GmbH, die weder Körperschafts- noch Gewerbesteuer zahlen muß und einen nicht geringen Teil ihrer Einnahmen als „Faktenchecker" generiert, kommt diese Unwahrheit einer Selbstdemaskierung gleich.

Bei „Correctiv" handelt es sich bei weitem nicht nur um eine Ansammlung womöglich im Kampf gegen Rechts übermotivierter Journalisten. Dahinter stecken auch Politiker aus Grünen und SPD – und zwar aus den höchsten Etagen. Schon 2014, bei der Gründung, spielte der ehemalige Kanzleramtschef Bodo Hombach (SPD) eine entscheidende Rolle. Aufsichtsratsvorsitzender ist heute Lukas Beckmann, der zwanzig Jahre Bundesgeschäftsführer der Grünen war. Sein Vize Andrew Murphy beteiligte sich laut der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung an Sitzblockaden gegen Kernkraftwerke. Und Beckmanns weitere Stellvertreterin, Dagmar Hovestädt, arbeitete zehn Jahre für die Grünen-Politikerin Marianne Birthler.

Diese wiederum gehört dem „Correctiv"-Ethikrat an. Dort sitzt auch Peter Schaar, ehemaliger Bundesdatenschutzbeauftragter und Mitglied der Grünen. Zuletzt trafen sich Entscheidungsträger des „Recherchenetzwerkes" elfmal zum Austausch mit der Bundesregierung, darunter auch mit dem Kanzler. Nicht etwa zum Interview, wie man bei Journalisten erwarten dürfte. Olaf Scholz reagierte nach der Veröffentlichung auch prompt: Auf X schrieb er: „Wir lassen nicht zu, daß jemand das 'Wir' in unserem Land danach unterscheidet, ob jemand eine Einwanderungsgeschichte hat oder nicht. Wir schützen alle – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder wie unbequem jemand für Fanatiker mit Assimilationsfantasien ist." Worauf Anette Dowideit, stellvertretende „Correctiv"-Chefredakteurin, antwortete: „Bitte bleiben Sie an dem Thema dran, und lassen Sie nicht zu, daß die AfD sich herauswinden kann und nun behaupten kann, alles viel harmloser gemeint zu haben." Man kann nicht sagen, daß dieses Zusammenspiel nicht perfekt gelungen wäre. Selten ist die Politik so an einem Thema „drangeblieben".

Was wurde acht Tage vor Potsdam mit dem Kanzler besprochen?

Mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz pflegt das selbsternannte „gemeinwohlorientierte Medienhaus, das Demokratie stärkt" ebenfalls gute Kontakte. Auch hier steht nicht etwa die redaktionelle Arbeit im Vordergrund. Vielmehr trat zuletzt eine Mitarbeiterin bei der Geheimdienst-Konferenz zum Thema „Meinungsbildung 2.0" als Leiterin eines Workshops zu „Desinformation" auf.

Die Geschichte über den Potsdamer „Geheimplan gegen Deutschland" könnte tatsächlich unter „Meinungsbildung 2.0" fallen und auch einiges mit „Desinformation" zu tun haben. Denn seit der Veröffentlichung im Januar berichten die meinungsbildenden Leitmedien unaufhörlich über die vermeintliche „Correctiv"-Enthüllung. Die Wörter „Deportationen", „Massenvertreibungen deutscher Staatsbürger" oder „zweite Wannseekonferenz", wie es Innenministerin Nancy Faeser (SPD) nannte, werden den Deutschen rund um die Uhr eingehämmert. Dabei hat „Correctiv" diese nicht nur vor Gericht zurückgenommen, sondern längst auch aus seinen Veröffentlichungen gelöscht. Zudem unterschlagen nicht nur Unions-Politiker, die sich an den Demoaufrufen beteiligen, stets, daß im Landhaus Adlon am Lehnitzsee genauso viele CDU- wie AfD-Mitglieder teilnahmen. Die veröffentlichte Empörung richtet sich jedoch nur gegen eine der beiden Parteien.

Obwohl nahezu untergeht, daß „Correctiv" Vosgerau und Brennecke dem Netzwerk die Rücknahme des zentralen Vorwurfs abgerungen haben, steigt die Nervosität dort offenbar immens. Auf dem Portal LinkedIn wurde der „Correctiv"-Gründer David Schraven so ausfällig gegen den Anwalt, daß es sein Unternehmen wahrscheinlich umgekehrt als „Haßrede" gebrandmarkt und mit all seiner Macht über die sozialen Medien eine Löschung veranlaßt hätte. Der Geschäftsführer unterstellte dem Juristen, dieser werde „dafür bezahlt, Public Relations für die Faschisten in der AfD gegen uns zu machen". Er sei sehr froh, daß sein „erstes Konstrukt sehr bald peinlich in sich zusammenfällt". Und persönlich gegen Brennecke: „Seine Mitmenschen werden sich für ihn schämen."

In Person von Schravens Co-Geschäftsführerin Jeannette Gusko offenbarten sich dann wiederum die engen Bande mit der Politik. Sie verfügt über beste Beziehungen zu den Sozialdemokraten, trat schon bei Parteiveranstaltungen und bei Terminen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung als Rednerin auf. Außerdem arbeitete sie als Beraterin für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Behörde überwies 2022 bis 2023 insgesamt 44.000 Euro an „Correctiv". Spenden und Fördergelder aus der Staatskasse gehen seit 2014 in die Millionen. Auch das schwarz-grün regierte NRW von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) spendete allein im vorvergangenen Jahr 361.784,69 Euro. Die Bundeszentrale für politische Bildung überwies nach einer Zusammenkunft im Innenministerium zur nicht immer einheitlichen und daher kritikwürdigen Berichterstattung über die Corona-Politik in den sozialen Medien 96.000 Euro.

Auch ein inzwischen bekannt gewordenes Treffen von Gusko mit Kanzler Scholz wirft Fragen auf. Was haben die beiden nur acht Tage vor der Veranstaltung in Potsdam vom 25. November besprochen? Die Planungen zur Observierung der Konferenz liefen zu dem Zeitpunkt bereits. Der eingeschleuste Gast, der die Gespräche belauschte, hatte bereits über einen Monat vorher eingecheckt.

Sieben Teilnehmer hatten vor dem Landgericht Hamburg eidesstattlich versichert, daß das, was „Correctiv" aus der Veranstaltung gemacht hat, nicht zutrifft. Konkret: Die Aussage, Deutsche mit Migrationshintergrund sollten aus dem Land vertrieben werden, sei auf der Konferenz nicht getätigt worden. Es gibt keinen Grund, ihnen nicht zu glauben – zumal die Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen strafbar ist.

Die Frage ist vielmehr: Warum sollte man „Correctiv" glauben? Nicht nur, weil es in den entscheidenden Punkten zurückgerudert ist. Sondern auch, weil an dem Werk jemand maßgeblich beteiligt war, der zunächst AfD-Politikerin Beatrix von Storch eine Torte ins Gesicht schleuderte und bis nach der Veröffentlichung auf seiner Homepage über sich selbst sagte: „Ich entwickele Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere." Diese Art der Intervention hat eine Hysterie in Deutschland ausgelöst. Doch das Kartenhaus bricht zusammen.

Die Aussagen von „Correctiv" hinterlassen trotzdem immer noch offenbar beabsichtige Mißverständnisse beim Leser. So heißt es etwa trotz zigfacher Änderungen des Artikels im Teaser: „Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland." Das Rechtsmagazin *Legal Tribune Online* hakte bei „Correctiv" nach: Wer denn mit dem „sie" gemeint sei. „Correctiv" antwortete, daß „dieser Plan von Herrn Dr. Mörig und Herrn Sellner entwickelt und verfolgt" werde, und dieser nach Potsdam einlud, „um um Unterstützung und Förderung des Masterplans zu werben". „Correctiv" gibt also abermals zu, dicker aufzutragen, als was tatsächlich der Fall ist.

Genauso korrigierte sich Dowideit im ARD-„Presseclub": „Wir haben auch nicht von 'Deportationen' gesprochen oder so." Das Wort sei dann von denen aufgebracht worden, die den Beitrag „interpretiert" haben. Wer jedoch noch am Sonntag den fraglichen Artikel anschaute, las im Text: „Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren."

Chronik eines Medienskandals

25. November 2023: In einem Hotel in Potsdam am Lehnitzsee treffen sich Unternehmer, AfD-Politiker wie Roland Hartwig, damals Mitarbeiter von Parteichefin Alice Weidel, Ulrich Siegmund, AfD-Fraktionsvorsitzender in Sachsen-Anhalt, sowie CDU-Mitglieder zu einem informellen Gespräch und Vorträgen unter anderem von Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung in Österreich, zum Thema „Remigration".

10. Januar 2024: Das Medienunternehmen „Correctiv" berichtet unter der Überschrift „Geheimplan gegen Deutschland" über das Treffen. Danach sollen „hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer (...) nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland" geplant haben.

10. Januar: Innenministerin Nancy Faeser postet dazu auf X (vormals Twitter) „Diese völkische Ideologie richtet sich gegen das Fundament unserer Demokratie. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jedes Menschen."

24. Januar: AfD-Chef Tino Chrupalla wird in der Talkshow von Sandra Maischberger nach dem Potsdam-Treffen gefragt. Er sieht „Stasi-Methoden" in dem Vorgehen von „Correctiv". Seine Partei lehne jeden Extremismus ab.

29 Januar: Die stellvertretende Chefredakteurin von „Correctiv", Anette Dowideit, behauptet im ARD-„Presseclub", in ihrem Beitrag sei nicht von„ Deportationen" gesprochen worden. Das ist nachweislich falsch.

31. Januar: In einem Interview mit der JUNGEN FREIHEIT schildert der Verfassungsrechtler Ulrich Vosgerau, was bei dem Potsdamer Treffen wirklich passierte und warum er gegen „Correctiv" klagt.

9. Februar: Die Generalbundesanwaltschaft hat eine Prüfung eingeleitet, ob die Teilnehmer des angeblichen Geheimtreffens wegen „Hochverrat" belangt werden können. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Potsdam ein entsprechendes Ersuchen an die Behörde gerichtet (Quelle *Tagesspiegel*).

11. Februar: Der Kölner Presserechtler Carsten Brennecke postet bei X (vormals Twitter), daß sieben Teilnehmer des Potsdam-Treffens eidesstattliche Versicherungen abgegeben haben, wonach entgegen der Correctiv-Berichterstattung dort nicht von der Ausweisung deutscher Staatsbürger oder einer Ausweisung nach rassistischen Kriterien gesprochen worden sei.

26. Februar: Das Landgericht Hamburg erläßt auf Antrag Vosgeraus eine Unterlassungsverfügung gegen eine Passage des „Correctiv"-Berichtes über ihn.

i Medienhaus „Correctiv": Geld von Stiftungen und dem deutschen Steuerzahler

Das Medienunternehmen „Correctiv" mit Standorten in Essen und Berlin bezahlt eine 46köpfige Redaktion und 36 weitere Angestellte. Die Kosten dafür belaufen sich auf jährlich rund drei Millionen Euro (2021). Die Gelder stammten hauptsächlich von Stiftungen (42 Prozent) und Privatpersonen (40 Prozent). Doch auch Steuergelder fließen an das Recherche-Netzwerk. Mit 624.000 Euro war der deutsche Steuerzahler der zweitgrößte Unterstützer von „Correctiv" im Jahr 2022. Konkret steuerte das Land Nordrhein-Westfalen 362.000 Euro bei. Weitere 262.000 kamen direkt und indirekt aus dem Bundeshaushalt. 2013 gründete der Journalist David Schraven mit drei Millionen Euro das gemeinnützige Unternehmen. Das Geld kam von der Brost-Stiftung in Essen. Bis einschließlich 2018 steuerte die Stiftung weitere 3,8 Millionen Euro bei, stoppte dann die Zahlungen. Der größte Geldgeber war 2022 die Luminate-Stiftung von Milliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar mit 636.000 Euro. Als Vorbild für Omidyar gilt der amerikanische Investor George Soros. Die von ihm gegründete Open-Society-Foundation schickt über fünf Jahre 429.000 Euro. Langjähriger Geldgeber ist auch die Schöpflin-Stiftung mit Sitz in Lörrach mit 1,5 Millionen Euro seit 2015. Auch die Mercator-Stiftung in Essen finanziert „Correctiv". Seit 2019 flossen hier über 500.000 Euro. Unbekannt sind dagegen die Zahlungen von Facebook. Denn „Correctiv" ist seit 2017 der deutschsprachige Faktenchecker für den inzwischen in Meta umbenannten Social-Media-Riesen. Trotz der Mitgliedschaft bei der Initiative Transparente Zivilgesellschaft legt das Recherche-Netzwerk diese Einnahmen nicht offen. Vergleiche mit dem britischen und französischen Gegenstück lassen jedoch 900 bis 1.800 US-Dollar pro Check erwarten. Große Summen angesichts der Vielzahl von Artikeln, die an die gewerbliche Tochtergesellschaft von „Correctiv" gehen. Seither besteht der Verdacht, die gemeinnützige Muttergesellschaft könnte durch ihre Tochter die Steuervorteile ihrer Gemeinnützigkeit mißbrauchen. (JF)

CORRECTIV
Recherchen für die Gesellschaft

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

NL: Regierungsgespräche werden fortgesetzt

AMSTERDAM. Die Gespräche über ein neues Kabinett in den Niederlanden nach den Parlamentswahlen am 22. November 2023 sind Anfang der Woche in Zweiergruppen fortgesetzt worden. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Kim Putters empfing erneut Geert Wilders (Partei für die Freiheit, PVV), Dilan Yeşilgöz der liberal-konservativen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), Pieter Omtzigt (Neuer Sozialvertrag, NSC) sowie Caroline van der Plas von der Bauern-Bürger-Bewegung (BBB). Davor hatte Putters nach Angaben von RTL Nieuws vor allem Einzelgespräche mit den vier Parteivorsitzenden geführt. Doch NSC-Chef Pieter Omtzigt brach die Regierungsbildungsgespräche ab und wiederholte oft, daß er kein Kabinett mit der PVV, die ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl mehr als verdoppeln konnte (23,5 Prozen), bilden möchte. Er sei jedoch offen für ein Minderheitskabinett, das er dann tolerieren würde. Die VVD scheint nach langem Zögern nach Angaben von RTL Nieuws nun bereit zu sein, in ein Kabinett einzutreten, in dem Wilders' PVV die stärkste Kraft ist, obwohl Yeşilgöz dann die Bedingung stellt, daß auch der NSC mitmache. Omtzigt bekräftigte, daß er zwei Möglichkeiten sehe: „die stillschweigende Unterstützung eines Kabinetts aus dem Unterhaus oder die Teilnahme an einem außerparlamentarischen Kabinett". Doch wie ein solches außerparlamentarisches Kabinett aussehen soll, wie viele Parteien daran teilnehmen sollen und wer die Minister stellt, darüber seien sich die Parteien nicht einig, berichtet RTL. Jüngsten Umfragen zufolge liegt die PVV in der Wählergunst bei 33 Prozent. Omtzigts NSC fällt dagegen von 13 Prozent im November auf nun sieben Prozent. (ctw)

EU-Linke warnt vor „rechtem Aufschwung"

ROM. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat auf dem Wahlkongreß der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vor der „Gefahr eines rechtsextremen Aufschwungs" bei der kommenden EU-Parlamentswahl Anfang Juni gewarnt. „Europas Sozialisten suchen nach Ideen, um den Aufschwung der extremen Rechten zu bekämpfen. Die Seele Europas ist in Gefahr", erklärte der spanische Sozialist vergangenes Wochenende in Rom. Wieder einmal liege es an den Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, daß sich „die Geschichte angesichts der Rechten und der extremen Rechten weiterhin in die richtige Richtung" entwickele, so Sánchez. „Die extreme Rechte ist ein Gift für die Demokratie. Sie haben kein anderes Ziel, als die Demokratie und unser gemeinsames soziales Europa zu zerstören", betonte Nicolas Schmit, Luxemburgs EU-Arbeitskommissar, nachdem er zum SPE-Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission gekürt wurde. „Stattdessen bringen wir Sozialisten eine Botschaft der Hoffnung, wir wollen ein neues Europa gestalten, das schützt und einbezieht", so Schmit. Die EU-Fraktion der SPE, Fraktion der Progressiven Allianz (S&D), war einmal im Dezember 2021 mit 158 Sitzen stärkste EU-Fraktion. Derzeit liegt sie in Umfragen (Politico) bei 138 Sitzen hinter der konservativ-liberalen EVP (175) auf Platz zwei. Gefolgt wird sie von der liberal-zentristischen RE (85 Sitze), den beiden Rechtsfraktionen ID (84 Sitze) und EKR (76 Sitze) sowie den Grünen (43 Sitze) und den Linken (32 Sitze). (ctw)

Chega-Chef André Ventura auf dem Parteitag am 14. Januar: Kampf gegen die Korruption

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SIPA USA

Es reicht den Leuten

Parlamentswahl in Portugal: Die rechte Chega-Partei lehrt den Etablierten das Fürchten

FELIX HAGEN

Der portugiesische Sonderweg, als einziger Flächenstaat Westeuropas über keine etablierte Rechtspartei zu verfügen, dürfte in Lissabon unwiederbringlich an sein Ende gekommen sein. Seit 2019 hat sich die Partei Chega (port.: Es reicht) des umtriebigen Sportmoderators André Ventura in den Umfragewerten von 1,9 auf 17 Prozent hochgearbeitet. Ein beachtlicher Erfolg in dem mediterranen Land, in dem bisher vor allem zwei große Blöcke die Macht unter sich aufgeteilt hatten, die dem Namen nach sozialdemokratische, aber mit der bundesdeutschen CDU vergleichbare PSD und die sozialistische SP, die sich wiederum in Brüssel mit der SPD eine Parteienfamilie teilt.

Seit dem Ende der Salazar-Diktatur 1974 stellte stets entweder ein Vertreter der PSD oder der SP den Regierungschef, Verwaltung und Institutionen des Landes sind bis hinunter auf Gemeindeebene stark durch beide Parteien geprägt, Kritiker wie Chega-Chef André Ventura nutzen dafür den Begriff „institutionelle Korruption".

„Die haben das Fernsehen, wir haben die sozialen Medien"

Tatsächlich leidet der südwestlichste Staat der EU seit Jahrzehnten unter einer schwerfälligen und verfilzten Verwaltung. Im Korruptionsindex der NGO Transparency International ist das Land unverändert auf dem 33. Platz, hinter Ländern wie den Seychellen, Barbados oder den Bahamas und nur knapp vor Botswana. Auch deswegen blicken Journalisten und Beobachter inner- und außerhalb Portugals mit Spannung auf die vorgezogenen Wahlen am 10. März. Denn der größte Korruptionsskandal der portugiesischen Geschichte sorgte im November des vergangenen Jahres nicht nur für das vorzeitige Ende der sozialistischen Regierung des alternden António Costa, er enthüllte auch das gigantische Ausmaß der täglichen Klüngelei zwischen den beiden großen Parteien.

Ein schwerer Schlag für die portugiesische etablierte Politik und ein echter Energieschub für die junge Chega. Denn die neue Kraft dürfte im Moment die einzige größere Partei in Lissabon sein, deren Personal der Korruption unverdächtig ist. Daß sich sowohl die PSD als auch die SP vehement gegen jede Regierungsbeteiligung der neuen Konkurrenz aussprechen, dürfte dem Team rund um Ventura sogar gelegen kommen. Seine Chega sei die „einzige nützliche Partei", spricht der medienaffine Ventura in die Kamera und kündigt „ein Ende der Kultur der Straflosigkeit" an. Seine Anhänger spinnen das Narrativ weiter. Auf Demonstrationen tauchen Männer und Frauen mit Kehrbesen auf, man werde „ausmisten", so ein Redner in Porto. Auch das hat die portugiesische Alternative mit Donald Trump oder El Salvadors Präsident Nayib Bukele gemein: sie ist ausgesprochen erfolgreich in den sozialen Netzwerken.

Eine Tugend aus der Not geboren, wie es ein Wahlkämpfer gegenüber der JUNGEN FREIHEIT ausdrückt. Die etablierten Parteien „haben das Fernsehen, wir haben die sozialen Medien". Das spiegele sich auch in der Wählerschaft wider, so der junge Mann. Am stärksten punkte die Partei bei jungen Leuten. Eine Aussage, die sich nicht überprüfen läßt, die aber durchaus plausibel erscheint. Chega ist mit Abstand die stärkste Partei auf Facebook oder TikTok.

Vielleicht verfangen auch deshalb die Warnungen der Sozialisten nicht, die vor einem „rechten Vormarsch" warnen, den es nun zu verhindern gelte. Seit 2022 ist die Partei von Spitzenkandidat Pedro Nuno Santos von über 40 Prozent auf 29 Prozent abgerutscht. Der sich nahezu spiegelbildlich vollziehende Aufstieg der Chega läßt zumindest den Verdacht zu, daß vom sozialistischen Absturz vor allem gerade die Rechte profitierte, vor der Santos im Wahlkampf nun warnt. In jüngsten Umfragen zeichnet sich eine hauchdünne Mehrheit für die PSD unter Luis Montenegro ab. Gemeinsam mit der Chega hätte sein Mitte-Rechts-Bündnis theoretisch eine Mehrheit. Doch noch lehnt Spitzenkandidat Montenegro eine Koalition mit der „extremen Rechten", wie er seine Konkurrenz von rechts nennt, ab. Diese Ankündigung könnte sich allerdings als schwere Hypothek herausstellen, denn der geringe Abstand zwischen PSD und SP könnte im Parlament zu einer Situation führen, in der ohne Chega keine stabile Regierungsmehrheit möglich wäre, zumal keine konservative.

Eine ungewohnte Situation der Stärke für Ventura, der sich und seine Wähler allerdings auch nicht unter Wert verkaufen will. Unterstützung für die PSD gebe es nur, so der Buchautor und überzeugte Katholik, sofern seine Partei Teil der Regierung werde. Ein Angebot, von dem Montenegro zumindest offiziell nichts wissen will, das der radikalen Linken allerdings bereits jetzt den Angstschweiß auf die Stirn treibt.

Linksextreme Partei fürchtet den Verlust ihres Einflusses

Eine Regierungsbeteiligung der radikalen Rechten bedeute einen Rückfall in die Zeit des „moralischen und politischen Bankrotts", wie es Mariana Mortágua ausdrückt, die Spitzenfrau des Linken Blocks (Bloco de Esquerda), einer sozialistischen, linksextremen Sammlungspartei, die in der Vergangenheit vor allem als Mehrheitsbeschaffer der SP in Erscheinung trat. Eine Rolle, die Mortágua gern wieder ausfüllen würde, vor allem wenn das bedeuten würde, die Rechte von der Regierung fernzuhalten. Denn die wolle „fünfzehn Jahre gesellschaftlichen Fortschritt" zunichte machen, wie es die Tochter eines Anti-Salazar-Aktivisten ausdrückt.

Stein des Anstoßes für die resolute Politikerin dürfte die Ankündigung von Ventura sein, eine neue Volksabstimmung über die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in Portugal durchführen zu wollen. Stattdessen wolle ihre Partei für eine Politik des „gesellschaftlichen Fortschritts" kämpfen.

Bisher scheint hier jedoch eher der fromme Wunsch Vater des Gedankens zu sein. In den Umfragen liegt der linke Block weit abgeschlagen zwischen vier und sechs Prozent und streitet sich mit der „liberalen Initiative", einer FDP-nahen Kleinpartei, um den vierten Platz.

Noch 2020 konnte sich der Linke Block Hoffnungen auf eine dauerhafte Etablierung im zweistelligen Bereich machen, doch der Aufstieg der Chega hat auch hier seine Spuren hinterlassen – portugiesische Protestwähler entscheiden sich nun eher für Ventura und seine Chega, als für die radikale Linke. Der bleibt fürs erste nur die Rolle als Zaungast. Als Königsmacher haben Mortágua und ihre Genossen ausgedient.

Grüße aus ...
Rom

Rächer der Genervten

Von **Paola Bernardi**

Das Wochenende naht, der Ausflug ans Meer ist geplant. Doch davor haben die Götter den Autoverkehr gesetzt. Immer der gleiche Stau, sich durch den römischen Verkehr zu wühlen. Auto an Auto, Stoßstange an Stoßstange, Geschrei, Gehupe, Auspuffgase, schrittweise schlängelt man sich voran. Stop and go. Die Nerven liegen blank. Dann die Erlösung: Endlich auf der Fahrstecke. Beglückt von der freien Fahrt, gibt man Gas. Doch dann blitzt es plötzlich. Verdammt, man ist wieder in eine dieser vielen Radarfallen geraden. Ohne Vorwarnung stehen diese so harmlos aussehenden Maste am Straßenrand. Man zockelt nun gewissenhaft seinem Ziel entgegen.

Doch es gibt neue Hoffnung: „Fleximan sta arrivando" (Flex kommt) stand in großen Buchstaben auf einem der gefällten Masten zu lesen. Plötzlich spricht ganz Italien vom „Fleximan". Er ist der neue Robin Hood der gebeutelten Autofahrer. Denn es gibt ein neues Phänomen im Lande, das sogar immer wieder im Fernsehen und Rundfunk debattiert wird. Ein noch vermummter Unbekannter ist am Werk. Er ist in der Nacht, wie Fernsehaufnahmen zeigen, unterwegs mit einem Trennschleifer, Fachjargon „Flex" (daher die Namensgebung) und schneidet in der Dunkelheit die Masten am Straßenrand, sprich „Radarfallen", die die Geschwindigkeit der Fahrer messen, durch.

> Eine Tatsache ist unumstößlich: Für Städte und Gemeinden sind diese Autofallen zu Goldgruben geworden.

Das Phänomen begann um Weihnachten vergangenen Jahres in Norditalien. Nun scheint „Flexi", der Rächer oder Raserfreund, wie viele vermuten, verschiedene Nachahmer gefunden zu haben. In neuerlichen diffusen Aufnahmen, die das italienische Fernsehen ausstrahlte, sah man zwei vermummte Kapuzenmänner, die eine Radarfalle niederstreckten.

Die „Flexi"-Attacken haben sich schlagartig über das ganze Land verbreitet. Ob nun der „Rächer" dieser Blitzkontrollen im Recht ist, oder ob in erster Linie Menschenleben durch Geschwindigkeitskontrollen geschützt werden, darüber gibt es immer wieder heftige Debatten. Eine Tatsache jedoch ist unumstößlich: Für Städte und Gemeinden sind diese Autofallen zu wahren Goldgruben geworden. Italien ist das Land der Geschwindigkeitskontrollen. So gibt es hier rund 11.000 Radarfallen! Somit die größte Dichte in der EU. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 4.700 und in Frankreich 3.800. Klar ist auch, daß diese Radarfallen eine riesige immer sprudelnde Quelle für jede Stadt und Gemeinde geworden sind: In Rom bringen diese Radar-Anlagen 6,1 Millionen EU im Jahr. Die Kunststadt Florenz ist Spitzenreiterin im Bußgeldkassieren mit 23,2 Millionen EU; Mailand hingegen kassiert „nur" 13 Millionen. Radarfallen sind also ein wahrer Geldsegen geworden. Dabei ist Italien schon immer ein teures Land für Autofahrer. Ich denke da an die Autobahngebühr.

ILLUSTRATION: JF

DANKE
für Ihre Unterstützung!

Petition für Demokratie

NEIN zu einem AfD-Verbot!
Zurück zu demokratischen Prinzipien!

147.643 Unterzeichner!

Die Petition wurde am 29. Februar 2024, 23:59 Uhr beendet.
Ziel: 150.000 Unterzeichner

Eine Initiative der
JUNGEN FREIHEIT

petitionfuerdemokratie.de

„Es gibt keinen Streit“

ID-Fraktion: Nach den Spannungen ist die Zeit reif für eine Annäherung zwischen AfD und Rassemblement National

HÉLÈNE DE LAUZUN

Die Beziehungen zwischen dem Rassemblement National (RN) und der Alternative für Deutschland (AfD), zweier Parteien, die in der Fraktion Identität und Demokratie im Europäischen Parlament verbündet sind, geriet nach einer Kabale in der deutschen Presse gegen die AfD im Zusammenhang mit der Remigration, einem Prinzip, das angeblich von der AfD vertreten wurde und das der RN ablehnt, in unruhige Fahrwasser.

Der deutsche Blog „Correctiv“ veröffentlichte im Januar einen gegen die AfD gerichteten Artikel, in dem behauptet wurde, die Partei habe sich für die Remigration von nicht assimilierten deutschen Staatsbürgern ausgesprochen. Obwohl dies von der AfD dementiert wurde, erklärte Marine Le Pen, Chefin der RN-Abgeordneten im französischen Parlament, anläßlich einer Pressekonferenz Ende Januar: „Bei derart großen Unterschieden“ müsse man „darüber nachdenken, ob man gemeinsam in einer Gruppe verbleiben“ könne.

Dem Rassemblement National fällt es schwer, eine Linie festzulegen

Die Verurteilung der AfD durch Le Pen hatte den Zweck, der französischen Öffentlichkeit Signale der Respektabilität zu senden. Der Rassemblement National ist besessen von der Idee, einen makellosen Diskurs zu symbolischen Fragen des Rassismus oder impliziten Verweisen auf den Zweiten Weltkrieg zu bieten.

Seitdem haben die beiden Rechtsparteien versucht, eine schwierige diplomatische Annäherung einzuleiten. Doch Thibaut François, Mitglied des französischen Parlaments, erklärte laut dem Nachrichtenportal Euractiv, daß man von der AfD eine schriftliche Zusicherung verlange, daß die „Remigration“ nicht Teil des Parteiprogramms sein werde. Dies ist jedoch für die AfD unmöglich zu erfüllen, da der Begriff bereits in verschiedenen Programmen, wie dem EU-Wahlkampf, verwendet wird.

Am Dienstag, den 20. Februar, fand in Paris ein diskretes Mittagessen zwischen Alice Weidel, Co-Vorsitzende der deutschen Partei, Jordan Bardella, Vorsitzender des RN und Spitzenkandidat des RN für die Europawahlen, und Marine Le Pen, statt. Zunächst wollte der Rassemblement National nicht über dieses hochstrategische Mittagessen berichten, da es schwierig ist, eine offizielle Linie festzulegen. Denn innerhalb des RN stehen sich zwei Lager gegenüber. Die Befürworter einer Distanzierung von der AfD sind der Ansicht, daß die deutschen Freundschaften des RN auf nationaler Ebene gegen ihn arbeiten und die Partei zu ihrem schlechten Ruf zurückführen.

Die RN-Europaabgeordneten hingegen halten an diesem Bündnis fest, das unerläßlich ist, um ihrer Fraktion im Europaparlament maximale Macht zu verleihen. Auch wenn der Rassemblement National in den Umfragen für die Wahl am 9. Juni mit starken Ergebnissen rechnen kann wird, kann das Spiel mit den Gleichgewichten im Parlament den Sieg schwächen: „Die Möglichkeiten reichen von keiner Fraktion bis zu einer Superfraktion“, erinnerte Bardella, Spitzenkandidat des RN, in einem Gespräch mit Journalisten am 29. Februar. Die Europaabgeordneten machten daher ihren Einfluß geltend, um zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit der AfD beizutragen und so die Einheit der Fraktion zu wahren.

Auf der deutschen Seite stehen andere Dinge auf dem Spiel. Alice Weidel teilte ihre Erfahrungen in den Stunden nach dem Mittagessen mit Wärme und Begeisterung auf ihrem X-Account. Nach diesem Post dementierte der Rassemblement National nicht, wollte aber auch nicht sofort kommentieren. Es dauerte einige Tage, bis die Mitteilung der französischen Partei über das Mittagessen und seine Folgen fertiggestellt war. Am Sonntag, den 25. Februar, erläuterte der Parteivorsitzende Jordan Bardella seine Version der Ereignisse auf der Bühne von BFM TV. Er stellte das Mittagessen mit Alice Weidel als eine Initiative von ihm und Marine Le Pen dar, mit der sie „ihre Uneinigkeit“ in der Einwanderungsfrage zum Ausdruck bringen wollten. Bardella erklärte, daß die AfD-Co-Vorsitzende „eine Reihe von Präzisierungen eingebracht habe, die sie uns schriftlich zu liefern versprochen hat“.

FOTO: IMAGO/GLOBALIMAGENS

Marine Le Pen (RN) und Tino Chrupalla (AfD): Am 24. November 2023 einträchtig in Lissabon

Am 26. Februar schrieb Weidel dann einen Brief an Le Pen, in dem sie die Position der AfD zum Thema Remigration klarstellte. Darin wies Weidel darauf hin, daß „unterschiedliche Bedeutungen von Begriffen beziehungsweise Übersetzungen in den jeweiligen Sprachen“ es schwierig machten, manche Dinge zu erklären. „So ist zum Beispiel das englische gebräuchliche Wort für Abschiebungen ‘deportation’ im Deutschen mit Gewalt und Zwang verbunden und könnte nie in diesem Zusammenhang benutzt werden.“ Ähnliches gelte für das deutsche Wort Remigration, betonte Weidel. Dieses meine im Deutschen „lediglich die Anwendung bestehender Gesetze“, stellte die AfD-Chefin klar.

Am 28. Februar erklärte Le Pen dann auf dem Salon de l’Agriculture in Paris nur kurz auf eine erneute Anfrage eines Journalisten, was sie von den auf Briefpapier übermittelten Erklärungen zu der Polemik halte: „Erstens, erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, daß ich es mäßig geschätzt habe, [diesen Brief] in der Presse wiederzufinden, noch bevor ich ihn erhalten habe. Zweitens scheint es mir, daß es noch eine Reihe von offenen Fragen gibt.“

Bardella begrüßte die Erklärung von Alice Weidel. Am Dienstag erklärte auch Jean-Paul Garraud, Leiter der RN-Delegation im EU-Parlament, gegenüber der JUNGEN FREIHEIT, daß es keinen „Streit“ gebe. „Es gibt offene und herzliche Diskussionen, die von einigen französischen Medien karikiert werden, um zu versuchen, unsere Fraktion wenige Monate vor den Wahlen zu destabilisieren, wahrscheinlich aus Angst vor den zu erwartenden guten Wahlergebnissen.“ Derzeit sei noch nichts entschieden. „Ich denke, daß die deutsche und die französische Presse allein in einem Tunnel von Interpretationen und Analysen, die weit von der Realität entfernt sind, unterwegs sind. Wir sind in Gesprächen mit der AfD, um sicherzustellen, daß wir auf derselben Wellenlänge sind. Das tun wir auch mit allen unseren europäischen Verbündeten“, erklärte Garraud gegenüber der JF und fuhr fort: „Der Rassemblement National hat Frau Weidel um Klarstellungen gebeten, die in diesem Schreiben enthalten sind. Wir werden in den kommenden Wochen weiter daran arbeiten.“

■ Kommentar Seite 2

Klatsche für die bürgerlichen Parteien

BERN. Erstmals hat eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung einer linksgerichteten Initiative per Volksentscheid zugestimmt. Auf Betreiben der Gewerkschaften wurde eine 13. Rentenzahlung am vergangenen Sonntag mit 58,2 Prozent der Stimmen angenommen. Kommentatoren sprachen von einer Sensation, weil noch nie seit Einführung des Initiativrechts vor mehr als 130 Jahren eine linke Volksinitiative zum Sozialausbau erfolgreich war. Mit der Zustimmung erhöht sich die Jahresrente aus der staatlichen Rentenkasse AHV um 8,3 Prozent. Die Regierung sowie das Parlament hatten das Vorhaben zuvor als zu teuer abgelehnt. Die SVP bedauert das Ja zur AHV-Initiative. „Die unseriösen Versprechen der Gewerkschaften bringen die AHV und die Bundesfinanzen in massive Schwierigkeiten. Die 13. AHV-Rente vergrößert das Finanzloch bei der AHV um fünf Milliarden Franken – pro Jahr! Die dafür nötigen höheren Steuern und Lohnabzüge haben die Linken zu verantworten. Wie immer muß der Mittelstand für die linke Politik büßen“, so die SVP. Doch die Kassen des Bundes seien jetzt schon leer. Die Asylausgaben explodierten, der Schuldenberg erreiche eine Rekordhöhe von über 140 Milliarden Franken und 2027 rechne der Bund bereits mit über drei Milliarden Franken Defizit. „Gleichzeitig verschleudert Mitte-links Milliarden Franken ins Ausland: Asyl und Status S (4 Milliarden) für Ukrainer, Entwicklungshilfe (rund 4 Milliarden pro Jahr), Ukraine (6 Milliarden geplant). Diese Verwahrlosung der Politik hat dazu geführt, daß die 13. AHV-Rente auf breite Zustimmung stieß“, argumentierte die SVP und führte fort: „Diese Entwicklung ist fatal – insbesondere angesichts der leeren Bundeskasse. Deshalb ist klar: Die Geldverschwender von Mitte-links müssen jetzt gestoppt werden. Das Asyl-Chaos ist zu stoppen, die Entwicklungshilfe zu kürzen und der Status S aufzuheben.“ (chs)

■ Kommentar Seite 10

Colorado muß Trump zur Wahl zulassen

WASHINGTON D.C. Der Oberste Gerichtshof der USA hat den Bundesstaat Colorado dazu verpflichtet, Ex-Präsident Donald Trump an den Vorwahlen teilnehmen zu lassen. Trump hatte Einspruch gegen eine Entscheidung des Gerichts von Colorado eingelegt, ihn von der Vorwahl in ihrem Bundesstaat auszuschließen. Der Oberste Gerichtshof gab dem republikanischen Politiker recht, wie die *New York Times* berichtet. Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs haben einzelne Bundesstaaten nicht das Recht, Präsidentschaftskandidaten von der Wahl auszuschließen. Colorado hatte sich auf den dritten Absatz des Zusatzartikels 14 der amerikanischen Verfassung berufen. Demnach kann niemand Präsident werden, der zuvor bereits einmal unter Eid stand und dabei versuchte, die amerikanische Regierung zu stürzen. Lediglich der Kongreß könne diesen Zusatzartikel umsetzen, entschied der Gerichtshof. Im Dezember hatte das Oberste Gericht Colorados entschieden, Trump sei aufgrund seiner Rolle im sogenannten Sturm auf das Kapitol vom Januar 2021 für das Präsidentenamt ungeeignet. Auch in anderen Bundesstaaten hatten Trump-Gegner versucht, ihn von der Wahlliste streichen zu lassen. Eine Richterin in Illinois hatte den Ex-Präsidenten zunächst von der Vorwahl ausgeschlossen – ihre Entscheidung später allerdings wieder ausgesetzt. (lb)

Hilferuf nach Moskau

Transnistrien: Die autonome Republik im Osten Moldawiens klagt über Anfeindungen / Bricht nun ein eingefrorener Konflikt erneut aus?

LORENZ BIEN

So kann man den Gegner wohl auch in Unruhe versetzen. Oder die Lage entschärfen, je nach Blickwinkel. Wenige Tage nachdem die Regierung des in Moldawien liegenden autonomen Gebiets Transnistrien um russischen „Schutz“ gebeten hatte, hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Rede zur Lage der Nation – und erwähnte die Situation in Moldawien mit keinem Wort.

Die Befürchtungen, die die Wortmeldung aus dem kleinen Landstrich im Osten der Republik Moldawien entfachte, dürften dennoch nicht so schnell verschwinden. Man werde „die russischen Aktivitäten in Transnistrien genau beobachten“, betonte der Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums, Matthew Miller. In einer Stellungnahme des moldawischen Büros für Reintegration, einer Behörde, die sich für die Wiedereingliederung Transnistriens verantwortlich sieht, war davon die Rede, daß man die „propagandistischen Erklärungen“ der transnistrischen Führung zurückweise. „Wir wollen die Region daran erinnern, daß sie von der Politik des Friedens, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Anbindung an die EU profitiert und mit ihr die Bürger.“

Vorangegangen war dem Ganzen ein seltener Sonderkongreß der separatistischen Kräfte. Dort wurde Sorge angesichts von „noch nie dagewesenen Herausforderungen und Bedrohungen“ von seiten des moldawischen Staates geäußert. Unter anderem zeigten die Wirtschaftssanktionen und Blockaden gegenüber der transnistrischen Republik eine schädliche Wirkung, Nahrungsmittel in der Region seien knapp, sagte die transnistrische Führung. Im Januar hatte Moldawien neue Zollabgaben für Importe und Exporte aus Transnistrien erlassen. Angesichts der Tatsache, daß etwa 220.000 russische Staatsbürger in der autonomen Region leben, solle Moskau „Maßnahmen zum Schutz“ der Gegend umsetzen, forderten die Vertreter.

Die Anfänge dieses Konflikts liegen in der Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion – und damit auch der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik. Bereits zuvor hatte Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost den einzelnen Republiken mehr Unabhängigkeit zugestanden, was sich im Falle Moldawiens auch dadurch niederschlug, daß sich das kulturell eher rumänisch geprägte Land diesem Erbe wieder verstärkt zuwandte.

So wurde 1989 Moldawisch zur Amts- und Landessprache erklärt. Als das Land schließlich die Unabhängigkeit erlangte und sich zu dem noch heute existierenden Nationalstaat wandelte, waren es die vor allem im Osten des Landes angesiedelten Russen, die mit dieser Entwicklung unzufrieden waren. Und so erfolgte am 2. September 1990 die Ausrufung der Pridnestrowischen Moldawischen Republik. Das Gebiet, das international unter dem Namen Transnistrien bekannt ist, betrachtet sich dabei nicht bloß als kulturell russisch geprägte Republik, sondern zugleich als letzte Bastion der Sowjetunion, was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, daß Hammer und Sichel bis heute das offizielle Staatswappen zieren.

Die moldawische Regierung reagierte, indem sie ihr Militär in das autonome Gebiet schickte und den ersten Präsidenten der autonomen Republik, Igor Smirnow, verhaften ließ. Nach zweijährigen Kämpfen intervenierte der damalige russische Präsident Boris Jelzin, der die moldawische Regierung zu einem Waffenstillstand überredete. Der am 21. Juli 1992 unterzeichnete Vertrag gilt bis heute.

Mit dem nun formulierten „Hilferuf“ der pridnestrowischen Regierung könnte der Konflikt zwischen beiden Landesteilen in seine seitdem heißeste Phase eintreten.

Wir suchen ab sofort günstig

Zimmer oder Wohnung in Berlin

für vertrauensvolle junge JF-Mitarbeiter.
Bitte melden Sie sich bei

JUNGE FREIHEIT
Verlag GmbH & Co. KG
Antje Stein | a.stein@jungefreiheit.de

Der Souverän der Kirche ist Gott!

Gespräche über Kirche, Philosophie und Politik

Gerhard Ludwig Kardinal Müller
Lothar C. Rilinger

328 S. | 18,50 € | ISBN: 978-3-942605-30-4

Jetzt bestellen!

LEPANTO VERLAG
Katholischer Verlag für Theologie und Philosophie

Bestellungen:
Webshop: www.lepanto-verlag.de | Auslieferung: lepanto@azb.de
Tel.: +49 (0) 2832 929 295 | Und beim Buchhändler Ihrer Wahl!

Jagdkontrolle
Leinenführung
Rückruf
Mantrailing

Neue Kurse ab April in Hamburg-Bergedorf / Wentorf
hundebetreuung-grell.de

dkfz.
DEUTSCHES KREBSFORSCHUNGSZENTRUM
IN DER HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT
Forschen für ein Leben ohne Krebs
www.dkfz.de/erbschaften

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Deutscher Leitindex auf Rekordhoch, aber kann das so weitergehen?

Börsenhausse trotz Rezession

Auf 17.817 Punkte ist der Dax am 1. März geklettert. Ein neuer Rekordstand, obwohl Deutschlands Wirtschaft in der Krise steckt. Pedanten entgegnen, daß es keine Rezession gibt, denn die offizielle Definition davon sind zwei Quartale nacheinander mit negativem Wirtschaftswachstum. Dank Revision der Zahlen war das dritte Quartal 2023 knapp positiv, erst das dritte schrumpfte wieder. Doch angesichts einer Schrumpfung um 0,3 Prozent im Kalenderjahr 2023 ist es unerheblich, ob die technische Definition erfüllt ist. Realität ist: es geht bergab. Seit dem zweiten Quartal 2022 liegt das Gesamtwachstum bei 0,0 Prozent.

von **Thomas Kirchner**

„Deutschlands Börsen werden von Industrien geprägt, die geringer bewertet werden.“

Der Dax hingegen schwimmt im Fahrwasser Amerikas mit. Zum einen hilft das hohe Wachstum den Dax-Konzernen, deren Exportanteil höher ist als in der deutschen Wirtschaft. Zwar waren die Gewinne in der zweiten Jahreshälfte rückläufig, doch die Zukunft ist rosig: für die nächsten zwei Jahre wird ein Gewinnanstieg von 9,5 und 9,9 Prozent erwartet, Dividenden sollen ähnlich wachsen. Das ergibt eine Dividendenrendite von 3,6 bis 3,9 Prozent, deutlich über der Rendite einer zehnjährigen Bundesanleihe von 2,4 Prozent. Automobilwerte konnten kräftig zulegen, weil sich das langsame Ende des Elektoautobooms abzeichnet, in dem deutsche Hersteller lange als hoffnungslose Nachzügler galten. VW handelt immer noch beim nur 4,3fachen der für 2025 vorhergesagten Gewinne, Porsche Automobil beim 2,6fachen. Für Amazon und Nvdia ist es das 33fache, für Apple das 25fache.

Zusätzlich wirkt sich die Hausse der US-Börsen positiv aus. Getrieben wird sie vom Boom der KI-Aktien und Chiphersteller. Nvdia ist mit über zwei Billionen Dollar zur wertvollsten Firma nach Microsoft (3,1 Billionen) und Apple (2,7 Billionen) aufgestiegen und ist fast so viel wert wie alle 40 Dax-Firmen zusammen. Im Februar überschritt der New Yorker S&P 500 zum ersten Mal die 5.000er-Marke, und auch Japans Nikkei schaffte es, den Höchststand von 1989 wieder zu erreichen.

Auf den ersten Blick erscheinen deutsche Aktien, und europäische insgesamt, äußerst günstig im Vergleich zu amerikanischen. Der Dax handelt zum 15fachen der Unternehmensgewinne der letzten zwölf Monate, der europäische Stoxx 50 ungefähr gleichauf beim 16fachen. Der amerikanische S&P 500 ist mit 26,9 beinahe doppelt so teuer. Bei den für 2025 vohergesagten Gewinnen ist die Diskrepanz etwas geringer: das Zwölffache für den Dax, das 19fache beim S&P500.

Noch mehr schrumpfen die Unterschiede bei Betrachtung der Zusammensetzung der Indizes. Der amerikanische Vorsprung liegt an den dort vorherrschenden Technologieunternehmen, die eine hohe Bewertung haben. Europas und Deutschlands Börsen werden von traditionellen Industrien geprägt, die aufgrund ihres niedrigeren Wachstums geringer bewertet werden. Berücksichtigt man diese Unterschiede, sind Unternehmen in Europa nicht grundsätzlich wesentlich billiger. Für Anleger mag das von nachgeordneter Bedeutung sein, schließlich können sie ihr Kapital da anlegen, wo die Musik spielt.

Für die Gesamtwirtschaft ist es aber problematisch, wenn zukunftsorientierte Wachstumsbranchen Mangelware sind. SAP ist das einzige Technologiewunderkind deutschen Ursprungs. Lange war es auf dem absteigenden Ast, weil es die Entwicklung zur „Cloud“ verschlafen hatte. Das Dax-Schwergewicht SAP holte im Februar technisch auf und liegt in der Bewertung inzwischen auf US-Niveau.

Schweizer stimmen für Rentenerhöhung und gegen das Rentenalter 66

Vom Ausland lernen

Von **Jörg Fischer**

In der Schweiz liegt die umlagefinanzierte Mindestrente bei 14.700 Franken pro Jahr, das sind umgerechnet 1.277 Euro monatlich; die Maximalrente aus der zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragenen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) liegt derzeit bei 29.400 Franken – das wären 2.553 Euro. Zudem gibt es eine obligatorische betriebliche Pensionskasse, die zusammen mit der AHV 60 Prozent des letzten Einkommens absichern soll. Dennoch haben die Schweizer am Sonntag für eine 13. AHV-Monatszahlung – also eine Erhöhung von 8,3 Prozent – gestimmt und gleichzeitig eine Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 66 abgelehnt.

Ob das Rentenplus über höhere AHV-Beiträge, Steuern oder die Gewinne der Schweizerischen Nationalbank finanziert wird, ist noch unklar. Aber spätestens 2026 muß die 13. AHV-Zahlung erfolgen – eine Volksabstimmung sticht jeden Parlamentsbeschluß aus. In Österreich gibt es 14mal jährlich „Pension“; der Beitragssatz liegt bei 22,8 Prozent, wovon die Beschäftigten nur 10,25 Prozent zu zahlen haben. Dafür liegt das Rentenniveau aber bei etwa 75 Prozent des früheren Arbeitseinkommens. Von solchen Altersbezügen können die meisten Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in Deutschland, die künftig erst mit 67 abschlagsfrei in Ruhestand gehen können, nur träumen. Und trotz der niedrigen GRV-Renten werden immer mehr Steuern fällig: Wer 2023 in Rente ging, muß bei einer Durchschnittsrente von 1.470 Euro brutto nicht nur 8,85 Prozent Sozialabgaben, sondern auch Einkommensteuer abführen, so daß nur 1.300 Euro netto aufs Konto überwiesen werden. Bei 1.500 Euro netto werden jährlich 463 Euro Steuern fällig, bei 1.800 Euro netto sind es jährlich 1.098 Euro.

Künftig wird es nicht besser: Das Versprechen der Ampel-Regierung, das GRV-Rentenniveau bei 48 Prozent – es würde ohne Reform nach 45,4 Prozent des Durchschnittseinkommens sinken – zu „stabilisieren“, ist angesichts der viel höheren Rentenzahlungen in der Schweiz und Österreich nur ein Witz. Denn die Pläne sehen vor, dafür den GRV-Satz bis 2035 schrittweise von 18,6 auf 22,3 Prozent eines Bruttolohns zu erhöhen und zusätzlich 200 Milliarden Euro für ein beitragstabilisierendes „Generationenkapital“ an der Börse zu investieren.

In der Schockstarre gefangen

Fallende Preise am Immobilienmarkt: Die Wohnungspolitik hat nur den teuren Neubau im Blick

STEFAN KOFNER

FOTO: IMAGO IMAGES/GEISSER

Neubaubesichtigung für Erstbezug: Kaum Leerstand und die Mieten steigen immer weiter

Der Wohnungsmarkt befindet sich seit Ende 2022 in einer heftigen Korrekturphase. Während die Großstadtmieten beschleunigt ansteigen, fallen die Immobilienpreise tendenziell. Mieter, Hausbesitzer und potentielle Hauskäufer fragen sich, wie lange diese Phase noch anhält und auf welchem Niveau sich die Preise stabilisieren könnten. Gemessen am Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes hat der seit 2010 ungebrochene Anstieg der Preise für Wohnimmobilien im vierten Quartal 2022 sein vorläufiges Ende gefunden. Nachdem sich die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen zwischen 2010 und 2022 um rund 94 Prozent verteuert hatten, sind sie bis zum dritten Quartal 2023 um zehn Prozent gefallen.

Der Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zeigt ein ähnliches Bild. Der vdp-Index ist seit dem ersten Quartal 2023 rückläufig, nachdem er seit 2010 um 90 Prozent zulegen konnte. Der Rückgang gegenüber dem Gipfelpunkt im zweiten Quartal 2022 beträgt inzwischen 8,5 Prozent.

Der Grund für diese Preiswende ist die Zinswende. Bei Hypothekenzinsen von vier statt einem Prozent hat sich die Erschwinglichkeit selbstgenutzter Immobilien dramatisch verschlechtert. Dennoch haben die Preisindizes bis jetzt den allergrößten Teil ihrer Gewinne halten können. Die Preiskorrektur ist bis heute angesichts des fundamental geänderten Umfelds moderat ausgefallen. Manche Indikatoren deuten sogar auf eine allmähliche Stabilisierung der Immobilienpreise hin. Nach dem Wohnindex des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sind die Preise für Eigentumsimmobilien im vierten Quartal 2023 sogar wieder leicht gestiegen.

Lücke zwischen Angebot und Nachfrage immer größer

Die Mieten kannten dagegen seit 2010 nur eine Richtung. Nach den Zahlen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sind die Angebotsmieten zwischen 2010 und 2022 kontinuierlich um insgesamt 53,4 Prozent von 6,20 auf 9,51 Euro gestiegen. Seitdem hat sich der Mietenanstieg beschleunigt fortgesetzt. Nach dem IW-Wohnindex lagen die Neuvertragsmieten im vierten Quartal im Schnitt um 5,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor, in Berlin, Leipzig, München und Köln sogar noch weit darüber. Die Mieten steigen immer weiter, weil die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage immer größer wird.

Es herrscht eine echte „Wohnungsnot“: Gemessen am CBRE-empirica-Index ist die marktaktive Leerstandsquote im Zeitraum 2006 bis 2022 von 4,1 auf 2,5 Prozent gefallen. In Großstädten liegen die Leerstandsquoten noch weit darunter (Stuttgart 0,5 Prozent, Hamburg 0,4 Prozent, Berlin 0,3 Prozent, München 0,1 Prozent). Erschwingliche Wohnungen im mittleren und unteren Preissegment sind kaum noch zu bekommen. Mittelfristig ist nicht mit rückläufigen Mieten zu rechnen. Die Bautätigkeit hält immer weniger mit der demographisch bedingten Entwicklung der Nachfrage Schritt. Die Zukunftsperspektive ist die Wohnungsnot im Quadrat.

Auf den ersten Blick scheint ein Widerspruch zwischen den fallenden Hauspreisen und der extremen Anspannung an den Vermietungsmärkten zu bestehen. Aber viele Mieter können kaum ins Wohneigentum ausweichen. Die Transaktionsmärkte sind regelrecht eingefroren. Entscheidend für die Einschätzung der Marktlage ist das Verhältnis zwischen Hauspreisen und Mieten, also die sogenannten Mietmultiplikatoren. Immobilienmarktforscher unterscheiden zwischen dem fundamentalen und dem tatsächlichen Preis-Mietverhältnis und sie leiten aus der Abweichung zwischen den beiden Größen ab, ob der Markt über- oder unterbewertet ist. Das ist dann entscheidend für ihre Einschätzung der weiteren Preisentwicklung.

Anfang 2021, als die Hypothekenzinsen bei einem Prozent lagen und noch Wertsteigerungserwartungen im Markt vorherrschten, hat der fundamentale Multiplikator für ganz Deutschland um die 40 gelegen. Inzwischen dürfte er um zwei Drittel gefallen sein, denn die Zinsen haben sich vervierfacht und auch die Wertsteigerungserwartung hat sich aufgelöst. Das tatsächliche Preis-Mietverhältnis befindet sich derzeit in einer Korrekturphase. Bei fallenden Immobilienpreisen und steigenden Mieten sinkt es in Richtung auf den Fundamentalwert. Es besteht aber immer noch eine erhebliche Anpassungslücke. Entscheidend für die weitere Entwicklung ist der Einfluß der Wertsteigerungserwartungen und der Hypothekenzinsen: Bei zwei Prozent Zinsen und zwei Prozent Wertsteigerungserwartung wäre der Markt fundamental wieder im Gleichgewicht, aber davon sind wir weit entfernt. Wenn die Immobilienpreise in den freien Fall übergehen, löst das schwere gesamtwirtschaftliche Verwerfungen, notleidende Hypothekendarlehen, hohe Abschreibungen in den Bankbilanzen und Instabilitäten an den Finanzmärkten aus.

Die Wohnungspolitik schraubt zwar an Rahmenbedingungen, aber sie hat dabei einseitig den Neubau im Fokus. Die Bestandsmärkte sind dagegen von einem extremen Rückgang des Transaktionsgeschehens geprägt: Bereits 2022 ist die Zahl der Kauffälle von Eigentumswohnungen deutschlandweit um 19 Prozent auf rund 274.800 zurückgegangen (Ein- und Zweifamilienhäuser -11 Prozent). 2023 hat es neue Rekordtiefststände bei den Kauffällen gegeben.

Marktbeobachter sprechen von „eingefrorenen“ Immobilienmärkten oder von einer „Schockstarre“. Darauf deutet auch der Einbruch bei den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um ein Drittel. Ursächlich dafür ist vor allem der heftige Zinsanstieg, der den Eigentumserwerb für die meisten Ersterwerber unerschwinglich gemacht hat und der bei einem Wechsel des Eigenheims einen Belastungssprung nach sich zieht. Wenn ein solcher Zustand mit minimalem Transaktionsgeschehen über längere Zeit anhält, wird die Flächenverschwendung wegen unterlassener Umzüge mit der Zeit immer größer und die Marktanspannung verschärft sich weiter.

Die deutsche Maklerprovision liegt derzeit im Schnitt bei 6,2 Prozent

Die Politik unternimmt aber nichts, um die eingefrorenen Transaktionsmärkte wieder aufzutauen, obwohl das für die Wohneigentumsbildung breiter Schichten, die Stabilität des Bankensektors und die Verbesserung der Flächeneffizienz essentiell wäre. Die Erschwinglichkeit von Bestandskäufen zur Selbstnutzung sollte politisch adressiert werden, denn Luxusneubau im Effizienzhausstandard 40 mit Nachhaltigkeitssiegel können sich trotz Förderung nur die wenigsten leisten.

Der Keil zwischen Brutto- und Nettopreisen ist viel zu groß. Die hohen Transaktionskosten müssen deutlich reduziert werden. 15 Prozent „weiche“ Erwerbsnebenkosten sind unnormal. Nicht nur der Ersterwerb angemessenen Wohneigentums sollte von der Grunderwerbsteuer befreit werden, sondern alle Bestandserwerbe zur Selbstnutzung. Die Maklerprovision liegt im Schnitt bei 6,2 Prozent. In den Niederlanden sind es 1,5 Prozent.

Wenn die Transaktionskosten sich wieder in einem vernünftigen Rahmen bewegen, kann zusätzlich der Wohneigentumserwerb von jungen Schwellenhaushalten mit wenig Eigenkapital durch staatliche Bürgschaften unterstützt werden. So ermöglicht man mehr Umzüge und sorgt für eine bessere Anpassung der individuellen Flächenversorgung an den Bedarf, und das ist auch ein Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot.

▶ www.pfandbrief.de/site/de/vdp/immobilie/finanzierung_und_markt/vdp-immobilienpreisindex

■ Kommentar Seite 2

Baumhäuser statt E-Autos

Tesla: Nach dem Bürgervotum gegen die Erweiterung der Gigafactory wurde die Stromversorgung des Werks sabotiert

PAUL LEONHARD

Seit 2021 hat sich der Tesla-Aktienkurs halbiert. Elon Musk ist durch den Twitter-Kauf mit 203,3 Milliarden nur noch der zweitreichste, dafür aber bei woken Zensoren der meistgehaßte Mann der Welt. Der chinesische Konzern BYD hat im vierten Quartal 526.409 E-Autos verkauft – Tesla nur 484.507. Das Abwasser aus der Gigafactory im brandenburgischen Grünheide bei Berlin, in der seit 2022 der Tesla Y montiert wird, stellt für die Berliner Wasserbetriebe (BWB) zwar keine Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Bundeshauptstadt dar, doch der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) sieht das anders.

Ende Januar kam es im einzigen europäischen Tesla-Werk zu einem zweiwöchigen Produktionsstopp, weil infolge der Kämpfe im Roten Meer die Lieferkette nicht mehr funktionierte und dringend benötigte Bauteile nicht pünktlich eintrafen. Und im Februar sprachen sich die Bürger von Grünheide mit 62-Prozent-Mehrheit gegen die Ausbaupläne des Unternehmens aus. Auch wenn dieses Votum nicht bindend ist, hat es doch Dutzende Aktivisten der Initiative „Tesla stoppen“ ermutigt, Teile des für die Werkserweiterung vorgesehenen, 118 Hektar großen landeseigenen Waldes, zu besetzen und sich in Baumhäusern zu verschanzen. Die Polizei will die Protestler bis 15. März in Ruhe lassen.

Sympathisanten werden aufgefordert, Bauholz, Kletterausrüstung und Hängematten mitzubringen. „Veteranen“ von Widerstandsaktionen wie im Braunkohle-Dorf Lützerath oder im Hambacher Forst in NRW sind vor Ort. Die „gewaltfreie Aktionsgemeinschaft“ Robin Wood hat eine Plattform errichtet, wirbt mit Feldküche und „Schnupperklettern“. Die Bürgerinitiative Grünheide, die sich von der AfD distanziert, aber am 10. März mit der Linksjugend Solid und Extinction Rebellion unter dem Motto „Tesla den Hahn abdrehen“ demonstrieren will, hat sich mit den Waldbesetzern solidarisiert. Sie freue sich, daß sich so viele junge Menschen für das Wasser und für den Wald einsetzten, erklärte Manuela Hoyer vom Trägerverein für Natur und Landschaft in Brandenburg (VNLB).

„Früher wurde jedes Großprojekt begrüßt, wenn es Arbeit brachte“

All das ist harmlos, vergleicht man es mit dem, was die im Untergrund agierende „Vulkangruppe Tesla abschalten!“ am 5. März gegen gegen fünf Uhr früh gemacht hat: Einen Hochspannungsmast und Starkstromleitungen auf einem Feld in Steinfurt bei Freienbrink „flambiert“, um so die Energieversorgung der Tesla-Gigafactory zu unterbrechen. Man habe „das Feuer groß und hoch mit vielen Autoreifen angelegt, um die Stahlkonstruktion zu schwächen und eine Instabilität des Masts herbeizuführen“, heißt es im Bekennerschreiben der linksgrünen „Sabotagegruppe“. Und es soll so weitergehen: „Der Stillstand der Produktion der Automobilindustrie ist der Anfang vom Ende einer Welt der Zerstörung.“ Das „Leuchtfeuer gegen Kapital, Patriarchat, Kolonialismus und Tesla“ hat die Produktion im Werk tatsächlich zum Erliegen gebracht. Es wurde sofort geräumt, durch den mehrtägigen Arbeitsausfall und die technischen Folgen sind Tesla wahrscheinlich Unkosten „im hohen neunstelligen Bereich“ entstanden.

Auch in den umliegenden Gemeinden und sogar Teilen von Berlin fiel bei Tausenden Haushalte und sogar Krankenhäusern bis etwa 10 Uhr der Strom aus. Es war offensichtlich nicht der erste „terroristische Akt“, wie Brandenburgs SPD-Wirtschaftsminister Jörg Steinbach den Anschlag nannte. Die „Vulkangruppe“ hat seit 2018 offenbar schon mehrere Kabelbrände verursacht und 2021 die Gigafactory-Baustelle sabotiert. Elon Musk hat sich zu dem jüngsten Sabotageakt via dem Twitter-Nachfolger X geäußert: „Das sind entweder die dümmsten Öko-Terroristen der Welt oder sie sind Marionetten jener, die keine guten ökologischen Ziele haben“, denn „die Produktion von E-Autos statt der von Verbrennerautos zu stoppen, ist extrem dumm“, so der Tesla-Chef.

Baumhaus im Wald bei Grünheide: Aktivisten werden vorerst geduldet

FOTO: PICTURE ALLIANCE / JÖRG CARSTENSEN

Doch die „Vulkangruppe“ und ihre ideologischen Stichwortgeber wollen jedes Auto „auf den Müllhaufen der Geschichte“ werfen und dafür den „kostenlosen“ ÖPNV „ausbauen“. Der „grüne Kapitalismus“ stehe „für Kolonialismus, Landraub und eine Verschärfung der Klimakrise! Die Lithium-Batterien kommen aus giftigen Minen in Chile und verschlingen andere seltene Metalle“ – sehen die Robin-Wood-Aktivisten ähnlich. Und hinter Parolen wie „Das Auto als Waffe“ und „Die Straße das Schlachtfeld“ stehen auch Berliner Fahrradaktivisten. Ob Tesla angesichts dessen weiterhin vor hat, die Tesla-Produktionkapazität in Brandenburg auf 500.000 oder eine Million Fahrzeuge jährlich zu erhöhen, ist nun vielleicht fraglich – in anderen EU-Ländern scheint es sicherer.

Und gibt es überhaupt genug Nachfrage für so viele E-Autos? Der Grundpreis für das dortige „deutsche“ Tesla-Model Y liegt bei derzeit etwa 45.000 Euro. Für die 3.000 bis 4.500 Euro Verkaufssubvention („Umweltbonus“) ist seit 18. Dezember im Ampel-Haushalt kein Geld mehr da. Und die Idee von einigen „grünen“ Dax-Vorständen, ihren Mitarbeitern nur noch E-Autos als Dienstwagen zu genehmigen, dürfte die gestrichene Steuerzahlerhilfe nur teilweise ausgleichen: Wer mit dem Auto wirklich arbeiten muß, kann sich in der Regel stundenlange Ladestopps nicht leisten.

Der von der Ampel als „Ostbeauftragter“ eingesetzte Carsten Schneider hat eine Woche vor dem Anschlag beklagt, daß die Bürger im einstigen DDR-Gebiet wählerischer bei der Firmenansiedlung werden, selbst wenn diese wie Tesla 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze versprechen. „Früher wurde praktisch jedes Großprojekt begrüßt, solange es nur Arbeitsplätze brachte“, so der SPD-Staatsminister gegenüber dpa: „Jetzt gibt es vereinzelt auch mal Widerstände. Das muß man bei der Planung künftig mitdenken.“ Schneider hat dabei sicher nicht an die „Vulkangruppe“ gedacht, aber die langfristigen Auswirkungen könnten drastisch sein: Wer investiert noch in Deutschland, wenn Unternehmen mit einem „Blackout“ rechnen müssen – nicht nur durch die Energiewende, sondern auch durch unabsehbare „Freudenfeuer“ von einem „breiten und bunten Widerstand“.

▶ www.tesla.com/de_de/giga-berlin
▶ www.robinwood.de/blog/baumhäuser-statt-e-autos-tesla-den-hahn-abdrehen

„Die Amerikaner lachen sich schlapp über uns“

MÜNCHEN. Der Investor Carsten Maschmeyer hat die Überregulierung und die niedrige Risikobereitschaft in Deutschland kritisiert. „Wenn ich vor zehn, 15 Jahren in den USA über Deutschland sprach, wurde unser Land oft bewundert. Mittlerweile werden wir eher bemitleidet“, erklärte der frühere Chef des Finanzvertriebs AWD im Sender n-tv. „Die Amerikaner lachen sich schlapp über uns. In den USA geht das Zehn- bis Zwanzigfache in die Innovation, in die Startups“, so der 64jährige. Der von der Bundesregierung initiierte „Wachstumsfonds Deutschland“ helfe, aber in den großen US-Startup-Fonds „stecken zig Milliarden“. Auch über eine Viertagewoche oder mehr Homeoffice müsse man neu nachdenken: „Wir sollten Ergebnisse erzielen wollen und nicht nur darauf pochen, Zeit im Büro abzusitzen.“ Denn der Arbeitsmarkt habe sich stark gewandelt: „Haben Unternehmen drei Stellen offen und 100 Bewerber, können sie mit Bewerbern natürlich anders umgehen“, erläuterte Maschmeyer. Haben sie „drei offene Stellen und einen Bewerber, sind sie gezwungen, den zeitgemäßen Forderungen nachzugeben, sonst stehen sie am Ende ganz ohne neues Personal da“. (fis)
▶ carsten-maschmeyer.de

Spielwarenunternehmer setzt nicht auf eine Marke

FÜRTH. Der Spielwarenunternehmer Florian Sieber hält nichts von der Beraterstrategie, nur auf eine einzige Marke zu setzen. „Aus Managementsicht ist das ein Traum“, aber „mein Vater hat bereits 1993 den Wettbewerber Dickie Toys aus Nürnberg übernommen, weil dessen Gründer verstorben war“, erklärte der Chef der Simba-Dickie-Group im *Handelsblatt*. „Unser Anspruch ist es, daß bei einem Zukauf aus eins plus eins nicht nur zwei herauskommt, sondern drei oder vier.“ Seine Firma sei in fast allen Segmenten der Spielwaren aktiv, denn „das gibt langfristig eine hohe Sicherheit“. Wenn eine Marke in Schwierigkeiten gerät, könne man das wegstecken, weil andere Bereiche dafür besser laufen. „Wir sind weniger angreifbar, weil wir so diversifiziert sind“, erläuterte Sieber. „Wenn Sie abhängig sind von einer Marke, kann es passieren, daß Sie ins Visier eines großen Konkurrenten geraten, der Sie aus dem Markt drücken will.“ (fis)
▶ www.simba-dickie-group.com

„Verantwortungsvolle Richtungsentscheidung“

Wirtschaftspolitik: Robert Habeck macht die nächste 180-Grad-Wende und erlaubt die CO_2-Speicherung / Bald „grüne“ Zementproduktion?

MARC SCHMIDT

Mit Sonne, Windstrom und einer „Wasserstoffstrategie“ läßt sich theoretisch „Klimaneutralität“ herstellen, aber keine Industrie und Landwirtschaft am Leben erhalten. Die Kalk- und Zementherstellung, die Luftfahrt oder die Verwertung von Abfällen ist ohne CO_2-Emissionen undenkbar. Da diese laut Weltklimarat in die Klimakatastrophe führen, müssen sie gesenkt werden. Daher legte die EU-Kommission am 6. Februar ihr Konzept für ein „industrielles CO_2-Management“ (COM 2024/62) vor – inklusive der geologischen CO_2-Speicherung (Carbon Capture and Storage/CCS) und der CO_2-Abscheidung und -Nutzung (Carbon Capture and Use/CCU).

Das brachte Deutschland und den grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck in Zugzwang – und erzwang jenen Kurswechsel, den schon der Evaluierungsbericht zum deutschen Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) vom Dezember 2022 anmahnte. Das 2012 in Kraft getretene KSpG der damaligen Merkel-Regierung untersagte praktisch CCS. Das erste deutsche CCS-Pilotprojekt in Brandenburg endete 2017, das Know-how wurde nach Kanada verkauft (JF 44/23). Habecks inszenierte sich als Kieler Umweltminister (2012 bis 2018) als radikaler Kämpfer gegen CCS, und er war damit nicht allein: „Niedersachsen will kein CCS, und wir bekommen kein CCS“, versprach auch der damalige CDU-Ministerpräsident David McAllister anläßlich der KSpG-Verabschiedung.

Ein CCS-Multimilliardengeschäft für das Erdgasland Norwegen

Doch wie bei den Waffenlieferungen in Kriegsgebiete oder dem Import von Flüssigerdgas (LNG) kommt nun die 180-Grad-Wende. „Wir treffen heute eine pragmatische und verantwortungsvolle Richtungsentscheidung: CCS und CCU sollen in Deutschland ermöglicht werden“, erklärte Habeck vorige Woche bei der Vorstellung seiner Carbon-Management-Strategie (CMS) und der KSpG-Reform. „Wir werden auch die Offshore-Speicherung erlauben“, denn ein Verzicht darauf würde „uns teuer zu stehen kommen“. Strittig ist aber, wieviel und welches CO_2 aus den Abgasen herausgefiltert, verflüssigt, transportiert und in unterirdische Hohlräume – etwa ehemalige Erdgaslager – verpreßt wird. Deutschland verfügt auf dem Festland nicht über ausreichende CO_2-Kavernen. Daher fühlte Olaf Scholz schon 2022 in Norwegen vor, und Ministerpräsident Jonas Gahr Støre bot an, CO_2 in den Hohlräumen der ausgebeuteten Erdgasvorkommen in 3.000 Meter Tiefe unter dem Nordsee-Meeresboden abzuspeichern. Das wäre ein neues Multimilliardengeschäft für das – laut Weltbank – fünftreichste Land der Welt.

Nach Habecks Zustimmung bleiben den Kritikern bei SPD und Grünen nur Rückzugsgefechte und das Versprechen, CCS nicht bei „fossilen Kraftwerken“ zu nutzen. Die Linken haben ein neues Wahlkampfthema: „Habeck will die Nordsee in ein riesiges CO_2-Endlager verwandeln und massenweise Fracking-Gas importieren“, ätzte deren Europawahlspitzenkandidatin Carola Rackete in der *Augsburger Allgemeinen*. CCS werde „die Klimakrise noch länger befeuern“. Denn die Energiewirtschaft hofft auf Ausnahmen für Gaskraftwerke, die die permanenten Schwankungen der Ökostromproduktion ausgleichen sollen. Da aber „grüner“ Wasserstoff in den kommenden 20 Jahren nicht bereitstehen wird, müssen die Kraftwerke auf teures LNG zurückgreifen, auf dem zusätzlich die steigende CO_2-Bepreisung lastet – oder CCS nutzen.

Lediglich die durch die AKW-Abschaltung in der Laufzeit verlängerten Kohlekraftwerke sollen von CCS ausgenommen sein, was Klagen der Kraftwerksbetreiber herausfordert. Auch Habecks grüner Landesverband Schleswig-Holstein kündigte bereits eine Fundamentalopposition gegen seine CMS-Strategie an. Doch die Grünen-Wählerschaft ist nibelungentreu und Habeck kann sich mit seiner CCS-Wende bei einem Teil der Wirtschaftsverbände wieder „einschmeicheln“.

Sich „grün“ verkaufende Firmen nutzen CCS bereits in Pilotprojekten. Der Dax-Konzern Heidelberg Materials, der mit seinen Zementwerken in aller Welt zu den größten Emittenten zählt, wirbt mit „CO_2-Neutralität bis 2050“ und seinem Brevik-CCS-Projekt in Norwegen, wo jährlich „400.000 Tonnen CO_2 abgeschieden und zur dauerhaften Lagerung transportiert werden“ sollen. Dies werde „uns in die Lage versetzen, die beim Zementproduktionsprozeß entstehenden Treibhausgasemissionen zu reduzieren“. Ob das außerhalb der EU jemand bezahlen will, ist eine andere Frage.

EU-Konzept für „industrielles CO_2-Management“:
▶ ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_585

Zahl der Woche

3,9 Millionen Tonnen Gemüse haben insgesamt 5.970 Agrarbetriebe voriges Jahr in Deutschland geentert. Das waren vier Prozent mehr als 2022, obwohl die Anbaufläche um drei Prozent auf 122.800 Hektar reduziert wurde. Die Erntemengensteigerung kommt daher, daß der Anbau von Gemüsearten mit einem hohen Gewicht pro Fläche wie Rote Rüben, Zwiebeln, Zucchini und Möhren ausgeweitet wurde. Der Salatanbau wurde reduziert und hat mit einer Fläche von 12.600 Hektar und einer Erntemenge von 297.400 Tonnen den niedrigsten Stand seit 2012 erreicht.

Quelle: Statistisches Bundesamt

jf.de/tv

JF-Interview
Zwei Jahre Krieg:
Rußland gegen die Ukraine
Chefredakteur Dieter Stein spricht zum zweiten Jahrestag des Kriegsausbruchs mit Vizeadmiral a.D. Kay-Achim Schönbach, bis 2022 Inspekteur der Marine, über den Kriegsverlauf und mögliche Perspektiven.
Jetzt auf: jf.de/tv
JF TV

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Sie fühlte sich sicher

Suche nach Linksterroristen: Die Mär von den „RAF-Rentnern“ ist falsch

FOTO: IMAGO

Festnahme von Daniela Klette (Claudia Ivone) im Berliner Szenekiez Kreuzberg: „Sie war total nett“

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

Fahndungsfotos: Burkhard Garweg, Ernst-Volker Staub und Daniela Klette (v.l.)

MARTINA MECKELEIN

Ausnahmezustand in Deutschland. Fahndungen. Durchsuchungen. Jetzt folgen die Anschläge. „Zur Zeit hat man in Berlin das Gefühl, in die 1970er Jahre zurückversetzt zu werden. Übermäßige Bullenpräsenz, Straßensperren mit ‘allgemeinen Verkehrskontrollen’, Hubschrauber und tägliche Razzien mit schwer bewaffneten Mackern des Berliner und niedersächsischen SEKs, inklusive Panzerfahrzeugen im Kiez zeichnen das Bild der Terroristenjagd, wie schon zu Zeiten des ‘deutschen Herbst’.“ So eine Lageeinschätzung auf der Linksextremistenseite Indymedia vom vergangenen Montag. Alles begann mit der Festnahme einer Ex-Terroristin.

Zwischen den riesigen hingeklotzten Siebziger-Jahre-Hausriegeln, wildem Sperrmüll und dem Billigsupermarkt gibt es beim edlen türkischen Kaffeehaus Tiramisu to go. Hier, rund um die U-Bahnhaltestelle Moritzplatz, wohnt die Holzklasse des links-alternativlosen Szenekiezes Berlin-Kreuzberg. Multikulti ohne Nähe und Berührung oder Kenntnis voneinander. Kein Interesse füreinander und damit keine soziale Kontrolle. Einzig zwingende Gemeinsamkeit ist die politische Weltanschauung: linksradikal bis linksextremistisch und das Schweigegebot: „Anna und Arthur halten’s Maul“. In keinem anderen Biotop hätte Daniela Klette (65) sich länger den Fahndern entziehen können. Das Umfeld ihres Unterschlupfs war wie gemacht für die RAF-Terroristin. Hier, in der Sebastianstraße 73, wo direkt die Berliner Mauer stand, in diesem Siebengeschosser, ist Anonymität Lebensmaxime.

Am 26. Februar klingelt es bei Claudia Ivone, so der Aliasname von Daniela Klette, an der Wohnungstür. Sie wohnt hier seit Jahren zur Untermiete. Die Frau öffnet und blickt in die Gesichter von Zielfahndern des Landeskriminalamtes Niedersachsen, begleitet von Berliner Schutzpolizisten. Klette gibt eine italienische Staatsbürgerschaft an, vergebens. Auf der Wache vergleichen die Fahnder ihre Fingerabdrücke mit denen in der Computerdatei – das Ende eines 30 Jahre währenden Krimis. Hat es Klette geahnt? Der Fahndungsdruck wurde seit November vergangenen Jahres erhöht. Wieder wurde vehement mit Fahndungsfotos nach ihr und ihren beiden Genossen Burkhard Garweg (55) und Ernst-Volker Staub (69) gesucht, 150.000 Euro Belohnung ausgesprochen.

Haftbefehle unter anderem wegen versuchten Mordes

Das Trio war seit Ende der achtziger Jahre abgetaucht. Gesucht wurden die Ex-Mitglieder der Dritten Generation der Roten Armee Fraktion (RAF, insgesamt 34 Morde bis 1993), wegen versuchten Mordes und Sprengstoffanschlägen. Mitglieder der sogenannten Dritten Generation der RAF sollen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, am 30. November 1989 und den Treuhand-Chef Detlev Rohwedder am 1. April 1991 ermordet haben. Die Morde wurden niemals aufgeklärt. Die Ermittler verdächtigen das Trio unter anderem konkret folgender Straftaten:

Zum einen erwirkte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe schon vor Jahren Haftbefehle gegen die drei wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion und versuchten Mordes. 25. Februar 1990: Versuchter Sprengstoffanschlag auf das Technische Zentrum der Deutschen Bank in Eschborn. 13. Februar 1991: Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn, Abgabe von 250 Schüssen, keine Verletzten. 27. März 1993: Mit 200 Kilo Sprengstoff zerstören sie die neue JVA Weiterstadt. Keine Verletzten, Schaden: 123 Millionen Mark.

Gegen Klette erließ jetzt der Haftrichter sechs Haftbefehle. Dabei geht es um Raubstraftaten auf Supermärkte und Geldtransporter in den Jahren 1999, 2006, 2012, 2014, 2015 und 2016, die Beute betrug rund zwei Millionen Euro. Das Trio bedrohte dabei die Unschuldigen mit Kalaschnikow und Panzerfaust. Alle Verbrechen fanden nach der angeblichen Auflösung der RAF im Jahr 1998 statt.

Alle drei stammen aus bürgerlichen Verhältnissen. Der Hamburger Staub saß vier Jahre in Haft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Nach Verbüßung der Strafe tauchte er 1988 ab. Über Klette ist bekannt, daß sie sich seit den seibziger Jahren radikalisiert hatte. Über die Rote Hilfe lernte sie Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld, die zur Kommandoebene der RAF gehörten, kennen. Die Rote Hilfe ist ein Verein, der Linksextremisten Rechtsbeistand gewährt. Er wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Auch die Mutter von Lina E., Kopf der linksextremistischen Hammerbande, ist dort Mitglied.

FOTO: LKA NIEDERSACHSEN

Gesuchter Burkhard Garweg (heute)

Klette beteiligte sich an den blutigen Demos gegen den Ausbau der Startbahn West. Nach der Schießerei in Bad Kleinen 1993, bei der der Terrorist Wolfgang Grams Selbstmord beging und ein GSG-9-Beamter erschossen wurde, entdeckten Fahnder bei Birgit Hogefeld einen Brief, auf dem sie Fingerabdrücke von Klette und Staub sicherstellten. Ob das Trio nach der Auflösung der RAF weiter terroristisch agierte, ist nicht klar. Politische Äußerungen sind nicht bekannt.

In der Beantwortung einer kleinen Anfrage der Grünen aus dem Jahr 2016 heißt es: „Durch Bundesbehörden werden bezüglich Staub seit 1991, bezüglich Klette seit 1993 und bezüglich Garweg seit 1998 Zielfahndungsmaßnahmen durchgeführt.“ Allerdings erklärte die RAF sich 1998 für aufgelöst. Interessant ist, daß das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) sich 18 Jahre später wieder mit den flüchtigen Ex-RAF-Terroristen beschäftigte.

Das GETZ ist übrigens seit seiner Gründung 2014 höchst umstritten, weil es eben die strikte Trennung zwischen Polizeibehörden und Nachrichtendiensten unterläuft. Jedenfalls wurde ab Januar 2016, so die Bundesregierung in der Antwort, durch die Sicherheitsbehörden während zweier Lagebesprechungen im GETZ klargestellt, „daß die mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Mitglieder der ehemaligen („RAF“) Staub, Klette und Garweg an dem Raubüberfall in Stuhr (Niedersachsen) am 6. Juni 2015 beteiligt waren und daß es sich nach Einschätzung der zuständigen Behörden nicht um politisch motivierte Kriminalität, sondern um Allgemeinkriminalität handelt.“

„Sie war total nett“, sagt eine junge Nachbarin. „Sie hatte einen Hund, nahm Rücksicht auf mich, weil sie wußte, daß ich eine Hundehaarallergie habe, dann nahm sie Abstand. Und sie hielt uns die Tür auf.“ Auf den alten Fahndungsfotos, die sie sich nach der Festnahme im Internet anschaute, erkannte sie ihre Nachbarin nicht wieder. Auch nicht auf denen, die auf Veranlassung des Bundeskriminalamtes 2003 angefertigt wurden und Klette sowie Staub und Gerwig künstlich älter aussehen lassen. „Erst in der Zeitung sah ich dann am nächsten Tag ein Foto, das sie genauso darstellt, wie sie aussieht.“ Es wurde spätestens im September 2017 aufgenommen und stammt von Klettes eigenem Facebook-Account. Darauf hat sie Fotos von sich und ihren diversen Hobbys veröffentlicht.

Der Account ist 13 Jahre alt. Unter ihrem Aliasnamen Claudia Ivone veröffentlichte sie romantische Naturansichten. Darauf zu sehen: Viel Himmel, viel Gegenlicht und viel Wasser. Als Schattenriß ist eine Frau zu sehen. Immer wieder postet sie Termine für Capoeira-Workshops, eine brasilianische Kampfkunst, Klette trainiert selbst. Ihr gefällt das Bündnis gegen Rassismus, die Werkstatt der Kulturen, die *taz* und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am 28. September 2017 postet sie das Foto der „Grupo de Capoeira Angola“, auch sie ist zu erkennen. Das sind keine Zufallsbilder. Sie sind ausgesucht, eines ist sogar bearbeitet. Entweder sollte nicht erkannt werden, wo das Treffen stattfand, oder es wurden Personen geschwärzt. Die Frau muß sich sicher gefühlt haben, unbeobachtet.

Das *Neue Deutschland* veröffentlicht am 4. März ein Interview mit dem Historiker Robert Wolff, er forscht zur hessischen RAF. Dessen Einschätzung zu Klettes Internetverhalten: „Was mich wirklich überrascht, ist, wie öffentlich die Festgenommene agiert hat. Ein Facebook-Konto zu betreiben, da frage ich mich, ob das Hybris oder Unaufmerksamkeit ist, oder ob sie dachte, daß sie gar nicht so viel zu verlieren hat.“

Suche des LKA Niedersachsen geht unvermindert weiter

Aber auch das Vorgehen der Polizei während der Festnahme Klettes wundert ihn: „Normalerweise rückt die Polizei in dem Bereich mit Spezialeinheiten und militarisiertem Gerät an, hier war es nur ein Zielfahndungskommando mit einer Polizeistreife.“ Klettes Wohnung wurde nach ihrer Festnahme durchsucht. Erst zwei Tage später mußten plötzlich alle Hausbewohner evakuiert werden. Die Fahnder hatten vierzig Stunden gebraucht, um eine Kalaschnikow, ein weiteres Schnellfeuergewehr, eine Panzerfaustgranate und eine Pistole, allesamt mit passender Munition, in einem Schrank zu entdecken. Spätestens jetzt war klar: Die Mär von den „RAF-Rentnern“, wie der *Spiegel* so gerne formuliert, ist falsch. Ob und wo sie weitere Waffen gebunkert hat, ist nicht klar.

Die Beamten finden weitere Fotos von Garweg, aufgenommen in Klettes Wohnung. Er scheint ein Tierfreund geworden zu sein. Klette soll einen weißen mittelgroßen Hund besessen haben. Garweg hat einen belgischen Schäferhund. Das LKA Niedersachsen fahndet mit den aktuellen Bildern. Am vergangenen Sonntagmorgen durchsuchten 130 Beamte und ein Spezialeinsatzkommando (SEK) eine linksradikale Bauwagensiedlung am Markgrafendamm unweit des Berliner Ostkreuzes. Dort soll mit hoher Wahrscheinlichkeit Burkhard Garweg gelebt haben. Er war nicht da, sein Wohnwagen wurde abgeschleppt. Am Sonntag abend durchsuchte die Polizei ein Haus in der Grünberger Straße in Friedrichshain, ebenfalls ohne Erfolg. Am Montag morgen ein Haus in der Corinthstraße – ebenfalls erfolglos. Am Montag nachmittag nahmen Beamte auf einem Parkplatz an der A5 bei Alsbach-Hähnlein einen Mann fest. Am Abend stürmt ein SEK ein Studentenwohnheim.

Die Antwort der Linksextremisten kann nicht eindeutiger sein: Am Montag um 19.33 Uhr veröffentlichen sie auf Indymedia Fotos, Beschreibungen und Kennzeichen der an der Fahndung beteiligten Polizeifahrzeuge, um die stattfindenden Maßnahmen, Kontrollstellen und „Bullenbewegungen“ ein wenig transparenter zu gestalten, wie sie schreiben. Dienstag morgen um 4.50 Uhr Brandanschlag auf das Umspannwerk Steinfurt nahe der Tesla-Fabrik. Bombenentschärfer sind vor Ort, das Werk ist evakuiert. Fortsetzung folgt.

■ Beitrag Seite 1

Sichern Sie sich jetzt die Ausgabe mit dem Diekmann-Interview!

Exklusives Angebot für JF-Leser

☐ Ja, ich will mir das exklusive Angebot des CATO-Magazins sichern. Ich erhalte zwei Magazine – **für nur 17 Euro statt 34 Euro** und spare 50 Prozent. Wenn ich danach CATO weiter lesen möchte, brauche ich nichts Weiteres zu veranlassen. Ich erhalte CATO dann alle zwei Monate zum Jahrespreis von 90 Euro. Dieses Angebot gilt nur für mich bis zum 29. Februar 2024.

Vertrauensgarantie, Datenschutz:
☐ *Ja*, ich bin damit einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der CATO Verlag GmbH unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung gespeichert und genutzt werden. Eine Weitergabe meiner Daten zu Marketingzwecken anderer Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter cato-magazin.de/datenschutzerklaerung

Der CATO Verlag garantiert:
Ihre Bestellung können Sie innerhalb von 15 Tagen beim Verlag widerrufen.

Lieferanschrift
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Vorname/Name
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon E-Mail
Zur Vermeidung von Mehrfacheinträgen bei unterschiedlichen Adressen (Umzug, Urlaub, Privat, Geschäft, Postfach)
Geburtsdatum
Datum ✗ Unterschrift

6717

Sie sparen 50% Ihr Vorteil

Exklusiv-Interview
»Frieden ist die größte Bedrohung für das Geschäftsmodell der Hamas.«
Kai Diekmann, ehem. BILD-Chefredakteur

Jetzt am Kiosk oder direkt bei uns cato.de/aktion

Der Staatsinfluencer

Anti-Rechts-Kampagne: Den aus Rundfunk-Zwangsbeiträgen bezahlten ZDF-Clown Jan Böhmermann hat das Land hochverdient

THORSTEN HINZ

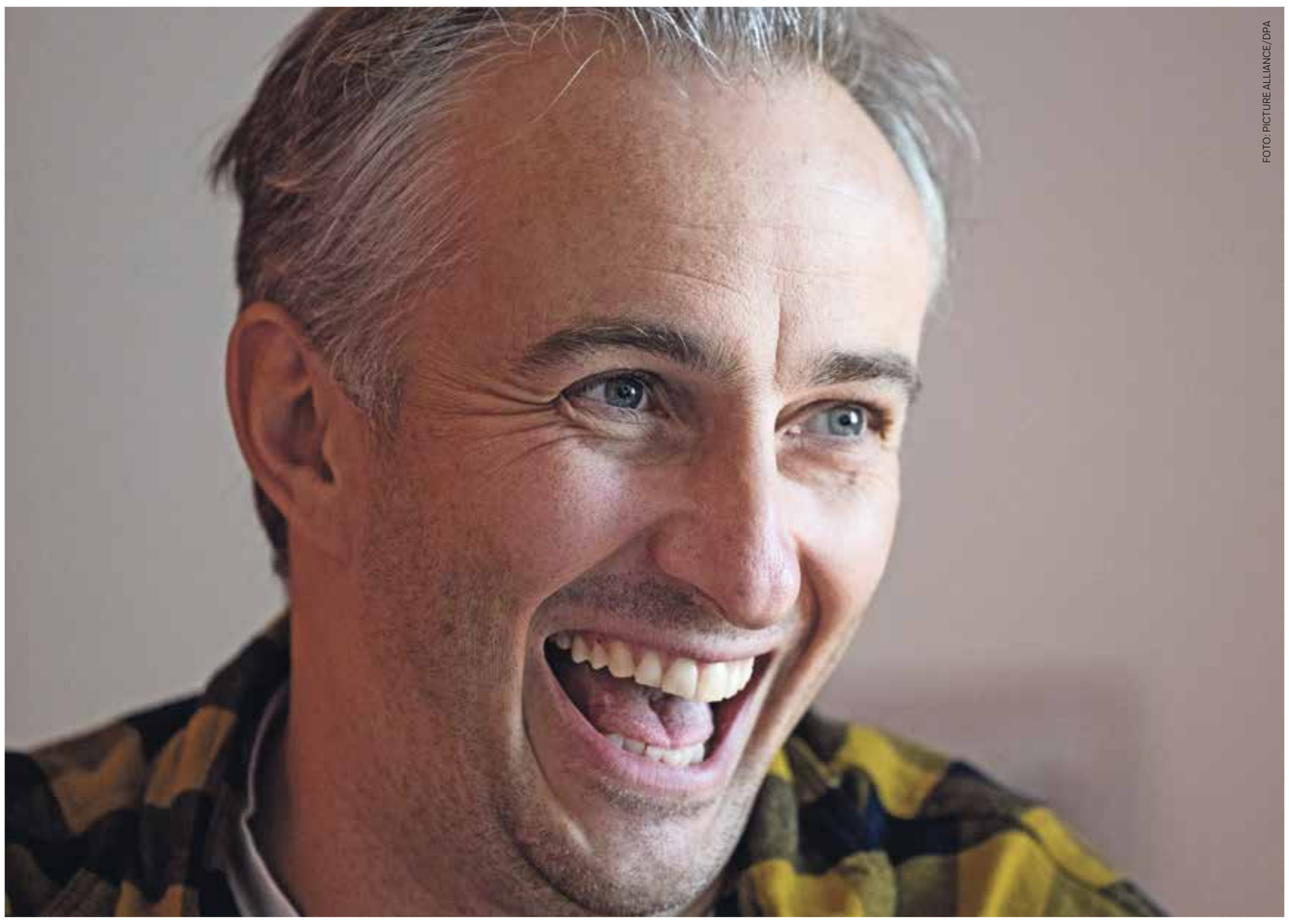


FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

FOTO: PICTURE ALLIANCE / EVERETT COLLECTION

Jan Böhmermann: Seine Grimassen erinnern zuweilen an die psychopathischen Züge von Jack Torrance in dem Horrorfilmklassiker „The Shining" nach Stephen King, gespielt von Jack Nicholson (o.)

Der als Satiriker getarnte Polit-Aktivist Jan Böhmermann ist wieder obenauf. Die paar ärgerlichen Reaktionen, die seine Aufforderung im „ZDF Magazin Royale" vom 16. Februar 2024 ausgelöst hatte, „einfach mal ein paar Nazis (zu) keulen", blieben ein Sturm im Wasserglas und haben dem „Vollzeithetzer" (Nius) nicht im mindesten geschadet. In der Sendung hatte er die Politiker von AfD und FPÖ immer wieder mit Hitler und Goebbels verglichen. „Keulen" wird vom Duden so definiert: „Nutztiere töten, um Tierseuchen zu verhindern oder einzudämmen."

Was ist so lustig oder satirisch an Böhmermanns Sendungen? Wer sich aus Gründen der Objektivität seine jüngste Sendung anschaute, fand keine Antwort auf die Frage. Nicht um die Messereien auf deutschen Straßen ging es, sondern um die Jagdprivilegien des Adels. Dazu fuchtelte er ständig mit einem Jagdgewehr herum. Nach zehn Minuten hatte der um Unvoreingenommenheit bemühte Zuschauer genug und schaltete ab: „Laang-weeii-liig", hätte der gute alte Homer Simpson gerufen.

Der politisch-mediale Komplex aber hält Böhmermanns Aktivismus für effektiv, nützlich, unverzichtbar, und so bleibt er unangefochten. Er interessiert nicht als Person, sondern als exemplarisches Medienphänomen. Auf dem Blog von Boris Reitschuster ist die Antwort nachzulesen, die das ZDF einem Beschwerdeführer zukommen ließ: Besagte „ZDF Magazin Royale"-Sendung habe sich mit dem Erstarken der FPÖ in Österreich beschäftigt. „Darüber hinaus wird der häufig gegen das Sendeformat gerichtete Vorwurf 'immer gleich die Nazi-Keule rauszuholen' im Laufe der Sendung mehrfach satirisch eingesetzt, zurückgenommen, variiert und parodiert." Die „provokante Schlußbemerkung ist im satirischen Gesamtkontext der Sendung zu sehen". Sie sei „erkennbar nicht als Aufruf zur Gewalt gemeint, sondern ist ein satirisch überspitztes Wortspiel. Satire irritiert, stört, lotet Grenzen aus; das liegt in ihrem Wesen. Auch und gerade in einer Zeit gesellschaftlicher Polarisierung hat Satire als Kunstform ihren Platz."

Lassen wir das zunächst so stehen und machen die hypothetische Gegenprobe. Stellen wir uns einen rechten Youtuber vor – ein rechter Fernseh-Satiriker ist per se unvorstellbar -, der vorschlägt, die ganze grüne Inkompetenz in einer Biotonne zu entsorgen. Als Kompost würden die Grünen wenigstens einen guten Endzweck erfüllen. Was wäre die Reaktion? – Haßrede! Endzweck! Menschen als Kompost! Das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte! Fügte der Youtuber ergänzend hinzu, der satirische Charakter der Empfehlung ergebe sich bereits daraus, daß keine Biotonne groß genug ist, um es mit Ricarda Lang aufzunehmen, hätte er zusätzlich die Menschenwürde aller Adipösen verletzt und müßte damit rechnen, daß am nächsten Morgen die Polizei seine Wohnung auseinandernimmt.

> Der politisch-mediale Komplex hält Böhmermanns Aktivismus für effektiv, nützlich, unverzichtbar, und so bleibt er unangefochten.

Was die Pressestelle des ZDF verlautet, ist die Arroganz der Macht, die dem Gegenüber eiskalt seine Ohnmacht demonstriert. Sachlich stimmt an der Aussage so gut wie nichts. Die Nazi-Keule ist keine Spaßtrompete, sondern ein Mittel im Psycho- und Propagandakrieg gegen Regierungskritiker. Wer sie schwingt, kann auf ein Publikum zählen, das über Jahrzehnte darauf dressiert wurde, die politische Realität in einer primitiven und verzerrten Nazi- beziehungsweise Anti-Nazi-Matrix wahrzunehmen. Satirisch, witzig, künstlerisch anspruchsvoll wäre es, die Keule und die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit offenzulegen und zu dekonstruieren. Böhmermann dagegen führt auf geradezu sadistische Weise ihre Unschlagbarkeit vor. Er lotet die Grenzen des Systems nicht nur aus, er erweitert sie sogar. Das Exkludieren, Canceln, Denunzieren, das Niederbrüllen, die soziale Vernichtung des Andersdenkenden ist längst gelebte Normalität, ebenso das Anzünden ihrer Autos und die körperlichen Attacken samt den ergebnislosen Ermittlungen des Staatsschutzes. Um vor diesem Hintergrund noch Aufmerksamkeit zu generieren, braucht es stärkere Effekte. Zum Beispiel das Keulen.

„Ein Satiriker ist jemand, der den Elefanten Mausefallen stellt", schrieb Ephraim Kishon. Im Roman „Ole Bienkopp", der 1963 in der DDR erschien, nahm der Schriftsteller Erwin Strittmatter einen üblen Funktionärstyp in den Blick. Da die Partei von Gesetz wegen immer recht hatte, mußte er sich subtiler Mittel bedienen. Er verlieh einer dominanten Parteisekretärin den Namen Frieda Simson. Das war harmlos, doch eben diese Harmlosigkeit war die satirische Mausefalle: Simson war in der DDR eine populäre Fahrradmarke. Der aufmerksame Leser wußte Bescheid: Wer Rad fährt, buckelt nach oben und tritt nach unten.

Böhmermann stellt keine Mausefallen. Er wirkt als ZDF-Medienelefant, der Mäuse tottrampeln will. Er kühlt sein Mütchen an Leuten, die bereits von Staats wegen im Verschiß sind. Er ist der Enkel, auf den Frieda Simson stolz wäre. Seine Auftritte sind die Duplizierung der Staatsmacht und der staatsnahen Diskurse. In dem von oben geschürten kalten Bürgerkrieg konzentriert er sich auf weiche Ziele. Er führt Andersdenkende in ihrer praktischen Ohnmacht vor, demütigt sie, will sie demoralisieren, psychisch verletzen und einschüchtern.

Dem *FAZ*-Medienredakteur Michael Hanfeld hat die Keulungsempfehlung durchaus mißfallen. Fälschlicherweise sieht er es in ein „Reiz-Reaktions-Schema" eingebettet: „Aufgesetzte Empörung bei FPÖ und AfD sind eingepreist." Als würden sich hier Gegner mit Waffengleichheit begegnen. Böhmermann ist Agent und Sprachrohr eines Framings, das inzwischen wie ein massenhaftes Hirnimplantat wirkt. Zweitens ist das Riesen-Medium ZDF als semistaatliche Autorität selbst eine Botschaft. Was hier verbreitet wird, gilt als statthaft. Drittens schließlich erfolgte die Ansage im Kontext der staatlichen Anti-Rechs-Kampagne. Hanfelds Kollege Max Schäfer von der *Frankfurter Rundschau* hat die Situation präziser erfaßt: „Bleibt noch Böhmermanns Schlußwort, das zur Zeit auch als Wort zum Sonntag taugt: 'Nicht immer die Nazi-Keule rausholen, sondern vielleicht einmal paar Nazis keulen.'" Die Gewaltphantasie steht im Raum.

Unmittelbar nach der Nius-Kritik schien Böhmermann sich der Stubenreinheit seiner Wortwahl nicht ganz sicher gewesen zu sein. Auf X (vormals Twitter) replizierte er, Nius-Chef Julian Reichelt sei eine Spaßbremse, ein „humorloser Bauernfänger", der eigene Gewaltphantasien auf andere projiziere und AfD und FPÖ wohl selber für Nazis halte. Dann zog er sich auf die Jugendsprache zurück, in der „keulen" soviel wie masturbieren bedeutet. Eine für ihn typische Reaktion. Der Böhmermann-Typus ist nämlich auch ein Nachfahre des Diederich Heßling aus dem „Untertan" von Heinrich Mann: „abhängig von Umgebung und Gelegenheit, mutlos, solange hier die Dinge schlecht für ihn standen, und von großem Selbstbewußtsein, sobald sie sich gewendet hatten".

> Er führt Andersdenkende in ihrer praktischen Ohnmacht vor, demütigt sie, will sie demoralisieren, und einschüchtern.

Im März 2016 hatte er ein Schmähgedicht auf den türkischen Präsidenten Erdoğan verlesen. Was dann folgte, hatte er nicht erwartet. Es hagelte Anzeigen, juristische Verfahren wurden eingeleitet. Es kam zu diplomatischen Verstimmungen, Kanzlerin Merkel mußte dem türkischen Staatsoberhaupt Genugtuung versprechen. Zudem war zu befürchten, daß wütende Erdoğan-Anhänger in Deutschland sich Böhmermann zur Brust nehmen würden. Er tauchte ab, stand unter Polizeischutz. „Ich fühle mich erschüttert in allem, an das ich je geglaubt habe", postete er und wandte sich panisch an den Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Er bitte nicht um Hilfe in seinem Fall, sondern um „Berücksichtigung meines künstlerischen Ansatzes und meiner Position, auch wenn er streitbar ist".

Erdoğan aber war nur Mittel zum Zweck und Angela Merkel die eigentliche Zielscheibe gewesen. Im *Zeit*-Interview monierte er, „(daß) die Bundesregierung, statt eine langfristige, menschenwürdige Lösung für die Flüchtlingskrise zu finden, lieber einen fragwürdigen Pakt mit dem türkischen Unrechtsregime eingeht". Zur Erinnerung: Dieser „Pakt" sollte den Massenansturm, den Merkels Grenzöffnung 2015 ausgelöst hatte, verlangsamen und verdaulich machen. Grundsätzlich teilten Merkel und Böhmermann den bundesdeutschen Elitenkonsens, wonach jedermann Asyl in Deutschland beanspruchen und seine Menschenwürde verwirklichen darf und jeder Kritiker ein Nazi ist. Ihr Dissens war bloß taktischer Natur. Dieser Elitenkonsens hat das Land nach innen und außen komplett wehrlos gemacht. Nun war sein Propagandist selber zum Opfer der Wehrlosigkeit geworden und hatte schlichtweg Angst.

Angst ist nichts Ehrenrühriges. Es kommt darauf an, wie man sich ihr stellt. Die Kontrastfigur zu Böhmermann ist der „Tagesschau"-Moderator Constantin Schreiber, der in Moscheen islamistische Predigten verfolgt und darüber berichtet hatte. Sein Roman „Die Kandidatin" schildert die Vision einer feindlichen Übernahme. Daraufhin attackierten linke Aktivisten ihn auf offener Bühne, und ein muslimischer Taxifahrer signalisierte ihm, daß man ihn im Auge habe. Schreiber hat öffentlich thematisiert, daß er sich diesem Druck nicht gewachsen fühlt und er nicht möchte, daß sein Leben davon bestimmt wird. Er läßt die Finger von dem Thema in der Erwartung, daß man ihn und seine Familie im Gegenzug in Ruhe läßt. Er nimmt aber nichts zurück und wird nicht vom Paulus zum Saulus, indem er jene verhöhnt, die in Michael-Kohlhaas-Manier mit der Islam-Kritik fortfahren. In der Einsicht, daß er im gegebenen Kontext nichts mehr ausrichten kann, schweigt er. Es ist ein beredtes, nobles Schweigen.

Diese Noblesse geht Böhmermann ab. Henryk M. Broder war vielleicht auf der richtigen Spur, als er anläßlich der kritisierten Sendung die Frage aufwarf „ob das 'Es' in ihm laut gedacht hat". Das „Es" bezeichnet bei Freud den „dunkelsten und unzugänglichsten Bereich der menschlichen Person", das „Lustprinzip", das vom „Ich", welches „die Vernunft und Besonnenheit" repräsentiert, gezügelt wird. Es vermittelt zwischen den Ansprüchen der Außenwelt und den Triebbedürfnissen. Das „Ich" steht unter dem Einfluß des „Über-Ich", das die gesellschaftlichen Normen, die Moral, das Gewissen, die Pflicht, Schuldgefühle umfaßt. Sind die Vermittlungsinstanzen der Normen und Werte dysfunktional und autodestruktiv und kommen weitere ungünstige Konstellationen hinzu, dann mißrät das „Ich" und läßt die dunklen Triebe flottieren.

Bei Arnold Gehlen heißt es: „In den Menschen, die sich gegnerschaftsunfähig machen und nur das bekommen wollen, was sie selber gewähren, nämlich Schonung, bleibt etwas wie ein kleiner diabolischer Keim, der die Freude an der Vernichtung des Wehrlosen bedeutet, das Thema der echten Horrorfilme." Sie zelebrieren nicht den kathartischen Untergang des Bösen, sondern das Böse, die Gemeinheit, die Niedertracht selbst.

Die Fotos, die Böhmermann beim Grimassieren zeigen, erinnern an Norman Bates (Anthony Perkins) in Hitchcocks „Psycho" und an Jack Torrance (Jack Nicholson) in Stanley Kubricks „Shining". Zufall? Absicht? Folgerichtig? Offenbaren sich hier ungewollt geheime Abgründe dieser Republik?

Keine falschen und aufwiegelnden Infos in der „guten Presse"

Unerschütterliches Medienvertrauen

Auf beeindruckende, wenn auch nicht so gemeinte Weise bestätigt die zu Jahresbeginn entfesselte Pressekampagne über die angebliche Potsdamer „Geheimkonferenz" Susannah Ellis' „gemäßigte Entwarnung" bezüglich des Medienvertrauens der Bundesbürger. Denn immer noch glaubten erfreuliche 80 Millionen Menschen, die von den GEZ-Sendern und der etablierten „Qualitätspresse" von *Spiegel*, *Zeit*, *FAZ* & Co. jährlich erreicht werden, sie erhielten eine „grundsätzlich sorgfältig recherchierte, geprüfte und ausgewogene Berichterstattung". Nur im unerschütterlichen Vertrauen darauf war die vom Medienhaus „Correctiv" initiierte größte Desinformationskampagne in der Geschichte der Berliner Republik überhaupt möglich. Ellis, Referentin in der Abteilung Leitung und Kommunikation im Bundesfinanzministerium, deren Essay zur „Falschinformation als Bedrohung für die Demokratie" nur Wochen zuvor in den *WZB-Mitteilungen* (182/2023) erschien, meint aber nicht „demokratische Regierungen", wenn sie über „Fake News und aufwiegelnde Informationen" im Netz räsoniert. Sondern, wie sie unterstellt, exklusiv von Rußland ausgehende Manipulationen der öffentlichen Meinung, wie sie den US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 oder den britischen Brexit entschieden hätten. Ähnliche Tests auf seine Stabilität würde das politische System der Bundesrepublik heute dank seiner „guten Presse" bestehen, wie jüngste, „gemäßigte Entwarnung" gebende Umfragen belegten. Denn der „trust nexus", der die enge Verzahnung zwischen Medienvertrauen und politischem Vertrauen indiziere, weise dort nicht auf Demokratie gefährdende „Krisensymptome" hin. (ob)

▸ www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen

Wieder mehr „Bock auf Buch" dank TikTok und Instagram

Inspiration für den Literaturkonsum

Eine neue Studie, „Bock auf Buch!", die der Börsenverein des Deutschen Buchhandels am 21. März auf der Leipziger Buchmesse präsentieren wird, soll offenbar dem Kulturpessimismus vorbeugen, den aktuelle Geschäftszahlen der Branche wieder einmal provozieren könnten. Demnach sind im Januar 2024 4,7 Prozent weniger Bücher verkauft worden als im Vorjahresmonat. Nur gestiegene Buchpreise haben einen Umsatzeinbruch verhindert. Am langfristigen Trend weg vom Buch ändert das nichts. Kauften 2013 gut 36 Millionen Menschen ein Buch, waren es 2022 nur noch 25,8 Millionen. Als Hauptgrund für das schwindende Interesse an Büchern ermittelte der Börsenverein ein im letzten Jahrzehnt stark verändertes Medienangebot. „Leseerlebnisse" verschwänden aus dem öffentlichen Diskurs und aus persönlichen Gesprächen. Sie würden durch den Austausch über Streaming-Serien oder Youtube-Videos ersetzt. Damit sehe sich die Buchbranche den gleichen negativen Entwicklungen ausgesetzt wie die klassischen Mediengattungen, deren Nutzerzahl kontinuierlich schrumpfe. Auch die einst hoffnungsfroh begrüßte Digitalisierung der Lektüre steigerte den Absatz nicht: von 2020 bis 2022 ging die Zahl der E-Buch-Käufer von 3,8 auf drei Millionen zurück. Aber ein Silberstreif am düsteren Horizont zeige sich nun in der „Bock auf Buch!"-Studie. Demnach sind Social-Media-Plattformen als Inspirationsquelle für den Literaturkonsum junger Leute (zwischen 16 und 29 Jahren) von wachsender Bedeutung. Bei fast jedem fünften Euro, den sie für Bücher ausgaben, seien sie Empfehlungen auf TikTok, Instagram oder anderen Plattformen gefolgt. (dg)

▸ www.boersenverein.de

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Frankreich: Kritik an „Recht auf Abtreibung“

VERSAILLES. Die von der französischen Nationalversammlung und dem Senat in einer gemeinsamen Sitzung im Schloß von Versailles am Montag verabschiedete Aufnahme der „Freiheit zur Abtreibung“ in die Verfassung ist von der Bundesvorsitzenden der Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA), Cornelia Kaminski, scharf kritisiert worden. „Die Freiheit, ein wehrloses und unschuldiges Kind töten zu lassen“, in den Verfassungsrang zu erheben, komme einem Bruch mit der europäischen Menschenrechtstradition gleich. „Ein Staat, der das ‘Recht auf Leben’zur Disposition stellt, in dem er dessen Wahrung oder Mißachtung dem Belieben eines Teils seiner Bürger überläßt“, so Kaminski, lege in Wahrheit seine Hand zugleich auch „an alle anderen Menschenrechte. Er muß daher, auch was den Schutz der übrigen Menschenrechte betrifft, als unzuverlässig gelten.“ Nicht umsonst fürchteten nicht wenige Ärzte in Frankreich, als nächstes zur Durchführung von Abtreibungen gesetzlich verpflichtet zu werden. Daß Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Verfassungsänderung nun auch noch ausgerechnet am Weltfrauentag (8. März) feierlich verkünden will, sei „geradezu grotesk und an Zynismus nicht mehr zu überbieten“. (JF)

Bundesregierung fördert „taz“-Stiftung

BERLIN. Das Auswärtige Amt hat der linken *taz*-Stiftung im laufenden Jahr eine Finanzierungszusage von 100.000 Euro gemacht. Die Zuwendung ist für Journalisten-Workshops unter dem Thema „Krieg und Frieden, Austausch über Grenzen hinweg“ gedacht, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf hervorgeht. Demnach finanziert das Außenministerium aktuell zudem neun weitere private Stiftungen. Ziel des *taz*-Projektes ist die Fortbildung von internationalen Journalisten über „Nationalismus in Friedens- und Kriegszeiten und nationalistische Perspektiven im post-sowjetischen Raum“. Dabei sollen „Prinzipien des konstruktiven Journalismus“ angewandt werden. Bereits seit 2021 fördert das Auswärtige Amt dieses und ähnliche Austauschprojekte der *taz*. Dafür lud die Stiftung Journalisten verschiedener Nationen wie etwa aus Armenien und der Türkei ein. „Wir glauben eben an die Kraft der Worte beim Lösen von Konflikten“, heißt es auf der Internetseite. Dabei schürt die *taz* auch Konflikte mit Worten. So verharmlosten ihre Journalisten die Ausschreitungen nach der Verurteilung der Linksextremistin Lina E. in Leipzig. Auch die Angriffe der Hammerbande um Lina E. seien insofern gerechtfertigt, als daß der Staat nicht ausreichend gegen eine vermeintliche rechte Bedrohung vorgehe. Seit ihren Anfangszeiten veröffentlicht die *taz* zudem verharmlosende Texte über die RAF. (sv)

Sprachpranger

Final Random Inspection (FRI)

Laut aktuellem „Nachhaltigkeitsbericht“ der Nürnberger Einzelhandelskette Norma eine Produktinspektion im Herstellerland der angebotenen Technikprodukte, die „eine hohe Qualität der gesamten Lieferung“ sicherstellen soll.

Böse Populisten und gute Demokraten

Alle wollen auf einmal in Deutschland die Demokratie retten. Aber welche eigentlich? Und muß sie wirklich von denen gerettet werden, die dafür gerade auf die Straße gehen?

DIETMAR MEHRENS

FOTO: PICTURE ALLIANCE / CARO

Demonstration vom Bündnis „Zusammen Gegen Rechts“ in Berlin (3. Februar 2024)

Der seit einigen Jahren zu beobachtende inflationäre Gebrauch des Begriffs Demokratie und insbesondere die derzeit deutschlandweit wie Pilze aus dem Boden schießenden Demonstrationen zur „Verteidigung der Demokratie“ lassen aufhorchen. Wie alle Begriffe, die – wie seine Seelenverwandten „Haßrede“, „Vielfalt“ oder „Weltoffenheit“ – mit durchschaubarer Intention und eindeutiger Tendenz vornehmlich aus dem linksintellektuellen Milieu in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden, lädt er zu einer kritischen Begutachtung ein. Vor allem sollte geklärt werden, warum der „Demokratiefeind“ in diesem Diskurs rechts steht und der „Verteidiger der Demokratie“ links.

Immer wenn man sich mit Vokabeln befaßt, die unter dem berechtigten Verdacht der einseitigen politischen Indienstnahme stehen, lohnt sich ein Blick in die Wortgeschichte. Die Demokratie entstammt dem Griechischen und setzt sich zusammen aus den Wortteilen *demos* (Volk) und *krátos* (herrschen). In der Demokratie verwirklicht sich also die in der Aufklärung zwar nicht erfundene, aber populär gewordene Vorstellung, daß nicht eine abgehobene Elite – im 18. Jahrhundert waren das Adel und Geistlichkeit – über die Volksgemeinschaft herrschen sollte, sondern das Volk selbst. Der Begriff der Volkssouveränität drückt dieses Ansinnen in idealer Weise aus. Er ist der Gegenbegriff zu Absolutismus und Gottesgnadentum, zu Ludwigs XIV. vermessenem: „Der Staat bin ich!“

Verschwendung von dem Volk abgepreßten Steuergeldern

In den Augen der Aufklärer des 18. Jahrhunderts mangelte es den absolutistisch regierenden Herrschern ihres Zeitalters an Legitimation. Wie ein Brandbeschleuniger für die in der breiten Masse zunehmenden Zweifel an der Qualität der Herrschenden wirkte der gewaltige Gegensatz zwischen der eigenen Situation, die als prekär empfunden wurde, und der Prunksucht der Höfe. Sie ging einher mit einer gigantischen Verschwendung von Steuergeldern, die dem Volk abgepreßt worden waren. Es waren blanker Populismus und eine Erhebung der Volksmassen, die schließlich in der Französischen Revolution für eine Veränderung der Verhältnisse sorgten. Populisten wie Voltaire oder Rousseau hatten dem Volk die Argumente geliefert, Hetzschriften und Haß-Karikaturen den Volkszorn geschürt, der am Ende den König unters Fallbeil brachte.

Auch der Begriff Populismus lädt übrigens ein zu einer kleinen wortgeschichtlichen Betrachtung. Und dabei kann es durchaus amüsant werden. Populismus ist nämlich abgeleitet von dem lateinischen Wort *populus*, und das bedeutet ebenfalls Volk. Gemeint sind in einem ganz konservativen Sinne die Menschen, die in einem bestimmten Landstrich als einheimisch bezeichnet werden können, weshalb *populus* auch mit Einwohnerschaft übersetzt werden kann. Ein -ismus aber drückt – das haben wir gelernt anhand von bösen „Ismen“ – ein ungutes Zuviel aus. Populismus ist demnach ein Zuviel des Hörens aufs eigene Volk. Die Frage, die sich daraus unweigerlich ergibt, lautet: Kann es für den lupenreinen Demokraten ein Zuviel des Hörens aufs eigene Volk überhaupt geben, wenn doch Demokratie bedeutet, daß das Volk herrschen soll? Kann es für den Christen ein Zuviel des Hörens auf die Worte Christi geben? Bedeutet Buddhismus ein Zuviel der Orientierung am Vorbild Buddhas? Oder begeben sich die Verteidiger der Demokratie, die so verbissen auf Populisten schimpfen, damit in eine tückische Aporie, aus der nur das Eingeständnis herausführt, daß sie keine lupenreinen Demokraten sind, sondern lieber wie Ludwig XIV. selbst herrschen wollen und daß ihnen das Volk dabei nur im Wege steht?

Im Senat des römischen Imperiums, das sich kurz vor der Zeit, in der Asterix spielt, auch mal in Demokratie versuchte, gab es die Partei der Popularen, die „Volkspartei“. Heute würde man die Popularen Demokraten nennen. Denn noch mal zur Erinnerung: Die griechische Entsprechung zu *populus* lautet demos Die Gegner der Popularen hießen Optimaten. Sie setzten sich für die Vorherrschaft der „Optimalen“ im Reich ein, einer adligen Elite, einer Auslese der Besten. Ihre Überzeugung, daß es besser sei, das Volk zu bevormunden als es mitbestimmen zu lassen, weist die Optimaten als Verfechter der Aristokratie beziehungsweise eines Elitismus aus, der stark auf die Interessen einer gesellschaftlichen Elite ausgerichtet ist. Die Optimaten, das ist die Partei derjenigen, die davon überzeugt sind, es besser zu wissen. Die Gegensatzpaare lauten also: Demokratie versus Aristokratie, Volk versus Elite, Populismus versus Elitismus. So gesehen ist die Wortkreation Populismus ein grandioses Eigentor derjenigen, die nun nicht länger verbergen können, wer sie sind und wessen Interessen sie vertreten. Es sind nicht die des Volkes.

Anstifter fürchten den Verlust von Pfründen und Macht

Das zwingt förmlich zu der Schlußfolgerung, daß an den aktuell auf Straßen und Plätzen und zuletzt sogar bei den Berliner Filmfestspielen skandierten Parolen und geschwenkten Pappschildern zur „Verteidigung der Demokratie“ etwas faul ist. Hier sind moderne Optimaten am Werk, die ihren Widersachern, Nachfahren der Popularen, um im Bild zu bleiben, den Saft abdrehen möchten, weil sie sie für minderbemittelt halten, für blöde Trottel ohne Sachverstand. Menschen, die nicht begreifen, was für alle das Beste ist: Nur eine Impfung schützt vor einem neuen Virus, nur Waffen vor dem Krieg, nur die Auflösung der eigenen Nation verhindert Ausbeutung, nur die totale Energiewende den Weltuntergang. Volksabstimmungen sind daher im Grunde ein populistisches Ärgernis, weil sie die blöden Trottel an die Macht bringen könnten.

Es ist also mit Sicherheit nicht die repräsentative Demokratie, jenes bürgerlich-liberale Demokratiemodell, das sich in den Ländern des Westens durchgesetzt hat, für das linke Gruppen auf die Straße gehen. Denn in ihm hat eine vitale Opposition einen hohen Stellenwert, weil das Volk nur dann wirklich souverän ist, wenn es sich jederzeit frei für einen anderen Repräsentanten entscheiden kann. Jeder von Regierungsseite lancierte oder geförderte Angriff auf die Opposition gilt den Theoretikern der liberalen Demokratie deshalb als schwerwiegender Angriff auf eine ihrer tragenden Säulen. Putin, Hitler, Fujimori, Chavez: sie alle stehen für die Umwandlung einer funktionierenden Demokratie in eine Autokratie durch die Ausschaltung legitimer Oppositionskräfte. Wo aber sind die Beispiele dafür, daß ein von Regierungsparteien angeführter Kampf gegen die Opposition zu mehr Demokratie geführt hätte?

Die große Schar der selbsternannten Demokratieretter auf Deutschlands Straßen teilt sich in zwei Gruppen: 1. Mitläufer, die die Begriffe Demokratie und Rechtsstaat fälschlich als Synonyme auffassen. Sie sorgen sich um den Rechtsstaat, weil sie unter einer AfD-Regierung Grundrechtseinschränkungen befürchten. Die könnte es auch geben, hat es aber in der Vergangenheit aus besonderem Anlaß – Stichwort körperliche Unversehrtheit – auch schon gegeben, ohne daß deswegen das ganze System kippte. 2. Anstifter, die den Verlust von Deutungshoheit, Pfründen und Macht fürchten.

Letztere sind die eigentliche Gefahr für die Demokratie, weil sich die Anzeichen verdichten, daß ihnen jedes Mittel recht und die Freiheit nicht heilig ist. Sie sind Absolutisten. Ihr Denken ist elitär. Demokratie verstehen sie nicht als liberale und plurale repräsentative Volksherrschaft mit gleichberechtigten politischen Wettbewerbern, sondern mit Karl Marx als Herrschaft derjenigen Klasse, die aus dem Klassenkampf als Sieger hervorgegangen und deren Elite nicht nur die optimale, sondern auch die einzig legitime Vertretung der Interessen des Volkes ist. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (2. Kapitel) steht es: Die Erkämpfung der Demokratie ist gleichbedeutend mit der Ausschaltung der reaktionären (rechten) Kräfte. Was sich derzeit auf deutschen Straßen ereignet, hat daher viel mit Klassenkampf und überhaupt nichts mit Kampf für die Demokratie zu tun.

Dorn im Auge

Von **Christian Dorn**

Noch immer versammeln sich die selbserklärten Wächter der „Demonstranz“. Erfreulicherweise verliert sich das Häufchen fast, hat es sich doch im Vergleich zum letzten Mal halbiert. Schätzungsweise dreimal soviel Besucher hatte dagegen der jüngste Halberstädter Theaterabend mit Uwe Steimle. Der postulierte: „Der Kampf gegen Rechts – das ist nichts anderes als der Kampf gegen das eigene Volk.“

Da sich die Unverbesserlichen wieder auf dem Holzmarkt versammeln, läge es eigentlich auf der Hand, daß sie sich auf dem Holzweg befinden – bilden sie doch selbst eine AfD: Allianz für Diffamierung; für die Dämonisierung der wahren Demokraten, die sich der dekretierten Alternativlosigkeit erwehren. Unter den Rednerinnen ist eine Feministin des Vereins Lilith. Sie erzählt, im Vorfeld gefragt worden zu sein, ob sie auf einer Demo gegen die AfD auftrete. „Nein“, so ihre Erklärung, sie trete „für Demokratie und für Menschlichkeit“ auf. Sofort brandet Applaus auf. Dabei ist sie – mit Lenin gesprochen, nach dem die halbe Wahrheit schlimmer sei als die Lüge – ein Paradebeispiel für Desinformation und Unmenschlichkeit. Denn sogleich diskreditiert sie die AfD, ohne die Partei zu erwähnen, mit Unterstellungen und Zuspitzungen – nach der perfiden Methode des Correctiv-„Meinungskartells“. Explizit fordert sie schließlich das ungeingeschränkte Recht auf Abtreibung. Als ich danach mit der Poliziei spreche, erfahre ich, diese habe nach der letzten Veranstaltung von sich aus, offenbar als Offiizialdelikt, eine Strafanzeige gegen den Antifa-Rapper Yu (Yunus Can) gestellt wegen dessen „liede(h)rlicher“ Mordphantasien. Der gedankenlose Aufruf zum jederzeitigen Kindsmord, der gerade eben verkündet wurde, bleibt augenscheinlich folgenlos. Es werden – da bin ich mir gewiß – Zeiten kommen, da ein solcher Auftritt außerhalb jeder Vorstellung sein wird.

Alexander Kluges kluge Reflexionen in Bild und Film nötigen dem Besucher Zeit ab.

Wenige Schritte weiter, auf dem Domberg, findet sich mit dem Gleimhaus das Museum der deutschen Aufklärung, dessen Direktorin Mitveranstalterin des hiesigen Correctiv-Stücks ist. Noch wenige Tage zuvor eröffnete sie die Vernissage Alexander Kluges zu dessen 92. Geburtstag. Die Schau „Enlightenment (= Aufklärung). Eine Ausstellung für meine Heimatstadt“ (bis 20. Mai) experimentiert mit der kreativen Zeugenschaft der Künstlichen Intelligenz (KI). Kluges kluge Reflexionen in Bild und Film nötigen dem Besucher echte Zeit ab – was für die hier installierte, KI-gestützte Konjunktiv-Kammer unabdingbar ist, sind es doch allesamt fabelhafte Konstellationen, die ohne die Idee der Zeitreise nicht entstehen könnten. Zu den „unerhörten“ Momenten in der Mission der Aufklärung gehört dabei auch die Führung Kluges durch seine eigene Ausstellung, der neben Politikern Pressevertreter aus ganz Deutschland beiwohnen. Dabei geißelt Kluge beiläufig die moralisierende Cancel-Culture-Praxis der „Wokeness“, die nichts mit dem Projekt der Aufklärung gemein habe. Kein Medium, weder Print, Radio oder Fernsehen, erwähnt danach diese Wortmeldung Kluges – bis jetzt.

Zeitschriftenkritik: Die Kehre

Loblieder auf die göttliche Natur

WERNER OLLES

Christentum und Ökologie“ lautet das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe (Heft 16, Winter 2023/24) der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift für Naturschutz *Die Kehre*. Und in der Tat ist es ein gewagter Versuch, sich „unvoreingenommen durch dieses Minenfeld zu manövrieren und sowohl die ökologischen Seiten als auch naturzerstörerischen Impulse des Christentums zu beleuchten“, wie Chefredakteur Jonas Schick in seinem Vorwort schreibt. So ergreift auch zunächst der Historiker und Philosoph Moritz Scholtysik das Wort und bricht in seinem Beitrag „Göttliche Schöpfung und christliche Verantwortung“ eine Lanze für den christlichen Ökologismus, der aus biblischer Perspektive auf die göttliche Schöpfung verweise. Loblieder auf die Natur findet der Autor in den biblischen Psalmen, im Stundengebet der Kirche, in floralen Ornamenten und Tiermotiven der sakralen Architektur, mittelalterlicher Buchmalerei und liturgischen Gewändern bis zu Gertrud von le Fort. Der gemeinsame Grund für diese vielfältigen positiven Bezüge zur Natur in der christlichen Religion liege darin, daß alles von Gott geschaffen wurde und demzufolge in sich gut sei (Genesis 1,31).

Der oft mißverstandene Bibelvers, sich die Erde „untertan“ zu machen, sei kein Auftrag zur Ausbeutung der Schöpfung, sondern zu ihrer Wahrung und Pflege, an späterer Stelle heiße es, Gott habe den Menschen in den Garten Eden gesetzt, „damit er ihn bebaue und behüte“ (Genesis 2,15). In diesem Sinne sei die christliche Haltung nicht wachstumsfixiert, sondern ganzheitlich mit einem positiven Bezug zu Heimatliebe, Beständigkeit, Tugend der Mäßigung, Entschleunigung sowie Bereitschaft zu Opfer und Verzicht und widerspreche entschieden globaler Mobilität, totaler Technisierung sowie Gewinn- und Lustmaximierung.

Dieser Einschätzung widerspricht Alain de Benoist. Das Christentum habe die Entsakralisierung der Welt zur Folge und sehe den Menschen als einzigen Besitzer einer unsterblichen Seele an, während doch die Seele das Prinzip alles Lebendigen sei. Kirchen wurden systematisch errichtet, wo früher heidnische Kultstätten standen, ebenso seien die Namen der Wochentage von den Heiden übernommen worden. Dieses „Heidenchristentum“ sei jedoch heute zusammen mit der bäuerlichen Welt verschwunden. Für de Benoist stellen die alten Religionen des vorchristlichen Europas die Wurzeln der europäischen Kultur dar.

Weitere Beiträge befassen sich mit „Weltflucht und Säkularisierung – die christlichen Wurzeln der Naturzerstörung“ (Reinhard Falter), „Eigentum, Ökologie und Christentum“ (Bruno Wolters) und dem „Leben der Wilden Heiligen“ (Paul Kingsnorth).

Kontakt: Oikos Verlag, Kurt-Beyer-Straße 2, 01237 Dresden. Das Einzelheft kostet 10 Euro, ein Jahresabo 50 Euro.
▶ https://ooikos-verlag.de

CD-Kritik: Peter Ruzicka

Von bundesdeutscher Seele

JENS KNORR

Walter Benjamin, Celan und Hölderlin“, sagt der Komponist, Dirigent und Intendant Peter Ruzicka (*1949), „gehören zu den Personen, die mein Weltbild mitbestimmt und geprägt haben.“ Auf seine Opern „Celan“ (2000) und „Hölderlin“ (2008) ließ Ruzicka ein Musiktheater in sieben Stationen „Benjamin“ (2016) folgen. Als „Substrat“ der Oper entworfen, will er in der „Benjamin Symphonie“ den rhetorischen Bogen der Oper in verknappter Form aufgehoben wissen.

Mehr Großkantate denn Symphonie, finden sich hierin biographische Stationen wieder, als Kreuzweg inszeniert, Anklänge an Benjamins Denken durch die Nebelbrille der Frankfurter Schule. Magisch angezogen von Benjamins Leben und Leiden, fremd dessen dialektischer Geschichtsphilosophie, hebt der Sammler Ruzicka einiges Schwemmgut der Musikgeschichte auf, begutachtet und gibt es von neuem zur Anhörung: melancholische Melodien der Streicher, dräuend akkordisch untersetzt, erweckende Orchesterschläge, hastende Läufe auf kurzen Noten, verfremdete Zitate – eine Musik, die vielerlei Geschichtsgewalten und -gestalten bemänteln könnte, absehbarer und abgenutzter klingt, als sie doch ist. Unter dem Dirigat des Komponisten spielt das Radio-Sinfonieorchester Frankfurt, singen Heldenbariton (Thomas E. Bauer) und Koloratursopran (Lini Gong) als Benjamin und Asja Lācis, und der Kinderchor der Oper Frankfurt intoniert das Lied vom Bucklicht Männlein.

Ruzickas Trauerengeln weht kein Sturm vom Paradiese her, sie halten ihre Flügel fest geschlossen.

Peter Ruzicka:
Benjamin Symphonie & Elegie
Hänssler Classic 2024
▶ www.hänsslerprofil.de
▶ www.peter-ruzicka.de

Stimme des Glaubens

Gedenken: Zum 100. Geburtstag von Pfarrer Hans Milch

WERNER OLLES

Eine gewaltige Stimme im katholischen Leben ist in dieser Welt verstummt.“ Mit diesen Worten begann der damalige Generalobere der Priesterbruderschaft St. Pius X., Pater Franz Schmidberger, seine Trauerrede auf Pfarrer Hans Milch nach dessen Ermordung am 8. August 1987 in seiner Wiesbadener Wohnung. Tatsächlich war Milch nicht irgendein Pfarrer, sein Leben war das eines geistig-geistlichen Rebellen, eines Priesters, der dem seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil in die Kirche eingebrochenen revolutionären Modernismus mit all seinen Kräften widerstand. Das angebliche Ziel des Zweiten Vatikanum, die Kirche aus ihrem „Ghetto“ zu befreien, endete in der Anpassung an den liberalen Zeitgeist, denn es ging den Modernisten und Revolutionären darum, alles Erhabene und Überlieferte zu entsakralisieren.

Am 17. März 1924 als jüngstes von drei Kindern einer protestantischen Familie in Wiesbaden geboren, besuchte Hans Milch das humanistische Gymnasium und wurde 1942 zur Wehrmacht eingezogen. In amerikanischer Gefangenschaft lernte er einen katholischen Priester kennen und konvertierte nach intensiven Gesprächen 1946 zur Katholischen Kirche. Nach dem Studium der Theologie und Philosophie an der Jesuitenhochschule St. Georgen in Frankfurt am Main wurde er 1953 im Limburger Dom zum Priester geweiht. Er wirkte zunächst als Kaplan unter anderem im Frankfurter Kaiserdom, bis er 1962 als Pfarrer von St. Martinus in Hattersheim eingeführt wurde.

Der Auflösung katholischer Traditionen entgegenwirken

Ende der sechziger Jahre engagierte Milch sich in der „Bewegung für Papst und Kirche“, 1972 gründete er die Kampf- und Sühnegemeinschaft „actio spes unica“ (Aktion Einzige Hoffnung). Beide Gruppierungen verurteilten die Reformexzesse und mühten sich, der Auflösung katholischer Traditionen entgegenzuwirken. Milch geißelte auf großen Glaubenskundgebungen den Modernismus. Seine scharfe Kritik führte letztlich zur Suspendierung durch den Limburger Bischof Wilhelm Kempf im Oktober 1979. Nachdem er während der Hl. Messe die Suspendierung verkündete, verließ die Hälfte der Gläubigen St. Martinus, um zusammen mit ihrem Pfarrer die Gründung der Kapelle St. Athanasius in Hattersheim zu beschließen, die Erzbischof Lefebvre im Oktober 1982 weihte, und die seitdem von der Priesterbruderschaft St. Pius X. betreut wird.

Am 8. August 1987 wurde Pfarrer Johannes Philipp Milch von dem psychisch kranken Luigi Zito, den er seelsorgerisch betreut hatte, auf grausame Weise ermordet, indem der Täter ihm einen Holzpfahl in die Brust rammte und ihn mit zahlreichen Messerstichen tötete. An seiner Beisetzung nahmen über 1.000 Gläubige teil. Zum hundertsten Geburtstag dieses unbeugsamen Pfarrers findet am 17. März 2024 in der Hattersheimer Stadthalle eine Glaubenskundgebung der „actio spes unica“ statt.

FOTO: LUFTKIND FILMVERLEIH

Filmszene aus „Sultanas Traum: Mix aus Jugendstil, Expressionismus, Kubismus und Surrealismus

Die Männer werden eingesperrt

Kino: Die Science-fiction-Animation „Sultanas Traum“ handelt von einem feministischen Utopia und schwankt zwischen eigenwilliger Filmkunst und naivem Konformismus

DIETMAR MEHRENS

Der Traum vom feministischen Utopia, in dem die Frauen das Sagen haben, lebt. Nach dem sensationellen Erfolg des „Barbie“-Films im vorigen Sommer kommt nun gleichsam die Avantgarde-Variante der visuell betörenden Emanzipationsschimäre in die Kinos. Regie führte die Spanierin Isabel Herguera, Professorin für Animation an der Kölner Kunsthochschule für Medien.

Eine Welt, in der Männer das Zepter an die Frauen weitergereicht haben, davon träumen nicht nur *Emma*-Abonnentinnen und feministisch engagierte Filmemacherinnen in unserer gegenwärtigen Welt. Davon träumte, ausgehend von der Situation der Frauen in Indien, auch Begum Rokeya Hossain (1880–1932), eine der bedeutendsten bengalischen Dichterinnen, in ihrer Kurzgeschichte „Sultanas Traum“, geschrieben 1905. In ihr ist der Traum vom Matriarchat wahr geworden, nachdem die Männer des Königreiches, in dem die Geschichte spielt, in einer kriegerischen Auseinandersetzung gegen die Invasoren eines anderen Stammes unterlegen waren.

Die Belagerer können schließlich aufgrund eines innovativen Lautverstärkers, den die ebenso bildungshungrigen wie fleißigen Frauen des Reiches entwickelt haben, vertrieben werden, während die Männer zu Hause eingesperrt sind. Fortan bleibt es dabei: Die Männer sitzen eingesperrt zu Hause, die Frauen kümmern sich um die Verwaltung des Reiches, das jetzt Ladyland heißt und, wie eingangs erwähnt, die wahr gewordene Utopie aller Emanzen und feministischen Träumer ist.

In ihrem Film, basierend auf einem Drehbuch, das die Regisseurin gemeinsam mit Gianmarco Serra verfaßte, läßt Herguera eine erfundene Doppelgängerin von sich, die Filmemacherin Inés, Tochter eines indischstämmigen Filmemachers und einer Spanierin, in einer indischen Buchhandlung über das Buch „Sultanas Traum“ stolpern. Inés blättert darin herum und wird eingesogen von der faszinierenden Geschichte des Königreichs Ladyland. In ihr spiegeln sich Erfahrungen, die Inés in ihrer eigenen Welt gemacht hat: als Elfjährige, die allein in einem Park sitzt und Angst bekommt, als es dunkel wird, als Tochter eines Filmemachers, der sie und ihre Mutter oft sich selbst überließ, um seinen Träumen nachzujagen, als junge Frau, die in der indischen Stadt Ahmedabad Zeugin wird, wie eine Frau sich in ihrer Not nicht anders zu helfen weiß als durch Flucht vor ihrem Mann auf einen Baum. Fasziniert von dem Buch, begibt sich die Filmheldin auf die Suche nach dessen Autorin und landet in der westbengalischen Mega-Metropole Kalkutta.

Die etwas dürre Filmhandlung ist inspiriert von persönlichen Erfahrungen der Regisseurin, die als Professorin viele Jahre in Indien verbrachte, und basiert auf der von Rokeya Hossain geschriebenen Kurzgeschichte „Sultana’s Dream“. In ihrem Geburtsort wird Rokeya, eine frühfeministische Wohltäterin, verehrt wie eine Heilige. Inés erfährt manches interessante Detail aus ihrer Biographie, etwa daß die früh Verwitwete mit dem ihr hinterlassenen Vermögen 1916 eine Berufsschule für Mädchen gründete.

Eine poetisch-visionäre Reise nach biographischen Fixpunkten

Wenn die Krieger, die vor Ladylands Grenzen stehen, zu politisch Verfolgten deklariert werden, die an vermeintlich obsoleten Grenzen aufgehalten werden, und krampfhaft nach Gelegenheiten gesucht wird, irgendwie auch noch das Thema Gender, die modische Spielart des Feminismus, einzubauen (Paul, Inés’ spanischer Freund, läßt sie – und damit ganz dezent auch den Zuschauer – per Kurzmitteilung wissen, daß er in seiner spanischen Heimat Transgender-Kinder betreut), wirkt das leider ein bißchen so, als würden die Autoren dienstbeflissen eine Checkliste abarbeiten, auf der draufsteht, was in einem politischen Zelluloid-Pamphlet, das auf der Höhe der Zeit sein will, unbedingt vorkommen muß. Da bekanntlich Kunst und ideologische Zusammenrottung einander ausschließen, hat es schon etwas rührend Naives, wenn Herguera und Serra hoffen sollten, damit etwas von bleibendem Wert erschaffen zu haben. Mit dem Schauplatz Indien ist aber immerhin eines erreicht: daß hier der Feminismus eine schwer in Abrede zu stellende Existenzberechtigung hat.

Ungeachtet der benannten Defekte ist „Sultanas Traum“ ein bewundernswert kreatives Kunstwerk. Vielleicht könnte man es, dem gesellschaftlichen Trend geschuldet, auch als „Transwerk“ bezeichnen. Denn es erinnert mehr an Malerei – und hierbei an einen Mix aus Jugendstil, Expressionismus, Kubismus und Surrealismus – als an einen klassischen Zeichentrickfilm. Eine ähnliche Transitionstechnik hatten bereits Dorota Kobiela und Hugh Welchman in ihrer virtuosen Van-Gogh-Hommage „Loving Vincent“ (2017) eingesetzt. Auch „Persepolis“ (2007), die Verfilmung des gleichnamigen Comics von Marjane Satrapi, stand bei dem politisch wie künstlerisch ambitionierten Filmprojekt der 62jährigen Spanierin erkennbar Pate.

Zehn Jahre hat sie an ihrer ersten großen Kinoproduktion gearbeitet. Die poetisch-visionäre Reise mit den Stationen Spanien, Italien, Indien und Bangladesch, auf die Herguera ihre Heldin nach dem Vorbild der eigenen biographischen Fixpunkte schickt, verbindet nicht nur verschiedene Kunst-, sondern auch verschiedene Animationsstile miteinander: Inés’ Reise ist in handgezeichneter 2D-Aquarellanimation umgesetzt. Das Leben der Autorin Rokeya Hossain ist im Stil des Schattentheaters, die filmische Adaption der Erzählung von Rokeya Hossain am Anfang des Films in dem der indischen Henna-Tätowiermethode Mehndi ausgeführt.

Vier Kapitel und ein Epilog sollen dem Film Struktur geben. Der Zuschauer ist dennoch zuweilen verwirrt, weil Herguera ihre Heldin immer wieder unvermittelt in Szenen hineinwirft, ohne daß erkennbar wird, wie sie da hingekommen ist. Häufig verschwimmt die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit, Gegenwart und Reminiszenz. Lediglich angedeutet und zumeist auf den Kontakt per Mobiltelefon reduziert bleibt Inés’ Beziehung zu zwei Männern, dem Spanier Paul und dem Inder Amar. Die Kosmopolitin kann Beziehungen nur noch virtuell leben – ein Thema, das manchen vielleicht mehr interessiert hätte als die verschrobenen Traumwelten, in die Inés eintaucht.

„Träume haben die Macht, die Welt zu verändern“, heißt es an einer Stelle in dem referenzstarken, aber dramaturgisch unterbelichteten Film. In der Schlußsequenz greift Herguera diesen Kerngedanken, der einen Appell enthält, noch einmal auf: Inés lernt endlich zu träumen – von einer besseren Welt. Und träumen zu können bedeutet für sie, frei zu sein.

Kinostart ist am 7. März 2024

Filmkritik

Die Brücke am Kwai

Kriegsgefangen in Japan

Von **Werner Olles**

Anfang 1943 in einem japanischen Gefangenenlager in Burma: Die britischen Kriegsgefangenen unter Colonel Nicholson (Alec Guinness) sollen eine hölzerne Brücke über den Fluß Mae Nam Kwae („Kwai“) bauen. Um sie rechtzeitig fertigzustellen, befiehlt der japanische Lagerkommandant Oberst Saito (Sessue Hayakawa), daß auch die Offiziere mitarbeiten. Nicholson weigert sich jedoch, dem Befahl zu folgen, und beruft sich auf die Genfer Konvention, die das Kaiserreich Japan allerdings nicht anerkennt. Oberst Saito reagiert seinerseits mit harten Gegenmaßnahmen, lenkt aber schließlich angesichts des Mutes und der Standhaftigkeit der Offiziere und der schlechten Arbeitsmoral der britischen Soldaten ein. Die Offiziere müssen nun keine körperlichen Arbeiten mehr leisten und bekommen Führungstätigkeiten.

Steelbook: Die Brücke am Kwai. Plaion Pictures 2024, Laufzeit etwa 161 Minuten

Colonel Nicholson setzt alles daran, daß die Brücke so früh als möglich fertiggestellt wird. Obwohl er damit dem Feind hilft, will er Saito die Überlegenheit der Briten beweisen. Zur gleichen Zeit ist dem amerikanischen Commander Shears (William Holden) die Flucht aus einem Gefangenenlager gelungen. Nach einem strapaziösen Marsch durch den Dschungel erreicht er endlich eine Eingeborenensiedlung und wird in ein britisches Lazarett gebracht. Als er gesundheitlich wiederhergestellt ist, bekommt er den Befehl, mit einem alliierten Spezialkommando die Brücke über den Kwai zu sprengen …

David Leans („Lawrence von Arabien“, „Doktor Schiwago“) Kriegsfilm „Die Brücke am Kwai“ (1957) nach dem gleichnamigen Roman von Pierre Boulle beruht weitgehend auf historischen Tatsachen. Tatsächlich wurden nordwestlich von Bangkok Kriegsgefangene von den Japanern gezwungen, zwei Brücken zu bauen, die beide durch die Alliierten zerstört wurden. Eine nach dem Krieg von einer japanischen Firma wiederaufgebaute Brücke wird heute noch genutzt.

Die Außenaufnahmen entstanden auf Ceylon (Sri Lanka). Weltberühmt wurde der von Mitch Miller arrangierte „Colonel-Bogey-Marsch“, den die englischen Soldaten beim Einmarsch ins Lager pfeifen, oft als „River-Kwai-Marsch“ betitelt. Der Film erhielt 1958 sieben Oscars, darunter für die beste Regie (David Lean), den besten Hauptdarsteller (Alec Guinness), das beste Drehbuch (Carl Foreman/Michael Wilson) und die beste Musik. Das American Film Institute führt ihn völlig zu Recht in der Liste der inspirierendsten 100 Filme aller Zeiten.

TERMINE

AACHEN
Bis 14.04.2024: Heimspiel. Flämische Malerei zu Hause in Aachen. Ausstellung mit mehr als fünfzig Gemälden im Suermondt-Ludwig-Museum, Wilhelmstr. 18. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 0241/ 4 79 80-40, https://suermondt-ludwig-museum.de

ALKERSUM
Bis 08.09.2024: Schippermütz und feiner Zwirn. Friedrich Wilhelm, alias „Fide“, Struck fotografiert Arbeitswelten an der Waterkant 1930–1933. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, https://mkdw.de

BERLIN
19.03.2024: Vom Runden Tisch in den Bundestag – Eine politische Bilanz. Vortrag von Antje Hermenau, ehemalige Landes- und Bundestagsabgeordnete der Grünen, in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V., Nikolaikirchplatz 5–7. 18 Uhr. Info: 030 / 283 43 27, https://gedenkbibliothek.de

Bis 21.04.2024: Die gerettete Moderne. Meisterwerke von Kirchner bis Picasso. Ausstellung mit rund 95 Arbeiten im Kupferstichkabinett, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 266 42 42 42, www.smb.museum

Bis 28.04.2024: Spanische Dialoge. Picasso aus dem Museum Berggruen zu Gast im Bode-Museum, Am Kupfergraben. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 266 42 42 42, www.smb.museum

Bis 28.04.2024: Auftakt. Von Odessa nach Berlin. Europäische Malerei des 16. bis 19. Jahrhunderts. Ausstellung mit 12 Werken in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 266 42 42 42, www.smb.museum

Bis 02.06.2024: Wolf Biermann. Ein Lyriker und Liedermacher in Deutschland. Ausstellung (JF 39/23) im Deutschen Historischen Museum, Pei-Bau, Hinter dem Gießhaus 3. Täglich 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 030 / 203 04-750/-751, www.dhm.de

BERNRIED
Bis 07.04.2024: Leo von König. Liebe, Kunst & Konventionen. Ausstellung mit Werken des Malers der Berliner Secession im Buchheim Museum, Am Hirschgarten 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 081 58 / 99 70 43, www.buchheim-museum.de

BONN
Bis 17.03.2024: Immanuel Kant und die offenen Fragen. Ausstellung zum 300. Geburtstag des Philosophen in der Bundeskunsthalle, Museumsmeile, Helmut-Kohl-Allee 4. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Mi. bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 91 71-200, www.bundeskunsthalle.de

Bis 27.06.2024: Aufbruch in die Moderne. Sammlungspräsentation August Macke und die Rheinischen Expressionisten. Ausstellung im Kunstmuseum, Helmut-Kohl-Allee 2. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Mi. bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 77-62 60, www.kunstmuseum-bonn.de

Bis 29.09.2024: Der Weg zum Grundgesetz. Fotografien von Erna Wagner-Hehmke. Ausstellung im Haus der Geschichte, Museumsmeile, Willy-Brandt-Allee 14. Täglich außer montags 9 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr Info: 02 28 / 91 65-400, www.hdg.de

BREMEN
Bis 28.04.2024: Buddhismus. Ausstellung mit rund 250 Exponaten im Übersee-Museum, Bahnhofsplatz 13. Täglich außer montags 9 bis 18 Uhr, Sa./So. ab 10 Uhr. Info: 04 21 / 160 38-0, www.uebersee-museum.de

BREMERHAVEN
Bis 03.11.2024: Immer weiter – Die Hanse im Nordatlantik. Ausstellung des Deutschen Schifffahrtsmuseums zum Einfluß von Bremer und Hamburger Kaufleuten des 17. Jahrhunderts im Nordatlantik, Hans-Scharoun-Platz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 04 71 / 482 07-0, www.dsm.museum/museum/ausstellungen

CHEMNITZ
Bis 10.03.2024: Der Schrein der Erlösung. Europas Heilige Gräber. Ausstellung im Schloßbergmuseum, Schloßberg 12. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Mi. 14 bis 21 Uhr. Info: 03 71 / 488 4520, www.kunstsammlungen-chemnitz.de

DRESDEN
Bis 30.06.2024: Overkill. Militär. Technik. Kultur im Kalten Krieg. Ausstellung im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2. Täglich außer mittwochs 10 bis 18 Uhr, Mo. bis 21 Uhr. Info: 03 51 / 823-28 50, www.mhmbw.de

Bis 01.09.2024: Zeitlose Schönheit. Eine Geschichte des Stillebens. Ausstellung mit etwa 90 Gemälden im Zwinger, Theaterplatz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 03 51 / 49 14 20 00, https://gemaeldegalerie.skd.museum

EMDEN
Bis Ende 2024: Expressionismus. unverstanden, angegriffen, gefeiert. Ausstellung in der Kunsthalle, Hinter dem Rahmen 13. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Sa./So. ab 11 Uhr. Info: 0 49 21 / 97 50 50, https://kunsthalle-emden.de

ESSEN
Bis 20.05.2024: Mythos und Moderne. Fußball im Ruhrgebiet. Fotografie-Ausstellung mit rund 450 Bildern im Ruhr Museum/ Unesco-Welterbe Zollverein, Gelsenkirchener Straße 181. Täglich 10 bis 18 Uhr. Info: 0201 / 24681 444, https://ruhrmuseum.de

FRANKFURT AM MAIN
Bis 12.05.2024: „Ach was. Loriot zum Hundertsten“. Ausstellung mit Cartoons, Zeichnungen, Fotos, Drehbüchern sowie Ausschnitten seines Film- und Fernsehschaffens im Caricatura Museum, Weckmarkt 17. Täglich außer montags 11 bis 17 Uhr. Info: 069 / 212 30161, https://caricatura-museum.de

Bis 12.05.2024: Honoré Daumier. Die Sammlung Hellwig. Ausstellung mit rund 120 Werken im Städel-Museum, Schaumainkai 63. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 069 / 60 50 98-200, www.staedelmuseum.de

HAMBURG
Bis 01.04.2024: Caspar David Friedrich. Kunst für eine neue Zeit. Ausstellung anläßlich des 250. Geburtstages des Malers der Frühromantik mit rund 160 Gemälden und Zeichnungen in der Kunsthalle, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 040 / 42 81 31-200, www.hamburger-kunsthalle.de

Bis 01.04.2024: Otto Dix und die Gegenwart. Ausstellung in den Deichtorhallen, Halle für aktuelle Kunst, Deichtorstr. 1–2. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr. Info: 040 / 3 21 03-0, www.deichtorhallen.de

Bis 15.07.2024: Glauben und glauben lassen. Eine Ausstellung über Freiheiten und Grenzen vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart im Altonaer Museum, Museumstraße 23. Täglich außer dienstags 10 bis 17 Uhr, Sa./So. bis 18 Uhr. Info: 040 / 428 135 0, www.shmh.de

HANNOVER
Bis 16.06.2024: Pablo Picasso I Max Beckmann. Mensch – Mythos – Welt. Ausstellung im Sprengel-Museum, Kurt-Schwitters-Platz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Di. bis 20 Uhr. Info: 05 11 / 168-4 38 75, www.sprengel-museum.de

HUSUM
Bis 08.09.2024: „Durchlaucht läßt bitten …“ Prinzessin Vilma Lwoff-Parlaghy – Porträtmalerin der New Yorker High Society. Ausstellung anläßlich des 100. Todestages der ungarisch-amerikanischen Künstlerin im Nordfriesland Museum. Nissenhaus, Nordhusumer Straße 13. Täglich außer montags 11 bis 17 Uhr. Info: 0 48 41 / 2545, www.museumsverbund-nordfriesland.de

MÜNCHEN
Bis 10.03.2024: Turner. Three Horizons. Ausstellung mit rund 80 Werken von Joseph Mallord William Turner im Lenbachhaus, Luisenstraße 33. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do./Fr. bis 20 Uhr. Info: 089 / 233 320 29, www.lenbachhaus.de

MÜNSTER
Bis 07.04.2024: Wildlife Photographer of the Year 2023. Ausstellung mit 100 Fotos im Westfälischen Pferdemuseum im Allwetterzoo, Sentruper Straße 311. Täglich 9 bis 16.30 Uhr. Info: 02 51 / 484 27-0, www.pferdemuseum.de

NÜRNBERG
Bis 30.06.2024: Stein der Weisen. Geschichte der Alchemie. Studioausstellung im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20.30 Uhr. Info: 09 11 / 13 31-0, www.gnm.de

POTSDAM
Bis 01.04.2024: Munch. Lebenslandschaft. Ausstellung mit über 110 Werken im Museum Barberini, Humboldtstraße 5–6, Alter Markt. Täglich außer dienstags 9 bis 19 Uhr, Mo. ab 10 Uhr. Info: 03 31 / 23 60 14-499, www.museum-barberini.de

RÜSSELSHEIM
Bis 07.04.2024: Frida Kahlo. Ihre Fotografien. Ausstellung (JF 2/24) in den Opelvillen, Ludwig-Dörfler-Allee 9. Täglich von 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20 Uhr. Info: 0 61 42 / 835 907, www.opelvillen.de

SAARBRÜCKEN
Bis 24.03.2024: Auto unser. Kult und Krise. Ausstellung im Historischen Museum Saar, Schloßplatz 15. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 06 81 / 506 45 06, www.historisches-museum.org

STUTTGART
Bis 01.04.2024: Modigliani. Moderne Blicke. Ausstellung in der Staatsgalerie, Konrad-Adenauer-Str. 30–32. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 07 11 / 711 470 40-0, www.staatsgalerie.de

WEIMAR
Bis 17.03.2024: Mit fremder Feder. Der gefälschte Schiller. Ausstellung im Goethe- und Schiller-Archiv, Jenaer Straße 1. Täglich 9 bis 18 Uhr, Sa./So. 11 bis 16 Uhr. Info: 0 36 43 / 545-400, www.klassik-stiftung.de

WIEN
Bis 17.03.2024: Herbert Boeckl – Oskar Kokoschka. Eine Rivalität. Ausstellung mit mehr als 100 Arbeiten auf Papier in der Albertina Modern, Karlsplatz 5. Täglich 10 bis 18 Uhr. Info: 00 43 / 1 / 534 83-0, www.albertina.at

Bis 13.10.2024: Prunk & Prägung. Die Kaiser und ihre Hofkünstler. Medaillen-Ausstellung im Kunsthistorischen Museum, Maria-Theresien-Platz. Info: 00 43 / 1 / 525 24-0, www.khm.at

***

Alle Angaben ohne Gewähr

Fehlt hier Ihr Veranstaltungshinweis? Ankündigungen schicken Sie bitte per E-Mail (redaktion@jungefreiheit.de) oder Brief (Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin) an die JF-Terminstelle.

FOTO: CHRISTOPHER NEUNDORF / © FIRO SPORTPHOTO

Jubel von Dortmunder Spielern vor dem aufgebrachten Schalker Auswärtsblock, Dortmund, 27. April 2019: Foto-Ausstellung „Mythos und Moderne. Fußball im Ruhrgebiet“ im Ruhr-Museum in Essen (bis 20. Mai 2024)

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Daniel Kehlmann erhält Ludwig-Börne-Preis

BERLIN. Der Schriftsteller und Essayist Daniel Kehlmann (49) bekommt in diesem Jahr den Ludwig-Börne-Preis. Das hat die Verlegerin und ehemalige Literaturkritikerin Felicitas von Lovenberg als alleinige Preisrichterin entschieden. Kehlmann sei „ein virtuoser wie subtiler Erzähler von Parallelwirklichkeiten“, begründete sie ihre Wahl. „Zumal wenn er den Blick in die deutsche Vergangenheit richtet, zeigt sich die Relevanz seiner Literatur zum tieferen Verständnis unserer Gegenwart und so liest sich sein Werk als brennend aktuelle Mahnung angesichts der wachsenden Bedrohung der Demokratie und der fortschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung“, so von Lovenberg, die auch die Laudatio auf den Preisträger halten wird. Mit „Die Vermessung der Welt“ (2005) erzielte Kehlmann einen Welterfolg. Zuletzt veröffentlichte er den Roman „Lichtspiel“ (JF 4/24). Der Ludwig-Börne-Preis wird Kehlmann am 9. Juni in der Frankfurter Paulskirche übergeben. Er ist mit 20.000 Euro dotiert. (sv)

▶ https://boerne-stiftung.de

Karikaturisten-Duo mit Satirepreis ausgezeichnet

GÖTTINGEN. Das Karikaturisten-Duo Greser & Lenz hat den Satirepreis „Göttinger Elch“ erhalten. Achim Greser (62) und Heribert Lenz (66) wurden vergangenen Sonntag laut Jury für ihre scharfen politischen Karikaturen und ihren oft unbequemen Blick auf die zeitgenössische Gesellschaft ausgezeichnet. „Sie haben das Genre der politischen Karikatur, das sich Ende des 20. Jahrhunderts auf einem beklagenswert niedrigen Niveau bewegte, in eine neue Dimension katapultiert“, zitierte Moderatorin Anouk Schollähn aus der Begründung. Die Laudatio hielt der frühere Late-Night-Entertainer Harald Schmidt. Greser & Lenz wurden in den 1980er Jahren durch ihre Karikaturen für das Satire-Magazin *Titanic* und den *Stern* bekannt. Sie erfanden zum Beispiel die Comicfigur „Genschman“. Seit 1996 zeichnen Greser & Lenz auch für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Der „Göttinger Elch“ ist nach eigenen Angaben „der einzige deutsche Preis für Satire“. Er wird seit 1997 jährlich vergeben und ist mit 3.333,33 Euro dotiert. (JF

▶ www.goettinger-elch.de
▶ www.greser-lenz.de

Internationale Konferenz würdigt Charles Bukowski

BORDEAUX. Dreißig Jahre nach seinem Tod wird der US-Autor Charles Bukowski mit einer internationalen Konferenz in Frankreich gewürdigt. Anfang Juni wird an der Universität Bordeaux Montaigne über sein Leben, sein Werk und dessen Einfluß auf verschiedene Literaturszenen sowie die Übersetzungen diskutiert. Bukowskis zum Teil derbe Gedichte und Geschichten handeln vor allem von Außenseitern des „American Way of Life“. Geboren wurde er 1920 in Rheinland-Pfalz; drei Jahre später wanderte die Familie in die USA aus. Seit den Sechzigern bis zu seinem Tod am 9. März 1994 veröffentlichte er über vierzig Bücher. In Deutschland hatte der Underground-Autor eine treue Leserschaft: Allein hier verkaufte er mehr als vier Millionen Bücher. (tha)

▶ https://colloquebukowski2024.wordpress.com/

Schlemihls Weltumsegelung

Vom Romantiker zum Realisten: Matthias Glaubrechts staunenswerte Neuentdeckung des Poeten und Naturforschers Adelbert von Chamisso

WOLFGANG MÜLLER

In einem schmalen Reclam-Heft mit dem Titel „Eine Bibliothek der Weltliteratur“, erstmals erschienen 1929 und heute noch lieferbar, präsentiert Hermann Hesse den Vorschlag für einen idealen Lektürekanon. Startend mit der Bibel, den Reden des Buddha und den Gesprächen des Konfuzius, schreitet der „Steppenwolf“-Autor rüstig voran, um über Homer, Vergil, Dante und Shakespeare, ohne deren Kenntnis niemand als gebildeter Mensch gelten könne, die zwischen 1770 und 1830 sich erstreckende Achsenzeit der deutschen Literaturgeschichte zu erreichen. Deren tropische Fülle ihn zu strengster Auswahl zwingt: „Von Goethe nehmen wir in unsere Sammlung die schönste und vollständigste Ausgabe auf, die unsere Mittel uns irgend erlauben. Auch die Werke Heinrich von Kleists müssen wir vollständig haben.“ Hingegen: „Von Chamisso genügt uns der Peter Schlemihl.“

Chamissos Held verkauft seinen Schatten und stürzt ins Elend

Wer diesem Rat folgt, lernt nicht einmal den Dichter, geschweige denn den in einer Liga mit Georg Forster und Alexander von Humboldt spielenden Naturwissenschaftler, Reiseschriftsteller und „Welterforscher“ kennen. So wie ihn Matthias Glaubrecht uns nun in der ersten umfassenden, aus neu angezapften Quellen fließenden, mit konkurrenzloser Materialdichte faszinierenden Biographie Adelbert von Chamissos vorstellt. Allerdings beschäftigt sich auch der Evolutionsbiologe und Wissenschaftshistoriker Glaubrecht, früher lange am Berliner Naturkundemuseum, heute Leiter des Centrums für Naturkunde und Professor für Biodiversität der Tiere an der Universität Hamburg, zunächst intensiv mit dem Poeten Chamisso und dem einzigen Prosatext dieses notorischen Lyrikers, der „Schlemihl“-Geschichte – immerhin eine der populärsten deutschsprachigen Erzählungen des 19. Jahrhunderts.

FOTO: SZ PHOTO

Adelbert von Chamisso (1781–1838): Geschichtsschreiber der ozeanischen Völker und Chronist ihrer untergehenden Kultur

Deren Fabel ist scheinbar simpel gestrickt und erweist sich doch, wie Glaubrecht warnt, als von „fesselnder Unausdeutbarkeit“. Chamissos Held begegnet einem sonderbaren Mann im grauen Rock, der ihn zu einem Tauschgeschäft verführt. Für ein Glückssäckchen, das stets mit Dukaten gefüllt ist, verkauft ihm Schlemihl seinen Schatten. Ein Handel, der ihn ins Elend stürzt, denn als Schattenloser wird er aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Überall, wo der fehlende Schatten bemerkt wird, verfällt Schlemihl trotz seines ungeheuren Reichtums der Ächtung der Mitmenschen.

Als der Graurock, niemand anderes ist es als der Teufel, nach einem Jahr wieder auftaucht, fordert der zum Paria-Dasein Verdammte seinen Schatten zurück. Meister Urian ist dazu bereit, verlangt aber, daß Schlemihl ihm dafür seine Seele mit Blut verschreibt. Dieses Angebot lehnt er brüsk ab, schleudert den Zaubersäckel fort, verzichtet auf teuflischen Reichtum und bleibt schattenlos. Das Blatt wendet sich bald darauf, als er ein paar alte Schuhe erwirbt, die sich als Siebenmeilenstiefel entpuppen, die ihn kreuz und quer durch die Welt tragen. Dabei widmet er sich so monomanisch der Erforschung der Natur, daß der schattenlos Glückliche für immer auf menschliche Gesellschaft verzichten kann.

Schon die Zeitgenossen lieferten eine Reihe allegorischer Deutungen, um das Rätsel der Schattenlosigkeit zu lösen. Am leichtesten stellten sich erhellende Bezüge zur Biographie des Autors her. Chamisso, 1781 auf einem Schloß in der Champagne geboren, einem lothringischen Uradelsgeschlecht entstammend, kam auf der Flucht vor dem jakobinischen Terror nach Preußen, wurde Berufsoffizier, verließ die Armee nach der Niederlage in der Schlacht von Jena und Auerstedt. Literarisch dilettierend im Umfeld der Berliner Romantiker, pendelnd zwischen alter und neuer Heimat, entschloß er sich 1812 spät zum naturwissenschaftlichen Studium an der frisch eröffneten Berliner Universität. In Schlemihl, dem Mann ohne Schatten, bilde Chamisso also sich selbst ab, den Mann ohne Vaterland.

Thomas Mann, der berühmteste Schlemihl-Exeget, schlug den Bogen noch weiter zum Zentralthema des eigenen Frühwerks, das sich an den Antithesen Bürger und Künstler, Leben und Geist abarbeitet. So gerät ihm Schlemihl alias Chamisso zum älteren Bruder Tonio Krögers. Beide „Sorgenkinder des Lebens“ hadern als anarchische Außenseiter mit den Normen und Konventionen sozialer Ordnung. Der Schatten symbolisiere mithin „bürgerliche Solidität und menschliche Zugehörigkeit“, die Schlemihl unerreichbar geworden seien.

Nicht jedoch seinem Schöpfer. Denn mit verblüffender Präzision nimmt der zweite Teil der 1814 veröffentlichten „phantastischen Novelle“, Schlemihls Wanderschaft im Dienst der Wissenschaft, literarisch das fernere Schicksal Chamissos vorweg, die Verwandlung des Romantikers in einen Realisten. Sie vollzieht sich in der harten Schule des Lebens, die Chamisso zwischen 1815 und 1818 als einer von drei wissenschaftlichen Begleitern der „Romanzoffischen Entdeckungs-Expedition“ durchläuft, die ihn auf der russischen Brigg „Rurik“, einer Nußschale mit 33 Mann Besatzung, einmal um den Erdball führt.

Nach seiner Rückkehr ist Chamisso, was man einen „gemachten Mann“ nennt: Die für Berliner Museen heimgebrachten Sammlungen exotischer Pflanzen und Tiere begründen seinen Ruhm als Wissenschaftler und verschaffen ihm eine Beamtenstellung als Kustos am Königlichen Botanischen Garten in Berlin-Schöneberg, die es dem einstigen Vagabunden erlaubt, eine vielköpfige Familie zu gründen und sich als bürgerlicher Biedermeier zu etablieren.

FOTO: WIKIMEDIA, LOUIS CHORIS

Das Segelschiff „Rurik“ vor der Insel Sankt Paul in der Beringsee (Alaska): Die Zeichnung stammt von dem Expeditionsteilnehmer Louis Choris aus dem Jahr 1817, abgebildet ist sie in dem Buch „Reise um die Welt“ von Adelbert von Chamisso

Erst 1836, zwei Jahre vor seinem frühen Krebstod, beschreibt dieser seßhaft gewordene Schlemihl das Abenteuer seiner Weltumsegelung in einem der literarisch anspruchsvollsten Reiseberichte des 19. Jahrhunderts. Glaubrecht hätte es sich für das Herzstück seiner Biographie leichtmachen und diesen ausführlichen Report lediglich referieren müssen.

Stattdessen rekonstruiert er mit detektivischer Akribie die Zeitbezüge, in denen sich hier Wissenschaftspraktiken unter den Bedingungen europäischer Expansion vollziehen. Was bis heute gern konservierte Illusionen über „voraussetzungslose Wissenschaft“ und „zweckfreie Forschung“ zerstört. Schließlich stach die „Rurik“ nicht in See, um philanthropisch das naturkundliche Wissen der Menschheit zu mehren, sondern um zu ermitteln, ob es parallel zur Küste Sibiriens eine eisfreie nordöstliche Passage zwischen der Beringstraße und Spitzbergen gab. Unter den damaligen klimatischen Bedingungen scheiterte diese Mission an den – heute im Klimawandel abschmelzenden – Eisbarrieren des Nordpolarmeeres. Im Erfolgsfall hätte sie geholfen, Rußlands handelspolitische Dominanz im Nordpazifik zu befestigen.

Ziele eines russischen Ausgriffs in die Südsee markiert

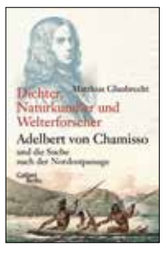
Trotzdem kehrt die „Rurik“ nicht nach Sankt Petersburg zurück, sondern steuert auf Kaliforniens Küsten zu. Mit dem geheimen geopolitischen Auftrag, dort vorzufühlen, wo das imperialistische Zarenreich als Nachfolger der in Nordamerika und Mexiko bröckelnden Kolonialmacht Spaniens einen Stiefel in die Tür bekommen kann. Und auch die nächsten Stationen, Hawaii und die einige tausend Seemeilen westlich davon liegenden mikronesischen Koralleninseln der Ratak-Gruppe, werden angesteuert, um sie als Ziele eines russischen Ausgriffs in die Südsee zu markieren.

Die ethnographischen Studien, die Chamisso auf Hawaii und dem Ratak-Archipel treibt, weisen ihn für Glaubrecht als „Geschichtsschreiber der ozeanischen Völker“ aus, der zugleich der Chronist ihrer untergehenden Kultur ist, die den Zusammenstoß mit dem Tsunami der globalisierten europäischen Zivilisation nicht überstehen wird. Der beobachtende, messende und quantifizierende Chamisso, als Naturwissenschaftler nicht zu den geringsten Konzessionen an jene hemmungslosen naturphilosophischen Spekulationen à la Schelling („Natur ist sichtbarer Geist, Geist unsichtbare Natur“, 1797) bereit, wie sie ihm aus seinen frühromantischen Anfängen allzu vertraut und schon suspekt waren, zögert als politisch-weltanschaulich stark von Rousseaus Kulturkritik beeinflußter Ethnograph nicht, dem „Mythos Südsee“ zu huldigen. Er inszeniert darum den Alltag angeblich kindergleicher Rataker als paradiesisches Dasein, voller Glück, Gemeinschaft, Gleichheit und Frieden – als zeitlose Gegenwelt zu Europa am Vorabend der Industrialisierung.

Die Schattenseiten im idealisierten Garten Eden verschweigt er

Tatsächlich herrscht im idealisierten Garten Eden der „edlen Wilden“ häufiger, blutiger Kampf um knappe Nahrungsressourcen. Komplizierte Hierarchien organisieren die Unterdrückung der Masse durch wenige Clanchefs, und Kindestötung ist die durch unvermeidbare Geburtenkontrolle erzwungene Regel. Auch unter den Indigenen Ozeaniens gilt halt, wie Glaubrecht lakonisch resümiert, „das Narrativ von Mord und Totschlag“. Es zählt zu den Ambivalenzen von Chamissos Weltbild, daß er diese Schattenseiten des vermeintlichen Arkadiens partiell zwar registriert, aber sie in seinen Publikationen verschweigt. Letztlich gibt er die Utopie jedoch wehmütig preis, weil der fortschrittsgläubige Zögling der Aufklärung von der Überlegenheit europäischer Bildung und Kultur überzeugt ist. Ein solches Selbstvertrauen ist seinem allzu beflissen postkoloniale Schuldgefühle pflegenden Biographen freilich fremd.

Die Anfänge von Matthias Glaubrechts Chamisso-Passion reichen ins Jahr 2009 zurück. Sie hat seitdem neben seiner Biographie, der 2023 von ihm und zwei Bielefelder Germanisten vorgelegten Edition der fast 200 Jahre im Nachlaß verborgenen Reisejournale sowie zahlreichen interdisziplinär erzeugten Spezialstudien üppige Früchte getragen. Die beweisen, daß kulturwissenschaftliche Forschung in Deutschland jenseits von Gender, Migrationslobbyismus und Anti-Rassismus-Agitation noch zu wahrer Exzellenz fähig ist.



Matthias Glaubrecht: Dichter, Naturkundler, Welterforscher. Adelbert von Chamisso und die Suche nach der Nordostpassage. Verlag Galiani, Berlin 2023, gebunden, 685 Seiten, Abbildungen, 36 Euro

Foto: Adobe Stock, bongkarn

Noch nie war ein Abo so flexibel. Mit unserem OnlinePlus-Abo haben Sie neben Ihrer Druckausgabe auch überall und jederzeit Online-Zugriff.

IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK

- Zugriff auf die neue JF schon ab Mittwoch abend
- Mobil überall und jederzeit die JF lesen
- Über die JF-App auch mit Reader-Funktion lesbar
- Archiv mit allen JF-Ausgaben als PDF ab 2008

jetzt freischalten

jf.de/online-plus

Blick in die Medien

Völlige Vereinnahmung

Von **Gil Barkei**

Die ARD hat etwas geschafft, was Hip-Hopper eigentlich nur ihren Kontrahenten androhen, aber für sich selbst partout vermeiden wollen. Der Sender hat nämlich – um, Pardon, im Jargon des Genres zu sprechen – Deutschraps „Mütter gef...". Denn dem Doku-Format „Hiphop Made in Germany" gelingt es, die hiesige Rap-Szene komplett politisch links für sich zu vereinnahmen und entlang der Regierungslinie zu instrumentalisieren – obwohl die das ja eigentlich nie mit sich machen lassen würde; von wegen wild, unangepaßt, „scheiß auf die da oben", bla bla bla.

In den vier etwa 45minütigen Folgen, die die Jahrzehnte von den Anfängen in den Achtzigern bis heute beleuchten, kommt wirklich alles vor, was den momentanen „Kampf gegen Rechts" von oben stützt: Spießer-CDU, „Baseballschlägerjahre", Rostock-Lichtenhagen, Rassismuserfahrungen, NSU, AfD-Bashing sowie der Amoklauf von Hanau, der natürlich als Rechtsterrorismus umgeframt wird.

Und so tummeln sich einschlägige aktivistische Rapper, Linksradikale und Journalisten vor der Kamera.

Und so werden neben wenigen in der Tat prägenden Urgesteinen wie den Heidelberger Stieber Twins plötzlich Linksradikale, B-Promis sowie einschlägige Journalisten und Sozialwissenschaftler in Szene gesetzt. Der notorisch bis doppelmoralisch erscheinende antikapitalistische Musikunternehmer Marcus Staiger sitzt mit „Antifaschismus"-T-Shirt vor der Kamera. Der selbsternannte marxistische Rapper Disarstar preist die Antifa, vermißt insgesamt „politische Rückschlüsse" und macht klar, wo die Sendungskernaussage mit Blick auf „rechts" hingeht: „Wer nicht dagegen ist, ist dafür". *Zeit*-Redakteur und „stoerungsmelder.org"-Gründer Christian Bangel erzählt von rechter Straßengewalt nach der Wende, ohne natürlich die parallel grassierende Ausländergewalt zu erwähnen. Die feministische queere Rapperin Sookee und die Rosa-Luxemburg-Stipendiatin Lady Bitch Ray, die für den migrantischen Durchschnitts-Deutschraphörer „haram" sind, dürfen die Frauenquote aufpimpen. Da lassen die üblichen Verklärungen nicht lange auf sich warten. Der 11. September wird als Startschuß für Islamfeindlichkeit genannt. Und Gewaltaufrufe & Co. junger PoC-Musiker seien die Konsequenz fehlender Anerkennung durch die weiße Mehrheitsgesellschaft. Fehlt nur noch Gregor Gysi, obwohl, nee, der darf auch mitmachen.

Medien-Tip

3sat, 9. März, 21.40 Uhr

Anne-Sophie Mutter – Vivace

Porträt der deutschen Stargeigerin, die im Juni ihren 60. Geburtstag feiern kann

„Irreführende Inszenierung"

Der Rechtsanwalt Carsten Brennecke vertritt Ulrich Vosgerau gegen „Correctiv". Im Gespräch mit der JF äußert er sich zu dem Verfahren

Herr Dr. Brennecke, das Netzwerk „Correctiv" und einige Medien sehen das Hamburger Urteil als Sieg, da man in zwei von drei Punkten gewonnen habe. Sehen Sie das auch so?

Carsten Brennecke: Presserecht ist kein Fußball. Es gibt keine 2:1-Ergebnisse. „Correctiv" nutzt diese falsche Analogie, um davon abzulenken, daß wir unsere Hauptziele erreicht haben: ein gerichtliches Verbot der Falschberichterstattung über das angebliche „Geheimtreffen in Potsdam" und ein Zurückrudern von „Correctiv" im Hinblick auf den Kernvorwurf der angeblich geplanten Deportationen von deutschen Staatsangehörigen nach rassistischen Kriterien. Dieser wird nun nicht mehr als Tatsachenbehauptung, sondern als bloße Meinungsäußerung von „Correctiv" interpretiert.

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß „Correctiv" Zugriff auf Tonmitschnitte der Konferenz hat?

Brennecke: Es ist auch nach dem Gerichtsverfahren in Hamburg nicht zu erkennen, ob und welche Quellen „Correctiv" für die Berichterstattung hat. Bemerkenswert ist, wie vage das war, was „Correctiv" zu den angeblichen Inhalten des Treffens vorgetragen hat: Mit viel Tamtam wurden ja acht eidesstattliche Versicherungen von „Correctiv"-Mitarbeitern vorgelegt, die aber bei genauer Betrachtung inhaltsleer, nicht zum Beweis geeignet und damit plumpe PR sind: Kein „Correctiv"-Mitarbeiter ist in den vorgelegten Versicherungen in der Lage, auch nur eine seriöse Quelle zu benennen. Es wird weder benannt, welche Zeugen es gibt, noch wird behauptet, daß diese selbst auf dem Treffen waren oder die Inhalte gehört hätten.

Also keine Tonaufnahmen?

Brennecke: Auch davon – derlei Aufzeichnungen wären natürlich rechtswidrig – ist keine Rede. So dünn wie „Correctiv" zum angeblichen Inhalt des Treffens vorgetragen hat, glaube ich nicht, daß dort eine Tonaufnahme vorliegt. Ich habe eher die Vermutung, daß „Correctiv" kaum etwas zu Details in der Hand hat. Das könnte auch erklären, daß der Bericht mehr aus inszenierten Wertungen bestand als aus harten Fakten.

Eine Diskussion über schmutzigen publizistischen Trick angestoßen

Sie sind also zufrieden?

Brennecke: Wir haben eine Falschberichterstattung verbieten lassen. Das ist schon mal ein schöner Erfolg. Vor allem aber ist es uns gelungen, eine breite Diskussion darüber anzustoßen, wie „Correctiv" die Deportationslegende in die Welt setzen konnte. Hunderttausende sind auch deshalb auf die Straße gegangen, weil sie glaubten, in Potsdam sei diskutiert worden, wie man Menschen – deutsche Staatsangehörige – aufgrund rassistischer Kriterien deportiert. Klar ist inzwischen, daß es diese Diskussion nie gab. Selbst die Macher von „Correctiv" mußten aufgrund unseres Drucks zurückrudern: Sie hätten nie die Behauptung aufgestellt, daß die Deportationsdiskussion tatsächlich stattgefunden habe. Sie hätten doch nur ihre subjektive Meinung geäußert, und das dürfe man ja wohl im Rahmen der Meinungsfreiheit.

Nur daß „Tagesschau" und Co. auch nach dem Urteil noch unterstellen, daß es derartige Pläne gegeben habe.

Brennecke: Eben! Weil es in der Öffentlichkeit so nicht angekommen ist. Dort nahm man an, „Correctiv" habe wirklich über Fakten berichtet.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / PANAMA PICTURES

Anwalt Carsten Brennecke: Jeder hat einen Anspruch auf Rechtsschutz

Unseren Mandanten war es natürlich wichtig, diesem falschen Eindruck entgegenzutreten. Presserechtlich hat uns „Correctiv" aber vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt: Was soll man gegen juristisch nicht angreifbare bloße Meinungsäußerungen tun, die trotzdem Schaden anrichten, weil sie in der Öffentlichkeit als Tatsachenbehauptungen mißverstanden werden? Über diesen etwas schmutzigen publizistischen Trick wird nun vor allem von Juristen und Journalisten diskutiert.

Und deshalb hat ihr Mandant Ulrich Vosgerau mit sieben eidesstattlichen Erklärungen Tatsachen untermauert, die „Correctiv" gar nicht anders behauptet hatte?

Brennecke: Durch die Wertungen verstanden die Leser den „Correctiv"-Artikel so, als ob die Abschiebung deutscher Staatsbürger nach Kriterien wie Hautfarbe geplant worden sei. Das hat den Leuten natürlich Angst gemacht. Viele dachten nun, es sei darum gegangen, den Betreiber der Pizzeria von nebenan auszuweisen. Dieser falschen Legende konnten Vosgerau und die anderen Teilnehmer nur dadurch wirksam und glaubhaft entgegentreten, daß sie auch vor Gericht eidesstattlich versichern, daß es solche Aussagen in Potsdam nicht gab.

Sie reden von Mißverständnissen. Als Anwalt müssen Sie sich doch um die Rechte und nicht das Ansehen Ihrer Mandanten kümmern. Machen Sie auch PR?

Brennecke: Das, was ich mache, ist das, was Rechtsanwälte bei öffentlichkeitswirksamen Verfahren schon immer gemacht haben: eine verfahrensbegleitende Kommunikation, in der der Rechtsanwalt das, was juristisch passiert, warum sich also der Mandant gegen welche Inhalte wehrt beziehungsweise warum er dies nicht macht, in die Öffentlichkeit verständlich übersetzt. Das einzig Neue ist, daß das Ganze heute auch über die neuen Medien, auch soziale Netzwerke, erfolgt.

Das heißt, die sogenante Litigation-PR ist gar nicht so neu, wie sie vielen erscheint?

Brennecke: Im Presserecht geht es heute nicht mehr ohne begleitende Kommunikation. Mandanten wehren sich gegen falsche Narrative, die durch unwahre, unvollständige oder irreführend inszenierte Berichterstattung in die Welt gesetzt werden. Die Narrative verbreiten sich in unseren heutigen Mediengesellschaft sehr schnell. Auch viele Medien unterliegen heute viel zu häufig dem Reflex, eine sensationelle Erstmeldung ohne vertiefte Prüfung sehr schnell zu multiplizieren. …

… wie die Berichte über das Potsdamer Treffen zeigen.

Brennecke: Mandanten, die sich im Kampf gegen Falschdarstellungen auf einen Anwalt verlassen, der nicht die sich schnell ausbreitenden falschen Narrative durch Erklärungen in den Medien und sozialen Netzwerken begleitet, haben den Kampf schon verloren, bevor sie ihn aufgenommen haben. Denn bis eine Aussage gerichtlich verboten wird, vergehen selbst in einem Eilverfahren häufig vier Wochen. In dieser Zeit kann der Ruf bereits unwiederbringlich ruiniert sein, wenn das juristische Vorgehen nicht öffentlich erklärt wird.

Konnten Sie als Fachmann erkennen, daß es „Correctiv" auch um wahrhaftige Berichterstattung ging und nicht nur darum, maximalen Schaden anzurichten?

Brennecke: Ich sehe die Art, wie „Correctiv" den Bericht durch eine manipulativ irreführende Inszenierung von Wertungen aufgebauscht hat, jedenfalls sehr kritisch. Früher galt die gute Regel: Seriöser Journalismus, der sich mit keiner Sache gemein macht und dadurch besonders vertrauenswürdig ist, berichtet sachlich, was ist, unterläßt Wertungen und überläßt das Denken dem Leser.

Das beantwortet die Frage nicht wirklich.

Brennecke: Das offengelegte „System Correctiv" gibt dem Leser und „Correctiv" selbst die Möglichkeit, diese Art der manipulativen Berichterstattung kritisch zu hinterfragen.

Sie sind Grünen-Mitglied. Wie können Sie Ihre Arbeit für Herrn Vosgerau, selbst CDU-Mitglied, aber auch im AfD-Umfeld tätig, mit Ihrer Partei vereinbaren?

Brennecke: Weil ich in meiner Arbeit als Presserechtler dagegen vorgehe, daß ein Mensch durch die Presse in seinen Rechten verletzt wird. Im Rechtsstaat hat jeder einen Anspruch darauf, daß er ohne Ansehen seiner Person Rechtsschutz bekommt. Und den gibt es nur durch versierte Spezialisten.

Aber das müssen ja nicht unbedingt Sie sein…

Brennecke: Egal, wer vor mir steht, ob Papst oder Mörder, Politiker, Islamist oder Schlachthofbetreiber, ich identifiziere mich dabei nicht mit den politischen und/oder moralischen Interessen des Mandanten. Es gibt einen Unterschied dazwischen, die Haltung und innere Ansicht des Mandanten einzunehmen, und zwischen der Arbeit, die wir auf Betroffenenseite Seite leisten: nämlich der Öffentlichkeit zu erklären, welche falschen Eindrücke beanstandet werden.

Das Narrativ ist noch in der Welt. Wie geht es jetzt weiter?

Brennecke: Viele Medien haben die inszenierte Legende „Correctivs", auf dem Potsdam-Treffen seien rassistische Ausweisungen Deutscher besprochen worden, sogar noch überspitzt. So wurden zweifelhafte Wertungen hinzugefügt, es sei im Sinne einer zweiten „Wannsee-Konferenz" um „Deportation" gegangen. Vieles davon sind Wertungen, die nicht justitiabel sind. Dennoch liegt hier der Ball im Feld der Medien, sich und ihre Berichterstattung mit Begriffen wie „Wannseekonferenz" und „Deportationen" noch einmal kritisch zu hinterfragen. Wir konzentrieren uns momentan aber zunächst darauf, gegen die Teilzurückweisung des Verbotsantrags vor dem Landgericht Hamburg Beschwerde einzulegen. **MATHIAS PELLACK**

Dr. Carsten Brennecke, Jahrgang 1975, ist Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Presse- und Medienrecht sowie Wettbewerbsrecht. Mit seinem Partner Ralf Höcker zusammen betreibt er eine Kanzlei in Köln.

Deutscher Presserat erteilt Rekordzahl an Rügen

BERLIN. Der Deutsche Presserat hat im vergangenen Jahr so viele Rügen erteilt wie nie zuvor. Das geht aus dem am 28. Februar in Berlin veröffentlichten Jahresbericht hervor. Eine Rüge ist die schärfste Sanktion des Rates. Sie erhalten Print- und Onlinemedien, wenn sie besonders schwer gegen den Pressekodex verstoßen haben. Der Presserat hat demnach im vergangenen Jahr 73 Rügen verhängt. 2022 waren es 47. Der Rat rügte besonders häufig, daß Redaktionen ihre journalistische Sorgfaltspflicht verletzt hatten. Dazu zählten irreführende Überschriften oder mangelnde Recherche. Für solche Verstöße erteilte der Presserat 22mal eine Rüge. Ebenso häufig beanstandete das Gremium, wenn Redaktionen den Persönlichkeits- und Opferschutz mißachtet hatten. Der Presserat erhielt im vergangenen Jahr 1.850 Einzelbeschwerden. Im Vorjahr waren es 1.733. Der Presserat ist die Freiwillige Selbstkontrolle der Printmedien und ihrer Online-Auftritte in Deutschland. Anhand von Beschwerden überprüft er die Einhaltung ethischer Regeln im Journalismus. (idea/JF)

▸ www.presserat.de/presse.html

RBB verklagt frühere Programmdirektorin

HALLE/BERLIN. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) hat erstmals eine frühere Führungskraft auf Rückzahlung von Ruhegeld verklagt. Das berichtet die in Halle erscheinende *Mitteldeutsche Zeitung* (Wochenendausgabe). Die bis November 2023 getätigten Überweisungen an die 2016 ausgeschiedene Programmdirektorin Claudia Nothelle seien „sittenwidrig", sagte RBB-Anwalt René Weißflog vorigen Freitag bei einer Güteverhandlung am Arbeitsgericht Berlin, die ergebnislos zu Ende ging. Der RBB fordert von der heutigen Journalistikprofessorin der Hochschule Magdeburg-Stendal zunächst für die Zeit von Januar bis September 2020 die Rückzahlung von 86.544 Euro plus Sozialabgaben. Laut Weißflog stehen weitere Forderungen für die Jahre 2021, 2022 und 2023 im Raum. Damit dürfte es um eine Summe von rund 400.000 Euro gehen. „Hier reden wir über eine Verschwendung von Gebührengeldern", begründete Sender-Anwalt Weißflog den Schritt. Es handle sich um die erste Klage dieser Art. Nothelles Anwalt Jochen Keilich sagte, seine Mandantin sei auf das Geld angewiesen: „Es geht darum, daß sie ihren Lebensunterhalt sichern muß." Claudia Nothelle war beim RBB von 2009 bis 2016 Programmdirektorin. Sie verließ die öffentlich-rechtliche Anstalt nach Amtsantritt der neuen Intendantin Patricia Schlesinger. (JF)

Aufgelesen

„Nach meiner Überzeugung wäre die Entscheidung der Rundfunkanstalten, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, ein Pyrrhussieg, weil die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darunter weiter leiden würde. Ich werbe für einen gemeinsamen Reformweg, der hilft, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen."

Sachsens Staatskanzleichef Oliver Schenk im Mediennewsletter Meedia 4. März 2024

jf.de/tv

JF-Interview

Ist das euer Ernst?
Aufstand gegen Idiotie und Ideologie

JF-Redakteur Moritz Schwarz spricht mit TV-Legende Peter Hahne über sein neues Erfolgsbuch.

Ab Donnerstag auf: ▸ jf.de/tv

JF TV

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Luxus für alle: Die politische Linke ist schon längst nicht mehr Partei der Arbeit, sondern des Konsums

FOTO: JENNIFER - STOCK.ADOBE.COM

Das Recht auf Konsum als linkes Kernanliegen

Nächster Halt: Schlaraffenland

Von Konrad Adam

Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ hieß der Slogan der SPD. Sie mußte es dreimal sagen, damit auch der letzte Genosse verstand. Das war einmal, ist längst vorbei. Der Slogan stammt aus einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit als Makel, ja als Schande galt, das Recht auf Arbeit proklamiert wurde und im Programm der SPD weit oben stand. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ hieß das Dogma, das auch von anderen Parteien nachgesprochen wurde, und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sogenannte ABM-Programme, genossen allerhöchste Dringlichkeit.

Damals stand die SPD noch im Schatten ihres Stammvaters Karl Marx. Dessen Schwiegersohn Paul Lafargue hatte ihm aber schon zu Lebzeiten widersprochen und das Recht auf Arbeit durch das Recht auf Faulheit ersetzt – ein Recht, das es im Unterschied zum Recht auf Arbeit, das immer nur versprochen, aber nie eingelöst worden ist, tatsächlich gibt. Faulheit war allerdings das falsche Etikett, und Lafargue war ehrlich genug, das auch einzugestehen. Statt sich mit ein paar Gramm zähen Fleisches zufriedenzugeben, schrieb er in seinem Loblied auf die Faulheit, sollten die Arbeiter täglich zwei Pfund saftiges Beefsteak essen, an Stelle von schlechtem Wein aus kleinen Bechern aus großen, bis an den Rand gefüllten Gläsern Bordeaux und Bourgogne trinken und das Wasser dem Vieh überlassen. So sah die konkrete Utopie aus, von der die Linke bis heute träumt.

> Wären die Linken ehrlich, würden sie ihren Ahnherren Marx durch Lafargue, das Recht auf Arbeit durch das auf Faulheit und den Wunsch nach Leistung durch den Anspruch auf Konsum ersetzen.

Nüchterner als sein Schwiegervater hatte Lafargue einen Blick in die Zukunft geworfen. Das Problem der kapitalistischen Wirtschaft bestehe nicht darin, ihre Kräfte zu verzehnfachen und das zehnfache Warenangebot herzustellen, sondern darin, Konsumenten zu finden, ihre Begierden zu wecken und durch immer neue, immer wildere und immer falschere Begierden zu überbieten – nicht das Angebot, die Nachfrage zählt. Trotz ihrer unersättlichen Gefräßigkeit, polemisierte Lafargue, reiche die Masse der Arbeiter samt Frauen und Kindern nicht aus, all die Dinge zu verbrauchen, die sie, irregeleitet vom fälschlich so genannten Recht auf Arbeit, wie die Wahnsinnigen herstellten, ohne daran zu denken, ob es denn auch Leute genug gäbe, sie zu konsumieren. Bei acht bis neun Milliarden Erdbewohnern gibt es die Leute längst, und wo sie fehlen, hilft die Werbung nach. Fraglich ist nur, woher das viele Geld für die vielen Leute kommen soll, die zwar verbrauchen, aber nicht arbeiten wollen. Die Vereinigung der glücklichen Arbeitslosen, einer Sumpfblüte der Berliner Sozialbürokratie, hatte ja ganz recht, als sie verkündete, was dem Arbeitslosen fehle, sei nicht die Arbeit, sondern das Geld. Das leuchtete der SPD ein, und mit Unterstützung der Grünen, denen sich inzwischen auch die FDP angeschlossen hat, erfanden sie das Bürgergeld. Sozialminister Hubertus Heil, einer seiner Mit-Erfinder, bestreitet zwar, daß es sich hier um das Lieblingsprojekt der Linken, das bedingungslose Grundeinkommen handelt, doch Millionen von Antragstellern, die Hälfte von ihnen arbeitsfähig, aber arbeitslos, wissen es besser. Sie haben kalkuliert und festgestellt, daß es ein gutes Geschäft ist, auf ein paar Euro im Monat zu verzichten, dafür aber Tag für Tag ausschlafen und vor der Glotze sitzen bleiben zu dürfen.

Das Lohnabstandsgebot, die Heilige Kuh der Makro- und Mikroökonomen, bleibt damit gewahrt. Nur spielt es keine Rolle mehr, denn wenn man mit Bürgergeld, Wohngeld, Heizungsgeld und Kindergeld fast genauso gut, vielleicht sogar noch etwas besser dasteht als der arbeitswillige Nachbar, gibt man sich gern mit etwas weniger zufrieden. Das Bürgergeld ist ein Geschenk, ein Sonderangebot auf Dauer, das der gelernte Sozialstaatsbürger nicht ausschlagen wird. Warum sollte er auch? Die Umverteilung, die dem einen gibt und dem anderen nimmt, findet ja im verborgenen statt. Kein Mensch weiß, wer wen aushalten muß und wer von wem ausgehalten wird, die Umverteilungsströme fließen im Hintergrund. Wo der Bürger zum Konsumenten geschrumpft ist, hat der Staat nicht nur das Recht, er ist dazu verpflichtet, ihm das erforderliche Geld mit beiden Händen in die Taschen zu stopfen.

Das tut er auch. Unter dem Titel Bürgergeld gehen Milliarden an Leute, die zum allgemeinen Wohlstand nichts beigetragen haben, wahrscheinlich auch niemals etwas beitragen werden – Rechte ohne Pflichten, Leistungen ohne Gegenleistung, das ist die Quintessenz der sozial getarnten Gerechtigkeit. Während die Steuerlast zusammen mit den Zwangsbeiträgen zu der staatlich betriebenen Versicherungsindustrie die eine Hälfte des Einkommens auffrißt und die andere unter dem Druck der Inflation zusammenschmilzt, wird das Bürgergeld um zwölf Prozent, das Dreifache der Teuerungsrate, erhöht. Goldene Zeiten für alle, die es mit dem Recht auf Faulheit ernst meinen. Wer trotzdem arbeitet, ist, wie der Volksmund sagt, selbst dran schuld.

Wären die Linken ehrlich, würden sie ihren Ahnherren Marx durch Paul Lafargue, das Recht auf Arbeit durch das Recht auf Faulheit und den Wunsch nach Leistung durch den Anspruch auf Konsum ersetzen. Noch sind sie aber nicht so weit. Trotz gewaltiger Subventionen gilt die Absicht, sein Leben auf Kosten anderer zu führen, immer noch als ehrenrührig, als die moderne Form von Schnorrerei. Helmut Schmidt, einer der letzten Repräsentanten der bürgerlich gewendeten SPD, hatte solche Neigungen im Blick, als er von einer Verluderung des Sozialstaats sprach. Das ändert sich zur Zeit. Der Fortschritt drängt, die Stimmung kippt, der Wind springt um. Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen, hatte seinerzeit der Apostel Paulus gelehrt, doch davon wollen selbst die Kirchen nichts mehr hören. Sie wollen modern sein und beeilen sich, ihren Mantel in den Wind zu hängen. Ähnlich wie die SPD sind sie über ihre Gründungsheiligen längst hinaus und werben für einen Sozialstaat ohne Grenzen, ohne Regeln und ohne Anstand.

> Schon Clemenceau hatte sich über die Genossen mokiert, die reden wie die da unten, aber leben wie die da oben. Der deutsche Sozialstaat macht es ihnen leicht, er füttert beide Seiten.

Für alle, die immer noch Arbeit suchen, wird das teuer. Umverteilt wird ja nach zwei Seiten, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben. Genauso schnell, vielleicht sogar noch etwas schneller als die Masse der Betreuten sind die Heerscharen der Betreuer gewachsen, die teilhaben wollen am sozialen Fortschritt. Die Fürsorglichkeit soll sich lohnen, und sie lohnt sich auch. Das Soziale vom Geruch des Gotteslohnes zu befreien, war das erklärte Ziel sämtlicher Fachminister von Blüm bis Heil, „das Nonnen-Image muß weg!“ verlangten auch die Grünen – inzwischen ist es ja auch weg. Den Kirchenleuten war das recht, sie wußten sich schon immer beim Weiterreichen von Geld, das ihnen nicht gehörte, die Finger zu vergolden.

In einem Staat, der ein Drittel seines Etats für sozial genannte Zwecke ausgibt, hat jeder ausgesorgt, der sich darauf versteht, das Sozialkapital an der richtigen Stelle anzuzapfen. Der Chef der Treberhilfe, hoch subventioniert von der Berliner Wohlfahrtsbürokratie, fuhr einen Maserati als Dienstwagen und residierte in einer Villa im vornehmen Westen der Stadt. „Das Teuerste, was sie haben!“ soll der Geschäftsführer der Frankfurter Arbeiterwohlfahrt bei seinem Lieblingsitaliener bestellt haben, als er für ein millionenschweres Flüchtlingshilfsprojekt den Zuschlag erhalten hatte. Auf den Geschmack gekommen, gründete er ein weiteres, gemeinnützig genanntes Sub-Unternehmen, die AWO-Protect, die ihm weitere Millionen aus öffentlichen Mitteln in die Kasse spülen sollte. Man braucht nicht einmal unsozial zu sein, um die Gesellschaft zu ruinieren, hat ein Kenner des Betriebs dazu bemerkt, „vielleicht führt man das Unglück gerade dadurch herbei, daß man sozial ist“. Oder so tut, als ob. Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Andrea Nahles – für jeden dieser drei Sozialdemokraten, die kurz nacheinander den Vorsitz innehatten, war die Partei nur eine Stufe auf dem Weg nach oben. Und oben war da, wo das Geld floß, viel Geld. Schröder heuerte als Aufsichtsrat bei Putin an, Andrea Nahles wurde zunächst mit einem gut dotierten Posten in Bonn, danach mit einem noch besser dotierten Posten in Nürnberg abgefunden, und Gabriel erhielt einen Sitz im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, nachdem er als Cheflobbyist der deutschen Automobilindustrie nicht zum Zuge gekommen war.

Das eindrucksvollste Beispiel für die Kunst, Politik und Geschäft miteinander zu verweben, stammt allerdings von einem Gewerkschafter, dem ehemaligen Arbeitsminister Walter Riester. Er hatte das nach ihm benannte Rentenmodell so kompliziert entworfen, daß ihn alle Welt um Rat und Hilfe bitten mußte. So kam es, daß Riester auf jener Liste, die Auskunft gibt über die Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten, den Spitzenplatz eroberte. Für ihn hatte sich die Sache gelohnt, für Banken und Versicherungen, denen er einen neuen lukrativen Geschäftszweig eröffnet hatte, natürlich auch; nur für die Bürger, die vielen kleinen Leute nicht, die sich auf ihn und seine Kunst verlassen hatten. Inzwischen gilt die Riester-Rente als gescheitert.

Als er die SPD noch führte, hatte Sigmar Gabriel seinen Parteifreunden geraten, dorthin zu gehen, wo es brodelt, riecht und stinkt. Das haben sie noch niemals gern getan, und niemals widerwilliger als heute. Wie alle Funktionäre des Parteibetriebs leben sie in einer Welt für sich, abgehoben von den Menschen draußen im Lande, dem Mob, dem Pack und dem Gesindel. Schon Clemenceau, der alte Tiger, hatte sich über die Genossen mokiert, die immer noch so reden wie die da unten, aber so leben wie die da oben. Der deutsche Sozialstaat macht es ihnen leicht, er füttert beide Seiten. Aufkommen dafür muß die noch immer arbeitsame Mitte der Gesellschaft, die Masse der Steuer- und Abgabepflichtigen; sie weiß das nur nicht, will das auch gar nicht wissen. Die Unwissenheit gibt uns Ruhe, die Lüge Glück, mit dieser Sentenz hatten sich schon die Opfer der Französischen Revolution Trost zugesprochen, wenn sie der Zweifel überkam und sie am Sinn des Fortschritts irre wurden. Sie wollten nicht wissen, sie wollten glauben. Und leider wollen sie das immer noch.

Dr. Konrad Adam, Jahrgang 1942, war Feuilletonredakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Chefkorrespondent der *Welt*. Adam beteiligte sich 2013 an der Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) und war bis 2015 einer ihrer Bundessprecher.

Ein Stern am mittelalterlichen Himmel

Zum 750. Todestag des wegweisenden Kirchenlehrers Thomas von Aquin

DAVID ENGELS

Bernhard von Chartres formulierte einst in typisch mittelalterlicher Demut angesichts des gewaltigen Erbes, das die Antike dem Abendland vermacht hat, „wir seien gleichsam Zwerge, die auf den Schultern von Riesen sitzen, um mehr und Entfernteres als diese sehen zu können – freilich nicht dank eigener scharfer Sehkraft oder Körpergröße, sondern weil die Größe der Riesen uns emporhebt“. Im Europa des 21. Jahrhunderts stellt sich die Frage, was wir Heutigen dann überhaupt noch sind. Denn dank der gewaltigen wissenschaftlichen Leistungen des 19. und 20. Jahrhunderts haben wir Antike wie Mittelalter fraglos weit übertroffen.

Doch zum einen gehören diese Anstrengungen einer immer weiter zurückliegenden Vergangenheit an, die wir angesichts eines völlig verfallenden Bildungssystems nur noch durch gelegentliche Anwendungstechniken ergänzen, während echte Innovation längst auf anderen Kontinenten zu Hause ist. Zum anderen kann kaum übersehen werden, daß jener rein quantitative Fortschritt um den Preis einer gefährlichen Spezialisierung der ursprünglichen „universitas“ erkauft wurde und neben einer gewaltigen Perspektivverengung auch mit einer Abschneidung des Einzelnen von Moral und Transzendenz einherging, ohne welche die gräßliche Instrumentalisierung des Fortschritts im Dienste von Massenmord, Totalitarismus und Transhumanismus nicht denkbar wäre. Kurzum: Wer immer das „dunkle“ Mittelalter gegen eine „leuchtende“ Gegenwart ausspielt, täte gut daran, nicht nur ein zweites Mal in den Spiegel zu schauen, sondern sich auch intensiver mit der ersten Hälfte abendländischer Geschichte auseinanderzusetzen – und zwar jenseits des Zerrbilds einer „Aufklärung“, die wenig von dem gehalten hat, was sie einst versprach.

Ein intensives Lehr- und Wanderleben quer durch Europa

Ein ideales Beispiel hierfür ist Thomas von Aquin, dessen ins Jahr 1274 fallenden Todestag wir am 7. März begehen. Im Aquinaten finden wir nicht nur einen der geistigen (und geistlichen) Stammväter der abendländischen Kultur, sondern auch einen Menschen, dessen Leben wie aus einem Roman zu stammen scheint – und dessen ungebändigte Schaffenskraft uns Heutigen nahezu unverständlich ist.

Thomas wurde 1225 als jüngster Sohn des Grafen Landulf von Aquin bei Roccasecca etwa hundert Kilometer südöstlich von Rom geboren, eines treuen Anhängers Kaiser Friedrichs II. von Hohenstaufen; also in einer Zeit, die überall in Europa von wissenschaftlichen Durchbrüchen, vom Wachsen stolzer Städte, vom Bau gewaltiger gotischer Kathedralen, von der Verbreitung der „staufischen Renaissance“, von der Pflege des christlich-heroischen Rittertums, von der Gründung von Universitäten, von tiefer Frömmigkeit, von der Urbarmachung weiter Teile des Kontinents durch zahllose Klöster mit hochentwickelter Wasser- und Schmiedetechnik und von intensiven wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kontakten mit der byzantinischen und muslimischen Welt geprägt war – eine in jeder Hinsicht „leuchtende“ Epoche des Abendlandes.

Thomas war für eine geistliche Laufbahn vorgesehen und in jungem Alter in die Benediktinerabtei Montecassino, 1239 dann an die Universität Neapel geschickt worden, wo er nicht nur in Kontakt mit dem Denken Aristoteles’ geriet, sondern auch den 1216 entstandenen Orden der Dominikaner kennenlernte, dessen Ideal von Armut und Wanderpredigertum ihn so tief beeindruckte, daß er ihm 1244 trotz Widerstands seiner Familie beitrat. Diese hatte für Thomas eine Laufbahn bei den Benediktinern erhofft und hielt den Sohn etwa ein Jahr auf verschiedenen Burgen fest, um ihn zur Raison zu bringen – der Legende nach wurde dabei auch erfolglos eine Kurtisane eingesetzt. Doch letzten Endes scheiterten diese Versuche an der Hartnäckigkeit des Aquinaten, der daraufhin im Dienste der Dominikaner ein intensives und allein in Fußmärschen bestrittenes Lehr- und Wanderleben quer durch Europa aufnahm.

Ab 1245 studierte er in Paris, seit 1248 dann in Köln bei Albertus Magnus und nahm 1252 an der Sorbonne eine Lehrtätigkeit an der theologischen Fakultät auf, wo er nicht nur im „Medikantenstreit“ an der Apologie der Bettelorden beteiligt war, sondern auch – ein Fixpunkt seines Denkens – in die Debatte um die Aristoteles-Auslegung des Averroes eingriff. Hierauf folgten seit 1259 intensive Wanderjahre, die den Aquinaten nach diversen Aufenthalten vor allem nach Orvieto (1261 bis 1265) und Rom (1265 bis 1268) führten, die Übernahme zahlreicher Pflichten beim Aufbau des dominikanischen Lehrbetriebs und den Beginn der Niederschrift seines Hauptwerks sahen, der „Summa theologiae“. Von 1268 bis 1272 lehrte Thomas erneut in Paris, wo er seinen eigenen Aristotelismus gegen die Interpretationen der lateinischen Averroisten Siger von Brabant und Boethius von Dacien verteidigen mußte und eine immense literarische Produktivität entwickelte, offensichtlich aber auch schweren Raubbau an seinen Kräften betrieb.

1272 kehrte er nach Neapel zurück, wo er ein Generalstudium mit ausgewählten Studenten organisierte, am Nikolaustag 1273 aber nach einer mystischen Vision die Arbeit am letzten Band seiner „Summa“ mitten im Traktat über das Bußsakrament abbrach und äußerte: „Ich kann nicht mehr. Alles, was ich geschrieben habe, erscheint mir wie Spreu, verglichen mit dem, was ich geschaut habe.“ Er machte sich zwar noch auf den Weg zum Konzil von Lyon, starb aber am 7. März 1274 in der Abtei Fossanova. Die Gebeine wurden mehrfach umgebettet und 1369 schließlich nach Toulose überführt; der Gedenktag an diese Translation (der 28. März) ist seit 1970 auch der Gedenktag des 1323 heiliggesprochenen und zur Ehre eines Kirchenlehrers erhobenen Thomas von Aquin.

Thomas’ Leben kann nicht von seinem gewaltigen Werk getrennt werden, dessen deutsche Ausgabe auf vierzig Bände angelegt ist und zu dessen Produktion er jährlich, wie man ausgerechnet hat, im Schnitt 4.000 Seiten niederschreiben mußte – kein Wunder, daß er bis zu vier Sekretäre gleichzeitig beschäftigte und bis in den frühen Morgen diktierte. Schulmaterialien, Streitschriften, Kommentare zu Aristoteles sowie anderen Philosophen und selbstverständlich zu verschiedensten Schriften des Alten und Neuen Testaments, Hymnen zum Fronleichnamsfest und natürlich die eigenen theologischen Hauptschriften, die „Summa contra gentiles“ und die „Summa theologiae“ – das Werk des Thomas ist schier unermeßlich und kann hier nicht einmal im Ansatz gewürdigt werden.

Betonen wir zunächst nur ganz generell, daß bereits sein enzyklopädischer Ansatz sowie seine umfassende Bildung, seine glasklare und unaufgeregte Argumentation und sein ehrliches Bemühen um Zusammenschau logisch-philosophischer Erkenntnisse und theologischer Offenbarung den Aquinaten notgedrungen zu einem Fixstern am Himmel der mittelalterlichen Scholastik machen mußten, ohne den die weitere Geschichte von Theologie (und Philosophie) im Abendland kaum verstanden werden kann. Greifen wir zudem zwei Besonderheiten seiner innerphilosophischen Standortbestimmung heraus, die wesentlich im Kontext des Streits um die „richtige“ Interpretation des Aristoteles verankert war; jenes enzyklopädischen Denkers, der zwar (im Gegensatz zur politisch-korrekten Legende) keineswegs erst durch Vermittlung des Islams wieder nach Europa eingeführt werden mußte, da es nie an griechischen Ausgaben und lateinischen Übersetzern gefehlt hat, wie Sylvain Gouguenheim gezeigt hat, der aber in der Tat vor allem im 12. und 13. Jahrhundert in den Vordergrund des geistigen Interesses des Abendlands gerückt war.

Der „ganze“ Mensch ist weder nur Leib noch nur Geist oder Seele

Zentral ist dabei auf der einen Seite Thomas’ Distanzierung von der Aristoteles-Interpretation des damals überaus populären Averroes mit seinen als häretisch betrachteten Ansichten zur Ewigkeit der Welt, zur Leugnung der Willensfreiheit, zur grundsätzlichen Trennung zwischen Philosophie und Theologie und zur Ablehnung der individuellen Unsterblichkeit, da das einzig Unsterbliche am Menschen der Intellekt sei, der allen gleichermaßen zu eigen sei und an dem er nur teilhabe – Positionen, die diejenigen der Renaissance vorwegnehmen, und die Thomas systematisch kritisierte. Thomas stemmte sich auf der anderen Seite aber auch gegen den neoplatonisch-augustinischen Idealismus mit seiner Trennung zwischen materieller Schöpfung und geistigen Prinzipien, wie sie bislang ein Fundament christlicher Lehre in Früh- und Hochmittelalter gewesen war. Thomas etwa bestritt im Gegensatz zum Augustinismus, daß im Menschen mehrere gestaltgebende Prinzipien wirken, und führte selbst die Gotteserkenntnis auf eine bloße Variante der Sinneswahrnehmung zurück, nicht auf eine besondere, außermaterielle Qualität.

Ähnlich verwahrte Thomas sich dagegen, „Seele“ und „Leib“ gegeneinander auszuspielen, und betrachtete vielmehr erst deren Seinseinheit als jenen „ganzen Mensch“, der Subjekt der Beziehung zu Gott sei. Wir finden also bei Thomas eine starke Bejahung der Schöpfungswirklichkeit als Teil des göttlichen Heilsplans – kein Wunder, daß Thomas in der Reformation dann als allzu „hellenisch“ betrachtet wurde und Luther auf dem Marktplatz von Wittenberg zugleich mit der päpstlichen Bulle auch die „Summa theologiae“ des Aquinaten verbrennen wollte, wobei sich der Legende nach niemand fand, der für dieses Autodafé sein eigenes Exemplar hergeben wollte.

Ein Plädoyer für einen „ganzen“ Mensch, der weder nur Leib noch nur Geist oder Seele ist; eine Bejahung einer Natur, die zwar in vielerlei Hinsicht „gefallen“ ist, trotzdem eine unhintergehbare Schöpfungswirklichkeit darstellt und den eigentlichen Schauplatz des Ringens des Einzelnen um Gott ausmacht; und natürlich eine tiefe Liebe zu jener Transzendenz, die uns allzeit umfängt und unser irdisches Sein definiert, gleichzeitig aber aufgrund unserer kreatürlichen Begrenzungen in letzter Instanz „unfaßbar“ bleiben und nur als Gnade, wie in Thomas letzten Lebensmonaten, „erschaut“ werden kann – wir täten im Zeitalter von künstlicher Intelligenz, Massenmord an ungeborenen Kindern, Transhumanismus, Naturkult und ungebändigtem Hedonismus gut daran, uns an jene eigentlichen Fundamente der abendländischen Zivilisation zu erinnern, bevor es zu spät ist.

Prof. Dr. David Engels lehrte Römische Geschichte in Brüssel und forscht derzeit am Posener West-Institut (Instytut Zachodni).

FOTO: AKG-IMAGES / ERICH LESSING

Benozzo Gozzoli „Der Triumph des Heiligen Thomas von Aquin“, Tempera auf Holz 1471: Starke Bejahung der Schöpfungswirklichkeit als Teil des göttlichen Heilsplans

Der Vertrag von Rapallo und die Suche nach einer Friedensordnung

Keineswegs verhängnisvoll

Im Frühjahr 2022, zum 100. Jahrestag des deutsch-russischen Vertrags von Rapallo, verzichtete kein deutsches „Leitmedium“ darauf, den Bogen zum eben begonnenen „Aggressionskrieg“ Wladimir Putins gegen die Ukraine zu schlagen – „Schreckgespenst der Geschichte“ (*SZ*) oder „verhängnisvolles Abkommen“ (*Die Zeit*) . Unter den Tisch fiel, woran nun der Historiker Jan Eckel (Freiburg) erinnert (*Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 11/12-2023). Erstens war die in Rapallo geregelte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der bürgerlichen Republik von Weimar und dem bolschewistischen Sowjetregime nur ein Element der Suche nach einer neuen europäischen Staatenordnung. Denn die Pariser Friedensdiktate des damaligen „Wertewestens“ reichten vor allem den auf Revision pochenden angloamerikanischen Siegern nicht aus, um die politische und ökonomische Stabilität des alten Kontinents zu garantieren. Zweitens drücke sich im Rapallo-Vertrag und in der zugleich vereinbarten geheimen Militärkooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee der ungebrochene Wille beider Kriegsverlierer aus, in den Kreis der Großmächte zurückzukehren. Das schloß das vom Reichswehrchef Hans von Seeckt formulierte, von demokratischen Politikern wie Reichskanzler Joseph Wirth akzeptierte Nahziel ein: „Polen muß erledigt werden“. (ob)

▶ www.friedrich-verlag.de

Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus gefährtet die Universitäten

Halluzinierte Blockaden

Niemand dürfte die absolute linke Hegemonie an bundesdeutschen Hochschulen bezweifeln, die neuerdings als Effekt des israelisch-palästinensischen Dauerkonflikts auch kräftigen antisemitischen Dunst verströmt. Für den Soziologen Christoph Haker und den Pädagogen Lukas Otterspeer (Universität Paderborn) stellt jedoch nicht diese Dominanz der Linken, sondern der „wissenschaftsbezogene Rechtspopulismus/-extremismus“ die gefährlichste, „Studierenden und Forschenden einen sicheren Raum“ versperrende „Blockade von Bildungsprozessen“ dar (*Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 4/23). Um diese steile These empirisch abzusichern, wertete das rastlos „gegen Rechts“ publizierende Duo die Datenbank Factiva aus. Sie wies ihnen zwischen 2013 und 2022 Presseberichte zu 119 „Fällen“ nach, in denen es um „rechte Phänomene“ an Unis ging. Gleichwohl halluzinieren beide Drachentöter eine „große Bandbreite“ rechter Aktivitäten, die von „Gründung AfD-naher Hochschulgruppen bis zu körperlicher Gewalt gegen Kommilitonen und Dozenten“ reiche. Daraus und aus Interviews mit angeblichen Opfern des „wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus“ glauben sie zu erkennen, wie davon Betroffene unter der „institutionalisierten Form der Sprachlosigkeit“ leiden, weil die Solidarität ihrer Uni-Leitungen ausbleibe. (dg)

▶ www.beltz.de

Historisches Kalenderblatt

14. März 1974: Im Grundlagenvertrag einigen sich die Bundesrepublik und die DDR darauf, am jeweiligen Regierungssitz eine „Ständige Vertretung“ einzurichten. Im Mai nehmen diese aufgrund der deutschen Frage nur „inoffiziellen Botschaften“ in Bonn und Ost-Berlin ihre Arbeit auf.

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Grab der Irmengard auf Chiemseeinsel aufgespürt

MÜNCHEN. Bei ihrer Bodenradar-Suche nach den Überresten der 1803 abgerissenen Kirche St. Martin auf der Fraueninsel im Chiemsee fanden Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLfD) jetzt neben den Fundamenten des Gotteshauses auch die Grundmauern eines achteckigen romanischen Zentralbaus mit vier kreuzförmigen Anbauten und stattlichen 19 Metern Durchmesser, die 80 bis 100 Zentimeter unter der Erde liegen (Pressemitteilung des BLfD vom 21. Februar 2024). Das ist eine große archäologische Sensation, denn Vergleichbares kannte man in Bayern bislang nur aus Bamberg und Würzburg, wobei die dortigen Oktogone aus der Zeit um 1050 und 1130 stammen. Hingegen könnte das Bauwerk auf der Fraueninsel noch älter sein. Vermutlich handelt es sich hier um das Grabmal der Seligen Irmengard, einer Tochter von König Ludwig dem Deutschen und Urenkelin Karls des Großen. Sie fungierte als Äbtissin des auf der Fraueninsel gelegenen Reichsklosters Frauenwörth und wurde 866 in der Abteikirche bestattet. Allerdings erfolgte zwischen 1001 und 1020 eine Öffnung ihrer Gruft zur Entnahme von Reliquien. Aus diesem Anlaß dürfte es zur Errichtung der neuen, größeren Grabstätte gekommen sein. (ts)

▶ www.blfd.bayern.de/blfd/presse

„Stonehenge“ in den Hochanden Perus entdeckt

WASHINGTON. Archäologen der University of Wyoming in Laramie und der Durham University unter Jason Toohey und Melissa Murphy haben im nördlichen Peru einen Steinkreis entdeckt, der möglicherweise das früheste Beispiel für diese Art von megalithischer Architektur in den Anden ist. Die Struktur in der Nähe der seit langem bekannten Ausgrabungsstätte unweit des 3.060 Meter hohen Gipfels Callacpuma oberhalb des Cajamarca-Beckens besteht aus zwei konzentrischen Ringen aus großen, senkrecht aufgestellten Steinen mit 18 Metern Außendurchmesser. Wie Altersbestimmungen an organischen Materialien innerhalb des Steinkreises ergaben, wurde er um 2850 bis 2750 v. Chr. errichtet – also etwa zur gleichen Zeit wie der berühmte Megalith-Bau im englischen Stonehenge oder die großen Pyramiden von Gizeh (Online-Ausgabe von *Science Advances* vom 14. Februar 2024). Aufgrund der Konstruktion der Anlage von Callacpuma auf der rund 250 Hektar umfassenden Hochfläche vermuten die Forscher, daß sie als Versammlungsort und Zeremonialstätte für die Bewohner des Tales diente, welche im Gegensatz zu den Erbauern von Stonehenge und der Pyramiden noch nicht seßhaft waren, sondern als Jäger und Sammler lebten. (ts)

▶ www.science.org

Erste Sätze

Es regnete am Rhein, als wir die sieben Sachen unserer kleinen Einheit verluden: zwei Kraftwagen, eine stattliche Anzahl vollgepackter und säuberlich beschrifteter Kisten und schließlich uns selbst.

Josef Leitgeb: Am Rande des Krieges. Aufzeichnungen aus der Ukraine, Berlin 1942

Der letzte Welterklärer

Vor 100 Jahren wurde Peter Scholl-Latour, Journalistenlegende und JF-Autor, geboren

JÜRGEN W. SCHMIDT

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ULRICH BAUMGARTEN

Peter Scholl-Latour 2007: Er kritisierte Berlin, sich ohne Exit-Strategie am US-Einmarsch in Afghanistan zu beteiligen

Peter Scholl-Latour scheute sich nicht, unverblümte Wahrheiten jederzeit auszusprechen: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern wird selbst Kalkutta“ oder „Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung“. Dazu befähigten ihn seine mit Abschluß absolvierten Universitätsstudien, seine gemachten Lebenserfahrungen und seine viele Jahrzehnte lange journalistische Tätigkeit für Printmedien, Hörfunk sowie ARD und ZDF und nicht zuletzt ab 2002 auch für die JUNGE FREIHEIT. Über diese Zeitung äußerte Peter Scholl-Latour lobend: „Die JUNGE FREIHEIT bedeutet für mich, daß es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen.“

Als Auslandskorrespondent scheute Scholl-Latour kein Risiko

Am 9. März 1924 kam der später die deutsche und die französische Staatsbürgerschaft besitzende Peter Scholl in Bochum als Sohn eines elsaß-lothringischen Arztes und dessen jüdischer Ehefrau zur Welt. Obwohl der im Dritten Reich aufwachsende Peter Scholl zeitlebens ein katholischer Christ war, galt er gemäß den nationalsozialistischen Rassegesetzen als „Mischling ersten Grades“. Um ihn zu schützen, schickten ihn die Eltern ab 1936 zum Besuch einer weiterführenden vormaligen Jesuitenschule nach Freiburg in der Schweiz. Irgendwann begann Peter Scholl sich hier nach einer Urgroßmutter väterlicherseits „Scholl-Latour“ zu nennen. 1940 mußte er zwangsweise nach Deutschland zurückkehren und legte 1943 in Kassel das Abitur ab. Gegen Ende 1944 faßte der damals sehr frankophile Peter Scholl-Latour den Entschluß sich nach Frankreich durchzuschlagen, um in die freifranzösische Armee einzutreten. Bei diesem Versuch, das Deutsche Reich über Jugoslawien zu verlassen, verhaftete man ihn Anfang 1945 in der Steiermark, und er erlebte das Kriegsende 1945 in Gestapohaft.

1945/46 diente der junge Peter Scholl-Latour als französischer Fallschirmjäger in Indochina und erwarb hier neben persönlicher Kampferfahrung erste Landeskenntnisse über Asien. Asien und der Islam wurden zugleich die Themen, welche den Journalisten und Außenpolitikexperten zeitlebens beschäftigten. Ab 1948 studierte Scholl-Latour zuerst in Mainz, danach an der Pariser Sorbonne anfangs Medizin, danach Philologie und Politikwissenschaften und beendete sein Studium zuerst mit dem Diplom und Anfang 1954 mit einer Promotion. Daran schloß sich von 1956 bis 1958 an der Universität Beirut ein gleichfalls mit Diplom absolviertes Studium der Islamkunde und der Arabistik an.

Seine mehr als sechzig Jahre andauernde journalistische Tätigkeit begann der polyglotte Scholl-Latour 1948 mit einem Volontariat bei der *Saarbrücker Zeitung*, wirkte anschließend für *Le Monde* und in den staatlichen Diensten des Saarlandes, bis er schließlich 1960 als Afrikakorrespondent zur ARD überwechselte. Als Auslandskorrespondent scheute der vormalige Fallschirmjäger Scholl-Latour kein Risiko und berichtete beständig vonden Brennpunkten der Weltpolitik, egal ob diese gerade in Afrika, im Vorderen Orient, in Amerika oder aber Süd- und Südostasien lagen. Schließlich leitete Peter Scholl-Latour seit Mitte der sechziger Jahre das ARD-Studio in Paris und war schließlich von 1969 bis 1971 WDR-Fernsehdirektor, bevor er 1971 als Chefkorrespondent zum ZDF ging. Kurzzeitig geriet er bei einer Südvietnam-Berichterstattung 1973 gar in die Hände des Vietcong und durfte 1978 Ayatollah Khomeini bei seiner Rückkehr aus Paris in den Iran begleiten. In einem Scholl-Latour-Nachruf vom 16. August 2014 schrieb der *Spiegel* deshalb nicht zu Unrecht, daß der Verstorbene „das Bild der Deutschen von der Weltpolitik“ prägte und er eigentlich der „letzte Welterklärer“ gewesen sei. Seit den frühen achtziger Jahren publizierte Scholl-Latour als freier Autor eine große Anzahl von politischen Sachbüchern, die allesamt Bestseller wurden. Allein das Indochinabuch „Der Tod im Reisfeld“ erreichte eine Gesamtauflage von über 1,3 Millionen Exemplaren und war lange Zeit das meistverkaufte Sachbuch in Deutschland.

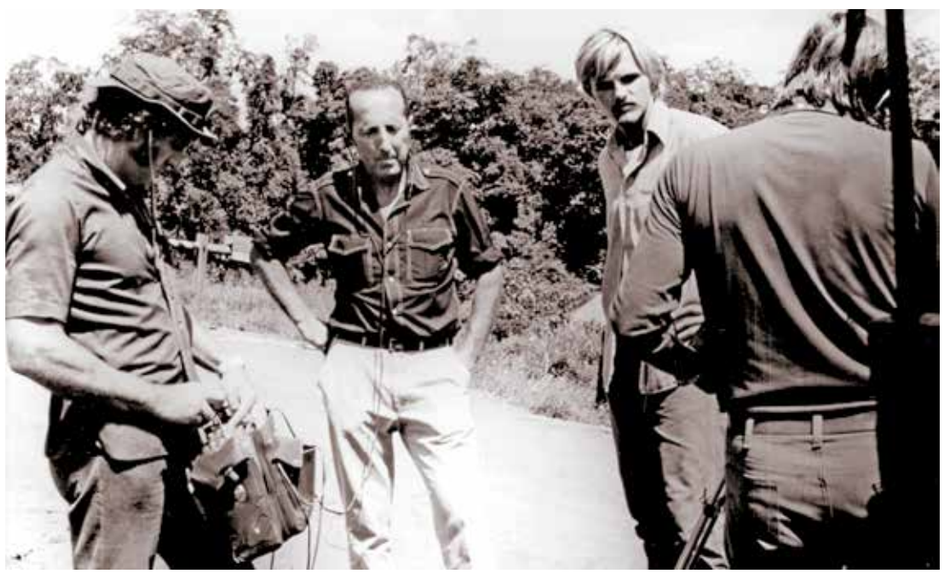


FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

Scholl-Latour wird mit seinem ZDF-Team 1973 in Vietnam von den kommunistischen Vietcong-Kämpfern festgenommen: Kein ideologisch linksgestrickter Journalist wie viele andere

Er warnte früh vor der steten Unterfinanzierung der Bundeswehr

Scholl-Latour war ebenso als Ufa-Film- und Fernsehbeiratsmitglied am Aufbau des Privatfernsehsenders RTL in Deutschland beteiligt. Nicht ganz so erfolgreich agierte der sachkundige, doch persönlich kantige Peter Scholl-Latour, als man ihn 1983 gemeinsam mit Rolf Gillhausen zum neuen Chefredakteur des nach der Hitler-Tagebuch-Affäre schwer angeschlagenen *Stern* berief. Gegen den massiven Unwillen der überwiegend links beheimateten Journalistenschaft des *Stern* konnte sich auch ein Peter Scholl-Latour nicht behaupten. Er war eben kein ideologisch linksgestrickter Journalist wie bei der Hamburger Illustrierten und vielen anderen bundesdeutschen Medien üblich, sondern ein welterfahrener und selbstbewußter Sachkenner.

Vergeblich kritisierte er nach 1990 die übereilte EU-Osterweiterung und mahnte erfolglos nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, man stehe nun am „Ende der Spaßgesellschaft“. Schon damals wies Peter Scholl-Latour auf die stete Unterfinanzierung der Bundeswehr hin und warnte die bundesdeutsche Politik davor, sich ohne Exit-Strategie am amerikanischen Einmarsch in Afghanistan zu beteiligen. Hätte der am 16. August 2014 in Rhöndorf verstorbene Scholl-Latour den im August 2021 erfolgten, fluchtähnlichen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan nebst nachfolgender massiver Einreise echter oder vermeintlicher „Ortskräfte“ sowie deren zahlreichen Familienmitgliedern in die Bundesrepublik noch miterlebt, so hätte er sich in seinen schwärzesten Befürchtungen bestätigt gesehen. Von eben solcher gnadenlosen Realitätssicht geprägt war ein Satz Peter Scholl-Latours, der er im Juni 2013 in einem Interview zu Syrien beiläufig äußerte: „Die deutsche Presse ist eben nicht frei.“

Politisch wirksam

Terror der al-Qaida am 11. März 2004 in Madrid fordert 193 Tote

JÜRGEN W. SCHMIDT

Am 11. März 2004 fanden in der spanischen Hauptstadt Madrid die bisher blutigsten Terroranschläge auf spanischem Boden statt. Zwischen 7.39 und 7.52 Uhr gingen in vier vollbesetzten Vorortzügen zehn Sprengsätze hoch, welche dort von Terroristen in Form von Reisetaschen und Rucksäcken abgelegt waren. Gezündet wurden sie über an die Sprengsätze gekoppelte Mobiltelefone. Nicht alle abgelegten Sprengsätze gingen jedoch hoch und einige konnten später durch die Polizei gezielt gesprengt werden, ansonsten wäre die Opferzahl noch viel höher gewesen. Doch auch so kamen 193 Menschen, darunter viele Ausländer, ums Leben, und über 2.000 Personen wurden verletzt.

Die in Spanien regierende konservative Volkspartei von Ministerpräsident José Maria Aznar legte sich noch am selben Tag auf eine Täterschaft der baskischen Terrororganisation ETA fest und lag mit dieser voreiligen Behauptung, welche die spanischen Botschafter weltweit verbreiten sollten, total daneben. Polizeiliche Ermittlungen und bei den Medien eintreffende Bekennerschreiben wiesen schnell auf die Täterschaft von al-Qaida hin. In Spanien wurde eine dreitägige Staatstrauer ausgerufen. Am 12. März demonstrierten elf Millionen Menschen in Spanien gegen die Terroranschläge. Am 14. März 2004 bekannte sich der Militärsprecher von al-Qaida schließlich zu den Madrider Anschlägen.

Konkret wurden die Anschläge von einer zum al-Qaida-Netzwerk gehörigen Organisation verübt, die sich auf spanischem Boden gebildet hatte und als „Islamische Kampfgruppe Marokkos“ (GICM) bezeichnete. Zu dieser Terrorgruppe gehörten vor allem islamistische Marokkaner, darunter Veteranen des Afghanistan-Krieges sowie einige Inder. Das nötige Know-how zwecks Zündung von Sprengstoff mittels Mobiltelefonen nebst der notwendigen Verkabelung vermittelte den diesbezüglich unbedarften Terroristen ein Syrer, der aus seinem Heimatland geflohen und dort vormals Polizist gewesen war. Der verwendete Sprengstoff stammte von einem Diebstahl in einem Bergwerk.

Am 3. April 2004 kam es in Madrid zu einem Schußwechsel der mutmaßlichen Attentäter mit Polizisten. Als die Polizei daraufhin die Wohnung der Kriminellen stürmte, sprengten sich sieben Attentäter in die Luft. Auch ein spanischer Polizist kam dabei ums Leben. Die spanische Polizei ermittelte schließlich gegen 116 Verdächtige, von denen ab dem 15. Februar 2007 28 vor Gericht standen. Am 31. Oktober 2007 sprach das Gericht sieben Personen frei und verhängte gegen die übrigen 21 Beschuldigten mehr als 43.000 Jahre Haft. Drei Tage nach dem Attentat im März 2004 fanden in Spanien planmäßige Parlamentswahlen statt. Entgegen allen Erwartungen siegte dabei die oppositionelle Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) von José Zapatero. Zu seinem überraschenden Wahlsieg hatte maßgeblich die Falschinformation der Aznar-Regierung beigetragen, die ETA habe diesen blutigen Terroranschlag verübt. Der neue Ministerpräsident Zapatero knickte jedoch sofort vor dem islamistischen Terror ein. Spanien zog bis Mai 2004 alle seine 1.300 Soldaten aus dem Irak ab, wohin sie die Vorgängerregierung zwecks militärischer Unterstützung der USA gesandt hatte.

BIBLIOTHEK DES KONSERVATISMUS

Eintritt nur nach Anmeldung unter
E-Mail: veranstaltungen@bdk-berlin.org
Fax: 030 - 315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 Berlin

Tel.: 030 - 315 17 37 25
Web: www.bdk-berlin.org

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Heimo Schwilk
Mein abenteuerliches Herz (Band II)
Aus den Tagebüchern 2000–2022
Abendkasse: 10 € / 5 €
Buchvorstellung
13. März 2024, 19 Uhr
Foto: © Privat

Andreas Abros
Identitäre Erhebungen
Streifzüge durch die europäische Geschichte
Abendkasse: 10 € / 5 €
Buchvorstellung
27. März 2024, 19 Uhr
Foto: © Privat

Alexander Wendt
Verachtung nach unten
Wie eine Moralelite die Bürgergesellschaft bedroht
Abendkasse: 10 € / 5 €
Buchvorstellung
10. April 2024, 19 Uhr
Foto: © Privat

Siegfried Franke
Rückfall in die selbstverschuldete Unmündigkeit
Von Kant über Scruton zur betrüblichen Gegenwart
Abendkasse: 10 € / 5 €
Vortrag mit Diskussion
24. April 2024, 19 Uhr
Foto: © Privat

Über Länder, Grenzen, Zonen

Der irische Historiker Brendan Simms über die Renaissance des Großraumdenkens als Reaktion auf den Unilateralismus

FOTO: WIKIMEDIA, MILITARY HISTORICAL MUSEUM OF ARTILLERY, ENGINEERS AND SIGNAL CORPS

Fjodor Baikow, Schlacht bei Kars, Gemälde 1855: Rußland spielte im großen Spiel politischer Ordnungsentwürfe keine entscheidende Rolle

EBERHARD STRAUB

In einem Artikel des damals recht einflußreichen Magazins *Life* schrieb im Februar 1941 dessen Herausgeber Henry Luce, daß Tyranneien möglicherweise einen großen Lebensraum bräuchten, „aber die Freiheit braucht und wird weitaus mehr Lebensraum brauchen“. Denn Freiheit kann nicht von Dauer sein, außer sie umfaßt einen sehr großen Teil der Welt. Daran erinnert Brendan Simms in seiner Berliner Carl-Schmitt-Vorlesung vom Oktober 2023 zur lebhaft diskutierten Frage, inwieweit mehrere Großräume die Voraussetzung bilden könnten, um zu einem neuen Gleichgewicht in der Welt zu gelangen. „Der Westen“ unter der Führung der USA und der Nato, der sich als Inbegriff der „freien Welt“ und „der Menschheit“ mitsamt ihrer „Menschenrechte“ begreift, hält sich für berechtigt, überall auf der Welt intervenieren zu dürfen.

Sieht diese „Wertegemeinschaft“ ihre auf Regeln beruhende Ordnung durch Staaten herausgefordert, die sich nicht mehr den von der führenden Macht aufgestellten Regeln zum Vorteil ihrer Vorherrschaft fügen wollen, weil ein solcher Eingriff in den Status quo für sie nur mit Nachteilen verbunden ist, soll sie sich entschlossen gemäß ihres Sendungsbewußtseins gegen solche Regelverstöße zur Wehr setzen und ihre Gefolgschaft um sich scharen, um eine Strafaktion erfolgreich „durchführen“ zu können. „Der Westen“, obschon ein Bollwerk der Demokratie, reiht sich in die Tradition ein, in einer Universalmonarchie die Welt friedlich zu ordnen. In solchen Versuchen sahen die Europäer, wie sie früher oftmals beteuerten, einen Anschlag gegen ihre Freiheit, den sie jeweils erfolgreich zu vereiteln vermochten.

Brendan Simms: Die Rückkehr des Großraums? Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2023, broschiert, 65 Seiten, 19,90 Euro

Großraum mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte

Gerade deshalb mahnte George Washington 1796 in seinem politischen Testament die Vereinigten Staaten, sich aus den Intrigen der korrupten europäischen Staaten herauszuhalten und wegen ihrer Nichteinmischung in deren Unordnung von den Europäern verlangen zu können, die westliche Hemisphäre als einen ganz eigenen Großraum zu achten, in dem sie nichts zu suchen hatten und sich ihrerseits nicht einmischen durften. Was Carl Schmitt 1939 suggestiv in einer Formel zusammenfaßte: „Der Großraum mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, war in der Monroedoktrin vom Dezember 1823 durch die USA als Grundsatz verkündet worden. Die Europäer versuchten nie die Doktrin ‘Amerika den Amerikanern’ anzuzweifeln oder außer Kraft zu setzen. Freilich antworteten sie auf die amerikanische Devise mit der von ihr abgeleiteten: ‘Europa den Europäern’.“

Es waren zuerst Deutsche, die schon im 19. Jahrhundert gründlich an einen europäischen Großraum dachten. Der Kern eines besonderen europäischen Großraums sollte Mitteleuropa sein, das vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn aus als Ordnungsmacht ausstrahlte und in recht unterschiedlichen Kombinationen mit den befreundeten Völkern und Staaten wie den von ihnen abhängigen den Frieden erhielt oder neu organisierte. Den entscheidenden Feind eines europäischen Großraums, in dem die Europäer souverän über sich selbst bestimmten, erblickten sie in Großbritannien und nach einigem Zögern in den USA, die spätestens 1917 die Politik der Distanz zu Europa aufgaben, um auf jeden Fall ein von Mitteleuropa aus vereinigtes, ein „deutsch“ beherrschtes Europa als Groß- und Weltmacht zu verhindern.

Die Monroedoktrin wurde endgültig von Präsident Franklin D. Roosevelt in den Hintergrund gedrängt zugunsten eines totalen Interventionsrechtes, um den totalen Frieden durchsetzen, wie ihn sich die angelsächsischen Friedensaktivisten spätestens seit 1942 vorstellten. Sie rechtfertigten ihre Kriege vorzugsweise als *humanitarian interventions* gegen Tyrannen und Feinde des Menschengeschlechts, das die USA, den wahren Repräsentanten der Menschheit, dazu privilegierte, ihre Interessen für identisch mit denen der Menschheit ausgeben zu dürfen. Gegen diesen Anspruch richteten sich die jeweiligen Entwürfe zu einer Weltordnung, die sich im Wettbewerb konkreter Räume entwickelte im Gegensatz zum angelsächsischen Universalismus und dem damit verbundenem, unvermeidlichen Aufgehen in der alles vereinheitlichenden Amerikanisierung als Humanisierung der Menschheit.

Brendan Simms bemüht sich sorgfältig, nicht in den Verdacht zu geraten, in seiner Treue zur westlichen Ideologie schwankend zu werden. Aber er will doch zumindest verstehen, wonach die Verfechter einer Kombination von Großräumen strebten. Adolf Hitler hatte weder als Parteiführer noch später als Reichkanzler den Ehrgeiz, die Amerikaner in ihrer Hemisphäre anzugreifen. Er wollte sie weiterhin auf die Monroedoktrin verpflichten mit ihrem Grundsatz „Amerika den Amerikanern“ darauf bedacht, ihren Lebensraum vor Eingriffen von Störenfrieden zu schützen, aber gerade deshalb, in Einklang mit ihrer Überlieferung, wie eh und je dazu entschlossen, sich aus europäischen Angelegenheiten herauszuhalten und Europa den Europäern zu überlassen, die gegebenenfalls unter Berufung auf die gleichen Prinzipien wie die USA raumfremde Mächte von ihrer Rechts- und Machtsphäre fernhalten müssen. Hitler, aber auch Carl Schmitt, argumentierten gegenüber den USA und Großbritannien vorzugsweise als Europäer, um die Selbstständigkeit ihrer Alten Welt unter universalistischem Druck zu behaupten. Dieses Urteil wird viele Leser erst einmal überraschen wie auch die Auffassung, daß Japans Großraumidee in Asien die deutsche und italienische ergänzte, der sich französische Kollaborateure anschlossen, um nicht unter die transatlantischen Räder zu gelangen.

Rußland spielte in dem großen Spiel der politischen Ordnungsentwürfe keine entscheidende Rolle, wie Brendan Simms resümiert, der auf eine gewisse geistige Unabhängigkeit bedacht ist gerade in Zeiten antirussischer Welterlösungsphantasien wie während des Krimkrieges von 1853 bis 1856, dessen damalige Ziele, die Verdrängung Rußlands aus Europa und die Auflösung seines Reiches, jetzt endlich ein für allemal erreicht werden müßten. Die „westliche Wertegemeinschaft“ als selbstermächtigte Universalmacht mißtraut der Bildung von Großräumen und einer anders verfaßten Weltordnung. Brendan Simms weist eindringlich darauf hin, wie aufmerksam in Rußland und China Carl Schmitt gelesen wird, der keine Furcht vor Rußland oder China hatte, in ihnen vielmehr nach dem Zweiten Weltkrieg einen Verbündeten erwartete im Kampf gegen die Vereinheitlichung der Welt, um die Entmündigung der vielfältigen Welt zugunsten der „Brave New World“ funktionstüchtiger Elementarteilchen unter amerikanischer Anleitung aufzuhalten oder zu überwinden.

Mit der Vereinheitlichung der unterschiedlichen Räume wollen sich allerdings weder Rußland, China oder Indien abfinden. Wie auch immer die Welt zu einer gedeihlichen Ordnung finden wird, das liegt in mancherlei Händen, aber nicht in europäischen, da Europa im Westen aufgegangen ist. Brendan Simms schließt einen Krieg gar nicht aus, um die angelsächsische „One World“ davor zu schützen, sich mit mehreren Großräumen arrangieren zu müssen. Auf jeden Fall lohnt es sich, auch in Berlin und nicht nur in Moskau oder Peking Carl Schmitt zu lesen.

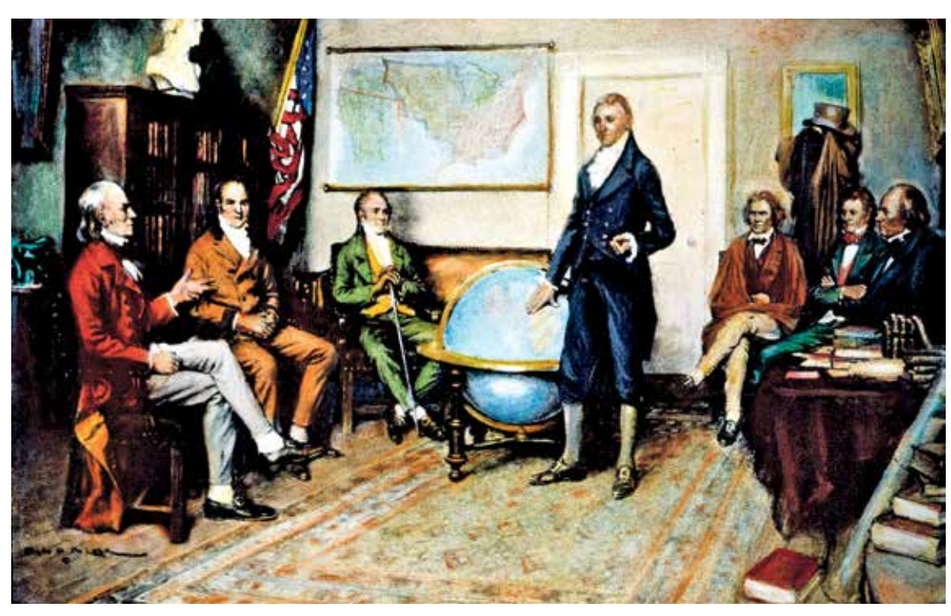
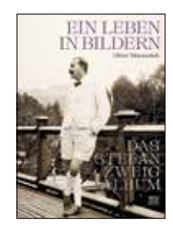


FOTO: WIKIMEDIA

James Monroe (stehend) während einer Sitzung seines Kabinetts im Jahr 1823: Die westliche Hemisphäre als eigenen Großraum achten, in dem die Europäer nichts zu suchen hatten

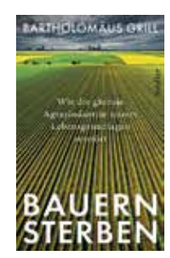
Frisch gepreßt

Stefan Zweig. Kurt Tucholsky, Karl Kraus oder Thomas Mann waren fest davon überzeugt, daß der um 1930 meistgelesene und meistübersetzte deutsche Schriftsteller, Stefan Zweig (1881–1942), seine Muttersprache nur unzureichend beherrschte. Die Erinnerung an diese vielleicht nicht unberechtigten, sich seit 1933 aber perfide radikalisierenden Angriffe auf den ins Exil gedrängten jüdischen Großbürger trug nach 1945 wesentlich dazu bei, die Novellen, Essays und Biographien des Auflagenmillionärs zwar nicht vom Buchmarkt zu verdrängen, doch sie mit dem Stigma der Unterhaltungsliteratur zu behaften. Dieses weichte erst in den 1970ern dank des trefflichen Lobs von Jean Améry langsam auf, man könne aus den „Sternstunden der Menschheit“ (1927) oder aus dem Porträt von Napoleons wandlungsfähigem Polizeiminister Joseph Fouché (1929) „Geschmack an Geschichte gewinnen“. Ein Urteil, das gerade in heutigen Zeiten des verdampfenden historischen Bewußtseins Bestand hat, wie die darauf antwortende Stefan-Zweig-Renaissance der letzten Jahre anzeigt. Um diese hat sich Oliver Matuschek mit seinen aus dem üppigen Nachlaß schöpfenden Publikationen zu „Stefan Zweigs Bibliotheken“ (2018) und der Edition des 900seitigen Briefwechsels mit dessen Verleger Anton Kippenberg (2022) genauso verdient gemacht, wie mit seiner jetzt vorgelegten Bildbiographie. (wm)



Oliver Matuschek: Ein Leben in Bildern. Das Stefan Zweig Album. Benevento Verlag, Salzburg-Wien 2023, gebunden, 253 Seiten, Abbildungen, 30 Euro

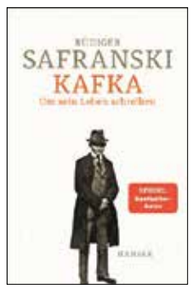
Bauern. Veränderungen in der Landwirtschaft sind kein aktuelles Phänomen. Allen voran die „grüne Revolution“ der 1960er Jahre hatte verheerende Folgen für den Berufsstand und die Umwelt. Kleine Bauern, die sich von den Möglichkeiten der Moderne verlocken ließen, wurden nach dem Prinzip „wachse oder weiche“ von Großbetrieben verdrängt. Die technologischen Möglichkeiten und der Drang nach Monokultur erwiesen sich als Fallen mit globalen Konsequenzen. Diese verschärfte eine auf kurzfristige Vorteile ausgelegte Politik, darunter milliardenschwere Subventionen für die Agrarriesen. Das Endergebnis: Eine jahrtausendealte Tradition soll wegrationalisiert werden. So zeichnet Bartholomäus Grill das Bild der Landwirtschaft im 21. Jahrhundert. Verstärkt durch seine Familiengeschichte und Stimmen von Betroffenen weltweit ruft der langjährige Afrika-Reporter zum Umdenken auf. Er fordert eine Politik, die vorrangig einen schonenden Umgang mit Ressourcen fördert, statt sich nur auf Produktivität und Expansion zu fokussieren – und mehr Teilhabe von Personen, die sich dem traditionellen Bauerntum verantworten. (kuk)



Bartholomäus Grill: Bauernsterben. Wie die globale Agrarindustrie unsere Lebensgrundlagen zerstört. Siedler Verlag, München 2023, gebunden, 240 Seiten, 24 Euro

RÜDIGER SAFRANSKI

Kafka
Um sein Leben schreiben



Rüdiger Safranski beobachtet Franz Kafka beim Schreiben, um den Geheimnissen seiner Texte näher zu kommen. In dessen Briefen liest er von den Augenblicken des Glücks, die Kafka am Schreibtisch erlebt, und von Momenten, in denen ihm die Welt vollkommen fremd erscheint.
256 S., geb.

Best.-Nr.: 97472 **26 Euro**

VOLKER REINHARDT

Der nach den Sternen griff
Giordano Bruno – Ein ketzerisches Leben

Volker Reinhardt hat Giordano Brunos Schriften neu gelesen, ist seinen Spuren an den verschiedenen Aufenthaltsorten nachgegangen und hat neu entdeckte Dokumente zum Inquisitionsverfahren entschlüsselt, das sich als eiskalter Justizmord entpuppt.
352 S., geb.

Best.-Nr.: 97476 **29,90 Euro**

MATHIAS BRODKORB

Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?
Sechs Fallstudien

Mathias Brodkorb analysiert in seinem neuen Buch den deutschen Inlandsgeheimdienst und zeigt in sechs Fallstudien, wie der Verfassungsschutz nicht nur oftmals von seiner Aufgabe hermeneutisch überfordert ist, sondern sich zunehmend politisch instrumentalisieren läßt. Mitunter agiert er dabei selbst verfassungswidrig.
250 S., geb.

Best.-Nr.: 97411 **25 Euro**

SUSANNE SCHRÖTER

Der neue Kulturkampf
Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht

Susanne Schröter, oft genug selbst Ziel woker Angriffe, analysiert die Ideologie der woken Linken und beschreibt, wie diese versucht, in zentralen Bereichen der Gesellschaft die Deutungshoheit zu erobern. Ein unverzichtbares Buch für jeden, der sich für die aktuellen gesellschaftlichen Debatten und Entwicklungen interessiert.
272 S., Pb.

Best.-Nr.: 97458 **20 Euro**

Abbildungen können vom Original abweichen.

JF-BD-11/2024

JF Buchdienst

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor / Kurztitel	Euro

Bestelladresse
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.
Kundennummer (Falls zur Hand)
Vorname/Name
Straße/Nr. (Kein Postfach)
PLZ/Ort
Telefon E-Mail
Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis:
☐ **Ja,** ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.
Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 40 Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 2,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse. EU: 12 Euro. Übriges Europa: 14 Euro. Welt: 18 Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin Fax: 030 - 86 49 53 - 40
Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25 · www.jf-buchdienst.de

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Helmholtz-Zentrum: „Die Dürre hat sich aufgelöst“

LEIPZIG. Der dritte Monitoringbericht der Bundesregierung zur „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ (DAS) vom November 2023 beklagte noch „starke regionale Dürren“. Deutschland habe seit 2000 „2,5 Kubikkilometer Wasser pro Jahr“, also „in etwa die Menge des Bodensees“ verloren und gehöre damit „zu den Regionen mit dem höchsten Wasserverlust weltweit“. Nach den regenreichen Herbst- und Wintermonaten gibt nun das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) Entwarnung: „Die Dürre hat sich aufgelöst, das ist deutschlandweit eigentlich kein Problem mehr“, erklärte der Leiter des UFZ-Dürremonitors, Andreas Marx, vorige Woche bei einer Pressekonferenz in Leipzig. Der Wassermangel habe 2018 begonnen, und eine „Dürresituation über mehrere Jahre hat es in der Intensität seit 1867 nicht mehr gegeben“, erläuterte Marx. 2023 habe die Niederschlagsmenge sogar um 40 Prozent über dem langjährigen Mittel gelegen. Warnungen vor einem neuen Dürrejahr seien Lobbyismus, weil „man selbst im April nicht sagen kann, wie der Sommer wird“. Auch der Dürremonitor habe Schwächen. So habe eine Meßstation in Hannover-Langenhagen die Niederschlagsmenge systematisch zu niedrig erfaßt und so fälschlich eine Dürre angezeigt, so Marx. (fis)

▶ www.ufz.de/index.php?de=37937

„Wie positioniert sich CDU-Chef Merz beim Klima?“

ESSEN. Die Klimaunion (KU) von CDU und CSU fordert in ihren Leitsätzen „das brachiale Herunterfahren der weltweiten Emissionen“, um die „Klimakrise noch aufzuhalten“. Und auf der Jahresversammlung „KUngress 2024“ unter dem Motto „Wärme, Strom und Wasserstoff – wie gelingt die Transformation?“ wurde dieser Kurs bekräftigt: „Die Union ist bei der Klimapolitik noch nicht da, wo sie bei der Bundestagswahl 2025 sein muß“, kritisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete und KU-Chef Thomas Heilmann am Samstag in der Essener Zeche Zollverein. Die KU-Mitgründerin Wiebke Winter habe zwar als Bundesvorstandsmitglied dafür gesorgt, daß die „Klimaneutralität 2045“ ins CDU-Grundsatzprogramm komme, aber „wie stark wird sich Friedrich Merz beim Klimaschutz positionieren?“, fragte Heilmann. Der NRW-Spitzenkandidat für die Europawahl, Peter Liese, verlangte „Wirtschaft und Klimaschutz zusammenzudenken“. (fis)

▶ klimaunion.de/kungress-2024

Zahl der Wölfe in Österreich 2023 erneut angestiegen

WIEN. In Österreich ist die Zahl der erfaßten Wölfe vergangenes Jahr auf 96 gestiegen. Darunter befänden sich 18 Welpen, die sich auf sechs Rudel in Kärnten, Niederösterreich und Osttirol verteilten. Das teilte das Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs unter Berufung auf Daten der Bundesländer und des Wiener Forschungsinstituts für Wildtierkunde und Ökologie mit. 2022 seien 79 Wölfe gezählt worden. Die Mehrzahl der Wölfe sei aus dem Ausland zugewandert. „Wölfe sind hochmobile Tiere“, erklärte Albin Blaschka vom Österreichzentrum. „Im zweiten Lebensjahr verlassen die Jungen das elterliche Rudel und überwinden weite Strecken, um ein geeignetes Gebiet und einen eigenen Partner zu finden.“ (fis)

▶ baer-wolf-luchs.at/verbreitungskarten

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Ein Radfahrer simuliert Vollbremsung mit einem Lastenrad, in dem ein ungesichertes Kind sitzt: Unfallforscher prognostizieren eine deutliche Steigerung der Unfallzahlen, da die schwierig zu lenkenden E-Lastenräder immer schneller, schwerer und mehr werden

Gefahren des grünen Elterntaxis

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz stuft Babboe-Lastenfahrräder als „gefährliches Produkt“ ein

LUDGER BISPING

Als kürzlich Kinderhelme wie „L.O.L. Surprise!“ oder „Disney Princess“ der Hongkonger Firma MV Sport als „gefährliche Produkte“ eingestuft wurden, erschraken woke Großstadtmütter nicht. Was weniger als eine Flasche „Chablis Vieilles Vignes“ mit Biosiegel kostet, gehört schließlich nicht auf den Kopf von Mia und Finn. Doch seit 28. Februar listet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BAuA) in seiner Warnliste auch grüne Elterntaxis wie das „Flow Mountain“ mit Yamaha-E-Motor, Enviolo-Schaltung, Anti-Rutsch-Einstieg und Regenverdeck auf, die mehr kosten als ein vier Jahre alter Dacia Sandero. Zuvor hatte bereits die niederländische Sicherheitsbehörde NVWA die Nutzung „bestimmter Lastenrad-Modelle“ von Babboe untersagt.

Nach einer Serie von Rahmenbrüchen mit unklarer Ursache wurde der Verkauf sämtlicher Räder – neun Familien-, drei Güter- und zwei Hunde-Modelle – „vorübergehend“ eingestellt. „Momentan arbeiten wir hart an einer Lösung“, versprach die in der Provinz Utrecht beheimatete Firma, die zur niederländischen Accell Group gehört. „Wir sind uns dessen bewußt, daß es Ihnen viel Geduld abverlangt und daß die Situation viele Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Dafür möchten wir uns bei Ihnen entschuldigen.“ Das klingt nach US-Managersprech – nicht zu Unrecht: Accell wurde 2022 für 1,77 Milliarden Dollar von KKR übernommen. Das ist jener Finanzinvestor, der seit 2019 den Springer-Konzern woker und profitabler macht.

Die fünfjährige Rahmengarantie gilt nur für den Erstbesitzer

Ob alle 14 Babboe-Modelle wegen „erheblicher Sicherheitsrisiken“ aus dem Verkehr gezogen werden, ist unklar. Am 27. Februar wurden in den Niederlanden zunächst die zweirädrigen Modelle City, City E, Mini und Mini E zurückgerufen. Den Besitzern werde „ein Ersatzrad oder eine andere geeignete Alternative angeboten. Darüber hinaus wird eine Entschädigung für die entstandenen Unannehmlichkeiten gezahlt“, versprach Babboe-Chef Gerard Feenema. In den anderen 30 Ländern, in denen Babboe-Räder verkauft wurden, stehe man in Kontakt mit den Behörden, „um die entsprechenden Maßnahmen zu koordinieren“.

Wer dennoch mit seinem Babboe-Rad weiterfährt, riskiert bei einem Unfall zwar nicht seinen Kranken-, aber seinen Haftpflichtversicherungsschutz. Anwälte raten daher zur Vorsicht. Die deutschen Behörden können weder Babboe, Accell noch KKR zu einer Entschädigung verpflichten. Die fünfjährige Rahmengarantie gilt nur für den Erstbesitzer und bei jährlicher Fahrradwartung. Es gibt die zweijährige Gewährleistungspflicht des Händlers – aber keinen Anspruch auf „Geld zurück“, klärt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) auf. Den Betroffenen müßten auch nicht die Mietkosten für ein Ersatzrad bezahlt werden.

Deshalb klagte eine gestreßte 39jährige Anwältin aus dem Berliner Grünen-Kiez Prenzlauer Berg der *Guardian*-Korrespondentin Kate Connolly ihr Leid: „Ich verlasse jeden Wochentag um 7.00 Uhr das Haus, bringe ein Kind in die Kita, das andere in die Schule und gehe dann mit meinem Hund zur Arbeit.“ Dennoch werde sie ihr Babboe-Rad bis auf weiteres nicht benutzen und ein Taxi nehmen: „Aber das kostet 40 bis 50 Euro pro Tag.“ Die Amsterdamer Anwaltskanzlei Birkway hat hingegen schon unter Bakfietsclaim.nl eine Internetseite eingerichtet, wo sich frustrierte Babboe-Besitzer für eine mögliche Klage registrieren können.

Das Statussymbol des grünen Milieus sorgt aber selbst dann für Gefahr, wenn es von Riese & Müller oder Winther Bikes aus Dänemark kommt: Bei einem Unfall sind Fahrer und Kinder in der Limousine oder im SUV immer sicherer als auf dem Lastenrad – das hat keine Knautschzone und keine Airbags. „Kinder sollten in Lastenrädern unbedingt angeschnallt werden und alle Mitfahrenden einen Helm tragen“, sagt Frank Schneider, Referent Fahrzeugtechnik beim TÜV-Verband. Die Unfallforschung der Versicherer (UDV) prognostiziert eine deutliche Steigerung der Unfallzahlen, da die schwierig zu lenkenden E-Lastenräder immer schneller, schwerer und mehr werden: 2018 wurden in Deutschland nur 60.100 „Cargobikes“ verkauft, 2022 waren es schon 212.800 – trotz Endkundenpreisen von bis zu 10.000 Euro.

Bei Crashtests in der „Fahrrad-Hauptstadt“ Münster wurden Lastenrad-Unfälle mit Fußgängern simuliert – mit schockierenden Resultaten: Schon bei 24 km/h kommt es zu schweren Kopfverletzungen und multiplen Knochenbrüchen. 2022 wurden bei Unfällen zwischen Radlern und Fußgängern insgesamt 5.651 Menschen verletzt – 711 davon schwer und 13 tödlich. Über die Hälfte der untersuchten Unfälle geschah auf Radwegen, gefolgt von Fußgängerzonen und Gehwegen – und überwiegend waren die Radler schuld, beklagt die UDV-Studie über „Innerörtliche Unfälle zwischen zu Fuß Gehenden und Radfahrenden“. Obwohl Radler stets beklagen, von Autos gefährdet, bedrängt und behindert zu werden, so verhalten sie sich gegenüber Fußgängern rücksichtslos.

Fahrrad-Leasing zur „Mitarbeiter-Motivation & CO_2-Reduktion“

Sie verschaffen sich die Vorfahrt mit der Klingel – und jeder vierte flüchtet nach einer Karambolage vom Unfallort. Die UDV geht von einer hohen Dunkelziffer aus, da viele Fahrradunfälle nicht gemeldet werden. Baulich nicht getrennte, sondern nur aufgemalte Radwege in Fußgängerzonen und Haltestellenbereiche sind die Unfallschwerpunkte. Die gefährlichste Variante seien Zwei-Richtungs-Radwege, auf denen sich die Radfahrer entgegenkommen – und Lastenräder nehmen zudem oft die ganze Radwegbreite ein. Der ADFC sieht die Infrastruktur dem Wachstum der leistungsstarken Räder nicht gewachsen.

Doch wie die rasenden E-Scooter werden Lastenräder politisch gefördert. In Bayern haben acht Kommunen subventionierte Lastenrad-Mietsysteme eingerichtet, die laut Landesverkehrsminister Christian Bernreiter „mehrere tausend Autofahrten“ im Jahr vermeiden sollen. Lastenräder „eignen sich, um den Einkauf nach Hause zu transportieren, die Kinder abzuholen oder für Ausflüge“, so der dienstwagenberechtigte CSU-Politiker, der voriges Jahr auch die Initiative „JobBike Bayern“ gestartet hat. Profiteur ist die 2020 gegründete Deutsche Dienstrad GmbH (DD) in Schweinfurt.

Die bietet das Fahrrad-Leasing für „Arbeitnehmende“ und Arbeitgeber an: zur „Mitarbeiter-Motivation & CO_2-Reduktion“, als Entgeltumwandlung oder als Bonus zum Gehalt. Und „Mitarbeitende im öffentlichen Dienst sparen bis zu 40 Prozent“, so DD-Gründerin Christina Diem-Puello. Die Zeitgeist-Firma hat ihre über hundert Jahre alten familiären Wurzeln in der unterfränkischen Fahrradfabrik Winora, die 2002 von Accell übernommen wurde. Die DD sei aber ein „eigenständiges Familienunternehmen ohne Marken- und Herstellerbindung“, was lediglich das Erbe von Winora-Gründer Engelbert Wiener fortsetzen wolle.

▶ www.babboe.de/familien-lastenraeder
▶ www.adfc.de/artikel/empfehlungen-des-adfc-fuer-kaeuferinnen-von-babboe-lastenraedern

Umwelt

„Stoppt das Töten!“

Von **Volker Kempf**

Am zweiten Jahrestag des Kriegsbeginnes gegen die Ukraine wurde die russische Botschaft in Berlin von Greenpeace mit der Aufschrift „Stoppt das Töten!“ beleuchtet. Damit sollte nicht nur an die „mutmaßlich über 500.000“ Toten und Verwundeten, sondern an die Folgen der Kriegshandlungen auf die Natur hingewiesen werden. Zusammen mit der Kiewer Initiative Ecoaction habe man 900 Fälle „schwerer Umweltschäden“ dokumentiert. Darunter ist ein Waldbrand auf einer Fläche von 17.000 Hektar in der Region Lugansk, ausgelöst durch russische Raketen. Eine beschossene Förderplattform verursachte einen Ölteppich im Schwarzen Meer. Munitionsreste gelangen ins Grundwasser und schädigen so die Nahrungskette von Mensch und Tieren. „Die Natur ist ein stilles Opfer, deshalb bleiben die Schäden weitgehend unbeachtet. Doch die Folgen werden wir noch lange spüren“, so Jewgenija Zasiadko von Ecoaction.

Ukraine-Unterstützung fortsetzen und die diplomatischen Anstrengungen verstärken?

Wer den „Wiederaufbau der Umwelt“ am Ende bezahlen soll, ist eine andere Frage. Der Ersatz der zerstörten Gasheizung der Klinik Horenka bei Kiew durch Solarpaneele und eine Wärmepumpe war sicher das einfachste. Der Appell von Greenpeace an Rußland, sich aus besetzten Gebieten zurückzuziehen, beeindruckt den Kreml nicht. Die internationale Gemeinschaft müsse „die Unterstützung für die Ukraine entschlossen fortsetzen, aber auch die diplomatischen Anstrengungen wieder verstärken, um den Krieg zu beenden“, sagt Alexander Lurz von Greenpeace. Also weitere Waffenlieferungen? Wer alles will, wird die Chancen, diplomatisch auf Rußland einzuwirken, wohl schmälern. Die Wirklichkeit ist kein Wunschkonzert. Guter Rat ist nicht nur in diesem Krieg teuer, einfache Lösungen bleiben Schall und Rauch. Greenpeace wird daran nichts ändern können, aber auf die Umweltprobleme aufmerksam zu machen ist richtig. Unter den Folgen der in den 1990er Jahren während des Balkankrieges eingesetzten panzerbrechenden Uranmunition leiden die Betroffenen noch heute.

▶ maps.greenpeace.org/maps/gpcee/ukraine_damage_2022/

Erkenntnis

„Ich kenne zig Beispiele, die den Preisauftrieb bei den Baukosten illustrieren: Sie haben Schallschutzfenster bekommen, es ist deutlich stiller in der Wohnung, plötzlich hören Sie aber den Aufzug. Der muß dann wiederum schallgedämmt werden. Solche Spiralen vermeintlicher Verbesserungen machen Schule und werden zu neuen Bauvorschriften.“

Reiner Braun, Vorstandschef des Berliner Immobilienmarktforschungsinstituts Empirica

JF Edition

Aufgespießt
Politik mit spitzer Feder

Ausgewählte Karikaturen aus der JUNGEN FREIHEIT.

Die nehmen wir besser mal genauer ins Visier

DIETER STEIN (Hrsg.)
Aufgespießt
208 S., Pb.
Farbillustrationen
Best.-Nr. 93561
9,90 Euro

Erweiterte Auflage
9,90 Euro

jf-buchdienst.de

„Schlagworte, die widerlegt wurden“

Zu: „Nicht im Sinne des Glaubens“ von Wolfgang Ockenfels, JF 10/24

Wo stehen die katholischen Bischöfe?

Jetzt hat sich unsere katholische Kirche die AfD vorgenommen: So warnten die sechs ostdeutschen Bischöfe davor, bei den nächsten Wahlen die Stimme der AfD zu geben. Auch die Gesamtheit der katholischen Bischöfe hält im Rahmen der Bischofskonferenz am 22. Februar 2024 die AfD für Christen unwählbar. Warum? Die ostdeutschen Bischöfe zählen Schlagworte auf, die teilweise widerlegt wurden, wie: „Krude Ausweisungsphantasien für Migranten und ihre Unterstützer, die Ablehnung von Schutzangeboten für Geflüchtete, die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung, der alleinige Fokus auf Leistungsfähigkeit, die Leugnung des menschengemachten Klimawandels und die pauschale Verächtlichmachung von politischen Akteuren und Institutionen sind mit diesen Grundwerten unserer Gesellschaft unvereinbar.“ So schreiben die Bischöfe wörtlich. Kein einziger dieser Punkte wird über die Behauptung hinaus mit Aussagen aus dem AfD-Parteiprogramm belegt.

Andererseits besetzt die AfD Themen, die für uns als „normale“ Katholiken wichtig sind: z.B. der Schutz des ungeborenen Lebens und der Kampf für die klassische Familie. Wo stehen die Bischöfe auf gegen die Forderung eines Rechts auf Abtreibung oder die Unterminierung der Bedeutung der Familie als Basis der Gesellschaft? Jugendliche sollen gegen den Willen der Eltern sogar ihr Geschlecht wechseln können. So beharren die deutschen Kirchenvertreter auf einem synodalen Irrweg, den der Papst zu Recht ablehnt. Unsere Bischöfe machen es uns schwer, katholisch zu bleiben.

SYLVIA & ALFRED SOBEL, BERLIN

Zur Meldung: „Claudia Roth und Wegner blamieren sich bei Berlinale“, JF 10/24

Antisemiten bleiben am liebsten unter sich

Unter den geladenen Gästen zur Eröffnung der 74. Berlinade waren zunächst, neben anderen Parteienvertretern, auch fünf Abgeordnete der AfD. Nach den üblichen, ritualisierten Protesten des staatlich subventionierten links-woken Kulturmilieus wurden die AfD-Politiker wieder ausgeladen. Das konnte nicht überraschen, denn Antisemiten bleiben erfahrungsgemäß am liebsten unter sich. Man erinnert sich an die Kasseler documenta 2022. Täglichen Anschauungsunterricht zu diesem Thema erhält man darüber hinaus vor allem in bestimmten Berliner Bildungsstätten – nicht nur an der Freien Universität.

HORST HERMANNSEN, EGLING AN DER PAAR

Zu: „Faesers forsches Fummeln“ von Peter Möller, JF 9/24

Zeitschleife, oder: zurück in der DDR

In Ihrem Artikel heißt es, das Bundesinnenministerin wolle „den Sicherheitsbehörden mehr Befugnisse geben“. Diese und ähnliche Darstellungen vermitteln den Eindruck, hier würden „Prävention und Härte“ geplant, die vor allem prominente Dissidenten, wie Herrn Maaßen, treffen sollen, wenn es denn soweit ist. Das entspricht aber leider nicht der Realität. Diese Praktiken werden längst angewandt und bei Bedarf auch gegen jedermann. Aus „Fummeln“ ist längst „Fummeln Plus“ geworden. Der Verfasser, Gymnasiallehrer für Mathematik und Physik an einer Schule eines privaten Schulträgers, erhielt im Dezember 2023 einen Brief seiner Schulleitung. Darin wird auf einen „Brief des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz“ an die Schulleitung verwiesen. Wegen dieses Briefes in „Ihrer Angelegenheit“ wird dem Verfasser ohne Angabe von Gründen gekündigt, was einem unbefristeten Berufsverbot gleichkommt. In einem Gespräch mit der Schulleitung kam heraus, daß es nach dem Brief auch noch ein nachhakendes Telefonat des „Schutzamtes“ gegeben hat. Auch hier: um was es genau ging, was genau die „Vorwürfe“ seien – Verweigerung einer Information.

Stellen wir fest: Kein Gerichtsurteil, keine polizeiliche Untersuchung, keine Befragung. Beweisumkehr und existenzzerstörende Denunziation sind offenbar Aspekte einer von Willkür geprägten Realität. Wiederholte Anfragen beim „Schutzamt“ auf Akteneinsicht durch einen inzwischen eingeschalteten Rechtsanwalt führen bislang in die Warteschleife: „die Bearbeitung des Auskunftsersuchens zu Ihrem Mandanten wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir werden zu gegebener Zeit unaufgefordert auf die Angelegenheit zurückkommen“. Mit anderen Worten: Mitte November 2023 weiß das „Schutzamt“ dem Arbeitgeber wichtiges Belastendes zu vermitteln, was den Betreffenden augenblicklich den Job kostet. Eine Antwort auf die Anfrage des Maßnahme-Opfers hingegen, was ihm denn vorgewurfen werde, beansprucht auch nach drei Monaten noch weitere unbestimmte Zeit. Um es mit Alice Weidel zu sagen: Das gab es noch nicht einmal in der Stasi-DDR. Und auch hier darf der Verfasser aus eigener Erfahrung zustimmen. Ich bin staatlich anerkanntes Opfer des SED-Unrechtsregimes, 21 Monate Stasi-Haft, Freikauf und Rehabilitation als Lehrer – bis zur Rückkehr der Verfolgung im November 2023.

Der Verfasser ist nirgends Mitglied. Er hat sich als nebenberuflicher Online-Journalist erlaubt, 2022 einige Wahl- und Infoveranstaltungen von rechten/neurechten Gruppen/Parteien zu besuchen. Möglicherweise wurde er dabei von Linksextremen fotografiert und auf einem Foto von jemandem, der sich in diesem Milieu bewegt, erkannt und denunziert. Wird nun zeitaufwendig gewühlt, um etwas mehr zu finden?

ANDREAS BUBROWSKI, BAD WILDUNGEN

JF Demokratie braucht Meinungsfreiheit
JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE
Nr. 10 / 24 1. 3. 2024 39. Jahrgang EUR 6,00 (D)

Mord sühnen
Der 16jährige Filipp wird brutal von Jugendlichen getötet. Sein Bruder redet nun mit der JF über den Migrantenangriff.
THEMA, Seite 7

Achtung gewähren
Matthias Matussek hat Alexander Wendts neues Buch „Verachtung nach unten“ gelesen – und ist voll des Lobes.
KULTUR, Seite 13

Ehre bewahren
Weltkriegsveteranen: Die letzten noch lebenden Ritterkreuzträger und der mediale Umgang mit ihnen.
GESCHICHTE, Seite 20

Wahnsinn kitzeln
Was sind Ihre Pläne für den nächsten Urlaub? Selfie mit den Taliban? Sightseeing im Flüchtlingslager?
SEIN & ZEIT, Seite 24

KOLUMNE VON DIETER STEIN
„Correctiv“-Affäre
Auf Lügen gebaut

„Ist das euer Ernst?!“
Peter Hahne, Ex-ZDF-Nachrichtenmann und Bestsellerautor, rechnet in seinem neuen Buch mit dem Versagen von Politik und Medien ab
Interview auf Seite 3

JF-Ausgabe 10 / 24 vom 1. März 2024

Zu: „Tod im Straflager“ von Paul Leonhard, JF 9/24

Das Ablegen von Blumen: eine Straftat

Am 1. März 2024 fand die Beerdigung von Alexej Nawalny statt. Tausende strömten, in Kaufnahme ihrer persönlichen Sicherheit auf den Moskauer Borissow-Friedhof. Die Teilnehmer skandierten „Nawalny“, „Nawalny“, „Nawalny“. Einige riefen auch: „Du hattest keine Angst. Und wir haben keine Angst.“ Als unerschrockener, selbstloser Bürger Rußlands setzte Nawalny sich für Freiheit und Demokratie ein und starb am 16. Februar den Heldentod am Ende der Welt.

Helden sind auch die Teilnehmer dieser Beerdigung, die zugleich eine Abstimmung mit den Füßen ist. Nawalny reiht sich nun in die Riege von Anna Politkowskaja, Alexander Litwinenko, Natalia Estemirowa ein – den Opfern Putins und seiner Satrapen, die ihm vorangingen. Es ist auch heute wieder so wie zu Zeiten der UdSSR. Der Bürgerrechtler Alexander Solschenizyn hat diesen Zustand einmal mit folgenden Worten beschrieben: Typisch für ein gegen das eigene Volk gerichtetes System ist es, Kriminelle zu schonen, aber politische Gegner als Kriminelle zu behandeln. Die in den Anfängen befindliche Demokratie in Rußland wurde von Oligarchen und den alten Eliten, bestehend aus der Nomenklatura von KPdSU und einstigem KGB, überwältigt. Nach dem Mord an Boris Nemzow vor einigen Jahren riefen noch Zehntausende Demonstranten in Moskau diese Parole, „Rußland ohne Putin“. Heute braucht dieser keine Proteste mehr zu fürchten, die ihn für den Tod seines prominentesten Kritikers verantwortlich machen, wenn sogar das Ablegen von Blumen strafbar ist, wofür man auch noch gleich verhaftet wird.

Von den Richtern und Staatsanwälten droht Wladimir Putin kein Ungemach. Die junge Opposition wurde und wird totgeschwiegen, gefesselt und wegen Extremismus überwacht, gefoltert und getötet. Ende Februar 2024 kam auch noch der Menschenrechtsaktivist und Memorial-Mitbegründer Oleg Orlow in die Fänge der willfährigen Justiz Putins. Als mutiger Bürger seines Landes setzte Alexej Nawalny sich für Freiheit und Demokratie ein und bezahlte es mit seinem Leben. Abgeschoben in ein Straflager, es ließe sich auch Archipel Gulag dazu sagen. Dort war er in eine Abstellkammer von sechs Quadratmetern eingesperrt, darin nichts als ein Stuhl, eine Waschgelegenheit, anstatt einer Toilette nur Löcher im Boden. Lediglich ein Buch, eine Tasse und eine Zahnbürste wurden ihm zugestanden. Dieses Martyrium konnte aber Nawalnys Willen und Engagement für Freiheit, Gerechtigkeit und den Kampf gegen die Kleptokratie, die Korruption nicht brechen.

Man kann gespannt sein, welche Rechtfertigung Putins deutsche Fangemeinden von den AfD bis Sahra Wagenknecht und Gerhard Schröder sich einfallen lassen, um den „Beweis“ dafür zu liefern, daß die Verantwortung für den Tod Nawalnys im demokratischen Westen liegen würde. Nawalny selbst hatte prophezeit, Putin könne zum Entschluß kommen, „mich zu töten“, und fügte an: „Dann bedeutet das, daß wir unglaublich stark sind. Wir müssen diese Macht nutzen und dürfen nicht aufgeben.“ Das bezahlte er mit seinem Tod für alle, die schon immer gegen Diktatoren aufgestanden sind und werden. Sein Heldenmut sei ein Ansporn für uns alle.

MARKUS SPEER, PFORZHEIM

Zu: „Abwehrzauber unterm Dach“, JF 9/24

Die Katzenopfer for Future

Jene „Katzenopfer for Future“ zeigen, wie der heutige CO_2-Kult der Klimakirche, daß der Mensch seine Steinzeithöhle nie verlassen hat – wurden früher Götter und Dämonen als Erklärung für die Wetterphänomene erfunden, die gnädig zu stimmen waren, gilt es auch heute wieder Buße zu tun und Opfer zu bringen. Angesichts dessen ist für mich die Bauernregel-Persiflage: „Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist“ der Inbegriff der Aufklärung.

DR. MARTIN HEINE, HANNOVER

Zur Meldung: „Grüne reagieren gereizt auf Habeck-kritischen Bericht“, JF 9/24

Umkehrschluß wie bei der AfD notwendig

Der Grüne Jan Philipp Albrecht, Vorsitzender der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, fordert, „Fakten dafür vorzulegen, daß durch die Umsetzung des Ausstiegs Deutschlands aus der Atomenergie der Wohlstand hierzulande schwindet“. Anderenfalls müsse die kritische Meinung über seine Partei öffentlich korrigiert werden. Für jeden normalen Bürger sind die Folgen des Ausstiegs erkennbar, nur offenbar für ideologisch verbohrte Grüne nicht. Umgekehrt würde ein Schuh daraus. Möge dieser Experte doch den Nachweis erbringen, daß den Ausstieg keine Schuld trifft. Dann und nicht vorher wäre eine Korrektur der Aussage angebracht. Von der AfD fordert man doch im Umkehrschluß auch ständig eine Korrektur, wenn wieder Unsinn vom politischen Gegner verbreitet wird.

ARMIN STEINMEIER, NEURIED/MÜNCHEN

Zu: „Wir schaffen das (ab)!“ von Peter Hahne, JF 9/24

EU-Erweiterung notwendig

Der deprimierende Vorabdruck von Peter Hahnes Buch „Ist das euer Ernst?!“ legt offen, wer alles am „Abschaffen“ Deutschlands beteiligt war. Es wäre zu begrüßen, würde Peter Hahne einen gleichartigen Bericht über Ursula von der Leyen und die EU verfassen.

UDO KNAU, MINDEN

Zu: „Kämpferischer Republikanismus“ von Karlheinz Weißmann, JF 9/24

Schleicher-Amnestie 1932

Zum Nachweis des verschwiegenen Täterstatus von Angehörigen des Kampfbundes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist ergänzend zur im Artikel angeführten Polizeistatistik auf die „Schleicher-Amnestie“ vom 20. Dezember 1932 zu verweisen, benannt nach dem amtierenden Reichskanzler, auch wenn das mit verfassungsändernder Mehrheit von 365 zu 143 Stimmen als verfassungsdurchbrechendes Gesetz erlassene Amnestiegesetz gegen die Reichsregierung gerichtet war. Dieser war es durchaus gelungen, mit präsidialen Maßnahmen wie Schnellgerichten gegen die politische Gewalttätigkeit vorzugehen. Dieses Gesetz wurde von den Herren Frick (NSDAP), Breitscheid (SPD) und Torgler (KPD) für ihre jeweiligen Fraktionen eingebracht und hatte gewissermaßen den Charakter eines Gefangenenaustausches zwischen den feindlich eingestellten sozialistischen Formationen. Nach diesem Amnestiegesetz fielen 76.000 Straftaten aus politischen Beweggründen unter die Amnestie. Davon wurden rund 38.000 bereits rechtskräftig verhängte Strafen erlassen oder gemildert und weitere 38.000 durch das Straffreiheitsgesetz niedergeschlagen. Dazu kamen noch 308.000 Straftaten, die auf die wirtschaftliche Not zurückgeführt wurden. Von diesen wiederum wurden 220.000 Strafen erlassen und 88.000 schwebende Verfahren niedergeschlagen. In Preußen wurden dann bis zum 24. Dezember 1932 4.800 Gefangene aus der Haft entlassen (siehe dazu Jürgen Christoph, Die politischen Reichsamnestien 1918–1933, 1987, S. 323 ff.). Diese „sozialistische Mehrheit des Reichstags“ – so der Innenminister des „Kabinetts der Barone“ Wilhelm von Gayl in der Kabinettssitzung vom 9. November 1932 – machte deutlich, daß sich das System der Präsidialkabinette nicht mehr halten ließ und deshalb zu einer parlamentarischen Regierung zurückgekehrt werden mußte. Dies machte die Regierungsbeteiligung der NSDAP unvermeidbar, die aufgrund des Amnestiegesetzes von NSDAP, SPD und KPD mit der Option einer sozialistischen Mehrheit spielen konnte. Bedeutsam ist es, hervorzuheben, daß sich der Täterstatus von Angehörigen des Reichsbanners sehr nachteilig für den konsequenten Einsatz des Staatsschutzes und damit letztlich des Demokratieschutzes ausgewirkt hat. Entgegen der Parole von der „wehrlosen Republik“ waren die rechtlichen Möglichkeiten durchaus vorhanden.

JOSEF SCHÜSSLBURNER, MASSING

Liebe Leser!
Leider können wir nicht alle Zuschriften, die uns täglich erreichen, veröffentlichen. Auch müssen wir manchmal kürzen. Alle Briefe werden aber sorgfältig ausgewertet, wenngleich wir sie nicht in jedem Fall beantworten können.
Ihre Leserbriefredaktion

JF-Leserbriefredaktion
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin,
Fax: 030 / 86 49 53 - 14,
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de

FOTO: PRIVAT

Fragebogen

Stefan Sellschopp

Immobilienunternehmer

Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?

Danzig, wo ich frei leben kann.

Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?

Für meine Familie und den besten Freund.

Was bedeutet Heimat für Sie?

Erinnerungen und Zufriedenheit.

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Gesundheit, Familie und wahre Freundschaft.

Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?

Familiensinn.

Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflußt?

Es sind zwei Werke, die ich alle fünf Jahre wiederholt lese: „Buddenbrooks“ & „In Stahlgewittern“.

Welche Musik mögen Sie?

Klassik.

Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?

Keltern des Weines.

Was möchten Sie verändern?

Abschaffung der Kakistokratie (Herrschaft der Schlechtesten).

Woran glauben Sie?

An mich.

Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?

Freiheit, Pünktlichkeit und Verläßlichkeit.

Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?

Der Schlußakkord nach einem hoffentlich erfüllten Leben.

Dr. rer. pol. Stefan Sellschopp, Jahrgang 1963, ist seit fast 30 Jahren unternehmerisch als Projektentwickler, Bauträger und Projektsteuerer für Wohn- und Gewerbeimmobilien überwiegend in Norddeutschland tätig. Die profunde Kenntnis der Bau- und Wohnungswirtschaft ist zudem Grundlage für seine Funktion als Sachverständiger bei Anhörungen im Bundestag sowie auch in verschiedenen Landesparlamenten.
▸ https://hanza-living.pl

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE
GEGRÜNDET 1986 IN FREIBURG I. BR. · WOCHENZEITUNG IN BERLIN SEIT 1994 · ISSN 0932-660X

Herausgeber und Verlag:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

Chefredakteur: Dieter Stein
Stellv. Chefredakteur: Thorsten Thaler
Chef vom Dienst: Matthias Bäkermann

Verantwortliche Redakteure:
Meinung, Thema: Mathias Pellack; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollradt; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curd-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Geschichte, Literatur: Matthias Bäkermann; Medien, Sein & Zeit: Gil Barkei; Forum: Florian Werner; Leserforum: Christian Dorn; Reporter: Hinrich Rohbohm, Martina Meckelein; Online: Henning Hoffgaard (Leitung), Dr. Alexander Graf, Zita Tipold, Sven Versteegen
Schlußredaktion: Matthias Seegrün
Satz und Gestaltung:
Bärbel Böhm, Daniela Lemke, Andrea Müller, Vera Wischnewsky

Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

Vertrieb für den Zeitschriftenhandel: IPS-Vertrieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2024. E-Mail: anzeigen@jungefreiheit.de

Jahresabonnement: 242 Euro (Sozialabo 154,50 Euro; Schülerabo 113,50 Euro); Bezugspreis für die EU: 317 Euro (Sozialabo 229,50 Euro; Schülerabo 188,50 Euro); Nicht-EU: 232 Euro (Sozialabo 235,50 Euro; Schülerabo 194,50 Euro). Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt.

Konto: Postbank Berlin BIC: PBNKDEFF IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des Verlages.

Sammelanschrift: JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin

Telefon: 030 / 86 49 53 - 0

Fax: 030 / 86 49 53 - 14

E-Mail: verlag@jungefreiheit.de

Internet: www.jungefreiheit.de

JF-Intern

Notfalls Handschellen

Unser Buchdienst wird von Bestellungen des aktuellen Peter-Hahne-Bestsellers „Ist das euer Ernst?“ geradezu überflutet. Kein Wunder, daß jetzt auch Tausende das Interview, das Moritz Schwarz im JF-Studio mit Hahne führte, anschauen. Innerhalb von nur einer Woche erreichte das Video über 215.000 Zugriffe.

Erfolgsautor Hahne, neun Millionen Auflage, weiß, wo es in Deutschland klemmt und der Schuh drückt. Sein neues Buch enthält 30 Geschichten, die aufzeigen, was in Deutschland faul ist. Und wie Hahne in verständlichen Worten Mißstände ruchbar macht, das ist klasse.

Hier zwei Beispiele: „Carsten Linnemann erklärt, der Anbau des Kanzleramtes muß sofort gestoppt werden“, referiert Hahne. Laut Hahne sei der CDU-Generalsekretär sicher, den Grund zu kennen: „Weil das Volk verarmt.“ Damit verdränge Linnemann allerdings bewußt, und bei diesen Worten erhebt Hahne den Finger, daß es die CDU war, die dieses Kanzleramt umbauen wollte. Darüber hinaus sei diese CDU-Forderung nach einem Baustopp vertragswidrig. Nun solle der Haushaltsausschuß noch mal die Zahlen prüfen. Dessen Vorsitzender ist Helge Braun, Merkels Kanzleramtsminister und Planungschef ebenjenes teuren Umbaus. „Inzwischen haben Sie die Situation, daß die Brandstifter auftreten und sagen, wir sind die Feuerlöscher.“ Auch von derzeitigen Corona-Entschuldigungen hält Hahne nichts: „Wir brauchen rechtsstaatliche Mittel, und notfalls klicken dann eben Handschellen.“ *Martina Meckelein*

JUNGE FREIHEIT
Nr. 11/24 | 8. März 2024

Der Flaneur

Endlich frei

Von **René Langner**

Als ich den Wagen auf dem abgeschiedenen, fast leeren Parkplatz abstelle, zeigt die Uhr, daß ich selbst an meinem letzten Arbeitstag noch pünktlich bin: 05:32 Uhr. Doch heute nehme ich mir ein wenig Zeit. Ich blicke über angrenzende Wiesen und Felder und kann im Grau des Morgens sogar ein paar Rehe erkennen. Alles wirkt friedvoll, ja beinahe schon malerisch. Wäre da nicht dieses bedrohlich wirkende Gebilde aus Beton und Stahl direkt in meinem Blickfeld.

Was war es, was mich über die Jahre hinweg immer wieder hat an diesen Ort zurückkehren lassen? Zwar habe ich meine Tätigkeit in der JVA nie als echte Berufung betrachtet. Dafür aber als eine Art Dienst an der Gesellschaft. Eine notwendige Aufgabe zur Wahrung von Recht und Gesetz sowie als Unterstützung für Gescheiterte.

Hilfreich war stets die gegenseitige Unterstützung zumindest in Teilen der Belegschaft.

War ich naiv? frage ich mich beim Aussteigen. Vermutlich. Doch jedesmal, wenn ich an der Sinnhaftigkeit meiner Aufgabe zweifelte, fand ich einen neuen Grund, um weiter motiviert ans Werk zu gehen. Hilfreich einerseits war die gegenseitige Unterstützung zumindest in Teilen der Belegschaft. Andererseits manch engagierte Persönlichkeit, die mir mit ihren Äußerungen Hoffnung gab.

Besonders zu erwähnen ist sicherlich die ehemalige Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig: „Wenn wir nicht rasch und konsequent handeln, wenn wir unsere Rechts- und Werteordnung nicht entschlossen durchsetzen, werden wir den Kampf gegen die Jugendkriminalität verlieren.“ Es ist tragisch, daß die Autorin des Buches „Das Ende der Geduld“ viel zu zeitig aus dem Leben schied. Um so mehr aber schmerzt es, daß bis zum heutigen Tag bei den gesellschaftlich unliebsamen Themen vor allem jene Gehör finden, die sich in Tagträumereien ergehen als der Realität zuzuwenden. Und so verwundert es auch nicht, daß in den Strafvollzugseinrichtungen unseres Landes aus den Jugendlichen von damals leider viel zu oft die erwachsenen Problemfälle von heute geworden sind.

Die schwere Eingangstür öffnet sich. Ich schreite hindurch und werde ein letztes Mal von dieser paradoxen Welt verschluckt.

Als das Tor am Dienstende hinter mir mit einem lauten Knall ins Schloß fällt, öffne ich die Augen. Habe ich geträumt? Nicht wirklich. Es war gelebte Realität, die für mich nun der Vergangenheit angehört. Und auch wenn ich nie gefangen war, so bin ich doch erst heute wieder richtig frei.

» Wer also die Ehe zerstört, zerstört das Heim, die Stadt und die ganze Menschheit. «

Musonius Rufus, römischer Philosoph (30–101 n. Chr.)

Yani, Akhi, laß Schnapp machen, Lan!

Migrantenwörterbuch, vierter Teil: Orientalische Zungenschläge erobern fleißig die Mundwerke der Republik – doch keine Panik

GIL BARKEI

Neues Jahr, neues Glück – neue Verständigungsschwierigkeiten. Denn nicht nur wegen der orientalischen Musik aus den Handylautsprechern des Gegenübers versteht man sein eigenes Wort nicht mehr. Auch so manch eingeschlichener Slang hat sich vielleicht bereits im eigenen Begriffebaukasten des ein oder anderen Almans eingeschlichen, ohne daß die genaue Bedeutung überhaupt bekannt ist.

Aber auch diesmal gilt beim launigen JF-Migrantenwörterbuch: ein paar ausländische Wörter sind nicht das Hauptproblem der momentanen Misere. Am preußischen Hof wurde mal mehr französisch als märkischer Dialekt gesprochen. Eingewanderte Hugenotten haben den „welschen Tand“ in der breiten Bevölkerung etabliert: Balkon, Trottoir und Portemonnaie zeugen bis heute davon. Trotzdem würde wohl niemand diese Epoche als schlecht für Preußen charakterisieren. Und auch darbe Zeiten wie die napoleonische Besatzung, die uns die glorreiche Bezeichnung „Boulette“ eingebrockt hat, konnten letztlich zu deutschen Gunsten gestaltet werden.

Lan

Der Klassiker, der nichts mit W-Lan, Internet oder Computerspielepartys zu tun hat. Abgeleitet vom türkischen Wort „oğlan“ für „Knabe“, „Bub“ oder „junger Mann“, bedeutet „Lan“ etwa „Hey du/Junge/Typ!“. Gern an Satzanfang oder -ende gestellt, ist es eigentlich eher kollegial gemeint, kann im Straßenkontext aber durchaus eine herausfordernde, aggressive Betonung haben: „Alter“, „Mann“ oder auch „verdammt“, „Sei still!“ („Sus lan“) und „Fick dich!“ („Siktir lan“).

Lak shu

Nein, nicht der von Harald Juhnke besungene „Lackschuh“: „Lak shu“ ist sehr frei zu übersetzen. „Lak“ heißt im Arabischen „für dich“, aber auch „Alter“ oder „Digger“. „Shu“ oder „sho“ heißt soviel wie „was“, „Was!?“ oder stellt eine kurze saloppe Begrüßung wie „Na“, „Hi“ oder „Hallo“ da. Zusammen kann daraus freundlich bis konfrontativ „Alter, was?“, „Hey, du!“, „Zisch ab!“, „Sei leise!“, „Halt die Klappe!“ oder „Halt dich raus!“ werden.

Schnapp machen

Fast alle Deutschrapper machen, besingen und feiern ihn: den „Schnapp“. Damit ist soviel gemeint wie Gewinn/Geschäfte machen, einen großen Anteil für sich herausholen oder eine gute Gelegenheit nutzen. Verwendung findet der Ausdruck gern im kokettierenden Zusammenhang mit Drogen dealen oder anderen illegalen Machenschaften. So kann auch ein korrupter Politiker – beispielsweise mit Coronamaskenabsprachen – ordentlich „Schnapp machen“.

Akhi

Hier hat keiner geniest und auch Achim ist nicht gemeint. „Akhi“ heißt auf arabisch „mein Bruder“ und hat längst das uralte „Kumpel“ bzw. „Freund“, aber auch das denglische „Bro“ abgelöst. Wenn Sie „Akh“ (simpel: „Bruder“) hören, wird also nicht „Ach“-geseufzt oder -gestaunt, sondern sich verbrüdert. Und in sozialen Medien stellt „8i“ kein neues BMW-Modell da, sondern lediglich eine codierte „neoarabische“ Schreibweise.

Yani

Die türkische Allzweckwaffe, die sich überall im Gesprochenen verteilen läßt: Ausruf, Überleitung, Untermauerung, Versatzstück, Füllwort, Satzeinleitung: „nämlich“, „wirklich“, „eben“, „das heißt“, „in der Tat“, „jedenfalls“, „und zwar“ – „Alsooo“, vielleicht lieber nicht angewöhnen.

Amcas

Im Türkischen beschreibt „Amca“ ursprünglich den Onkel väterlicherseits, also den Bruder des Vaters, und ist darüber hinaus eine respektvolle Bezeichnung für ältere Männer. Im multilingualen BR-Deutschland ist daraus im Plural eine abfällige Bezeichnung für Polizisten geworden, das PoC-Pendant zu „Bullen“ sozusagen. So klagt der kurdische Rapper KC Rebell aus dem Ruhrgebiet im Song „Banger rebellieren“ etwa sein Leid, er „hatte zu viele Konflikte mit dem Gesetz und den Amcas“.

Shabab

„Shab“ heißt im arabischen Raum „Jugendlicher“, Mehrzahl „Shabab“ sind die „Jugendlichen“. Umgangssprachlich können damit auch die „Jungs“ die Clique, der Freundeskreis gemeint sein. Nicht zu verwechseln mit „Al-Shabaab“, einer islamistischen Terrororgmiliz in Somalia.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / EVENTPRESS MUELLER-STAUFFENBERG

Schon länger hier lebende Almans im typischen pseudoarmen Habitat: Wenn die Weißbrote mal rauskommen, könnten sie unter die jugendliche Mehrheitsgesellschaft geraten und dort fremder Worte gewahr werden. Obacht! Nicht alles ist so schrecklich gemeint, wie es klingt.

Haltungsnote

Fernab der Realität

VINCENT STEINKOHL

Das Streikrecht ist ein Grundpfeiler unseres Staates – und das ist auch gut so. Arbeitgeber und Angestellte befinden sich naturgemäß in einem Interessenkonflikt: Der eine will für seine Mühen möglichst gut bezahlt werden, der andere will Kosten für seinen Betrieb einsparen. Ohne das Recht auf Arbeitsniederlegung hätte der Malocher schlechte Chancen für seine Sache.

Der Chef der Lokführergewerkschaft GDL, Claus Weselsky, überspannt jedoch seit Wochen den Bogen. Ab Mittwoch streikt die Bahn bundesweit für 35 Stunden, danach sollen sogenannte „Wellenstreiks“ folgen, die nicht mehr – wie sonst üblich – 48 Stunden vorab angekündigt werden. Die Forderungen der GDL sind dabei abenteuerlich. Löhne sollen um 555 Euro steigen, Zulagen um 25 Prozent. Vollzeitangestellte sollen eine Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro erhalten, Teilzeitler und Auszubildende 1.500 Euro. Und was bietet die GDL? 35 statt 38 Arbeitsstunden pro Woche. In einem Land, in dem Auto fahren wegen der Benzinpreise immer teurer wird, ist das verantwortungslos. Wie realitätsfern Weselsky ist, zeigt auch seine Prognose, die Bahn werde während der Streiks „kein zuverlässiges Verkehrsmittel mehr“ sein. Als wäre sie das davor gewesen.

Zumindest eins haben die Streithähne Bahn und die GDL-Funktionäre gemeinsam: Sie wissen nicht, wovon sie reden, denn sie selbst fahren nicht mit dem Zug zur Arbeit.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Weselsky

Kabinenklatsch

Liebe kennt keine Liga

RONALD BERTHOLD

Viel ist darüber gerätselt worden, warum kürzlich erstmals mehr Zuschauer zu den Spielen der Zweiten Liga als zu denen der Bundesliga kamen. Mich hat es fast gewundert, daß es so lange dauerte. Denn mit Schalke (Zuschauerschnitt: 61.395), HSV (55.628), Hertha (46.403) und Kaiserslautern (43.512) herrschen die Klubs dort über ein riesiges Potential. Aber das wollte ich nicht erzählen. Denn auch in der Regionalliga, der Vierten Spielklasse, tut sich Bemerkenswertes.

Alemannia Aachen mobilisiert ebenfalls die Massen. Der Traditionsverein, der stotternd in die Saison startete und nun Tabellenführer im Westen ist, wird von den Anhängern überrannt. Zuletzt kamen mehr als 20.000 auf den Tivoli. Mittlerweile beträgt der Schnitt 16.267. Damit würden die Schwarz-Gelben in der 3. Liga gleichauf mit Rot-Weiss Essen auf Platz drei liegen. Und nimmt man den Zuspruch in der Zweiten Liga als Maßstab, befände sich Alemannia noch vor Aufstiegskandidat Holstein Kiel auf Rang 13. Sollten die Nordlichter hochgehen, würde dies den Zuschauerschnitt im Oberhaus womöglich weiter senken.

Denn inzwischen spielen dort viele Vereine aus kleineren Städten, die nur relativ wenige Fans anlocken oder in ihren Stadien unterbringen können: Wolfsburg, Hoffenheim, Darmstadt und Heidenheim, der 1. FC Union und selbst Spitzenreiter Leverkusen senken den Schnitt. Dies erklärt auch, daß die Zweite Liga nicht so viel weniger Zuschauer hat. All das zeigt: In Fußballfans, so jung sie sein mögen, schlägt ein konservativ-romantisches Herz. Die Liebe zum Verein kennt keine Liga. Selbst ein Klub wie Alemannia, der nun elf Jahre viertklassig spielt, bleibt ein Magnet.

Das JF-Kompakt-Abo für Sie oder als Geschenk:

Ja, ich möchte die **JUNGE FREIHEIT** zum Aktionspreis von 35 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Das Abo verlängert sich bis auf weiteres um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn es nicht zwei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Rechnungs/Lieferanschrift
(Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Kundennnummer, falls zur Hand:

Lieferbeginn:

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Die Prämie wähle ich ☐ für mich ☐ für den Beschenkten

☐ **Deutsche Geschichte** Karlheinz Weißmann

☐ **JF-TV** Mythos Energiewende

☐ **JF-TV** Die Grüne Energiekrise

Lieferanschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

☐ **Ja,** ich habe die Einwilligung des Beschenkten, seine Daten zum Zweck des Abo-Versands weiterzugeben.

☐ **Datenschutzhinweis:** Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der **JUNGE FREIHEIT** Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Datum Unterschrift

2319

Ausschneiden und absenden an: JF-Leserdienst · Hohenzollerndamm 27 a · 10713 Berlin · Fax 030/86 49 53 - 50